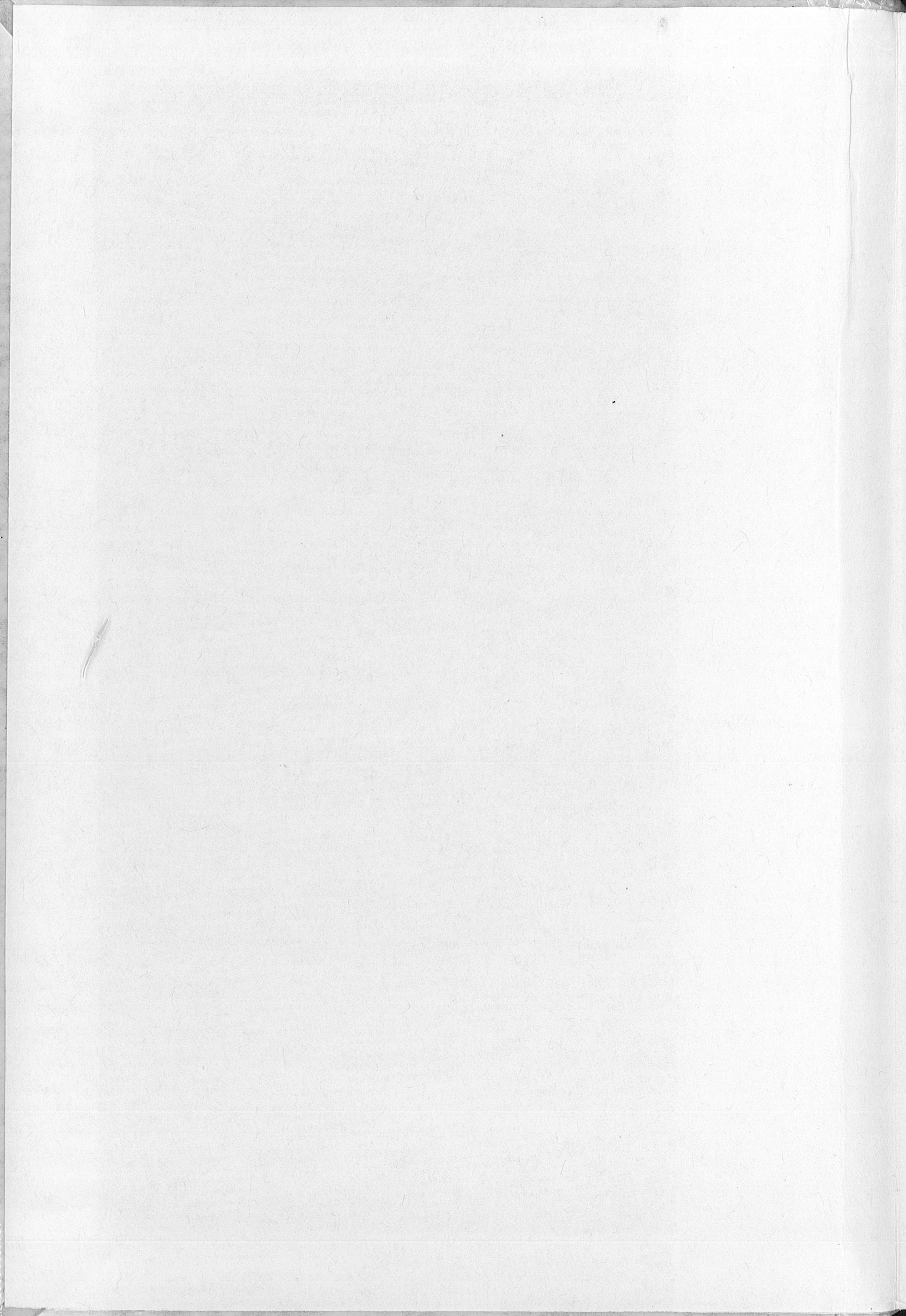
IZA - KKM - tdh - BAOBAB

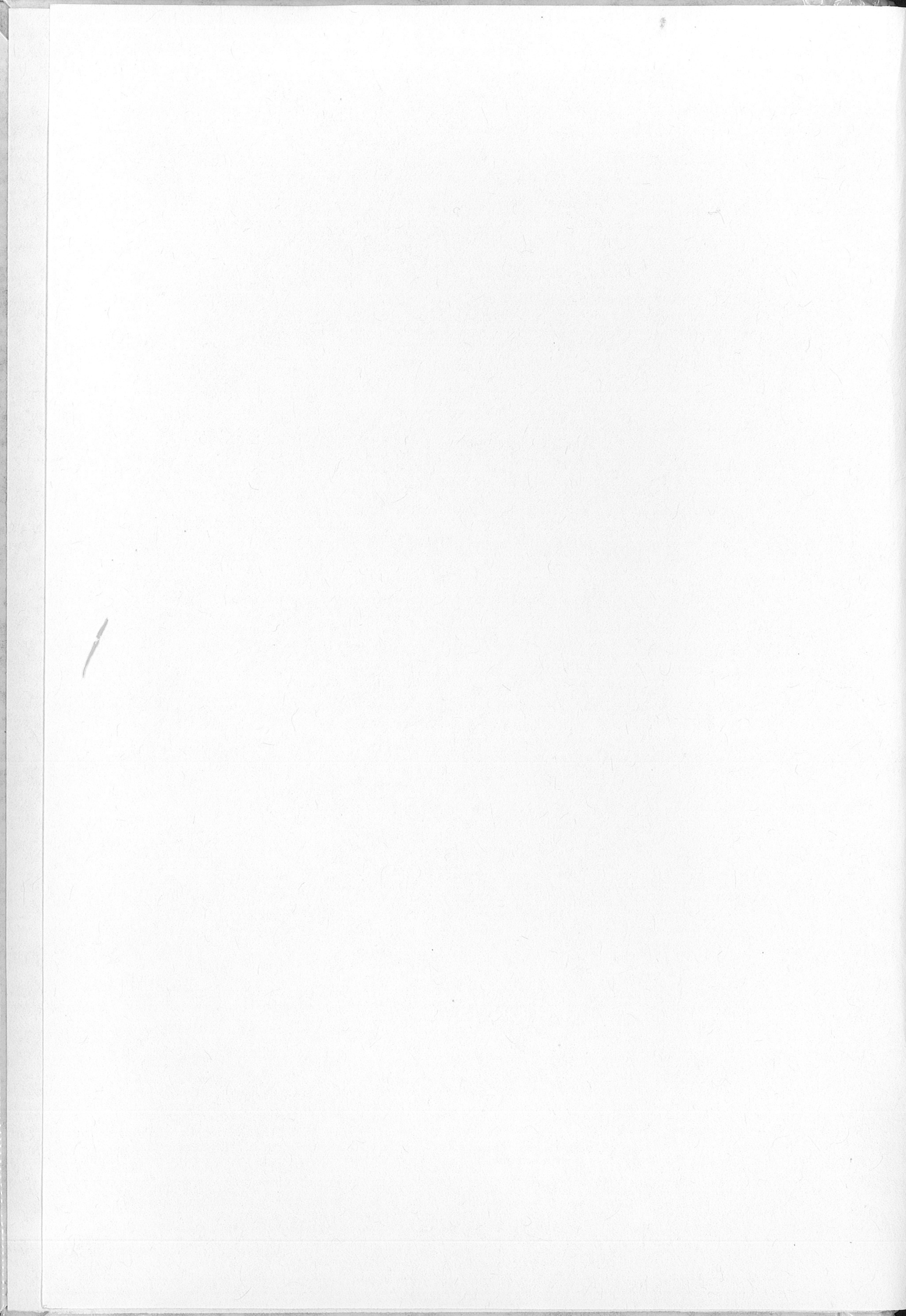
Schwarz Weiße Zeiten

AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende

Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik

Interviews - Berichte - Analysen





IZA, KKM, tdh, BAOBAB (Hrsg.)

Schwarz-Weiße Zeiten

AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende

Erfahrungen der Vertragsarbeiter aus Mosambik

Interviews - Berichte - Analysen

Schwarz-Weiße Zeiten

AusländerInnen in Ostdeutschland vor und nach der Wende
Erfahrungen der Vertragsarbeitnehmer aus Mosambik

Interviews - Berichte - Analysen

I n h a l t

1. Teil. Einführung: Arbeitsmigration in die DDR

2. Teil. Interviews: MosambikanerInnen in Ostdeutschland

3. Teil. Analysen: "Fremde" nach der Wende

Anhang

Literarische Atempausen

1. Teil

Einführung:

Arbeitsmigration in die DDR

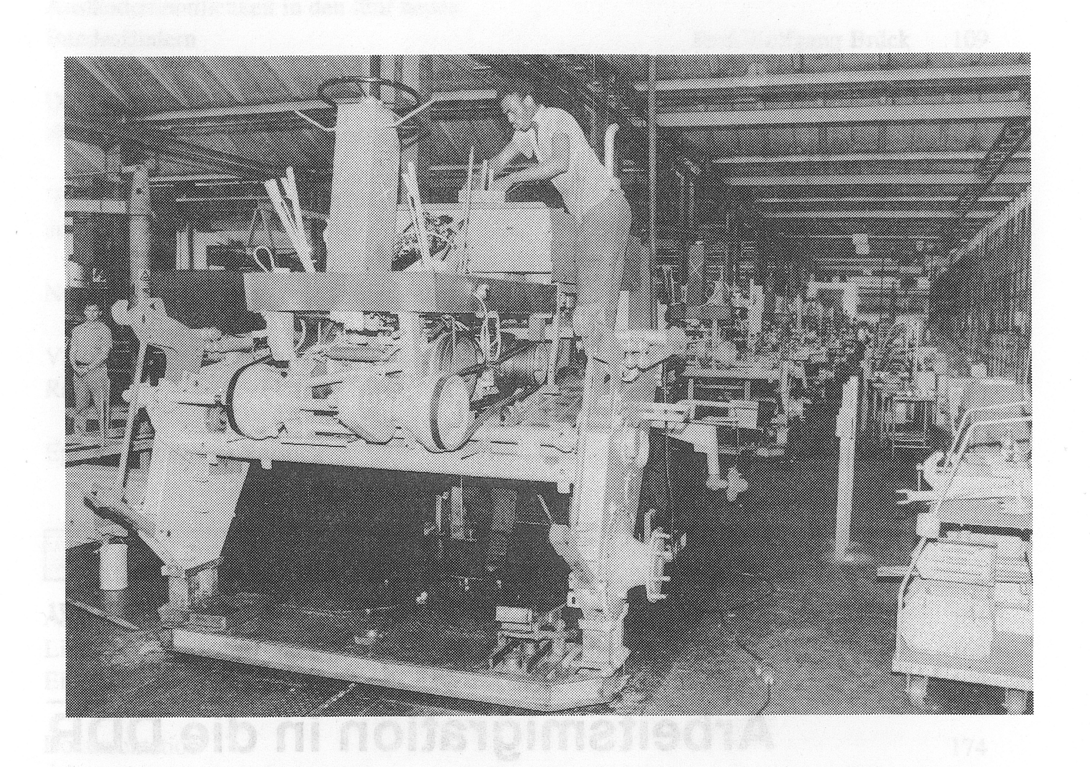


Foto: Toni Nemes / transit berlin
VEB Landmaschinenkombinat "Fortschritt", Erntemaschinenwerk Neustadt: Arbeiter aus Mosambik in der Endmontage der Schwadmäher Neustadt in Sachsen, 10.5.90

Deutsch-deutsche Zwickmühlen

Anfang Januar 1992 fand jenes Treffen des Redaktionsteams statt, auf dem die Konzeption für die vorliegende Broschüre entwickelt wurde; die ersten der weiter unten abgedruckten Interviews sind bereits im Oktober 1991 durchgeführt worden. Auch in unserem Fall gaben die seit der "Wende" und der Wiedervereinigung Deutschlands massiv zunehmenden und im Herbst 1991 eskalierenden Manifestationen von Fremdenfeindlichkeit den entscheidenden Anstoß zu der Überlegung, relevante Hintergrundinformationen und Materialien zu dieser Thematik zu veröffentlichen. Da jedoch bereits zum damaligen Zeitpunkt absehbar war, daß in der Folge der xenophobischen Exzesse in Orten wie Hoyerswerda, Hünxe usw. in kürzester Zeit eine Flut von Publikationen erscheinen würde, grenzten wir die Beiträge thematisch auf folgende Fragestellungen ein:

(Aus der Konzeption): Während es über die Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten in der alten Bundesrepublik Deutschland eine nahezu unübersehbare Anzahl an Untersuchungen, Veröffentlichungen und Materialien gibt, ist das öffentlich verfügbare Wissen über die besonderen Lebensumstände der von der früheren DDR angeworbenen ausländischen Arbeitnehmer sehr begrenzt. Im Zentrum unseres Interesses steht deshalb die Geschichte der mosambikanischen Gastarbeiter in der Ex-DDR: Mit welchen Erwartungen kamen sie in die DDR? Welche Erfahrungen haben sie im Vergleich dazu tatsächlich im "real existierenden Sozialismus" mit Deutschen gemacht? Wie sind in ihrer Sicht die Deutschen-Ost mit ihnen umgegangen und wie vertrug sich dieser Umgang mit der Maxime der "Internationalen Solidarität"? Wie wurden - umgekehrt - DDR-Gastarbeiter von den Ostdeutschen gesehen? Und: Was hat sich für diese spezifische Kategorie von Ausländern seit dem Zusammenbruch der DDR verändert?

Diese konzeptionellen Ziele sind auch nach den permanenten Ausschreitungen gegen AusländerInnen in den letzten Monaten beibehalten worden. Sie schlagen sich in der Auswahl der Interviewpartner nieder, die hier ausführlich zu Wort kommen und ihre Sichtweisen und Erfahrungen darlegen. Hinzu kommen einige Beiträge verschiedener Autoren, die Informationen zur aktuellen Situation im vereinten Deutschland sowie zu den Rahmenbedingungen der Arbeitsmigration in die DDR liefern, damit der umfassende Kontext der Gesprächsauszüge verständlich wird. Allgemeiner gehalten sind die Beiträge von W. Wahdatehagh zur Frage, wie ein

grenzenloses Europa mit den zu erwartenden Flüchtlingsströmen aus der sog. Dritten Welt umehen wird und der "Versuch einer kommentierten Definition des Rassismus" des renommierten Rassismusforschers A. Memmi.[1)]

Nichtsdestoweniger gibt es eine Reihe von Dingen, die dem Redaktionsteam "Kopfschmerzen" bereitet haben. Kurz vor dem Abschluß der redaktionellen Arbeiten kamen Zweifel bei uns auf, ob es zum gegenwärtigen Zeitpunkt (Juli 1992) sinnvoll ist, daß ausgerechnet *wir* das Thema Ausländerbeschäftigung und Fremdenfeindlichkeit in der DDR bzw. in den fünf neuen Bundesländern aufgreifen. Denn im Zuge einer teils tatsächlich beobachtbaren, teils herbeigeredeten und produzierten, in jedem Fall seit der ersten Redaktionssitzung tendenziell zunehmenden Polarisierung des Verhältnisses von Ostdeutschen und Westdeutschen, gewinnen die alltagssprachlichen Etikettierungen "Ossis" und "(Besser-) Wessis" als einordnende Kategorien für die Bewertung des Tuns, Handelns und Sagens des jeweils Anderen ein unerhörtes Gewicht. Sie wirken sich so aus, daß das Inhaltliche gegenüber der Frage, *wer* eine Aussage macht, ein Statement abgibt, eine Broschüre redigiert, zunehmend in den Hintergrund rückt. Ersteres wird wie durch einen Filter wahrgenommen, und die "Ossi"-"Wessi"-Kategorisierung strukturiert vorab, wie das Inhaltliche aufgenommen wird. Mit diesen Veränderungen ist auch das Redaktionsteam konfrontiert; es kann sich diesen Klassifizierungstendenzen nicht entziehen. Deshalb, und um dem Leser die zeitaufwendige Suche nach impliziten Hinweisen auf die Herkuft des Redaktionsteams zu ersparen, sie hier gleich anfangs freimütig bekannt: Das dreiköpfige Redaktionsteam besteht durchweg aus "Besser-Wessis", darunter ein "Wessi-Ausländer".

In unseren Diskussionen hat sich im Zusammenhang mit der beschriebenen Polarisierung eine gewisse Unbehaglichkeit breit gemacht. Sie gründet v.a. auf der Tatsache, daß die Art und Weise der Durchführung der deutschen Wiedervereinigung einen beispiellosen sozialen, kulturellen und ökonomischen Entwertungsprozeß in Ostdeutschland in Gang gesetzt hat, der nunmehr in eine - z.T. durchaus begründete - Skepsis und in ein Mißtrauen auf Seiten vieler Ostdeutscher gegenüber den Absichten und Zielen vieler Westdeutscher umschlägt. Wenn die jüngste Feldstudie "Jugendszene und Jugendgewalt im Land Brandenburg" u.a. zu dem Ergebnis

kommt, daß mehr als die Hälfte der befragten Jugendlichen (55 %) der Aussage: "Die Wessis bescheißen die Ossis wo sie nur können" zustimmt, dann wird hier eine deutliche Sprache gesprochen.

Diese Entwicklung kann auf das Redaktionsteam und die Autoren zurückschlagen. Wenn "Wessis" sich über Ausländerfeindlichkeit in der DDR äußern, kann auch dies als Versuch ausgelegt werden, ostdeutsche Lebensformen, Auffassungen und Einstellungen in Vergangenheit und Gegenwart schlechter zu machen als sie waren und sind. Dies ist nicht unsere Absicht. Auch soll nicht von der Fremdenfeindlichkeit in den alten Bundesländern abgelenkt werden, die ebenfalls ein bedrückendes Faktum darstellt. Daß aber in diese Broschüre - bis auf die Einleitung - nur Beiträge aufgenommen worden sind, die entweder von ehemaligen DDR-Bürgern oder Ausländern stammen, ist nicht das Ergebnis einer Strategie, diesen deutsch-deutschen Zwickmühlen zu entgehen. Diese Auswahl der Beiträge stand bereits fest, bevor uns die geschilderten Zweifel plagten. Sie allerdings lag ebenso wie die Durchführung der Interviews in den Händen der Redaktion. Dazu stehen wir.

Ahmed Farah, Eva Engelhardt, Bernd Bröskamp

P.S. Rostock, Quedlinburg, Greifswald ... Die Liste der Städtenamen, die zu Symbolen des Hasses und der Gewalt gegen Fremde geworden sind, wird immer länger. Zur aktuellen Lage vgl. den Epilog: Notizen zu Rostock am Ende dieses Buches.

Berlin im Oktober 1992

---

[1] Es handelt sich bei diesem Beitrag um einen Auszug aus dem Buch "Rassismus" von Albert Memmi. Wir danken dem Athenäum Verlag GmbH für die freundliche Genehmigung zur Veröffentlichung.

Somalische Weisheit
"Liebst Du einen Menschen,
So tu es in Maßen;
Weißt Du doch nicht,
ob Du ihn eines Tags
hassen wirst!
Haßt Du dagegen einen Menschen,
so tue auch dies in Maßen;
Weißt Du doch nicht,
ob Du ihn eines Tags
lieben wirst."

Bernd Bröskamp

Einleitung

Vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland

Die DDR, ihre Ausländer, die deutsche Wiedervereinigung und die Folgen

Wie man weiß, besaß die DDR während der gesamten Zeit ihrer Existenz den Charakter eines Auswanderungslandes wider den offiziellen politischen Willen. Mit der Wiedervereinigung Deutschlands hat sich dies grundlegend geändert. Als konstitutive Bestandteile der Bundesrepublik Deutschland gehören die ostdeutschen Bundesländer seit dem 3. Oktober 1990 zu einem faktischen Einwanderungsland, auch wenn weiterhin Bürger aus Ostdeutschland auf der Suche nach Arbeitsplätzen gen Westen ziehen und diese "Binnenmigration" gewissermaßen die Fortsetzung früherer Flucht- und Übersiedlungsbewegungen bildet - mit dem wichtigen Unterschied jedoch, daß nun das Verlassen der ostdeutschen Länder weder illegal noch lebensbedrohend ist. Daß die DDR ihrerseits ausländische Arbeitskräfte ins Land holte, ist weit weniger bekannt. Was aus ihnen im Zuge des Einheitsprozesses geworden ist, unter welchen Bedingungen sie in die DDR gekommen waren und was dies mit der Teilung Deutschlands zu tun hatte, soll im folgenden beschrieben werden.

1. Menschen zweiter Klasse

Die vielfältigen gesellschaftlichen Deklassifizierungsprozesse, die das "Experiment Vereinigung" *(Giesen / Leggewie 1991)* für eine große Zahl von Bewohnern der fünf neuen Bundesländer mit sich gebracht hat, werden seit einiger Zeit immer öfter mit der griffigen, aber auch vereinfachenden Formel von den "Deutschen zweiter Klasse" auf den Punkt gebracht. Aber stärker noch als die einheimische Bevölkerung der Ex-DDR sind jene Individuen und Gruppen von den destabilisierenden Folgen der Wende zur Deutschen Einheit überrollt worden, die als nicht-deutsche Vertragsarbeiter auf der Grundlage von Regierungsabkommen mit Ländern der Dritten Welt in die DDR gekommen waren, um den Mangel an Arbeitskräften in den Volkseigenen Betrieben auszugleichen. Unter rechtlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gesichtspunkten gehören sie zu den nahezu unbemerkt gebliebenen absoluten Verlierern der Einheit Deutschlands. Geschaffen worden sind, um vorläufig in der Formel zu bleiben, nicht nur Deutsche, sondern auch Arbeitsmigranten zweiter Klasse.

Charakteristisch dafür ist gegenwärtig z.B. ihre besondere rechtliche Situation. Sieht man von einigen Unterschieden ab, die u.a. die Herkunftsstaaten, die Anzahl der Anwerbungen, die Aufenthaltsbedingungen und Aufenthaltsdauer sowie die Sozialstruktur der Ausländergruppen betreffen, so sind die meisten der seit Ende der 70er Jahre und verstärkt seit Mitte der 80er Jahre aus Ländern wie Vietnam, Mosambik, Kuba, China und Angola *(vgl. Henke 1991; Stach 1991)* eingereisten ausländischen Kontraktarbeiter der DDR den westdeutschen "Gastarbeitern" der 50er und 60er Jahre durchaus vergleichbar. Behandelt aber werden sie vom vereinten Deutschland vollkommen unterschiedlich - sie werden durch das neue Ausländerrecht massiv benachteiligt.

Wie läßt sich die juristische Seite dieser Ungleichbehandlung begreifen? Vergegenwärtigen muß man sich dazu, daß das Bundesverfassungsgericht im Jahre 1978 einen grundlegenden Beschluß bezüglich der Verlängerung von beantragten Aufenthaltsgenehmigungen gefaßt hat *(vgl. Franz 1986, 77f.)*. Für Ausländer gilt danach der Grundsatz der Aufenthaltsverfestigung, "der anknüpfend an Vertrauenstatbeständen nach fünfjährigem Aufenthalt die Verpflichtung zur Erteilung eines Daueraufenthaltstitels festschreibt" *(Buchhorn 1991, 71)*.

Angesichts der Tatsache, daß die Regierungsabkommen der DDR mit den Entsendeländern in der Regel einen 4-7jährigen Arbeitsaufenthalt (mit einer Obergrenze zwischen 6-10 Jahren) vorsahen und die Regelaufenthaltszeit 5 Jahre betrug, kann man annehmen, daß relativ viele der in den neuen Bundesländern lebenden Arbeitsmigranten Chancen (gehabt) hätten, sich ihren dauerhaften Aufenthalt auf dieser Grundlage zu sichern. Aber gerade sie erhalten im Zusammenhang mit dem neuen Ausländergesetz (§ 10) der BRD auf der Grundlage der Arbeitsaufenthalteverordnung - AAV - (§ 11), sofern sie weniger als 8 Jahre im Lande sind, nur eine "Aufenthaltsbewilligung" *(Buchhorn 1991, 71)*. Wer aber lediglich im Besitz einer Aufenthaltsbewilligung ist, dessen Aufenthalt ist zweckgebunden, somit befristet, und zugleich ist er gesetzlich von dem Grundsatz der Aufenthaltsverfestigung ausgeschlossen *(Rittstieg 1991, 27)*.

In Anbetracht dieser komplizierten Rechtssituation gilt es vordringlich, für diejenigen unter den Ex-DDR-Vertragsarbeitern, die nicht die Absicht haben, in ihre Herkunftsländer zurückzukehren, Informationen über rechtliche Möglichkeiten des Widerspruchs gegen die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung bereitzustellen. Aus diesem Grund enthält die Broschüre ein Muster für einen Widerspruch an die Ausländerbehörde, mit dem zugleich eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis nach § 15 des neuen Ausländergesetzes beantragt werden kann. Der wesentliche Unterschied liegt darin, daß eine Aufenthaltserlaubnis verlängerbar ist, eine Aufenthaltsbewilligung jedoch nach Ablauf ihrer Zweckbindung dies nicht notwendigerweise sein muß (vgl. dazu die ausführlichen Erläuterungen in dem Beitrag von Rechtsanwalt Dr. Zieger).

Freilich wäre es eine Illusion zu glauben, der überwiegenden Mehrheit der Arbeitsmigranten in den fünf neuen Bundesländern könne mit diesen Informationen geholfen werden. Dazu ist es zu spät. Denn von den ehemals ca. 90.000 - 100.000 ausländischen Kontraktarbeitern der früheren DDR im Jahre 1989 (bei ca. 190.000 - 200.000 Ausländern - ohne die sowjetischen Streitkräfte - insgesamt, die ca. 1 % der DDR-Bevölkerung ausmachten; *vgl. Stach 1991, 6; Broszinski-Schwabe 1991, 19)* leben gegenwärtig (1992) bei abnehmender Tendenz nur noch weniger als 20 000 in der Bundesrepublik Deutschland *(vgl. Winkler 1992, 34)*. Nahezu vier Fünftel der ausländischen Arbeitnehmer in Ostdeutschland haben die Bundesrepublik bereits verlassen.

Die Gründe dafür liegen auf der Hand. Bereits kurz nach der Öffnung der Grenzen im November 1989 waren sie es, die die wirtschaftliche Unsicherheit als erste zu spüren bekamen; sie waren die ersten, die aus den Betrieben entlassen wurden *(vgl. den Beitrag v. A. Farah)*. Kein Wunder, daß dies im Zusammenspiel mit einer wachsenden Fremdenfeindlichkeit und einem staatlich ausgeübten Druck - noch zu DDR-Zeiten durch gesetzlich festgelegte finanzielle Anreize zur Rückkehr und im wiedervereinigten Deutschland durch die neuen ausländerrechtlichen Bestimmungen - zu einer "fluchtartigen Rückwanderung" in die Heimatländer geführt hat *(Buchhorn 1991, 68)*.

Nichtsdestoweniger droht gegenwärtig den Bleibewilligen unter den wenigen der hier verbliebenen Mosambikanern, Vietnamesen und sonstigen ehemaligen Vertragsarbeitern anderer Nationalität die Rücksendung in ihre Herkunftsländer gegen ihren Willen, solange sie weiterhin nur mit einer zweckgebundenen und befristeten Aufenthaltsbewilligung abgespeist werden. Dem ist entgegenzutreten. Generell ist zu fordern, daß ihnen ein Bleiberecht in der Bundesrepublik Deutschland über die Dauer ihrer Beschäftigungsverträge hinaus eingeräumt wird. Da aber unklar ist, ob überhaupt, und wenn ja, ab wann diese Forderung durchgesetzt werden kann, ist kurzfristig zu hoffen, daß die weiter unten abgedruckten rechtlichen Tips für diejenigen unter ihnen, die einer Remigration ablehnend gegenüberstehen, von Nutzen sind.

2. Rückblende: Arbeitsmigrationen ins geteilte Deutschland

Retrospektiv wird heute erkennbar, daß zwar nicht die Arbeitsmigration generell, wohl aber die Geschichte ihres Verlaufs sowohl in die BRD als auch in die DDR enger mit der Geschichte der Teilung der beiden deutschen Staaten verzahnt gewesen ist, als man es bislang wahrgenommen hat. Ein Beispiel dafür bildet der Zusammenhang zwischen dem Bau der Mauer im Jahre 1961 und der sog. Gastarbeitermigration in die Bundesrepublik. Zwar fielen die meisten Vertragsabschlüsse mit den Anwerbeländern Südeuropas - mit Ausnahme der Türkei - in die Zeit vor den Mauerbau (1955 - 1960), aber bereits zum damaligen Zeitpunkt gab es bekanntlich neben der beginnenden internationalen Arbeitsmigration auch eine Binnen- bzw. Flüchtlingswanderung von der DDR in die BRD, die in ihrer

zahlenmäßigen Größenordnung weit über den Zuwanderungsraten aus den europäischen Entsendeländern lag. So befanden sich Ende Juli 1960 insgesamt ca. 280 000 ausländische Arbeitnehmer in der BRD *(vgl. Esser 1983, 131)*, während allein in diesem Jahr ca. 200 000 Menschen die DDR in Richtung eines durch Vollbeschäftigung und Arbeitskräftemangel gekennzeichneten Westdeutschland verließen *(vgl. Diemer/Kuhrt 1991, 238)*. Erst "mit der Grenzsperrung durch die DDR am 13. August 1961 versiegte der Zustrom der DDR-Flüchtlinge. Zu diesem Zeitpunkt begann die »unkontrollierte Expansion« in der Ausländerbeschäftigung, die im Grunde erst mit dem Anwerbestopp vom 22. November 1973 endete" *(Esser 1983, 132 f.)*. Für die ab 1961 verstärkt einsetzende innereuropäische Arbeitskräftewanderung lassen sich für die Altbundesrepublik drei Phasen unterscheiden:

1. die Phase der Massenmigration (die Zeit zwischen dem Abschluß des ersten Anwerbevertrages mit Italien 1955 bis zum Anwerbestopp 1973);

2. die Phase der Familienzusammenführung (1970 - 1980) und

3. die Phase der Niederlassung und der Herausbildung neuer ethnischer Minderheiten *(Castles 1986)*.

Die überwiegende Mehrheit der heute dauerhaft im vereinten Deutschland lebenden ausländischen Wohnbevölkerung (ca. 3,3 von 5,6 Mill.) ist im Rahmen dieser Entwicklung hierher gekommen. Von der Gesamtheit der Wohnbevölkerung ohne deutschen Paß leben 60 % seit zehn und mehr Jahren hier und von den ausländischen Jugendlichen sind sogar 80% hier geboren *(Winkler 1992, 35)*.

Die Ausländerbeschäftigung in der DDR läßt sich ebenfalls als in die Dynamik des deutsch-deutschen Verhältnisses eingebettet betrachten. Auf den mit der Abwanderung verbundenen, wirtschaftlich kaum verkraftbaren Verlust von Hunderttausenden von Arbeitskräften einschließlich ihrer fachlichen Kompetenzen hatte sie zunächst mit Gewalt reagiert: Mauer, Stacheldraht und Schießbefehl. Diese diktatorisch umgesetzte Absicht, die Menschen am Verlassen des Staatsterritoriums zu hindern, zeigte zwar Wirkung insofern, als die Zahl der Flüchtenden deutlich abnahm. Vollkommen zum Erliegen kam die von nun an mit tödlichen Risiken behaftete

"Emigration" aus der DDR jedoch nie. Zwischen 1962 und 1988 lag die durchschnittliche jährliche Rate der Flucht- bzw. Übersiedlungsbewegung bei ca. 20 000 Personen, zu Beginn der 60er Jahre weit darüber, in den 70er Jahren darunter, um dann insbesondere im Jahre 1984 (40 974 Personen) wieder stark anzusteigen.

Es ist kaum zu bezweifeln, daß die Anwerbung von ausländischen Vertragsarbeitern in die DDR etwas mit dieser Auswanderungsbewegung (3,5 Millionen insgesamt zwischen 1949 und 1989) zu tun hatte. Zwar lag die die Stagnation der DDR-Volkswirtschaft sicherlich nicht nur in der Abwanderung begründet, aber der Mangel an Arbeitskräften hing durchaus damit zusammen. Bereits 1967 wurden infolge Personalmangels einige Tausend ungarische Arbeitskräfte in die DDR geholt. Im Jahre 1977 waren insgesamt 50 000 Arbeitsmigranten aus verschiedenen RWG-Ländern *(RWG = Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe)* zu zählen, die in der Regel für drei Jahre blieben. Diese Zahl erhöhte sich um weitere 50 000 in der Zeit um 1977/78 (darunter 18.000 Algerier, die aber bald darauf von ihrer Regierung aufgrund sozialer Spannungen und Ausschreitungen, denen sie ausgesetzt waren, nach Hause geholt wurden; *vgl. Stach 1991, 11 u. 18)*. Ende der 70er Jahre wurden dann die Regierungsabkommen mit Vietnam, Mosambik, Angola, Kuba aber auch China geschlossen[1].

Unter anderem wurde auf diese Weise anfänglich die durchaus positive Absicht verfolgt, Angehörigen aus den sog. Entwicklungsländern die Möglichkeit einer Ausbildung zu verschaffen. Die erworbenen Kompetenzen sollten nach der Rückkehr im Herkunftsland Früchte tragen, wo parallell dazu Produktionsstätten errichtet wurden. Aber Mitte der 80er Jahre, als auf der einen Seite die Flüchtlingsrate in der DDR wieder rapide anstieg und auf der anderen im Gleichschritt damit zunehmende Produktionsausfälle die DDR-Wirtschaft lähmten, änderte sich der Charakter dieser Abkommen. Anstelle der Qualifizierung von ausländischen Vertragsarbeitern rückte allein die Ausnutzung von deren Arbeitskraft in den Vordergrund. Schlagartig wurden in dieser Zeit jährlich ca. 30 000 Arbeitskräfte ins Land geholt *(vgl. Buchhorn 1991, 68)*, deren Existenzbedingungen von außerordentlich restriktiven Aufenthaltsvorschriften gekennzeichnet waren *(vgl. dazu auch den Abschnitt 4)*.

Von einer Massenmigration wie in der Altbundesrepublik kann im Hinblick auf die DDR allerdings keine Rede sein und ebensowenig von einer

Familienzusammenführung, so daß weder an Formationsprozesse ethnischer Minoritäten noch an das Heranwachsen einer zweiten oder gar dritten Generation zu denken war. Die Gründe dafür liegen nicht nur in dem relativ kurz zurückliegenden Zeitpunkt der Anwerbungen (seit 1979 für den überwiegenden Teil der Ex-Kontraktarbeiter) und in der vergleichsweise relativ geringen Zahl der Angeworbenen, sondern v.a. darin, daß die DDR ein rigoroses Rotationsmodell verfolgte, also eine ausländerpolitische Grundlinie, nach der möglichst ledigegehende, einzelne Arbeitsmigranten im Alter von 18 - 35 Jahren für einen befristeten Zeitraum rekrutiert wurden, um dann im Austausch gegen andere nach Hause geschickt zu werden.

Zwar verfolgte auch die Bundesrepublik während der Anfänge der Gastarbeiteranwerbung eine Rotationspolitik, jedoch sicherte sie diese rechtlich nicht ab. Darüberhinaus wäre ein ständiger Austausch von alten und neuen Arbeitskräften nicht mit den Interessen der Betriebe vereinbar gewesen, da dies jeweils erneute, nicht zuletzt auch finanziell kostenträchtige Anlern- und Ausbildungsanstrengungen erforderlich gemacht hätte. Als in den 70er Jahren das öffentliche Bewußtsein verstärkt registrierte, daß sich die ehemaligen Gastarbeiter und ihre Familien in der BRD eingerichtet und dauerhaft niedergelassen hatten, wurde das Rotationsmodell - bezogen auf die Gruppe der ausländischen Arbeitnehmer - durch das sog. Integrationsmodell abgelöst.

Bedeutsam sind diese Differenzen, weil die unterschiedlichen Verläufe und Bedingungen der Wanderungen die spezifischen Lebensbedingungen der Arbeitsmigranten-West und der Arbeitsmigranten-Ost in entscheidender Weise geprägt haben. Sieht man einmal von den generellen Verschiedenheiten der sozialen Existenzbedingungen in den beiden früheren deutschen Teilstaaten ab, so bestand der Vorteil der ehemaligen Gastarbeiter im Westen neben ihrer numerischen Größe darin, daß nach dem Anwerbestopp im Zuge der Familienzusammenführung eine Konsolidierung ihrer Sozialstruktur einsetzte. Im Hinblick auf wichtige soziale Merkmale wie Geschlechts- und Familienstruktur konnte sich nämlich die ausländische der einheimischen Wohnbevölkerung immer mehr angleichen. Ihre Altersstruktur ist zudem wesentlich jünger und damit günstiger als die der autochtonen Bevölkerung. Dies und die Prozesse der Formation von sog. Einwanderer-Communities einschließlich der Möglichkeit des Zusam-

menschlusses in eigenen Vereinen und Organisationen sowie eine entstehende ethnische Ökonomie verbesserten trotz fehlender politischer Rechte die Chancen, sich gegen Anfeindungen von außen zu wehren. Eine solche Entwicklung konnte es in der DDR nicht geben.

3. Fünf Quadratmeter DDR

Über die Inhalte der bilateralen Abkommen zwischen der DDR und den Vertragsstaaten ebensowie über die Zahl der werktätigen Ausländer gab es in der Öffentlichkeit bis 1989 so gut wie keine Informationen. Vertraut mit den festgelegten Aspekten des Einsatzes ausländischer Produktionsarbeiter waren lediglich einige staatliche Stellen, z.B. das Ministerium für Arbeit und Soziales. Sichtbarkeit im DDR-Alltag erlangten die Kontraktarbeiter neben ihrer Tätigkeit in Betrieben und der Verrichtung von Alltagsroutinen wie Einkaufen, Essengehen, Disco-Besuche usw. durch ihre konzentrierte Unterbringung in streng bewachten, z.T. von Mauern oder Zäunen umgebenen Gemeinschaftsunterkünften *(vgl. Buchhorn 1991, 69)*.

Aufgrund dieser Mischung von Sichtbarkeit einerseits und Desinformation andererseits gediehen beispielsweise Gerüchte über angebliche "Privilegien" der Ausländer, von denen es u.a. hieß, sie hätten Zugang zu Westgeld, zu Westwaren und könnten in den Westen reisen *(vgl. dazu das Interview mit Erika Kühnertz und Rebecca Freymuth)*. Wie repressiv die festgeschriebenen Lebensumstände der ausländischen Arbeitnehmer, Männer wie Frauen, in Wirklichkeit waren, ist erst durch die Offenlegung der Regierungsabkommen dokumentierbar geworden. Durchgesetzt werden konnte dies noch zu DDR-Zeiten, aber erst im Jahr nach dem Fall der Mauer (1990), und zwar durch die Initiative der "AG Ausländerfragen" (später Arco Iris) am Zentralen Runden Tisch *(vgl. Hussain 1991, 27)*. Hier in Stichworten ein Überblick über die Bedingungen, unter denen die Kontraktarbeiter ins Land gelassen wurden:

"- Abführung von 12 % des Lohnes in die Heimatländer;
- strenge Kontrolle durch DDR-Organe und Botschaften;
- keine Familienzusammenführung;
- Abschiebung im Schwangerschaftsfall oder Zwangsabtreibung;
- Abschiebung bei politischer Betätigung etc.;
- keine Vereine, keine Mitgliedschaft in Parteien der DDR;
- Zwangsmitgliedschaft beim FDGB und Bezahlung von Mitgliedsbeiträgen" *(Hussain 1991, 27)*.

Genau festgelegt waren auch die Wohnbedingungen. Die gemeinsame Unterbringung ausländischer Kontraktarbeiter in Wohnheimen war obligatorisch. "Dabei durfte die Miete 30 Mark nicht überschreiten, und die vereinbarte Fläche mußte wenigstens 5 qm pro Person betragen. In einem Raum sollten höchstens 4 Personen leben, denen eine Kochgelegenheit sowie Besteck und Kochgeschirr zur Verfügung gestellt werden sollte. Frauen und Männer hatten in getrennten Unterkünften zu leben. Die wenigen Ehepaare besaßen keinen Rechtsanspruch auf einen gemeinsamen Raum" *(Stach 1991, 16).*

Allerdings sind selbst diese Vorgaben nicht immer eingehalten worden. Wohnheime wurden überbelegt und gelegentlich mußten sich 40 Personen 5 Kochstellen teilen *(ebd. 17).* In den Gemeinschaftsunterkünften gab es für Besucher Anmelde- und Ausweispflicht. Bereits dadurch waren private Kontakte zwischen Einheimischen und Ausländern mehr als eingeschränkt. Darüber hinaus gab es Überprüfungen der Besuchsvorschriften. Es wurden "mitunter nächtliche, überfallartige Kontrollen durchgeführt und den Schlafenden Decken vom Leib gerissen, um zu sehen, ob da nicht ein unangemeldeter Besuch schlief. Außerdem besaß die Heimleitung Schlüssel zu allen Räumen, und diese konnten jederzeit ohne Erlaubnis der Bewohner durchsucht werden" *(Stach 1991, 17).* Die Unterbindung von Kontakten zwischen deutschen und ausländischen Bewohnern der DDR korrespondierte u.a. mit der "Absicht der zuständigen Regierungsstellen, die alles, was mit den ausländischen Arbeitskräften zu tun hatte, zur geheimen Verschlußsache machten" *(Buchhorn 1991, 69).*

Im Grunde gab es eine DDR-spezifische Form der Apartheid *(Thierse 1992, 70),* die sich von den Unterbringungsformen über die Arbeit in den Betrieben bis hin zu den strikten und einschränkenden Regelungen, unter denen binationale Ehen möglich waren, erstreckte. So wurde in den Betrieben teilweise in abgetrennten Abteilungen gearbeitet. Eheschließungen mit einem deutschen Partner konnten ohne offizielle Genehmigungen, die oft versagt wurden, nicht vollzogen werden. Das Warten auf eine solche Heiratserlaubnis konnte für DDR-Bürger bis zu 5 Jahren dauern, und selbst nach der Trauung war es möglich, diese bei gemischten Ehen für ungültig zu erklären *(vgl. Stach 1991, 10).* Ratschläge seitens der jeweiligen Beamten, von einer geplanten Ehe mit einem Ausländer Abstand zu nehmen, waren - verbunden mit "dem Hinweis auf die Situation in den Heimatländern der Partner und der 'Vorzüge des Sozialismus'" *(Hussain 1991, 26)* - nichts Ungewöhnliches[2].

Fotos: E. Ahrens







Waren, von staatlich verordneten Begegungen einmal abgesehen, alltägliche Kontakte von Deutschen und Ausländern allein aus den genannten Gründen nur schwer zu bewerkstelligen, so wurden sie durch weitere ex- und interne Anweisungen und Bestimmungen erschwert, die zum Ausländergesetz der DDR als ergänzende Anweisungen und Bestimmungen hinzukamen. Dazu gehörten z. B. "Kontaktsperren". In den Betrieben, an den Universitäten sowie in anderen Bereichen des öffentlichen Lebens legte man DDR-Bürgern, - auch Meistern und Betreuern der Arbeitsmigranten - die Unterzeichnung einer schriftlichen Verpflichtung nahe, nach der sie keine Kontakte zu ausländischen Kollegen aufzunehmen oder unvermeidbare Kontakte zu melden hatten *(Hussain 1991, 26)*. Daß durch diesen totalitären Überwachungswahn bei gleichzeitig verkündeter internationaler Solidarität soziale Beziehungen zwischen aus- und inländischen Arbeitskollegen eine an Schizophrenie grenzende 'double-bind' Gestalt annahmen, ist nicht schwer auszurechnen. In dem weiter unten abgedruckten Interview mit David Zacharis und David Macau aus Mosambik wird erkennbar, zu welchen absurden, für die Fremden unverständlichen, sie zugleich zutiefst verletzenden und diskriminierenden Situationen diese Praxis im Alltag führen konnte *(vgl. z.B. deren Schilderung der Reaktionen der Einheimischen auf Restaurantbesuche)*.

4. Ausländerfeindlichkeit im real existierenden Sozialismus

Es ist unbestreitbar, daß die beschriebenen Rahmenbedingungen ein durch gegenseitige Toleranz, Achtung und Akzeptanz gekennzeichnetes Zusammenleben von ausländischen Produktionsarbeitern und DDR-Bürgern so gut wie unmöglich machten. Die bekannten exzessiven staatlichen Kontroll- und Überwachungspraktiken schürten zusätzlich von Anfang an ein durch großes Mißtrauen geprägtes Verhältnis, nicht nur zwischen Deutschen und Ausländern, sondern auch zwischen den DDR-Bewohnern untereinander *(vgl. das Gespräch mit Rebecca Freimuth)*. Wer offene Begegnungen mit Fremden befürwortete, setzte sich der Gefahr aus, ins Zwielicht zu geraten: "Bürger mit häufigen Kontakten zu Ausländern galten als verdächtig" *(Broszinsky-Schwabe 1991, 22)*. Wer gar einen Heiratsantrag mit einem Ausländer stellte, mußte mit Bespitzelung und Überwachung seitens der Polizei und der Staatsicherheit rechnen *(Hussain 1991, 27)*.

Das sind die Voraussetzungen, in denen die Gründe dafür liegen, daß es im Hinblick auf die spezielle Situation der DDR ausgesprochen schwierig

ist, zwischen dem, was als "normale" interkulturelle Mißverständnisse sowie Verständigungsprobleme angesehen werden könnten, und einer DDR-spezifischen Ausländerfeindlichkeit zu unterscheiden. Rassismus, Apartheid und Fremdenfeindlichkeit waren staatlicherseits zugleich (offiziell) verboten und (verdeckt) institutionell legitimiert.

In Erinnerung zu rufen ist in diesem Zusammenhang auch, daß auf dem Territorium der DDR eine "nahezu 60-jährige Autoritarismusgeschichte" *(Funke 1991, 153)* Wirkungen zeigt, die bis heute anhalten und in den Menschen in Form von Einstellungen, Überzeugungen und Lebensweisen Spuren hinterlassen haben. Neueren Untersuchungen des Wissenschaftszentrums Berlin aus dem Jahre 1990 zufolge finden sich bei Teilen der Bevölkerung der Ex-DDR vergleichsweise "weitverbreitete autoritäre Einstellungen gegenüber Erziehungsfragen, dem demokratischen Anspruch auf Konflikt, Streit und auf notwendige Gruppen- und Verbandsauseinandersetzungen" *(Funke 1991, 114)*. Daß diese bei den älteren, über sechzigjährigen Erwachsenen besonders ausgeprägt sind, läßt auf einen "erheblichen Grad an Internalisierung autoritärer Erziehung und autoritärer Einstellungen seit dem Ende der Weimarer Republik" schließen *(ebd.)*. Aber bei den nachfolgenden Generationen führte das Aufwachsen in autoritären Gesellschaftstraditionen

> "nicht nur zu subkulturellen Formen kritischer Distanz als einer Quelle für die spätere Umbruchsbewegung ..., sondern auch zu autoritär-aggressiven Tendenzen, ebenfalls vor allem in den jüngeren Generationen, die die autoritären Tendenzen in der weiteren DDR-Gesellschaft 'abbildeten'. Hier waren durch eine vierzigjährige autoritäre Gängelung nationale ebenso wie nationalistische Potentiale verordneterweise eingefroren und zugleich zusätzlich geschaffen worden" *(Funke 1991, 103 f.)*

Diese widersprüchliche Existenz nationalistischer Potentiale korrespondiert mit der Tatsache, daß die Menschen in der DDR ständig einander konträren Botschaften ausgesetzt waren. Auf der einen Seite: Verordneter Internationalismus als Grundwert des Staats- und Bildungssystems, politisch-ideologische Formeln von der Völkerfreundschaft zwischen den sozialistischen Bruderstaaten und von "Weltoffenheit", die allerdings anläßlich politischer Veranstaltungen und Demonstrationen in ziemlich provinzieller oder aber militaristischer Weise daherkam. Dem diametral entgegengesetzt war auf der anderen Seite der Gedanke der Einheitskultur, der dem "Pluralismus der Meinungen und Lebensweisen widersprach" *(Broszinsky-Schwabe 1991, 21)*. Selbst das Bildungswesen trug so gut wie

nichts zu einer Verbesserung dieser Situation bei. Man mag einwenden, daß eine Praxis der interkulturellen Erziehung aufgrund einer fehlenden zweiten Generation sowie der geringen Zahl und der isolierten Unterbringungsweise der Ausländer ohnehin so gut wie undurchführbar war. Aber die Schulen verfügten eben trotz der Grundwerte des Internationalismus und der Völkerverständigung auch nicht über angemessene Bildungsangebote, die Kenntnisse über Lebensformen, Religionen und Leistungsfähigkeiten anderer Kulturen in und außerhalb Europas vermittelten *(Broszinsky-Schwabe 1991, 20f.)*. Kein Wunder in einem Staat, in dem Anderssein und Individualismus negiert wurde und Anpassung zumindest inoffiziell vorrangiges Erziehungsziel war.

So sehr der Druck zur sozialen Überanpassung als Gängelung empfunden wurde, produzierte dieser doch nur geringe Gegenwehr; er wurde internalisiert und weitergegeben, nicht zuletzt in den Betrieben, und hier an die sozial schwächsten Gruppen, die ausländischen Kollegen. Waren diese ohnehin schon einer besonderen Kontrolle seitens der eigenen Staaten, ihrer Auslandsvertretungen sowie der Betriebe und ihren Vorgesetzten unterworfen, so wurden ihnen nicht selten die unbeliebtesten Arbeitsplätze und Schichten zugewiesen. Nicht-Anpassung wurde von ihren DDR-Kollegen, die sie oftmals sehr genau unter die Lupe nahmen, negativ interpretiert. Es existierte eine Bereitschaft, "jede Abweichung der Gastarbeiter von den vorgeschriebenen oder vermeintlichen Normen als eine 'typisch' ausländische Eigenschaft auszulegen" *(Stach 1991, 14)*.

Insgesamt ist jedoch das Wissen über konkrete, für den Alltag der DDR charakteristischen Formen des Umgangs mit Ressentiments gegenüber Ausländern sehr begrenzt. Aus diesem Grund besteht ein wesentliches Anliegen dieser Broschüre darin, einen kleinen Beitrag zur Erhellung dieses Kapitels der Ausländerbeschäftigung in der DDR zu leisten. Dazu haben die Mitglieder der Redaktion Interviews mit einigen früheren Vertragsarbeitern der DDR sowie mit einigen ehemaligen DDR-Bürgern durchgeführt, die hier abgedruckt sind und den Schwerpunkt dieses Heftes ausmachen. Dabei kann es selbstverständlich nicht um eine objektive oder gar repräsentative Darstellung gehen, sondern vielmehr darum, anhand von einigen wenigen, aber durchaus typischen Beispielen transparent zu machen, wie sich die objektiven Lebensbedingungen in den subjektiven Erfahrungen der einzelnen Gesprächspartner niedergeschlagen haben.

Es entspricht nicht der Absicht des Redaktionsteams, den vielen Por-

traits des "häßlichen Ossi", die spätestens seit den pogromartigen Ausschreitungen von Hoyerswerda Konjunktur haben, ein weiteres hinzuzufügen. Nicht zu vergessen ist, daß auch in der Altbundesrepublik Ausländerfeindlichkeit eine lange Tradition besitzt; die ostdeutsche ist nicht besser oder schlechter als die westdeutsche, mehr oder weniger schlimm und verwerflich - dies gegeneinander zu verhandeln wäre zudem auch angesichts der Geographie der Tatorte *(vgl. dazu die Dokumentation von Jürgs / Duve 1992, 109 ff.)* verfehlt. Aber die Ursachen der sich in Ostdeutschland manifestierenden Fremdenfeindlichkeit sind eben auch residuale Produkte eines unterschiedlichen Gesellschaftssystems - und somit z.T. andere. Dieses andere sollte hier deutlich gemacht werden, denn nur, wenn man das Spezifische der Fremdenfeindlichkeit erkennt, kann man darauf hoffen, auch adäquate Gegenstrategien und Interventionsmaßnahmen entwickeln zu können.

5. Wende - Wiedervereinigung - Pogrome

Wäre seit der Wende zur Wiedervereinigung Deutschlands und danach nicht eine massive qualitative Verschärfung in der Entwicklung des wiederholt gespannten Verhältnisses zwischen Deutschen und Ausländern eingetreten, hätte die Einleitung an dieser Stelle ohne weiteres abbrechen können. Angesichts des derzeitigen allgemeinen sozialen Klimas ist es jedoch geboten, auf einige Aspekte der jüngsten Veränderungen und deren Vorgeschichte einzugehen.

In keinem Jahr seit der Gründung der DDR erreichte die Auswanderungsrate ein so hohes Ausmaß wie es 1989 der Fall war. 343.854 Personen verließen innerhalb dieser 12 Monate das Land. Diese "Abstimmung mit den Füßen durch das ungarische Loch im eisernen Vorhang" *(Beck 1991, 24)* läutete gewissermaßen den Zusammenbruch der DDR ein und war zugleich das Vorspiel für ihr endgültiges Verschwinden von der Bühne des politischen Weltgeschehens. Mit der deutschen Einheit vollendet worden ist auch der Verwandlungsprozeß der DDR vom Auswanderungs- zum Einwanderungsland insofern, als das "Beitrittsgebiet" von nun an konstitutiver Bestandteil der Bundesrepublik geworden ist.

Die Kehrseite der auf die Massenflucht folgenden "friedlichen Revolution" bildeten bald darauf der zuvor durch Unterdrückung eingefrorene und zugleich geschaffene, nun offen zutage tretende Nationalismus und der sich in gewalttätigen Angriffen und Feindseligkeiten manifestierende

Fremdenhaß. Artikulierte sich die Opposition gegen die SED-Diktatur auf den Leipziger Montagsdemonstrationen vor dem 9. November 1989 noch in den Worten "Wir sind das Volk", so schlug dieser Tenor schon wenige Tage danach - "souffliert von angereisten Westdeutschen und Österreichern" *(Thierse 1992, 71)* - in die nationalistische Drohung "Wir sind ein Volk" um. Von nun an konnte man in der ostdeutschen Presse "fast täglich, häufiger als in westdeutschen Blättern, Schlagzeilen wie 'Vermummte überfielen Mosambikaner', 'Skins machten Jagd auf Ausländer' und 'Haut doch endlich ab'" lesen *(Schubarth 1991, 47)*.

Daß das Ausmaß an fremdenfeindlichen Einstellungen auf dem Gebiet der Ex-DDR seit der Einheit Deutschlands ein erschreckend hohes Ausmaß angenommen hat, zeigten bereits erste Umfragen aus den Jahren 1990 und 1991[3]. Diese Entwicklung hat im Herbst 1991 zu gewalttätigen, xenophobischen Exzessen geführt, die wie "ein Probehandeln zum Pogrom" wirken *(Bade 1992, 30)*. Der Ortsname Hoyerswerda ist zum Synonym für eine neue Dimension der Fremdenfeindlichkeit geworden; er steht für eine drastische qualitative Verschärfung der sozialen Spannungen zwischen Ausländern und Deutschen.

Es ist jedoch ein Irrtum zu glauben, daß der Anstieg der Ausländerfeindlichkeit auf Ostdeutschland begrenzt geblieben wäre. Vielmehr schwappte und schwappt die Welle des Fremdenhasses in einer Art Dialektik der Gewalt vom Osten auf den Westen Deutschlands herüber und wieder zurück. Die Vorfälle in Hünxe, Herford, Freiburg i. B. und in vielen anderen Orten Westdeutschlands dokumentieren dies nachdrücklich. Die absolute Anzahl der Mordversuche, Brandanschläge und gewalttätigen Angriffe, deren Opfer und Ziel nicht-deutsche Familien und Kinder sind, liegt in Westdeutschland sogar höher als in den fünf neuen Ländern. Relativ gesehen kann aber dennoch von einer größeren Gefährdung von Ausländern (insbesondere wenn sie schwarzer Hautfarbe sind) in Ostdeutschland gesprochen werden. Klaus Farin und Eberhard Seidel-Pielen *(1992, 42 f.)* haben ausgerechnet, daß bei den schweren Übergriffen (Brandanschläge und Angriffe auf Personen) in den fünf neuen Bundesländern im Jahre 1991 die Wahrscheinlichkeit, Opfer von rassistisch motivierter Gewalt zu werden, erheblich größer war als in der Altbundesrepublik. In Sachsen-Anhalt war diese beispielsweise 20 mal größer als in Nordrhein-Westfalen.

6. "Abwehrnationalismus"

Die Gründe für die beobachtbare Radikalisierung im Osten sieht der Politologe Hajo Funke u.a. in einer Art "Abwehrnationalismus". Dieser speist sich insbesondere aus Enttäuschung und Neid, und er richtet sich "vornehmlich auf projizierte 'Feinde' im Inneren" der eigenen Gesellschaft *(1991, 8)*, wobei die "Abwehr" solcher Gruppen sowohl psychische als auch handgreifliche Komponenten besitzen kann. Die Chancen für einen außenpolitischen Nationalismus seien im Zuge "der Bildung des neuen deutschen Nationalstaats und der (jedenfalls vorläufigen) Beendigung der Grenzdiskussion" *(ebd. 7)* dagegen eher als gering anzusehen.

Funke gibt zwei Hauptquellen von in Ostdeutschland zu beobachtenden Manifestationen des Abwehrnationalismus an:

> "1. die autoritäre Gesellschaftstradition auf dem Gebiet der ehemaligen DDR selbst und
> 2. das vorläufige Scheitern des gesellschaftlichen Selbsbefreiungsversuches der Bevölkerung der ehemaligen DDR" *(ebd. 151)*.

Auf den ersten Punkt ist weiter oben *(vgl. Abschnitt 4)* schon hingewiesen worden. Mit dem zweiten Punkt verweist Funke auf die schiefgelaufene Entwicklung des Einigungsprozesses, von der die ostdeutsche Bevölkerung betroffen ist.

> "Die aus der Geschichte der letzten zwei Jahre resultierende Anomie, das Gefühl, auf das falsche Versprechen einer Utopie-Mischung aus D-Mark, Marktwirtschaft und dem politischen System der BRD gesetzt zu haben, hat soziale und psychologische Folgen. Zu ihnen zählen unübersehbare Zeichen von Depression, Zukunftsangst, Orientierungslosigkeit und Resignation" *(ebd. 148)*.

Die Identifizierung mit dem größeren, reicheren Deutschland hat erneut autoritären Charakter. Sie impliziert die Unterwerfung unter die Definitionsmacht Westdeutschlands im Hinblick auf die Gestaltung der Einigung Deutschlands. Nicht zu vergessen ist desweiteren die demütigende Abhängigkeit vom Westen. Dies ist im Zusammenhang mit sozialen Entwertungs- und Deklassierungsprozessen in Enttäuschung und z. T. unreflektierte Aggressivität umgeschlagen. Diese Aggressivität kann sich nach innen - gegen die Familie oder die eigene Person (wie z.B. die wachsende

Selbstmordrate in Ostdeutschland zeigt) - oder nach außen wenden, und zwar in Form von Breitbandaggressionen gegen Fremde: gegen "Besserwessis" (die ihrerseits von den "Ossis" sprechen), aber insbesondere gegen die Angehörigen sozial schwacher Gruppen wie Polen, Schwarze, Sinti und Roma *(vgl. Funke 1991, 149)*.

Charakteristisch ist insbesondere der letzte Aspekt. Denn es sind v.a. die Angehörigen sozial schwacher Gruppen nichtdeutscher Herkunft oder kultureller Minderheiten, denen Antipathien in besonderer Schärfe ins Gesicht schlagen: Polen, Türken, Sinti und Roma werden von der ostdeutschen Bevölkerung nach der Spiegel-Umfrage von 1990 die negativsten Werte auf der Sympathieskala zugeschrieben *(vgl. Schubarth 1991, 47)*. Wichtig ist dabei, daß Franzosen, US-Amerikaner, Österreicher und einige andere Nationalitäten positive Werte erhalten. Insofern erweist sich die pauschale Rede von der Ausländerfeindlichkeit als nicht haltbar. Was in der Sympathie-Antipathie-Rangordnung hierarchisch zum Ausdruck kommt, ist tendenziell nichts anderes, als die Struktur sozialer Ungleichheiten der Weltgesellschaft. Die Ablehnung und Abwehr richtet sich nicht gegen Ausländer generell, insbesondere nicht gegen jene, deren Staatsangehörigkeit einen relativ hohen sozialen Status anzeigt, sondern vor allem gegen diejenigen, die als Arbeitsmigranten aus armen Ländern und Herkunftsregionen hierher gekommen sind oder die als Verfolgte in Deutschland um Asyl bitten.

7. Die Rolle der Asyldebatte

Vorausgegangen und auch während und nach den gewalttätigen Ereignissen im Herbst 1991 unvermindert fortgesetzt worden ist die Debatte zur Asylgesetzgebung im Deutschen Bundestag, die vor allem durch zwei Merkmale gekennzeichnet ist: ein extremes Maß an fehlender Sensibilität und eine gewaltige sprachliche Disziplinlosigkeit. Ein Beispiel dafür ist die verzerrende, von der Absicht, eine bestimmte Stimmung bei den Wählern schürende Rede einer großen Zahl von Politikern vom "Asylmißbrauch". Man muß nicht mit der PDS symphatisieren, um Gregor Gysis Argumentation folgen zu können. Er sagt zur Rede vom Asylmißbrauch:

> "Gemeint ist damit, daß Bürgerinnen und Bürger einen Antrag auf Gewährung von Asyl stellen, der sich als unbegründet herausstellt. Ein solcher Fall wird als Mißbrauch deklariert. Ich möchte aber darauf hinweisen, daß ich die Verwendung dieses Begriffs für äußerst gefährlich halte bei der Entwicklung eines Rechtsbewußseins. Es ist doch

etwas völlig Normales, das Anträge an das Gericht gestellt werden, die sich als unbegründet herausstellen. Man kann davon ausgehen, daß etwa die Hälfte aller Rechtsmittel bei Gericht keinen Erfolg haben. Wäre dies nicht so, würde es bedeuten, daß die jeweiligen Antragsgegner, Berufungs- und Revisionsgegner immer unterliegen müßten. Noch niemand ist aber auf die Idee gekommen, den Bürgerinnen und Bürgern der Bundesrepublik Deutschland, die einen Antrag oder eine Klage beim Gericht bzw. ein Rechtsmittel bei Gericht einlegen, das letztlich als unbegründet zurückgewiesen wird, als Mißbrauch des Klagerechts oder Mißbrauch des Rechtsmittelrechts vorzuwerfen. Würde dies geschehen, wäre damit auch eine erhebliche Einschränkung normaler rechtsstaatlicher Verfahrensrechte verbunden. Und wenn dies gerade beim Asylantrag bei einer Verwaltungsbehörde bzw. einem Gericht so formuliert wird, daß es sich um einen Mißbrauch handelt, wenn der Antrag nicht begründet ist, dann ist das eben eine Diskreditierung von Ausländern und Ausländerinnen. Und das wiegt umso schwerer, als es sich hier um ein Grundrecht handelt, was nicht gleichermaßen für alle Anträge bei Gericht gilt".

Wenn die ohnehin immer stärker von einem Verlust an Glaubwürdigkeit gekennzeichneten Berufspolitiker über das Asylrecht in einer die Fremden diskreditierenden Art und Weise streiten, um sich für Wahlen die Stimmen am rechten und unteren Rand des Wählerspektrums zu sichern, dann setzen sie damit einen teuflischen Zirkel fort, anstatt ihn zu durchbrechen: sie bieten vielen, nicht nur Rechtsextremisten, eine Rechtfertigung für ihre Fremdenfeindlichkeit, die sich ihrerseits in Vorurteilen, Diskriminierungen und Gewalt niederschlägt. Dies wiederum wird insbesondere seitens der CDU/CSU zum Anlaß genommen, der Forderung nach einer Änderung des Grundrechts auf Asyl für politisch Verfolgte Nachdruck zu verleihen. Und bei alledem wird verschwiegen, daß der Einwanderungsdruck mit einer solchen Maßnahme überhaupt nicht abbaubar ist, weil die Bundesrepublik völkerrechtlich an die Genfer Konvention gebunden bleibt und bleiben muß, nach der es verboten ist, Flüchtlinge ohne intensive Prüfung ihrer Bedrohung abzuschieben.

Nichtsdestoweniger ist am 1. Juli 1992 eine weitere Maßnahme in Kraft getreten, die dazu geeignet ist, politisch Verfolgte in ein besonders schiefes Licht zu rücken. Wenn alle Asylbewerber von diesem Tag an erkennungsdienstlich behandelt werden, um den mehrfachen Bezug von Sozialhilfeleistungen einzelner Asylbewerber zu verhindern, dann wird ihnen eine Behandlung zuteil, wie sie in unserer Gesellschaft in der Regel. nur Verbrecher erfahren. Diese ein Höchstmaß an fehlender Sensibilität beinhaltende Verfahrensweise verleiht dem beschriebenen Teufelskreis Kontinuität.

8. Ausblicke

Man begegnet häufig dem Glauben, daß eine Verbesserung des Verhältnisses von Einheimischen und Fremden allein dadurch eine wesentliche Verbesserung erfahren würde, wenn eine Steigerung und Intensivierung direkter sozialer Kontakte in Gang gesetzt werden könnte. Bei dieser Vorstellung handelt es sich, wie die sog. Kontakthypothese der Vorurteilsforschung zeigt, um eine Illusion. Danach können Kontakte zwischen Angehörigen von Minderheiten und Mehrheiten nur unter bestimmten Bedingungen positive Wirkungen entfalten. Kulturell heterogene Gruppen müßten gekennzeichnet sein durch a) Statusgleichheit, b) die Existenz gemeinsamer übergeordneter Ziele, die c) nur in kooperativer Abhängigkeit erreicht werden können. Außerdem müßte das Anknüpfen gegenseitiger Kontakte massive und intensive politische Unterstützung erfahren. Wenn aber z.B. die Begegnungen unfreiwillig zustande kommen, sie von den Beteiligten als unangenehm empfunden und als prestigemindernd erfahren werden, können bereits vorhandene Vorurteile bestätigt werden. Im Extremfall werden Vorurteile und negative Einstellungen gegenüber Angehörigen der jeweils anderen Ethnie durch die initiierten Kontakte erst hervorgerufen.

Eine der wesentlichen Voraussetzungen für positive Wirkungen von Kontakten, nämlich Statusgleichheit, besteht gerade in Bezug auf die sozial schwachen Ausländergruppen, die am stärksten abgelehnt werden, nicht. Aber ist es nicht so, daß auch zwischen den Deutschen-Ost und den Deutschen-West ebenfalls keine Statusgleichheit besteht, was Einkommen, Lebensqualität, Zukunftsaussichten usw. betrifft? Ist es nicht so, daß die Deutschen in den neuen und in den alten Bundesländern sich ebenfalls außerordentlich fremd sind, - vereint höchstens in der hohlen Schablone des Fremdenhasses? Wenn wirklich politisches Interesse an einem verbesserten Zusammenenleben besteht, wird es notwendig sein, annähernde Statusgleichheit herzustellen, zwischen Deutschen untereinander und zwischen Deutschen und hier lebenden Ausländern. Es wird aber auch notwendig sein, Fremdheit zu einem Thema einer Diskussion zu machen, die erkennt, daß Fremdheit zwischen Menschen keineswegs nur eine Frage der Ethnizität ist, sondern durchaus für Angehörige desselben Staates mit unterschiedlichem sozialen Hintergrund typisch ist.

Wenn die Deutschen wirklich ihre gegenseitige Fremdheit bewältigen wollen, dann werden sie ihr Verhältnis zu den Immigranten reflektieren

und revidieren müssen. Sie können davon profitieren. Denn indem sie sich den Einwanderern zuwenden und gemeinsam mit ihnen durch gegenseitige Empathie die Situation des anderen und seine Weltsicht zu verstehen versuchen, werden auch die Schwierigkeiten der deutsch-deutschen Fremdheit transparenter und überwindbarer. Einheit im Fremdenhaß dagegen ist oberflächlich und brüchig; sie ist zum Scheitern verurteilt. Das müssen auch die Politiker erkennen. Sie müssen die Entwicklung von Gegenstrategien beherzt und nicht nur halbherzig fördern und unterstützen. Sie müssen begreifen und begreiflich machen, daß die Überwindung des Nationalismus - und langfristig auch des Nationalstaats *(vgl. dazu auch den Beitrag von W. Wahdatehagh)* - zuallererst in unserem eigenen Interesse liegt.

9. Schluß

Zurückzukommen ist auf die anfänglich gebrauchte Formel von den Menschen zweiter Klasse. Deutlich geworden sein dürfte, daß im Kontext des Experiments Vereinigung die sozialen Beziehungen nicht nur der Deutschen untereinander ebenso wie die zwischen ihnen und den hier ansässigen ausländischen Minderheiten komplizierter und konfliktreicher geworden sind, sondern auch diejenigen zwischen den verschiedenen Zuwanderergruppen untereinander. Diese Komplexität ist mit der Formel von den Menschen zweiter Klasse nicht mehr greifbar. Innergesellschaftliche und weltgesellschaftliche soziale Ungleichheiten verbinden sich in den gegenwärtig noch existierenden europäischen Nationalstaaten, und sie sind es, die die sozialen Beziehungen zwischen den hier lebenden Gewinnern und Verlierern der Einheit Deutschlands definieren.

Anmerkungen:

1) Eine detaillierte Übersicht über die Abkommen und die Zeitpunkte ihres In-Kraft-Tretens findet sich bei Jasper 1991, 151 ff.

2) Zu den Vorstellungen, die bei DDR-Bürgern, insbesondere Frauen über Schwarzafrikaner verbreitet wurden, vgl. das Interview mit Cornelia.

3) Vgl. Schubarth 1991, 49; Funke 1991, 131; Informationsdienst zur Ausländerarbeit 2/1991, 30-32; vgl. zur Ausländerfeindlichkeit in der Ex-DDR auch den Beitrag von W. Brück i.d. Buch.

Literatur

Bade, K.: Auswanderer, Einwanderer, Wanderarbeiter ... Deutsche Erfahrungen in Geschichte und Gegenwart. In: Winkler, B. (Hg.), S.17-32.

Bausinger, H. (Hrsg.): Ausländer - Inländer. Arbeitsmigration und kulturelle Identität. Tübingen 1986.

Beck, U.: Opposition in Deutschland. In: Giesen, B. / Leggewie, C. (Hg.), S. 21-27.

Broszinsky-Schwabe, E.: Zusammenleben von Deutschen und Ausländern. Erbe der DDR und Situation in den neuen Bundesländern. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 2 (1991), S. 19-22.

Buchhorn, W.: Die Einführung des neuen Ausländergesetzes in den fünf neuen Bundesländern. In: Barwig, K. u.a. (Hg.): Das neue Ausländerrecht. Kommentierte Einführung mit Gesetzestexten und Durchführungsverordnungen. Baden Baden 1991, S. 63-74.

Castles, S.: Immigration und Gesellschaftsstruktur - Klasse, Ethnizität oder Community. In: Bausinger, H. (Hrsg.): 1986, S. 31-44.

Diehmer, G. / Kuhrt, E.: Kurze Chronik der Deutschen Frage. München 1991.

Esser, H.: Gastarbeiter. In: Die Bundesrepublik Deutschland. Geschichte in drei Bänden. Band 2: Gesellschaft, hrsg. v. Benz, W., Frankfurt/M. 1983, S. 127-156.

Farin, K. / Seidel-Pielen, E.: Rechts-Ruck. Rassismus im neuen Deutschland. Berlin 1992.

Franz, F.: Einwanderung und Niederlassung im Fremdenrecht der Bundesrepublik Deutschland. In: Bausinger, H. (Hrsg) 1986, S. 73-82.

Funke, H.: "Jetzt sind wir dran". Nationalismus im geeinten Deutschland. Berlin 1991.

Giesen, B. / Leggewie, C. (Hg.): Experiment Vereinigung. Ein sozialer Großversuch. Berlin 1991.

Giesen, B. / Leggewie, C.: Sozialwissenschaften vis-à-vis. Die deutsche Vereinigung als sozialer Großversuch. In: Giesen, B. / Leggewie, C. (Hg.), S. 7-18.

Henke, D.: Ausländer in der DDR. In: Informationsdienst zur Ausländerarbeit 3 (1990), S. 61-63.

Hildebrandt, A.: Zu Problemen und Stand der Einführung des Ausländergesetzes vom 9. Juli 1990 in den fünf neuen Bundesländern. In: Barwig, K. u.a. (Hg.): Das neue Ausländerrecht. Kommentierte Einführung mit Gesetzestexten und Durchführungsverordnungen. Baden Baden 1991, S. 47-74.

Hussain, S.: Die Situation der Ausländer in der DDR vor der Wende - Eine Übersicht. In: Ausländer in der DDR, hg. v. d. Ausländerbeauftragten des Berliner Senats. Berlin 1991, S. 26-32.

Jasper, D: Ausländerbeschäftigung in der DDR. In: Krüger-Potratz, M.: Anderssein gab es nicht: Ausländer und Minderheiten in der DDR. Münster 1991, S. 151-189,

Jürgs, M. / Duve, F. (Hg.): Stoppt die Gewalt. Stimmen gegen den Ausländerhaß. Hamburg, Zürich 1992.

Rittstieg, H.: Das neue Ausländergesetz: Verbesserungen und Probleme. In: Barwig, K. u.a. (Hg.): Das neue Ausländerrecht. Kommentierte Einführung mit Gesetzestexten und Durchführungsverordnungen. Baden Baden 1991, S. 23-32.

Schubarth, W.: Fremde als Sündenböcke. In: Das Profil der Deutschen. Was sie vereint, was sie trennt = Spiegel-Spezial 1 (1991), S. 47-49.

Stach, A.: Ausländer in der DDR - Ein Rückblick. In: Ausländer in der DDR, hg. v. d. Ausländerbeauftragten des Berliner Senats. Berlin 1991, S. 4-24.

Thierse, W.: Deutsch-deutsche Gewalt. In: Nirumand, B. (Hg.): Angst vor den Deutschen. Terror gegen Ausländer und der Zerfall des Rechtsstaats. Reinbek 1992, S. 67-75.

Winkler, B. (Hg.): Zukunftsangst Einwanderung. München 1992.

Winkler, B.: Zur Situation der ausländischen Bevölkerung in der Bundesrepublik. In: Winkler, B. (Hg.), S. 33-44.

Ahmed Farah

Internationale Solidarität oder Ausbeutung?

Zur Lage der mosambikanischen VertragsarbeitnehmerInnen der Ex-DDR vor und nach der Wende

In wenigen Monaten werden fast alle MosambikanerInnen die "Fünf Neuen Länder" (FNL) verlassen haben. Nach elfjähriger harter Arbeit unter schwierigen sozialen und gesundheitlichen Bedingungen werden sie in eine Heimat zurückkehren, die durch Krieg völlig zerstört ist. Sie werden nicht nur ein Land mit ruinierter Wirtschaft, sondern auch einen zerfallenden Staat antreffen. Desperados und Renamo-Kämpfer beherrschen einen großen Teil des Landes. Der Staat hat sein Gewaltmonopol längst aufgegeben. Trotz des Friedensabkommens vom 4.Okt.1992 in Rom wird in Mosambik weiterhin gemordet und geplündert.

Die MosambikanerInnen kamen als KontraktarbeiterInnen nach dem Regierungsabkommen vom Februar 1979 in die DDR. Das Abkommen kam für die mosambikanische Regierung zu einem günstigen Zeitpunkt, um das alte Wanderarbeitssystem fortzuführen. Dieses wurde während der Kolonialzeit eingerichtet. Die jungen Mosambikaner gingen schon seit dem letzten Jahrhundert in die Minen Südafrikas, auf Plantagen und Farmen und in die Industriebetriebe des Apartheidstaates. Das Wanderarbeitssystem war eine der vielen unmenschlichen Methoden, die die europäischen Kolonialherren zur systematischen Zerstörung der sozioökonomischen Strukturen Afrikas angewendet hatten. Als Mosambik 1975 unabhängig wurde, hat die südafrikanische Regierung die Einstellung mosambikanischer Wanderarbeiter fast zum Stillstand gebracht. Der mosambikanische Arbeitsmarkt hatte plötzlich einen Arbeitskräfteüberschuß. Daher war das Regierungsabkommen mit der DDR ein wichtiger Faktor, der stetig steigenden Arbeitslosigkeit entgegenzuwirken.

Billige Arbeitskräfte

Auf der anderen Seite benötigte die DDR Billigarbeitskräfte, die dem Arbeitskräftemangel abhelfen sollten. Zweifellos unterstützte die damalige DDR-Regierung - im Unterschied zu ihrem Kontrahenten BRD - die Länder, die nach der Unabhängigkeit das Experiment des sozialistischen Systems begonnen haben. (Meiner Meinung nach war die Hinwendung zu einem sozialistischen Gesellschaftsmodell ein Versuch, die kolonialen Abhängigkeitsstrukturen zu überwinden.) Die früheren sozialistischen Länder Europas haben die Befreiungsbewegungen Afrikas auf verschiedene Weise unterstützt. Die Hilfe der DDR in Mosambik nach 1975 erstreckte sich auf verschiedene Sektoren: Bergbau, Fischerei, Landwirtschaft, Textilindustrie, innere und äußere Sicherheit. Zu dieser Unterstützung wurde auch die Ausbildung und der Einsatz mosambikanischer Arbeitskräfte innerhalb der DDR in folgenden Bereichen gezählt: Braunkohlenbergbau (Tagebau), Landwirtschaft, Textilindustrie, Kupferbergbau und die Herstellung von Lastkraftwagen.

Der Schein reiner Brüderlichkeit trügt allerdings. Der Import von billiger Arbeitskraft aus den früheren kolonisierten Ländern in ein Industrieland, sei seine Gesellschaftsform sozialistisch oder kapitalistisch, geschieht aus einem ökonomischen Kalkül. Mosambikanische, vietnamesische, angolanische und kubanische Arbeitskräfte ermöglichten der DDR die Grundbedürfnisse ihrer Bevölkerung und die Steigerung ihrer Exportkapazitäten zu sichern, ohne in neue, effizientere Technologien zu investieren.

Trennungsentschädigung für Arbeitsdisziplin

Vor der Auflösung des DDR-Staates waren über 100.000 KontraktarbeiterInnen, davon ca. 18.000 MosambikanerInnen, in den staatlichen Betrieben beschäftigt. Seit 1979 kamen die MosambikanerInnen jedes Jahr (mit Ausnahme der Jahre 1982 und 1984) in Gruppen in die DDR. Sie waren zwischen 18 und 25 Jahre alt. Um soziale Folgekosten zu sparen, wurden sie ohne ihre Familienangehörigen geholt. Dafür sollten sie eine "Trennungsentschädigung" von 4 Mark pro Tag erhalten, die allerdings von ihrer "Arbeitsdisziplin" abhängig gemacht wurde. Schwangere Frauen wurden entweder sofort in ihre Heimat zurückgeschickt oder in manchen Fällen zur Abtreibung gedrängt.

Die ArbeiterInnen wurden in Wohnsilos, getrennt von ihren deutschen ArbeitskollegInnen untergebracht. Sie wurden ständig beaufsichtigt. Ihre Ausgehzeiten und Besuche wurden strengstens kontrolliert. Im Abkommen hieß es, die Unterkünfte der MosambikanerInnen entsprächen dem Niveau von Wohnheimen deutscher ArbeiterInnen. In Wahrheit mußten sie sich ein Zimmer zu viert teilen, dessen Größe nicht mehr als 20qm betrug. Alle ausländischen ArbeiterInnen lebten mit der ständigen Drohung, bei "Fehlverhalten" sofort in ihre Heimatländer zurückgeschickt zu werden.

Diese Menschen kamen in die DDR mit großen Hoffnungen auf ein menschenwürdiges Leben. Stattdessen wurden sie ausgegrenzt und zu bloßen Arbeitswerkzeugen degradiert, von einer Gesellschaft, die die "große Völkerfreundschaft" propagierte.

Nach dem Zusammenbruch: Entlassungen und rassistische Angriffe

Nach dem Zusammenbruch des DDR-Systems veränderte sich die soziale Lage der KontraktarbeiterInnen dramatisch. Die wirtschaftliche Talfahrt führte dazu, daß die ausländischen Arbeitskräfte, deren Arbeitsplätze durch Abkommen gesichert waren, in den Betrieben kaum weiterbeschäftigt wurden. Zu Zeiten des SED-Regimes waren Entlassungen von ausländischen Arbeitskräften aus wirtschaftlichen Gründen kaum zugelassen. Mitte 1990 wurden die bilateralen Abkommen zwischen der DDR und Mosambik, Vietnam, Angola und Kuba so geändert, daß die Betriebe die ausländischen ArbeiterInnen kündigen konnten. Die Welle der Entlassungen begann. Der ausländische Teil der Belegschaft wurde zuerst hinausgeworfen. Zu Tausenden wurden sie bereits in den ersten sechs Monaten des Jahres 1990 entlassen und ausgewiesen. Das Abkommen vom Juni 1990 sah dann vor, den heimkehrenden Arbeitskräften eine Abfindung von 3.000 DM sowie eine finanzielle Ausgleichszahlung von 70% ihres Nettolohnes für mindestens drei Monate zu zahlen. Aber diese Gelder wurden bis heute in den seltensten Fällen voll und häufig gar nicht von den Betrieben ausgezahlt. Diese versuchen auch heute noch mit unterschiedlichen Methoden, ihre Verpflichtungen zu umgehen.

Doch nicht nur die Betriebe versuchten, die AusländerInnen loszuwerden. Ihre ganze Umwelt trug dazu bei. Wenn sie ihre Rechte einforderten, waren rassistische Angriffe die Antwort. Mit Wissen der Betriebsräte wurden in einigen Betrieben sogar Unterschriften mit der Forderung "Ausländer raus" gesammelt.

Im Juni 1990 begannen in den Betrieben die Diskussionen darüber, daß durch die Entschädigungszahlungen an AusländerInnen "deutsche Arbeitsplätze" verloren gingen. Durch solche Gerüchte geschürt, schlug den AusländerInnen offener Haß entgegen. Einige, die weiterhin hätten arbeiten können, kündigten von sich aus, weil sie die Schikanen und den "Rassenhaß" nicht mehr ertrugen. Dadurch verloren sie aber meistens ihr Recht auf Abfindung. Einige Betriebe versprachen den ausländischen ArbeiterInnen, daß sie ihr Geld am Flughafen erhalten würden. Dort warteten sie aber vergeblich.

Seit dem 3. Oktober 1990 gilt das Arbeitsförderungsgesetz der Bundesrepublik Deutschland im ganzen heutigen Bundesgebiet. Faktisch trifft dies aber, nach meiner Erfahrung, nur für Deutsche zu. In einigen Betrieben wurde den AusländerInnen noch nicht mal eine schriftliche Kündigung ausgehändigt, was ihre Möglichkeiten, gegen die Kündigung vorzugehen, verringert.

Probleme in die Heimatländer verlagert

Als die ersten RückkehrerInnen zu Tausenden in ihrer Heimat ankamen, stand ihnen die mosambikanische Regierung hilflos und unvorbereitet gegenüber. Ihre Unterkunft und Verpflegung überforderte den Staat. Die RückkehrerInnen wurden in Auffanglagern in der Nähe von Maputo untergebracht. Die Kapazität dieser Lager war für einige hundert Personen gedacht, doch mußten hier, wegen der unvorbereiteten Rückkehr von mehr als 15.000 Menschen, mehrere Tausend notdürftig versorgt werden. Die anfängliche Freude, wieder in Mosambik zu sein, verflog innerhalb kürzester Zeit. Angesichts dieser Tatsache bat die mosambikanische Regierung die deutsche Bundesregierung um Unterstützung. Gleichzeitig wuchs der politische Druck von verschiedenen Nicht-Regierungs-Organisationen (NRO) auf die Bundesregierung, ihre moralische Verpflichtung den ausländischen Arbeitskräften gegenüber wahrzunehmen und die Probleme nicht einfach in die Heimatländer der KontraktarbeiterInnen zu verlagern. Sie beugte sich dem Druck teilweise, in dem sie Finanzmittel für eine Zusatzqualifizierung und Integrationsförderung der wenigen noch hier lebenden MosambikanerInnen bereitstellte.

Das Fachkräfteprogramm Mosambik

Eine von der Universität Saarbrücken erarbeitete Studie ermittelte eine hohe Bereitschaft unter MosambikanerInnen, an einem Fachkräfteprogramm zur Förderung junger UnternehmerInnen teilzunehmen. Dieses Programm soll, so die Planer, die Chancen für einen Neuanfang in ihrem Land verbessern. Das Ziel dieses Programms erscheint auf den ersten Blick erfolgversprechend, weil es darauf abzielt, die Wiedereingliederung der RückkehrerInnen in den Arbeitsmarkt ihres Landes zu erleichtern. Aber jetzt stellen wir fest, daß das Konzept des Fachkräfteprogramms kaum inhaltlich Bezug auf die Notwendigkeiten in Mosambik nimmt. Das bedeutet, daß die so Ausgebildeten genau wie ihre Landsleute ohne Kenntnis der Arbeitsmarktlage nach Mosambik zurückkehren. Sie werden auf einen wirtschaftlichen Zustand treffen, auf den sie nicht im geringsten vorbereitet sind. Außerdem könnte das Programm nur Erfolg versprechen, wenn einige Projekte in Mosambik diesem angekoppelt wären. Die Bundesregierung hat zwar im Rahmen dieses Programms zusätzliche Gelder für Integrationsmaßnahmen zugesagt, hat aber ihre bisherigen Versprechungen nicht eingehalten *(siehe Dritte-Welt-Haus-Info, Bielefeld, Nov./ Dez. 1991).* Stattdessen verlangt die Bundesregierung die Rückzahlung der Kredite aus der DDR-Zeit.

Darüber hinaus lag das Programm seit Januar 1991 in einer Schublade des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit. Erst im Juli 1991 begannen die Vorbereitungen für die Ausbildung. Dabei wissen alle Beteiligten darüber bescheid, wie schnell weitere Ausweisungen von MosambikanerInnen vorgenommen werden. Zwischen Januar 1991 und dem Beginn des Programms kehrten mehr als die Hälfte der MosambikanerInnen zurück, die sich noch an der Studie beteiligt hatten.

Immer noch verlassen MosambikanerInnen die BRD ohne irgendwelche Zusagen, an diesem Programm teilzunehmen. Die Organisation, die für die Durchführung des Fachkräfteprogramms verantwortlich ist, hat uns gegenüber immer wieder beteuert, daß diese Reintegrationsmaßnahmen bis 1994 laufen werden. Doch welche/r MosambikanerIn wird bis dahin noch hier sein? So könnte sich auch diese Zusage in Luft auflösen.

Angesicht der heutigen politischen Situation in der Bundesrepublik ist es uns klar geworden, daß die Fachleute, die sich um die wissenschaftliche Zusammenstellung des Fachkräfteprogramms Mühe gegeben haben, direkt oder indirekt durch die Ziele (Ausländer raus) der Bundesregierung

mißbraucht worden sind. Die Reintegrationsprogramme für Mosambik und Vietnam hatten oder haben keine anderen politischen oder wirtschaftlichen Ziele. Sie werden als Mittel für die ehemaligen Vertragsarbeiter in der DDR zur Abschiebung angewendet. Da diese Behauptung nicht aus der Luft gegriffen ist, wird es durch die Entscheidung des Verwaltungsgerichts am 4.Nov.im bezug auf das Reintegrationsabkommen mit Vietnam verdeutlicht. Obwohl dieses Urteil sich auf Asylbewerber bezieht, ist zu befürchten, daß die Bundesregierung dies zum Anlaß nimmt, alle früheren ausländischen Arbeiter in der DDR (ohne ihre persönliche Gründe warum sie hier weiter bleiben wollen) zur Ausreise zu zwingen. Das Urteil wurde - Zufall oder nicht Zufall - in einer ungünstigen Zeit verkündet, weil die Forderung der ostdeutschen Länder ein Bleiberecht für die ehemaligen ausländischen Arbeiter am 18.Nov. 1992 auf der Tagesordnung der Bundesratssitzung steht. Wir hoffen, daß die Initiative der Ostdeutschen am 18.Nov. Gehör findet.

2. Teil

Interviews:*

MosambikanerInnen in Ostdeutschland

* Alle Namen in den folgenden Interviews wurden von der Redaktion geändert.



Foto: Ahmed Farah

Eva Engelhardt

"Die haben uns beigebracht, wie man arbeiten kann"

Eva: Lina, du gehörst ja auch zu denjenigen MosambikanerInnen, die schon vor über 10 Jahren in die DDR kamen. Beschreibe doch mal deine erste Zeit in der DDR.

Lina: Ich bin im Dezember 1980 zum ersten Mal nach Deutschland gekommen und zwar nach Ostberlin. In den ersten vier Jahren habe ich als Lagerverwalterin in einem Batteriewerk gearbeitet. Am Anfang habe ich einen Gabelstapler gefahren. Wir Frauen arbeiteten mit den kleinen Batterien, die Männer mit den großen.

Eva: Wie war das für dich, als du hier ankamst?

Lina: Am Anfang habe ich 6 Monate die Sprache gelernt und dann haben wir ein paar Monate Polytechnikunterricht bekommen. Wir waren ja ganz neu und noch sehr jung, 18, 19 oder 20 Jahre alt und haben das erste Mal in unserem Leben in einer Fabrik gearbeitet. Deshalb mußten wir erst mal ein bißchen Polytechnik machen. Da haben die uns beigebracht, wie man arbeiten kann.
Danach sind wir dann in den Betrieb gegangen und haben richtig gearbeitet. Die Ausbildung war ganz allgemein. Ich bin ein elektrischer Monteur. Das habe ich während des halben Jahres in der Schule und während der 4 Jahre, die ich im Betrieb gearbeitet habe, gelernt. Die meiste Zeit stand ich am Fließband und habe kontrolliert, ob die Qualität stimmt. Wenn es Fehler gab, rief ich den Einrichter, der hat dann die Maschinen repariert. Weiter habe ich nichts gemacht.
Nach 4 Jahren, also 1984, ging ich nach Hause zurück. Dort habe ich dann auch wieder in einem Batteriewerk gearbeitet, aber es war ganz anders. Bei uns macht man fast alle Arbeiten noch mit der Hand. Nur die Schwerstarbeiten haben die Maschinen gemacht. Für mich war das wirklich schwierig, weil ich von Deutschland daran gewöhnt war, daß ich dauernd mit Maschinen arbeitete.
In Maputo blieb ich 3 1/2 Jahre, dann bin ich wieder nach Deutschland zurückgegangen.

Eva: Warum?

Lina: Ich konnte zwar in Maputo arbeiten, aber das Geld reichte nicht für meine Familie aus. Mein Vater ist 1980 gestorben und seitdem versorgt uns meine Mutter alleine. Ich habe noch 4 Brüder und eine Schwester. Weil ich die Älteste bin, muß ich auch für meine kleinen Geschwister sorgen.
Meine Familie lebte bis 1984 in Inhambane. Aber wegen dieses Bürgerkrieges konnte sie da nicht mehr bleiben. Unser Haus wurde überfallen und ausgeraubt. Meine Mutter und mein kleiner Bruder sind von der Renamo mitgenommen worden. Meine Mutter

mußte die Sachen, die die Renamo bei uns mitgenommen hatte, auf dem Kopf tragen. Das war sehr schwer. Drei Tage und Nächte mußten sie laufen und bekamen nichts zu essen. Aber meine Mutter schaffte es dann, nachts mit meinem Bruder wegzulaufen in den Busch. Sie haben sie nicht verfolgt, vielleicht weil sie schon alt und mein Bruder noch sehr klein war, und sie konnten entkommen. Aber seitdem hat sie ein Trauma und will auf keinen Fall mehr allein in Inhambane leben.
Auch ich konnte nicht mehr nach Inhambane zurückgehen. Deshalb habe ich in Maputo ein Haus gekauft und meine Familie aus Inhambane geholt. Da, wo ich geboren bin, ist jetzt die Renamo.

Eva: Das Geld, das du in den 4 Jahren, die du in der DDR gearbeitet hast, zurücklegen konntest, reichte aus, um ein Haus in Maputo zu kaufen?

Lina: Ganz gereicht hat es nicht, denn am Anfang haben wir nur 25% nach Hause geschickt. Deswegen mußte ich dort auch arbeiten, um das Grundstück zu bezahlen und die Leute, die das Haus gebaut haben, zu bezahlen.

Eva: Hast du selber einen Mann und Kinder?

Lina: Ich habe zu Hause zwei Kinder. Als ich 1980 wegging, hatte ich schon einen Sohn. Der war 2 Jahre alt. Ich ließ ihn bei meiner Mutter. Jetzt ist er schon 13 und lebt immer noch bei ihr. 1986 habe ich noch ein Kind bekommen, eine Tochter. Ich wäre gerne mit dem Vater zusammengeblieben, aber der wollte nicht mit nach Deutschland kommen. Der ist nie aus Mosambik weggegangen.
Dann wurde ich krank und es ging mir sehr schlecht. Ich hatte eine Eierstockentzündung. Im Krankenhaus haben sie nichts gemacht. Ich hatte Anämie, aber sie hatten kein Blut für mich. Mir ging es immer schlechter. Dann haben meine Verwandten gesagt: "Es ist besser, wenn du wieder nach Deutschland zurückgehst, vielleicht können die dich da richtig behandeln."
Meine Tochter war 1 Jahr und 6 Monate alt, als ich sie zurückließ. Ich hätte meine Tochter gerne mitgenommen, aber wir durften die Kinder nicht mitbringen. Wir mußten sie zu Hause lassen, das stand im Vertrag drin.

Eva: Als du zum zweiten Mal in die DDR einreisen wolltest, mußtest du da lange auf die Genehmigung warten?

Lina: Nee, das ging ganz schnell. Im Mai 1988 kam ich wieder zurück in die DDR. Ich mußte gleich in ein Krankenhaus. Dort wurde ich einen Monat lang behandelt, bekam Blut und Medikamente, dann war ich wieder gesund.

Eva: Stimmt es, daß am Anfang sehr viele Frauen kamen, die dann aber zurückgeschickt wurden, weil sie schwanger wurden?

Lina: Es war verboten, schwanger zu werden, weil wir nicht in einem privaten Haus leben konnten. Wir mußten ja alle im Wohnheim wohnen und das wäre schlecht gegan-

gen mit Kindern. Junge Leute machen laute Musik, trinken manchmal ein bißchen viel, und das ist nicht normal für Kinder. Wenn eine Frau von uns schwanger wurde, dann wurde sie sofort nach Hause geschickt. Sie konnte ja kein privates Haus suchen, um dort mit den Kindern zu leben.

Eva: Hast du das als Strafe empfunden, daß diese Frauen nach Hause geschickt wurden?

Lina: Ich war nicht schwanger hier, ich weiß es nicht. Es wurde ein Flugticket besorgt, die Frau packte ihre Sachen und wurde nach Hause geschickt. Was dann zu Hause mit ihr geschah, weiß ich nicht.

"Man durfte ja nicht heiraten. Man sollte nur arbeiten"

Eva: Und was geschah mit dem Vater des Kindes?

Lina: Nichts. Der Mann blieb hier. Was sollte er auch machen? Man durfte ja nicht heiraten. Man sollte nur arbeiten. Es stand nicht direkt im Arbeitsvertrag drin, aber es ging nicht. Manche von uns wollten heiraten und gingen zu unserer Botschaft. Dort wurde ihnen gesagt: "Nein, das geht nicht. Wenn ihr so was machen wollt, dann bleibt zu Hause."
Wenn man schwanger wurde, dann mußte man erstmal zur Untersuchung, die es bescheinigte. Dann mußte der Gruppenleiter zur Botschaft gehen und melden, daß jemand schwanger war, im wievielten Monat und so. Dann sagte die Botschaft: "Nun gut, du mußt mit dem Betrieb sprechen, wann der Termin ist, an dem sie nach Hause fliegt."
Manche sind nach Hause geflogen, haben das Kind bekommen und sind wiedergekommen. Das Baby mußten sie natürlich in Mosambik lassen.

Eva: In der DDR gab es doch Verhütungsmittel. Habt ihr die nicht bekommen, um euch vor Schwangerschaften zu schützen?

Lina: Am Anfang, 1980, als ich kam, war es wirklich sehr schwer. Sie wollten uns keine Pillen geben. Warum, weiß ich auch nicht. Wir wußten zwar, daß es sie gab, aber wir konnten die deutsche Sprache noch nicht und getrauten uns nicht, zum Arzt zu gehen. Aber nachdem viele Frauen schwanger geworden waren, wurden wir alle zum Frauenarzt geschickt. Dort wurden wir untersucht und bekamen die Pille. Viele afrikanische Frauen kennen die Pille, aber sie vertragen sie nicht gut. Sie hatten sie dann zwar, aber nahmen sie nicht, wurden schwanger und wurden nach Hause geschickt.
Die Betreuer haben jede Frau, die neu ankam, zum Frauenarzt geschickt. Sie haben erlebt, wieviele Frauen schwanger wurden und wollten was dagegen tun. Deshalb haben sie uns genommen und sind mit uns zum Arzt gegangen. Alle bekamen die Pille. Nach ein paar Monaten konnten wir etwas deutsch und sind allein zum Frauenarzt gegangen, um neue Rezepte zu besorgen.
Es gab dann keine Probleme mehr, die Pille zu bekommen und wir schluckten sie. Die

Spirale wollten die Frauen nicht, denn es hieß, daß es sein könnte, daß eine junge Frau davon nie wieder Kinder bekommt. Ich hatte später die Spirale, weil ich die Pille nicht vertrug. Für mich ist es auch nicht so traurig, wenn ich kein Kind mehr bekomme, weil ich ja schon zwei habe.

Eva: In der DDR war ja eine Abtreibung innerhalb der ersten drei Monate ohne Probleme möglich. Haben einige Schwangere nicht versucht, abzutreiben?

Lina: Ja, es war aber verboten. Die Ärzte durften es nicht machen, ohne daß es die Botschaft erlaubte. Jede Frau mußte erst ein Papier von der Botschaft bringen. Aber die Botschaft hat das Papier nicht unterschrieben, weil es bei uns nicht erlaubt war.
In Mosambik ist die Abtreibung verboten. Vielleicht hat es sich inzwischen verändert, weil bei uns zu Hause ja auch alles wieder anders ist. Aber nach unserer Unabhängigkeit 1975 wurde die Abtreibung verboten. In der Kolonialzeit nicht, da war es anders. Aber im Sozialismus durften die Frauen nicht abtreiben. Das war ein Gesetz.
Ich hatte eine Kollegin, die abtreiben wollte, aber die Botschaft gab ihr das Papier nicht. Der Arzt hatte Angst, bestraft zu werden, weil die Botschaft schon von der Schwangerschaft wußte. Sie flog dann nach Hause.
Aber es gab auch Ärzte, die sagten: "Ja, ich mache so was, aber es bleibt unter uns." Ich war auch mal schwanger. Mein Arzt war sehr gut. Als er meine Geschichte hörte, wie es zu Hause aussieht und daß ich für meine Familie arbeiten muß, tat ich ihm leid. Dann haben wir es ohne das Papier von der Botschaft gemacht. Danach bekam ich gleich die Spirale. Ich habe die Pille erst in Deutschland kennengelernt. Wenn ich sie in Mosambik gehabt hätte, dann hätte ich meinen Sohn nicht gekriegt, sondern studiert und alles fertig gemacht.

Eva: Stimmt es, daß später weniger Frauen zum Arbeiten in die DDR geholt wurden als am Anfang?

Lina: Ja, in den ersten Gruppen bis 1981 kamen viele Frauen. Fast die Hälfte aller Ausreisenden waren Frauen. Später waren es viel weniger. Vielleicht haben die Regierungen gedacht: "Das ist zuviel hin und her, kostet viel Geld, ohne daß die richtig arbeiten." Unsere Regierung dachte vielleicht: "Die bringt nur das Kind." Und die Eltern sagten: "Wir schicken das Kind zum Arbeiten und was bringt sie? Ein Kind. Das hätte sie auch hier haben können." Sie wurden richtig böse: "Du hast gesagt, du willst dort arbeiten. Wie kommt es, daß du schwanger bist?"
Die Schwangeren konnten ja keinen Container packen. Sie hatten nur einen Koffer, in den wenige Sachen paßten, fürs Baby und für sie selbst. Weiter nichts.

Eva: Gab es denn in Mosambik die Meinung, daß es ungehörig sei, eine Frau nach Deutschland reisen zu lassen, weil sie dort schwanger würde, ohne den Vater heiraten zu können?

Lina: Es gab viele Eltern, die nicht wollten, daß ihre Tochter nach Deutschland fährt, weil sie davon hörten, daß andere Frauen schwanger zurückgekommen sind.

Ganz am Anfang wollte meine Mutter auch nicht, daß ich hierher komme. Niemand wußte, was Deutschalnd ist, was man da sollte. Viele zu Hause meinten, wir müßten zur Armee oder so. Meine Mutter weinte: "Warum willst du zur Armee als Frau?" Alle anderen sagten: "Wenn sie fliegt, dann kommt sie nicht wieder zurück." Aber ich sagte zu ihr: "Stimmt nicht, ich komme zurück." Meine Mutter sagte dann, sie könne sich nicht allein um meinen Sohn kümmern. Erst als einer vom Bezirksamt zu ihr sagte, daß es gut für mich sei, zu fliegen, weil ich keinen Vater hätte und in Deutschland eine Ausbildung und Arbeit bekäme und dann Geld für meinen Sohn schickte, stimmte sie zu. In den ersten 6 Monaten habe ich viele Pakete geschickt und dann hat meine Mutter es geglaubt. Als sie sah, was ich nach 4 Jahren alles mitbrachte, Wäsche und so, war sie beeindruckt. Ohne mein Geld hätten wir nie von Inhambane nach Maputo ziehen können. Als meine Familie aus Inhambane kam, hatten sie nichts mehr, keine Kleidung, kein Geschirr, nichts. Das habe ich alles aus Deutschland mitgebracht.
Nach 3 Jahren war es dann meine Mutter selbst, die vorschlug, ich solle doch wieder in Deutschland arbeiten gehen.

"Wir gingen nicht in die Universität, sondern in die Fabrik"

Eva: Warst du denn zufrieden mit deiner Arbeit?

Lina: Naja. Unsere Regierung hat den Fehler gemacht, uns nicht eindeutig zu sagen, daß wir zum Arbeiten in die DDR fliegen sollten. Von 1979 bis 1981 stand in unseren Pässen drin, daß wir Studenten seien und da dachten wir, wir fahren nach Deutschland, um zu studieren. Aber wir gingen nicht in die Universität, sondern in die Fabrik. Die, die später kamen, wußten dann durch uns Bescheid. Viele landeten in Betrieben, wo sehr schwer gearbeitet wurde. Manche wollten auch wieder nach Hause. In meiner Fabrik war es zum Glück nicht so schlimm, wie zum Beispiel in den Schlachtbetrieben oder auch in den LPGs. Dort wollte wirklich keiner hin, v.a. nicht in die Betriebe, wo die Schweine waren.

Eva: Was hast du gemacht, als du 1988 wiederkamst?

Lina: Bei meinem zweiten Aufenthalt war ich bei einer Berliner Kosmetikfirma in der Produktion. Später kam eine neue Regelung. Mir wurde angeboten, als Dolmetscherin zu arbeiten. Das habe ich ein halbes Jahr lang gemacht: die neuen Gruppen am Flughafen abgeholt, ihnen die Wohnheime gezeigt, alles erklärt, die Frauen zum Frauenarzt gebracht, die Pille erklärt, und so. Nach der Wende war es mit dieser Arbeit aus, weil die Neuen als erste nach Hause geschickt wurden.
Ich blieb privat da mit meinem mosambikanischen Freund, der jetzt im Gleiswerk arbeitet. Die Ein-Raum-Wohnung im Wohnheim haben wir aufgegeben, weil wir 630 DM dafür zahlen sollten.

Eva: Wie waren deine Kontakte zu Deutschen?

Lina: Zu mir waren die Deutschen freundlich. Wir waren 50 Mosambikaner, haben alle

in einem Wohnheim gelebt und im selben Batteriewerk gearbeitet. Im Betrieb gab es gute Kontakte zu den Kollegen. Die haben uns alles gezeigt.
Auch nach der Arbeit gab es Kontakte. Manche Kolleginnen haben uns nach Hause eingeladen oder wir sind zusammen spazieren gegangen.
Uns ging es auf jeden Fall besser als denen in Leipzig. Das Leben in Leipzig hat uns nicht gefallen. Da gab es keine guten Discos. Im Wohnheim war es schlimmer. Hier in Ostberlin gab es Wohnungen, dort nur Zimmer wie im Internat. In jedem Zimmer gab es zwei Leute. Hier in Berlin gab es richtige Wohnungen. Wir waren nur 4 Frauen und kamen in eine 3-Raum-Wohnung. Für uns war es wirklich schön. Wir schliefen in zwei Zimmern und einen Raum hatten wir extra. Für uns war es sehr gut.

Eva: Warst du denn oft in der Disco?

Lina: O ja! In der Leipziger Straße war es gut. Alle sind da hingegangen, auch einzeln. Jeder hat sich umgesehen, wo es am besten war. Ich als Frau hatte nie Probleme mit dem Reinkommen. Ich habe beim Tanzen auch viele Berliner kennengelernt. Wir hatten viel Spaß. Mit nach Hause kam niemand, da waren ja auch meine mosambikanischen Freundinnen. Aber wir haben uns verabredet und öfter gesehen. Es gab allerdings wenige Mosambikanerinnen, die zu deutschen Männern richtig enge Beziehungen hatten. Wir wußten ja, daß wir nicht für immer hierbleiben wollten. Aber Spaß hatten wir trotzdem viel miteinander.

"Mit dem Rassismus habe ich eigentlich erst nach der Wende Erfahrungen gemacht"

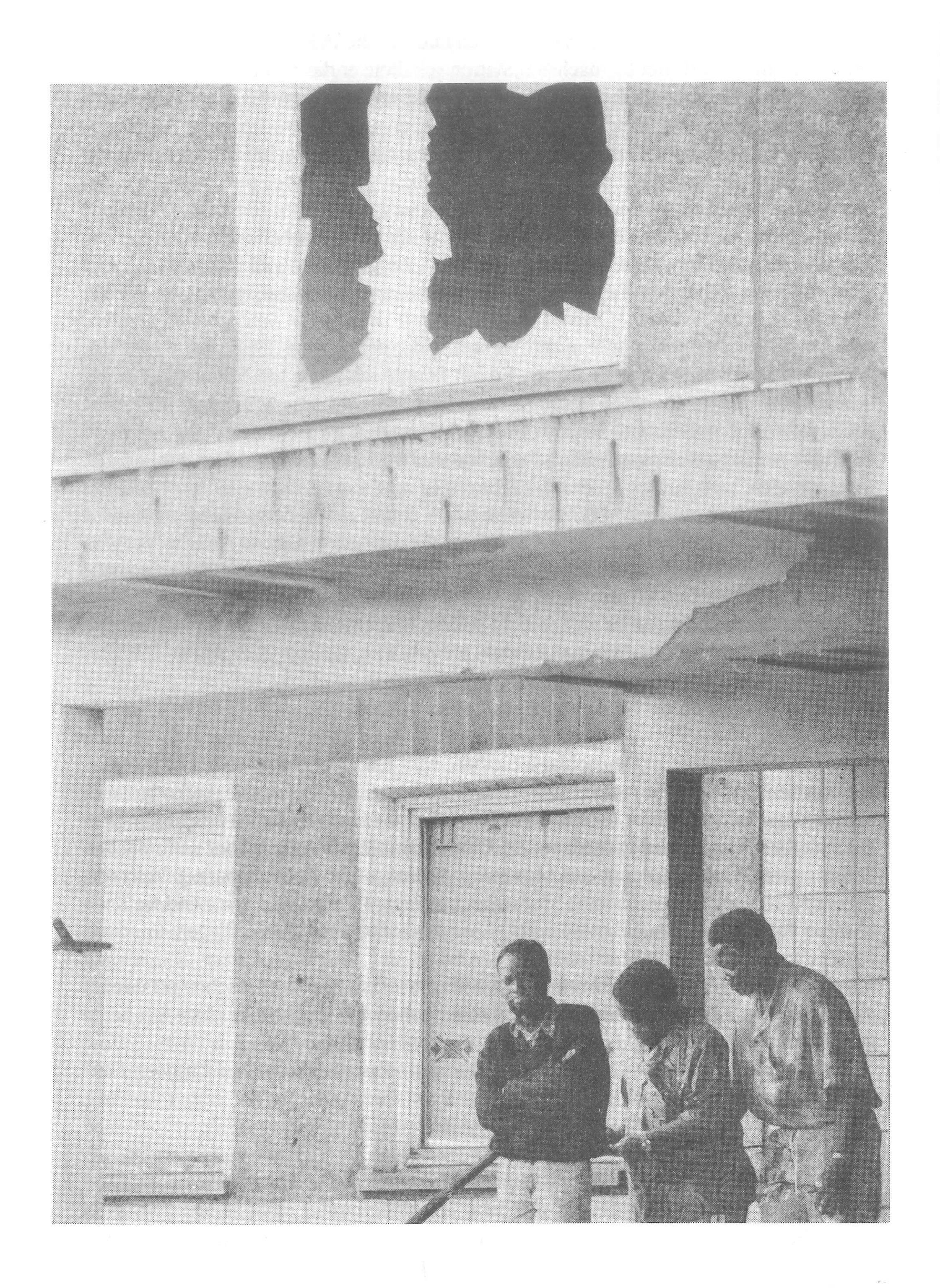
Eva: Wie hat sich dein Leben nach der Wende geändert?

Lina: Manches wurde besser, manches wurde schlechter. Viele Sachen konnten wir uns in der DDR-Zeit nicht kaufen. In den Westen konnten wir nicht fahren. Jetzt können wir alles kaufen, aber es gibt andere Probleme wie den Rassismus.
Mit dem Rassismus habe ich eigentlich erst nach der Wende Erfahrungen gemacht, zum Beispiel als wir einen Freund in Hellersdorf besuchen wollten. Er hatte Geburtstag und wir sind mit dem Auto zu ihm gefahren. Mein Freund trank ein bißchen viel und konnte nicht mehr Auto fahren. Ich wollte aber nicht dort schlafen, sondern nach Hause gehen. Die anderen wollten noch weiterfeiern. Es war schon spät, Mitternacht, als ich allein mit der Straßenbahn fahren wollte. Als die Straßenbahn in Hellersdorf ankam, wollte ich einsteigen. Aber da kamen Jugendliche, so 16 bis 20 Jahre alt, und sagten: "Oh nein, du Neger nicht! Du kommst nicht mehr rein!"
Aber der Fahrer hat gesehen, wie ich wieder zurückgegangen bin. Als ich ausgestiegen war, kam er mir hinterher und sagte: "Steig ein!" Ich sagte: "Nein, ich habe Angst. Ich darf hier nicht einsteigen." "Komm rein, dir wird keiner was machen." Dann hat er mich nach vorne geholt in den Raum direkt hinter ihm und gesagt, ich solle mich dort hinsetzen. Die anderen fuhren noch drei oder vier Stationen weiter und machten viel Theater. Sie haben Bier und Schnaps getrunken und ließen mich nicht in Ruhe: "Was willst du hier in Deutschland, du Neger? Du mußt raus!" Der Fahrer bekam nun auch

Angst, daß die etwas mit mir machen könnten und rief die Polizei. Keiner wußte etwas davon, ich auch nicht. Bei der nächsten Station schaltete er die Straßenbahn aus, keiner wußte warum. Er sagte zu den Leuten: "Die Straßenbahn ist kaputt." Manche von den Jugendlichen fingen an, sich zu schlagen. Sie haben auch einen deutschen Mann geschlagen, ich weiß nicht, warum. Ich habe viel Angst gehabt. Nach 5 Minuten kam die Polizei. Ich hatte Angst: "Wie komme ich von hier weg?" Aber die Polizei hat die Leute mitgenommen und mich gefragt, ob sie mir was getan haben. Da habe ich gesagt: "Nichts." Danach bin ich nie wieder nach 20 Uhr allein Straßenbahn gefahren.
Ich gehe auch nicht mehr in die Discos im Osten. Da gibt es zu viel Rassismus. Es ist nicht mehr wie früher, als alle zusammen getrunken und getanzt haben. Seit der Wende ist es aus mit den Discos im Osten. Freunde von mir sind dort in Schlägereien geraten. Alle Mosambikaner gehen jetzt in den Westen. Aber wir müssen mit dem Auto fahren. Wir gehen viel weniger aus als früher. Früher konnte ich allein um Mitternacht in der Straßenbahn fahren, ohne daß jemand zu mir sagte: "He du, was willst du hier?" Aber heute passiert es mitten am Tag. Im Supermarkt sagten zwei Frauen: "Du bist noch hier? Du mußt nach Hause." Ich habe keine Antwort gegeben, sondern bin schnell weggegangen.
Einmal kam ich in ein Geschäft. Ich bin wirklich dunkel, aber meine Hände sind nicht schmutzig. Ich kann doch die Sachen anfassen wie die anderen. Aber manche Verkäufer sagen, ich solle nichts anfassen. Aber wie soll ich eine Bluse kaufen, ohne sie anzufassen? Das passiert im Westen nicht, da sind sie freundlicher. Die lassen einen kucken und anprobieren und wenn es einem nicht gefällt, braucht man es nicht zu kaufen. Die beraten einen, was am Schönsten aussieht.

Eva: Was würdest du dir für dein jetziges Leben wünschen?

Lina: Ich würde gerne in Deutschland bleiben, weil ich nicht weiß, wo ich in Mosambik arbeiten und Geld für meine Familie verdienen könnte. Aber meine Aufenthaltsgenehmigung läuft ab. Mein Freund hat eine unbefristete Aufenthaltsberechtigung, er kann bleiben. Wir würden gerne heiraten. Das ist zwar jetzt möglich, aber wir brauchen dafür unsere Geburtsurkunden aus Mosambik. Meine müßte in Inhambane geholt werden. Aber wer soll das tun? Meine Mutter kann es nicht für mich tun. Niemand weiß, ob es diese Papiere in Inhambane noch gibt. Aber wir sollen nach Hause fliegen, um diese Papiere zu holen. Man will uns eben loswerden.
Ich würde auch gerne meine kleine Tochter wiedersehen. Sie ist jetzt schon 6 Jahre alt und kennt mich gar nicht. Mein Sohn ist sogar schon 13. Eigentlich würde ich beide gerne nachholen.
Selbst wenn es jetzt schwieriger geworden ist in Deutschland, möchte ich doch hierbleiben, denn in Mosambik ist Bürgerkrieg.



Eva Engelhardt und Ahmed Farah

"Sie haben uns geschlagen. Wir gehen nach Hause, o.k.. Aber warte ab, ob es denen dann besser geht"

Interview in dem Arbeiterwohnheim in Hoyerswerda, das am 17. und 18.9.91 von Skinheads und Jugendlichen unter Beifall der Nachbarn angegriffen wurde. TeilnehmerIn dieses Gesprächs waren Ahmed (A), der seit August 91 im Koordinationskreis Mosambik arbeitet; Armando, Mosambikaner, der 9 Jahre in einem ostdeutschen Großbetrieb als Fleischer arbeitete und seit Oktober Ahmeds Mitarbeiter beim KKM ist; David Zacharias (DZ), der vor 12 Jahren aus der Provinz Nyassa nach Hoyerswerda kam und seitdem dort im Tagebergbau arbeitet; David Macau (DM), der ebenfalls vor 12 Jahren aus Maputo in die DDR kam und im Bergbau arbeitete; Eva(E), Soziologin aus Berlin mit langjähriger Afrikaerfahrung.

Das folgende Interview wurde am 14.10.91, also 6 Tage vor dem Rückflug der beiden Mosambikaner nach Maputo, gemacht.

A: Erzählt doch noch einmal die ganze Geschichte, wie es zu den Angriffen auf euch am 17.9. gekommen ist.

DZ: Es fing damit an, daß vietnamesische Kollegen, die auf dem Markt Zigaretten verkauften, von den Skinheads angemacht wurden. Die Skins ließen ihren Hund los, damit er die Vietnamesen beißen sollte. Da haben die Vietnamesen den Hund mit einem Messer gestochen und die Skins wurden richtig böse. 9 Skinheads griffen 3 Vietnamesen an. Sie verfolgten sie bis zu diesem Wohnheim. Als sie ankamen, war schon Polizei da, 9 Männer. Die Vietnamesen flüchteten ins Haus und die Skins standen davor. Wir alle, Mosambikaner und Vietnamesen sind ins Haus gegangen und nach oben geflüchtet. Dann haben wir eine Stunde hier verbracht. Die Skins haben getanzt, Schnapsflaschen aufgemacht und getrunken und geschrien "Ausländer raus!", "Deutschland ist für die Deutschen" und so. Die Polizisten haben nur zugeschaut und später kamen immer mehr Zuschauer, bis alles hier voll war. Nach 1 1/2 Stunden haben sie angefangen, Steine gegen unsere Scheiben zu werfen. Wenn sie getroffen haben und die Scherben herunterfielen, haben die Zuschauer in die Hände geklatscht. Das hieß für uns "Jawoll, habt ihr richtig gemacht!" Und die Polizisten, die 12 Mann, die hier waren, haben sich nicht getraut, die 9 Skinheads festzunehmen. Sie haben nur zugekuckt und als sie nach dem Kommando verlangt haben, hat es nochmal 2 Stunden gedauert, bis die gekommen sind. Als sie ankamen, haben sie schon gesehen, daß alles kaputt war und immer mehr Leute kamen. Es dauerte bis 22 Uhr, bis das Kommando kam und die Krawalle aufhörten.
Am nächsten Tag fing das gleiche um 15 Uhr an. Schüler waren dabei, nicht nur Skinheads. Kinder kamen in Begleitung ihrer Eltern. Die Eltern haben ihren Kinder die

Steine gegeben und die Kinder haben die Steine in die Fensterscheiben geworfen. Und wenn die Scheiben herunterfielen, haben sie in die Hände geklatscht, die Eltern auch. Es gab nur ganz wenige Eltern, vielleicht 4 Familien, die ihre Kinder aus diesem Krawall herausgeholt und geschimpft haben. Aber ein Großteil war einverstanden mit dem Krawall.
Während wir die ganze Sache von oben betrachtet haben, haben wir uns gedacht, daß diese Krawalle nicht wegen der Ausländerfeindlichkeit angefangen haben, sondern wegen unserer schwarzen Haut. Zwar begann das Problem mit den Vietnamesen, aber es hieß dann, die Mosambikaner hätten die Skins provoziert. 4 Tage später kamen dieselben Skinheads zum Asylantenheim und haben dort weitergemacht. Als wir die Journalisten fragten, wer hat denn dort die Skinheads provoziert, wußten sie keine Antwort. Das ganze Problem und die Erfahrungen, die wir gesammelt haben, sind nicht von gestern auf heute entstanden. Das ist nicht nur Ausländerfeindlichkeit, das ist Rassismus, der sich zeigt.
Die Leute haben uns aufgesucht, weil wir eine andere Hautfarbe haben und außerdem denken die, wir kommen aus den armen Ländern und wir genießen das Leben so wie die sog. "reichen Leute". Das paßte den Leuten aus Hoyerswerda nicht.
Manche wußten ja gar nicht wie die Krawalle angefangen hatten, aber sie waren klar gegen uns.
Wir wohnen seit 1979 in Hoyerswerda, und niemals hat die Regierung die Leute aufgeklärt, warum wir hierhergekommen sind. Sie hat gesagt, die Leute sind hergekommen wegen der Solidarität oder irgendetwas. Die Leute haben sich dann gedacht, wir leben von ihrer Solidarität und nicht von unserer Kraft, obwohl wir im Betrieb arbeiteten. Sie dachten wir leben davon, daß sie arbeiten und Abgaben für die Solidarität machen.
Als wir Freundschaften schlossen mit einigen ausländischen Kollegen, die die Möglichkeit hatten, nach Westdeutschland zu reisen, um ein paar Sachen einzukaufen, dann hieß es für die Bevölkerung hier, wir hätten Devisen, obwohl das nicht stimmte. Auch wenn wir es ihnen mit unseren Abrechnungsscheinen beweisen wollten, war es dem Volk hier nicht zu erklären.
Für uns ist klar, daß das Problem nicht erst heute angefangen hat, sondern schon ewig besteht. Wenn die Polizei von Anfang an reagiert hätte, wie es sein sollte, dann hätten sich die Probleme nicht so entwickelt. Von Anfang an hat die Polizei die Leute veranlaßt zu sagen: "Wenn wir die Macht haben, haben wir recht und die anderen haben kein Recht." Dadurch haben die die Kraft gekriegt. Und heute, wenn die frei sind, denken die: "Jetzt sind wir frei und können machen, was wir wollen". Was war die Reaktion der Polizei? Sie haben zugekuckt. Als die mit Autos kamen und ganz nahe ans Wohnheim rollten, haben sich die Polizisten nicht gerührt. Wenn die den Kofferraum aufgekriegt hätten und mit Benzin ein Feuer gemacht hätten, hätte es kein Wohnheim mehr gegeben. Die Polizei hat zugekuckt. Und als das Kommando kam, haben sie gesehen, daß die Leute Steine herschmeißen; zugekuckt haben sie. Sie haben die Skinheads freigelassen und das war für uns eindeutig, daß die Leute mit solchen Sachen einverstanden sind.
Am 2. Tag, dem Mittwoch, hat die Polizei 2 Stunden gebraucht bis sie kam. Wir mußten alleine kämpfen.

Diese Jungendlichen haben mir gesagt, daß sie mich umbringen wollen, wenn ich allein bin. Sie wollen, daß jemand stirbt. Sie wollen die ganze Wohnung verbrennen. Wir haben keine Zeit mehr zu diskutieren. Wir müssen weg! Der Betrieb kann nicht mehr unsere Sicherheit garantieren. Auch die wollen uns so schnell wie möglich loswerden. Der Betrieb hatte noch einen anderen Plan. Die wollten uns in einen Bus stecken und in den Wald fahren. Wir haben das nicht gewollt. "Wir sind keine Gefangenen" haben wir gesagt. "Wir wollen uns frei bewegen. Wir haben doch keinen angegriffen".

E: Was sind die Motive der Skinheads, euch zu schlagen?

D.Z.: Die Skinheads haben keine Aussage. Die trinken und fühlen sich lustig und wollen alle attackieren. Die wollen ihren Spaß haben. Die greifen alle an.
Unsere Probleme sind nicht nur die Skinheads, sondern die tragen sie nur nach außen. Viele sind gekauft, weil sie sowieso ausgesondert sind von der Gesellschaft. Sie wurden auf uns gelenkt, damit sie nicht jeden auf der Straße attackieren. Denk an die Krawalle, 9 Skinheads wären gar kein Problem gewesen, aber all die Leute, die sie unterstützt haben.
Die Jugendlichen hören, was zu Hause geredet wird und wissen nicht, wie sie damit umgehen sollen. Die haben auch nirgendwo was zu sagen. Wenn die Kinder sich auf unsere Seite stellen, werden sie geschlagen. Die Kinder kriegen von ihren Eltern keine richtige Erziehung, wie man mit Ausländern umgehen soll.

A: Gab es in der Vergangenheit noch andere Beispiele für Rassismus?

DZ: Immer wieder gab es Probleme. Zum Beispiel gab es Zeiten, da haben wir 12 Stunden im Tagebau gearbeitet von früh bis spät. Wenn wir dann aus dem Betrieb rauskamen, hatten wir keine Lust mehr zu kochen. Die Geschäfte waren ja auch zu. Wir wollten in die Gaststätte gehen, um was zu bestellen, was essen, danach schlafen, um am nächsten Tag wieder arbeiten zu gehen.
Wir sind dorthin gegangen und haben uns angestellt, um einen Platz zu bekommen, wie es damals üblich war. Wir haben uns angestellt wie die anderen und auf den Aufruf vom Kellner gewartet, daß Plätze frei waren. Dann kam der Kellner, sah uns "das sind 3", aber dann ging er und verlangte 4 Plätze und gab die dann 4 Leuten, die hinter uns standen. Er verlangte extra 4 Plätze, damit er sie uns nicht geben mußte und man ihm nicht sagen konnte, er mache Rassentrennung u.s.w. So haben wir über eine Stunde gewartet. Leute, die hinter uns standen, hatten schon Plätze, bis wir begriffen. Aber was können wir machen?

DM: 1982 wollte ich nach Karl-Marx-Stadt mit dem Zug fahren. Ich kam von Leipzig und mußte in Risa umsteigen. Ich bin ins Mitropa rein, weil es kalt war. Als ich die Tür aufmachte, kam der Kellner und hat mich rausgeschmissen. Weil ich nicht aus Risa war, wußte ich nicht, was dort los war. Erst kuckte ich hinter mich, weil ich dachte, der meint einen anderen. Aber dann hat er mich angegriffen: "Raus! Raus! Du darfst hier nicht sein!" Dann fragte ich warum, aber er hat es mir nicht erklärt. Die anderen in der Gaststätte haben dazu nichts gesagt.

DZ: Manchmal passierte es, daß wir mit einer deutschen Familie am Tisch saßen. Dann wurde alles für die deutsche Familie serviert, alles, was die bestellt hatten. Und wir haben bloß zugekuckt. Die Kellnerin hat uns nicht gesehen. Wir haben uns selbst die Speisekarte geholt, was ausgesucht, was wir wollten und gewartet. Aber sie ist nicht gekommen. Dann versuchten wir ihr Bescheid zu sagen, was wir wollten. Entweder hat sie etwas Unfreundliches gesagt oder sie hat gar nicht reagiert, auch wenn wir 2-3 Stunden gesessen und gewartet haben.

E: Habt ihr euch in solchen Situationen gewehrt?

DZ: Am Anfang haben wir es versucht, aber dann als wir sahen, daß unsere Gruppe immer kleiner wurde, haben wir es sein gelassen. D.h. wer immer eine "große Schnauze" hatte, wie es so heißt, der mußte aus unserer Gruppe entfernt werden. Es hieß dann, der ist undiszipliniert, der macht viele Probleme. In jede Gaststätte, in die er geht, bringt er Probleme rein. Man wollte aber nicht wissen, ob das, was er sagte, stimmte oder nicht. Der hatte immer provoziert.
Ich hatte großen Hunger, ich wollte was essen. Keiner kuckte mich an. Ich saß am Tisch, sie kam nicht, sie machte nichts. Da mußte ich allein nach vorne gehen und Bier kaufen oder Limo. Vielleicht habe ich es gekriegt oder man sagte: "Setz dich wieder auf deinen Platz." Wieder hingesetzt. Drei Stunden vorbei, so, man konnte verrückt werden. Aber man hat überlegt:"Mein Gott, wenn ich hier jetzt was mache, dann muß ich morgen oder übermorgen nach Hause fliegen. Ach, ich gehe lieber in eine andere Gaststätte." In der anderen Gaststätte passierte dasselbe. So, wo konnten wir Hilfe herholen? Überall, ob bei der SED oder FDJ oder FDGB haben die uns nicht geglaubt. Bis wir ganz richtig und eindutig gesagt haben: "Hier gibt es Apartheid". Da haben die von der SED ganz dumm gekuckt und geschimpft. Die wollten sogar unsere Namen aufschreiben und uns melden, weil wir gesagt haben, daß es Apartheid gibt. Wir haben es laufend gesagt, z.B. bei monatlichen Treffen, die wir organisiert hatten mit Vertretern der SED, des Betriebes und der Kommune, allen Plätzen, wo wir Ärger hatten. Wir haben dort erzählt, was in den Gaststätten passierte und daß es Apartheid gibt. Aber geändert hat das an der Situation nichts. Man hat uns gefragt:"Na, hast du dich verlaufen? Was hast du hier zu suchen?" Man hat schon gemerkt, was das für Leute waren. Aber wir konnten uns nicht wehren, weil das 4 Leute gegen einen waren. Man konnte uns umbringen.
Der Mai 90 oder September 91 waren für uns nichts Neues.
Seit 1981 gab es Gruppen von Jugendlichen, 4 oder 5 Mann, die sind in die Gaststätten gegangen und haben auf uns gewartet. Entweder sie haben uns auf der Toilette geschlagen oder draußen. Wir sind bis zur Polizei gerannt und haben gemeldet, daß wir geschlagen worden sind. Die Polizei hat richtig das Blut und alles gesehen. "Ach, du bist besoffen. Geh schlafen, das machen wir morgen, wir kennen diese Leute" hieß das damals. Oder man gab uns alte Fotos "Wer war es?". Und mit Blut und all dem mußten wir schnell suchen. "Ach so der, den kennen wir."
Wenn die betrunken waren, haben manche ihre vollen Biergläser auf unseren Kopf geschüttet. Das war noch in der Honecker-Zeit. Wenn jemand so naß ist, dann schämt

er sich und reagiert. Aber wenn wir reagierten, dann hieß es nicht, wir seien angegriffen worden, sondern wir hätten die provoziert.
Wenn uns die deutschen Jugendlichen geschlagen haben und die Polizei kam und erkannte uns als Mosambikaner, dann hat die das Blaulicht angemacht, so daß die Jugendlichen Zeit hatten, wegzulaufen. Sie sagten, wir hätten diese Leute zusammengeschlagen. Wir wurden festgenommen und die wurden freigelassen.



Auch wenn wir im Betrieb oder bei unserem mosambikanischen Repräsentanten um Hilfe baten, passierte nichts. Immer hieß es: "Ach, die Mosambikaner waren betrunken". Es gab keine Probleme, wo es nicht hieß, wir wären betrunken. 3 Kollegen von uns sind ohne Zähne nach Hause geflogen. Wir haben die Sache zur Polizei weitergeleitet, aber die sagten, es gäbe keine Beweise.
Probleme wurden nicht nach Tatsachen, sondern nach Farbe gelöst. Aber in dieser Zeit war es verboten, über das Problem mit der Farbe zu sprechen. Die haben uns gesagt, das Problem mit der Farbe oder dem Rassismus gibt es nicht mehr. Die ehemalige SED hat verboten, darüber zu sprechen.
Ob wir in der Gaststätte waren oder in der Disco, wenn wir reinkamen sagten sie: "Oh, Licht aus, ich sehe meinen Teller nicht mehr." Die haben gedacht, jetzt kommen die Schwarzen, jetzt wird alles dunkel hier. Wir haben es zwar verstanden, aber meistens nicht reagiert.

DM: Manchmal haben wir auch mitgemacht. Haben uns organisiert und sind in eine Gaststätte gegangen, haben was gegessen und gewartet, daß die Jugendlichen kommen. Haben vor der Gaststätte richtig was gemacht. Sind schnell nach Hause gelaufen und haben uns andere Sachen angezogen. Was passierte dann? Es sind laufend Polizisten ins Wohnheim gekommen mit Papieren. Alles wurde aufgeschrieben, die ganze Gruppe fotografiert und alles untersucht. Als Resultat sind vier von uns ins Gefängnis gegangen. Für nichts. Von unserer Gruppe sind auch einige ins Gefängnis gegangen für nichts.





DZ: Von 81 bis jetzt hatten wir Angst, denn wir wollten schon etwas mitnehmen. Wir wollten nicht, daß unsere Familie in Mosambik hört: "Och, mein Gott, dein Sohn ist im Gefängnis". Die denken, ich habe jemanden umgebracht. Wenn ich dorthin komme, kann ich nicht zu meiner Familie gehen, sondern muß in eine andere Provinz gehen, wo ich meiner Familie fern bin. Die werden mir niemals glauben.
"Was hast du dort angerichtet, daß du im Gefängnis warst?" Ich werde versuchen zu sagen, das war Rassismus in einer Gaststätte und ich habe mich gewehrt. Wer kann das glauben, wo doch Sozialismus herrscht? Man hat ganz groß über Sozialismus gesprochen zu Hause. Bei diesem Wort Sozialismus hat man geglaubt, es ist alles roger, ist alles in Ordnung, es gibt keine Probleme. Also, auch zu Hause hat uns keiner geglaubt. Nee, sowas gibt es nicht.
Heute ist für uns fast alles zu spät. Uns hat keiner unsere Rechte und die richtige Linie gezeigt. Wir waren ganz klein, fast nie zu sehen. Jetzt ist es zu spät.

E: Wie war die Situation im Betrieb? Gab es da Kollegen, die zu euch hielten?

DM: Es gab einige, die mit uns waren und die gesehen haben, was mit uns passierte. Wir hatten Freunde unter den deutschen Kollegen, die ihre Kraft für uns gegeben haben. Aber gegen die Polizei offen zu sprechen, haben sie sich nicht getraut. Damals hatte man Angst, einzugreifen. In der Zeit, in der was passierte, wurde etwas geredet, aber nach und nach war es dann egal. Wir haben auch die SED oder den FDGB angesprochen, aber die sagten nur: "Ach, das sind Leute, die im Gefängnis waren". Wenn wir unter uns waren, dann haben sie versucht, den großen Boss zu spielen: "Mit diesen Leuten muß man das und das machen!" und so. Aber dann in der großen Versammlung

konnte man richtig merken, daß sie nichts sagen wollten. Das war eine harte Zeit für uns.

DZ: Unsere Ausbildung als Stahlbauschlosser war gut, auch wenn wir unbeliebte Arbeitsplätze und Schichten zugewiesen bekamen. Wir haben uns auch durch unsere Meinung und unsere Kritik gewehrt.
Zum Beispiel, wenn ich eine Woche lang eine Dreckarbeit machen mußte, dann habe ich die zwei oder drei Tage gemacht und gekuckt. Und wenn kein Deutscher die mitmachte, dann habe ich zum Meister gesagt, ich mache das nicht mehr. Der mußte dann überall anrufen: "Der Schwarze will nicht mehr arbeiten". Damals gab es viele Papiere für die Disziplin und so. Dann mußte es eine Aussprache geben und man hat Fingerchen gezeigt und ich habe gesagt, was ich wollte.

DM: Manchmal gab es eine Schlägerei im Betrieb zwischen dem Meister und mir. Manche von uns sind geschlagen worden, wenn sie sich weigerten, bestimmte Arbeiten zu machen. Der Meister hat um sich geguckt und zack! Dann gab es eine Aussprache oder manche haben zurückgehauen. Nicht direkt im Betrieb, sondern nach der Arbeit im Bus. Da war der kein Meister mehr und der andere hat ihn geschlagen. Dann wurde im Betrieb diskutiert. Der Mosambikaner sollte nach Hause geschickt werden, aber wir haben verlangt, daß der Betrieb den richtigen Grund schreibt, wie es dazu gekommen ist. Der Betrieb konnte das nicht schreiben, weil der Zusammenhang mit Rassismus nicht aufgeschrieben werden durfte. Der Meister hat gesagt: "Du kommst aus dem Busch, du kennst das nicht." Wir haben gesagt, das muß alles in den Bericht rein und unser Gruppenleiter sagte, er unterschreibt den Bericht sonst nicht. Da wurde der Junge in eine andere Abteilung versetzt, weg von seinem Meister. Da klappte es gut. Da hatte er keine Probleme mehr.

DZ: Aber mit den Abrechnungen hatten wir immer Probleme. Jedesmal wenn es um Geld ging, mußten wir diskutieren. Jedesmal hatte der Computer Probleme mit unserer Farbe. Immer hat der Computer uns vergessen oder sich verrechnet. An wen sollten wir uns wenden? Im Betrieb waren sich alle einig, der Direktor, der Personaldirektor oder der Betriebsrat. Wenn wir unsere Forderungen stellten, sagten sie, wir schädigen den Betrieb. Keiner hat für uns gesprochen.

E: Gab es eigentlich auch Frauen, die aus Mosambik herkamen?

DZ: Ja, vor allem von 79-83. 83 hatten wir eine, 85 waren es fünf. Sie lernten Elektriker und Maschinisten.

A: Gab es Fälle, in denen die Frauen schwanger wurden?

DZ: Ja, die wurden gleich nach Hause geschickt. Die anderen wurden durchgezogen bis 83, dann mußten die nach Hause fliegen. Am Anfang war es verboten, daß die Mädchen die Pille kriegen. Unsere Regierung hat das im Abkommen gewollt. Für die Frauen gab es keine Verhütungsmittel. Alle Frauen sind nach Hause zurückgeführt

worden und so haben sie alle intelligenten Frauen verloren. Sie mußten zurück um nichts. Uns wurde vorgeworfen, daß wir unsere Frauen nur als Instrumente benutzen.

E: Es gab doch die freie Abtreibung in der DDR.

DZ: Das war ein Geheimnis, wir sollten davon nichts wissen. Einige haben es ganz geheim gemacht, aber es durfte niemand wissen, weil sie sonst sofort wegfliegen mußten. Man hat es schon gemacht, aber die Betreuer durften nichts davon wissen.

A: Ihr arbeitet jetzt schon 12 Jahre im Kohlebergbau hier. Welches Bild hattet ihr von der DDR bevor ihr herkamt?

DM: Damals gab es schon 30 Jahre Sozialismus. Als man mir Filme gezeigt hat von großen Betrieben in Magdeburg von sozialistischen Brigaden, dachte ich, na ja, alle Deutschen sind sympatisch. Alle haben Erfahrungen mit allen Menschen zu leben. Wenn dort schon 30 Jahre Sozialismus ist, dann werde ich alles bekommen, was mein Wunsch ist. Mein Wunsch war, einen Beruf theoretisch und praktisch zu erlernen. Das hat der Betrieb gemacht, das kann ich mit Sicherheit sagen. Wir sind gut ausgebildet worden. Von 1979 bis 86 hatten wir Schule, da haben wir gut gelernt.

DZ: Am Anfang waren wir wenige, nur fünf Gruppen. Erst 80 wurden wir mehr. Am Anfang haben die uns vieles gezeigt, Museen und so; viel über die deutsche Geschichte. Wir haben gemeinsame Wochenenden mit deutschen Studenten verbracht wegen Freundschaft uns so. Wir haben uns am Wochenende getroffen in Weimar oder Berlin. Aber am Anfang konnten wir die Sprache noch nicht und es hat nicht so gut geklappt. Als wir die Sprache dann konnten, wurde nichts mehr organisiert. 1983/84 war das zu Ende. Es hieß dann :"Du kannst die Sprache. Im Urlaub kannst du zum FDGB gehen und der zeigt dir, wo du hinfahren kannst." Aber das war schwierig, weil wir keine Familie haben. Weil die Familien als erste Plätze bekamen, konnten wir uns nichts mehr auswählen. Zu dieser Zeit waren 16 000 Mosambikaner in der DDR, und da habe ich Freunde besucht. Blieb immer 2-3 Tage und fuhr dann zum nächsten. Nachdem der FDGB unsere Wünsche nicht erfüllte, wollten wir keinen Beitrag mehr bezahlen. Da gab es viele Diskussionen, weil viele von uns ausgetreten sind. Das brachte neue Probleme mit der SED und dem FDJ, weil die alle zusammenhingen. Man hat uns dann nicht mehr zu Feierlichkeiten eingeladen, aber das war uns egal.

A : Wenn ihr die Zeit vergleicht vor der Wende und nach der Wende, hat sich da was in eurem Leben verändert?

DZ: In der Honnecker-Zeit hatten wir bei solchen Problemen, wie wir sie angeschnitten haben, keine Rechte. Es gab keine Stelle, wo wir sowas diskutieren konnten. Wenn ich heute Fehler im Betrieb sehe, kann ich darüber diskutieren und kann mich beschweren, was es damals nicht gab.
Wenn die Leute die Freiheit richtig begriffen hätten, dann könnten wir sagen, heutzutage wäre der richtige Moment für Menschlichkeit. Aber die Leute wissen überhaupt

nicht, wo vorne und hinten ist. Einige, die uns heiß machen, haben ihre eigenen sozialen Probleme nicht gelöst. Wenn man mit Problemen anfängt und es wird besser, dann vergißt man die Probleme später. Aber bei uns fing es mit Kleinigkeiten an, dann kam die Freiheit, dann die Anschläge. Das ist ein Schock, den ich nicht vergessen kann. Wenn ich nach Hause komme, kann ich über einige gute Leute erzählen, aber dieser Schlag bleibt in meinem Herzen und schmerzt, und niemand von uns wird es vergessen.
Ich verstehe, daß die Probleme haben, z.B. wenn in einer Familie Mutter und Vater arbeitslos werden, und die nicht mehr wisse, wie sie ihre Kinder ernähren sollen. Aber die müssen ihre Probleme anders lösen. Sie haben uns geschlagen, wir gehen nach Hause, o.k. Aber warte ab, ob es denen dann besser geht.
Das ist eine Tradition in Deutschland. Wenn es Probleme gibt, dann versucht man die durch die Ausländer zu lösen. Das ist nicht nur heute so, das war schon gestern so.

E : Mit wem hattet ihr Kontakt in all den Jahren?

DM: Mit den anderen Ausländern hier im Wohnheim kamen wir gut klar. Die Polen waren unsere Freunde, wir nannten uns gegenseitig "Schwager". "Ach, da kommt mein Schwager" sagte man, wenn man sich in der Stadt traf. Mit den Vietnamesen gab es erst Meinungsverschiedenheiten, aber die haben wir in einigen Treffen besprochen und dann ging es besser.
Im Betrieb hatten wir guten Kontakt mit den Kollegen. Wenn du zusammen arbeitest, sieht man die Farbe nicht mehr. Aber wenn wir die Kollegen in der Stadt trafen, haben die uns nicht mehr gegrüßt, sondern weggeguckt. Manche hatten Mut und sprachen mit uns und nannten uns mit unseren Spitznamen.
Einige deutsche Familien hatten Kontakt mit uns. Für manche Familien sind die Krawalle peinlich. Sie schämen sich und entschuldigen sich bei uns.
In der Stadt hatten wir keine Kontakte. Wenn wir in die Disco reinkamen, haben wir kaum getanzt. Die Mädchen wollten nicht mit uns tanzen. Sie sagten nein oder tanzten einen Tanz mit uns.
Wir haben dann selber einen kleinen Club hier im Wohnheim gegründet, wo wir uns Freitag abends und Sonntag nachmittags trafen, Musik hörten, miteinander sprachen. Aber der war ganz klein, für 20-30 Leute vielleicht, obwohl manchmal auch 50-60 da waren. Da durfte jeder rein, egal wie er aussah. Natürlich haben sich die deutschen Nachbarn hier im Block beschwert. Das war Tradition in allen Wohnheimen. Du hast nur draußen gestanden und dich unterhalten, das war schon zu laut.
Nach der Wende haben wir viel lautere Musik gemacht als vorher. Vorher hatten wir kleine Radios, aber nach der Wende kauften wir uns alle Anlagen von 1000 Watt. Da haben sich Nachbarn wegen der lauten Musik beschwert.
Die Bevölkerung wollte uns loswerden, damals und heute. Es gab schon vor der Wende Versammlungen, wo es hieß, die Mosambikaner müssen weg, die nehmen uns die Frauen weg oder die kaufen unsere Läden leer.
Den Vorwurf, daß wir Wohnungen und Arbeitsplätze wegnehmen, hören wir erst jetzt,



nach der Wende. Dabei sind doch viele Gastarbeiter schon weg und die Wohnheime sind leer. Geht es den Deutschen dafür besser?

E: Habt ihr schon Pläne, was ihr machen wollt, wenn ihr nach Mosambik zurückkehrt?

DM: Ja, aber das wird nicht klappen, denn das Geld wird nicht reichen. Ich wollte eine kleine Werkstatt aufmachen für Autoreparaturen, Lackieren u.s.w. Mein Bruder ist Automechaniker und wir haben immer zusammengearbeitet. Das war Glück, daß ich Schlosser lernen konnte. Ein paar Maschinen wie Schweißmaschinen habe ich schon gekauft und im Mai rübergeschickt. Sind auch angekommen.

A: War das dein Traum als du nach Deutschland gingst, eine Ausbildung und Geld zu bekommen, um damit zu Hause eine Werkstatt aufzumachen?

DM: Während des Sozialismus hatte ich die Idee von einer kleiner Werkstatt nicht, weil es da nicht möglich war. Damals wollte ich was anderes. Ich wollte eine Wohnung, die ich mit einem Kühlschrank und so einrichten wollte. Aber dann habe ich in der DDR die Preise gesehen und da mußte ich meine Ideen streichen. Ein Kühlschrank kostete 2000 Mark, ein Farbfernseher 6000 Mark.
Vier Jahre Arbeit waren nicht genug, um einen Kühlschrank zu kaufen, da habe ich meine Verträge immer um 2 Jahre verlängert.
Zwischendurch war ich zweimal auf Urlaub, 83 und 89. Das war schön, ich sah meine Familie und sie erzählten, was passierte.Ich hatte mein Transfergeld und konnte was zu essen und was für meine Familie kaufen. Jetzt wird es viel schwieriger, denn jetzt muß ich etwas unternehmen. Was mache ich nach 3 oder 4 Monaten, wenn das Transfergeld alle ist? Werde ich anders heißen? Bin ich nach 12 Jahren in einem anderen Land ein Fremder in meiner Heimat? Alle meine alten Freunde haben jetzt Familie. Muß ich mir neue Freunde suchen?

DZ: Ich habe Pläne in zwei Richtungen: ich habe eine Maismühle gekauft, um damit Getreide von meiner Familie und den Verwandten zu mahlen. Hoffentlich kommt sie zu Hause an. Ich wohne in der Provinz Nyassa am Lake Malawi. Ich habe auch 6 Nähmaschinen gekauft, um eine kleine Nähstube aufzumachen mit Verwandten. Bei uns herrscht auch große Arbeitslosigkeit. Wenn alles gut läuft, will ich mit meinem Cousin einen Kredit bei der Bank beantragen und einen Bus oder LKW kaufen, um Transporte zu machen. Dann bist du zwar nicht mehr zu Hause, weil du dauernd rumfährst, aber es kommt Geld rein.

A: Gibt es eine Feier, bevor ihr am Sonntag losfliegt?

DM: Nein, es gibt nichts, kein Fest vom Betrieb. Der Betrieb ist unser Vater und wir haben unsere ganze Kraft dagelassen, aber es gibt keine Verabschiedung. Als wir die Möbel aus unseren Räumen einpacken wollten, haben sie gesagt, es geht nicht. Einen Tag nachdem wir unsere Container verschlossen haben, kam ein großer Müllwagen und hat die Möbel abgeholt. Das hat uns sehr geschmerzt.
12 Jahre haben wir dem Betrieb unsere Kraft gegeben und jetzt schmeißen sie die Möbel lieber auf den Müll als sie uns zu geben.
Und eine Verabschiedung gibt es auch nicht, man ist froh, uns loszuwerden.

Barbara Honnef und Bernd Bröskamp

"Für Hoyerswerda ist das wichtig"

Ein Gespräch mit Frau K. aus Hoyerswerda *(E.K.)* und Frau F. aus Bautzen *(R.F.)*

Frau K. lernte ich am 28.3.1992 während des "Entwicklungspolitischen Begleitseminars / Ergänzung zum Fachkräfteprogramm Mosambik" in Ost-Berlin kennen. Sie war eine der wenigen deutschen TeilnehmerInnen. Ihren Äußerungen war ein doppeltes Engagement zu entnehmen - sowohl für die ausländischen Minderheiten in der Ex-DDR als auch für den Ort Hoyerswerda. Widersprüchlich kann dies nur demjenigen erscheinen, der die Menschen aus Hoyerswerda pauschal mit Ausländerfeinden gleichsetzt. Frau K. wurde nicht müde zu betonen, daß es auch in Hoyerswerda Leute gäbe - wenn auch zugegebenermaßen wenige -, die sich für die Fremden eingesetzt hatten und haben, was nicht heißen soll, diejenigen, die an den gewalttätigen Angriffen im Herbst 1991 beteiligt waren, von ihrer Schuld freizusprechen. Dieser bislang unterbelichteten Seite des Verhältnisses zwischen Deutschen und ausländischen Vertragsarbeitern in der DDR sowie der speziellen Lebenssituation in Hoyerswerda galt ein großer Teil des Gesprächs.
Als wir (Barbara Honnef und Bernd Bröskamp) Frau K. in ihrer Wohnung in einem der Wohnkomplexe in Hoyerswerda aufsuchten, hatte sie gerade Besuch von Frau F., der 18-jährigen Tochter einer befreundeten Familie aus Bautzen, die ebenfalls schon zu DDR-Zeiten intensive Kontakte zu Ausländern pflegte. Sie berichtete von ihren prägenden Erfahrungen als Mitglied einer 7-köpfigen Familie, die zwei Jahre lang einen Mosambikaner bei sich zu Hause aufgenommen hatte.
Bevor das Gespräch beginnen konnte, mußten wir einen Augenblick warten. Frau K. sammelte seit einigen Tagen in Hoyerswerda Unterschriften für die Durchsetzung des Bleiberechts der ehemaligen Kontraktarbeiter der DDR im vereinten Deutschland. Ihre Nachbarin hatte ihr eine Unterschrift zugesagt, die erst abgeholt werden mußte. Dann konnte es losgehen.

"Ach, ich habe auch noch ein Anliegen"

B.B.: Wenn man sich wie Sie für Ausländer, speziell für die ehemaligen mosambikanischen Vertragsarbeiter, in Hoyerswerda engagiert, bekommt man dabei in dieser Stadt auch Probleme oder wird das akzeptiert?

E.K.: Ich glaube nicht, daß das akzeptiert wird. Heute steht z.B. etwas in der Zeitung, daß jemand Unterschriften gesammelt hat. Der Chefredakteur der Lausitzer Rundschau hat mich gefragt, ob er meinen Namen veröffentlichen soll. Er hat gesagt, es könne natürlich sein, daß es Schwierigkeiten gibt. Trotzdem war ich mit der Veröffentlichung

meines Namens einverstanden, aber dann hat er es doch nicht gemacht.

B.B.: Sind Sie schon einmal direkt persönlich angefeindet worden wegen des Engagements?

E.K.: Nein, ich schreie das nun auch nicht durch die Gegend. Ich mache das ja völlig von mir aus und bin von niemandem beauftragt. Aber selbstverständlich stehe ich dazu. Wenn ich z.B. irgendwo etwas kaufe, sage ich zur Verkäuferin: "Ach, ich habe auch noch ein Anliegen", und dann kriege ich die Unterschrift. Oder letztens kam die Briefträgerin nach oben zur Wohnung. Ich bat sie herein, und sofort unterschrieb sie. Ich denke, das ist für Hoyerswerda wichtig. Aber was die Leute von mir denken, weiß ich nicht. Vielleicht bilde ich mir das ein, wenn die Frau So-und-so nicht mehr anruft, weil ich gesagt habe, daß ich für Afrika sammle. Sie wollte mir Bettwäsche geben. Ich habe dann noch gesagt, daß ich alle Sachen, Kleidung und so nehme. Möglicherweise kommt sie damit nicht zurecht.

Ich muß ihnen aber sagen, ich habe die besten Erfahrungen gemacht. Die Nachbarin von gegenüber und eine Frau unten im Haus haben mir etwas gegeben. Die erzählen dann auch weiter, daß ich sammle. Vom Kulturamt habe ich Sachen bekommen, Stoffe und so etwas. Die LR (Lausitzer Rundschau) hat mal für's Schülerfreizeitzentrum Papier gespendet. Da habe ich angerufen, ob sie nicht für Mosambik spenden wollten. Mir wurde gesagt, ich solle zum Schülerfreizeitzentrum gehen. Anstandslos habe ich große Mengen bekommen. Oder z.B. das Braunkohlenwerk Welzow, also LAUBAG, Werkbereich Welzow. Dort habe ich an den Betriebsdirektor geschrieben, wegen der Schreibmaschinen, die ausgesondert werden. Ich habe eine positive Antwort. Den Geschäftsführer von ESPAG, Dr. Sch., habe ich angesprochen. Eines abends klingelt ein junger Mann bei mir und sagt, er käme aus 'Schwarze Pumpe' und möchte wissen, was ich alles benötige. Finde ich ganz toll.

"Nur unterwegs"

Ich bin hier in einer aus vier Personen - vier Frauen - bestehenden Gruppe "Ausländer und Kultur" des Kulturbundes. Der Kulturbund ist eine Organisation noch von DDR-Zeiten, eine Art Überbleibsel mit noch über 100 Mitgliedern. Die versuchen ein bißchen, das Leben aufrecht zu erhalten: Denkmalpflege, Fahrten zur Semper-Oper und so etwas. Ich bin schon seit Ende der 60er Jahre Mitglied. Damals bin ich in Esperanto gegangen, war dann aber nur noch zahlendes Mitglied. Als ich nach den Randalen las, daß etwas zur Ausländerproblematik gemacht wird, ging ich hin und habe mich eintragen lassen in die Gruppe "Ausländer und Kultur".

Ich war vor kurzem in Bielefeld das erste Mal beim KKM-Seminar. Die Frau vom Kulturbund fragte mich, ob ich nicht daraus etwas machen möchte, einen kleinen Vortrag. Ich sagte zu. Thema war das Schulwesen in Mosambik. Der Vortrag war in vier Zeitungen angekündigt. Privat hatte ich auch einige Leute angesprochen. Nach dem

Vortrag sagte mir ein älterer Herr, den ich vom Betrieb kannte, wie sehr ich ihm aus dem Herzen gesprochen habe. Er wollte sich nicht zu erkennen geben, da er zu DDR-Zeiten in Mosambik war - das könnte man ihm ja jetzt anlasten und irgendetwas unterstellen, daß er hier mit dem Staat ... . Bei dem Vortrag waren eine Handvoll Leute, darunter 3 Mosambikaner und einige Deutsche, die in Mosambik gearbeitet haben. Da war gleich ein Kontakt da, das war wunderbar. Im September machen wir wieder einen Musik- und Tanzabend für die 7-9 Mosambikaner, die noch hier sind. Die wünschen das sehr, denn die können ja nirgendwo hingehen.

Pfingsten hatte ich mir zwei ausländische Studenten aus Chemnitz eingeladen. Für den einen suche ich jetzt ein Stipendium, damit er den Doktor machen kann. In Dresden war ich auf dem Mosambikanertreffen, ich hatte die Unterschriften gesammelt und war als einzige aus Hoyerswerda anwesend - also, ich bin nur unterwegs.

Weil man ja doch Kraft reinsteckt, habe ich auch schon gedacht, es wird alles zuviel. Aber ich denke, diese Arbeit hat mich jetzt erhalten. Wenn Adriano, ein Mosambikaner, der hier verheiratet ist, anruft und sagt: "Aber du bist doch für uns verantwortlich," muß ich lachen, aber es tut auch irgendwie gut.

"Keine richtige Identität"

Im Gegensatz zu anderen bin ich nach wie vor hundertprozentig der Meinung, daß die Gründe dafür, daß die Deutschen bei der Randale hier in Hoyerswerda so mitgejubelt haben, in der Stadt liegen. Als das Kombinat Schwarze Pumpe errichtet wurde, fing man gleichzeitig an, die Wohnkomplexe der Stadt für die Arbeiter des Kombinates zu bauen. Damals kamen Leute aus der ganzen DDR hierher nach Hoyerswerda, der Wohnungen und des Verdienstes wegen. Denn in der Kohle hat man bedeutend mehr verdient als meinetwegen ein Landarbeiter in Mecklenburg, im Erzgebirge usw. Das war die Motivation der Leute, hierher zu kommen. Die Menschen sind alle unterschiedlicher Herkunft und hier sozusagen zusammengewürfelt. Die Stadt ist nicht langsam gewachsen. Wir sind hier z.B. alle im gleichen Zeitraum eingezogen. Woanders ist das so, daß man in der Nachbarschaft, wie z.B. in meiner Heimatstadt Spremberg, die Leute kennt und sagt, "ach, das ist ja der Mann von Frau So-und-so, nicht." Das gibt es in Hoyerswerda nicht. Es gibt keine richtige Identität. Die Ausländer sagen - und ich sehe das auch -, daß die Menschen hier stur sind. Wenn man woanders hinkommt, z.B. nach Thüringen, hat man viel mehr Entgegenkommen als hier.

B.B.: In welchem Jahr fing man an, die Leute hierher zu holen, damit sie in der Schwarzen Pumpe arbeiten? Wie sah der Tagesablauf aus? Welche Entwicklungen sind in Hoyerswerda beobachtbar?

E.K.: Die Grundsteinlegung für Schwarze Pumpe war 1956. Und darauf folgend ging das los. Hoyerswerda hatte damals eine kleine Altstadt, da waren 7.000 Einwohner. Bis zur Wende sind die auf 76.000 angewachsen. Zur Arbeit im Betrieb mußte man fahren,

15 km bis Schwarze Pumpe und in die Tagebaue noch weiter. Die Menschen mußten schon um halb fünf oder halb sechs aus dem Haus, Frauen auch, jedenfalls die, die im Kombinat Schwarze Pumpe und im Braunkohlenkombinat Welzow gearbeitet haben. Von halb sechs bis halb fünf war man unterwegs. Also elf Stunden. Und dann mußte man ja noch die Kinder aus der Krippe und aus dem Kindergarten holen und versorgen. Einkaufen gehen natürlich auch noch, und dann mußte man ja ewig Schlange stehen. Da war man natürlich geschafft.

Jetzt spricht man von 60.000 Einwohnern. Einige gingen schon zu DDR-Zeiten weg, meinetwegen diejenigen, die ein Haus im Heimatort gekauft oder eins geerbt hatten. Viele sind jetzt gegangen, weil sie hier keine Arbeit mehr haben. Es sieht hier ganz schlecht aus. Am 28. Februar war eine große Demonstration für den Erhalt der Braunkohle. 35-40.000 Menschen waren da hier. Geholfen hat das aber nichts. Es heißt jetzt, in der Kohle werden allein 9.000 Leute entlassen und das beginnt zum 1. August als Entlassungstermin. Im Braunkohlenwerk Welzow, also LAUBAG, ist man dabei noch großzügig. Im Juli soll es eine Lohnerhöhung geben. Demzufolge geht man dann mit mehr Geld in die Arbeitslosigkeit. Schwarze Pumpe entläßt zum 30. Juni und ob da noch irgendetwas kommt, daß es finanziell besser wird, glaube ich nicht. In Schwarze Pumpe gab es 15.000 Arbeitsplätze, vielleicht sind es jetzt noch 9.000, aber es geht rapide abwärts. Die Ursache für die Abwanderung ist vielfach bestimmt die Unsicherheit.

Ich war am Montag auf dem Arbeitsamt und habe mich arbeitslos gemeldet. Wenn man dann die vielen jungen Menschen sieht, das ist schon erschreckend. Die haben ja keine Perspektive. Ich denke, die Unsicherheit bei den Jugendlichen ist die Ursache dafür, daß sie über Ausländer sagen, die nehmen uns die Arbeit, die Wohnungen weg. Die jungen Menschen haben ja meist in der Kohle oder Schwarze Pumpe gearbeitet, als Maschinisten oder Kranfahrer oder bei der Entwässerung und so. Die haben ja keine andere Ausbildung, keine Aussicht, es sei denn, die gehen in den Westen. Bei vielen sind die Frauen hier, und die Männer arbeiten im Westen, es gibt aber auch Fälle, wo die Frau zuerst geht.

"Da war die Wohnung voller Mosambikaner"

B.B.: Wo und wann haben haben Sie Ausländer kennengelernt?

E.K.: Den ersten direkten Kontakt mit Ausländern hatte ich während des Krieges. Meine Eltern wohnten im Forsthaus in Spremberg und da waren Italiener einquartiert. Da war ich ja noch sehr klein. Ich erinnere mich, daß einer für mich gemalt hat und wir gesungen haben. 1965 lernte ich beim Ausgehen Bulgaren kennen, eine Dolmetscherin und 6 oder 7 Männer, die hier zur Spezialisierung waren. Nach dem Tanzen hatten die uns eingeladen in ihre Unterkunft. Das war am 5. Dezember 1965. Wir luden sie dann Weihnachten ein. Ich weiß das so genau, weil die Freundschaft noch besteht.

B.B.: Wann fing das hier mit der Ausländerbeschäftigung an. Und wie hat sich ihr persönliches Engagement für Ausländer entwickelt?

E.K.: Ungarische Arbeitskräfte waren Spezialisten, die schon im Kombinat Schwarze Pumpe gearbeitet haben. Ich kenne eine Familie aus Budapest, deren erster Sohn hier 1971 geboren ist. Sie sind dann wieder zurück nach Ungarn, aber wir haben noch lokkeren Kontakt. Viele der Ungarn und Polen hatten eine spezielle Ausbildung für die Geräte oder die große Technik der Schwarzen Pumpe. Dann kamen Algerier. Den A. habe ich nach 1978 kennengelernt. Dadurch, daß er eine deutsche Frau hatte, konnte er 1981 - ein halbes Jahr nach seiner Rückkehr nach Algerien - nach Westdeutschland ausreisen. Also waren Algerier noch Anfang der 80er Jahre hier.

Mosambikaner sind gekommen 1979 / 1989; nach Hoyerswerda direkt auf jeden Fall Anfang der 80er Jahre, da habe ich sie schon beim Einkaufen gesehen. Wenn man sich interessierte, guckte man, was die kaufen. Dann habe ich mal gefragt, ob denn ihre Torte, die sie sich gekauft hatten, auch schmeckte. Sie sagten ja. Kennengelernt habe ich ganz konkret den ersten im März 1986. Es lag sehr viel Schnee, wir hatten 27 Grad Kälte. Ich bin im Bus zur Arbeit gefahren. Ein Sitzplatz war noch frei am Fenster. Auf dem Sitz am Durchgang saß ein Mosambikaner, und ich mußte so über den drüber wegkrabbeln. Ich fand das ein bißchen unmöglich. Na und dann sagte ich zu ihm: "Was sagste denn zu dem vielen Schnee"? Da begann der Kontakt zu diesem Mosambikaner. Wir haben ihn dann eingeladen zu uns nach Hause, und von dem Zeitpunkt an haben sich die Mosambikaner hier die Klinke in die Hand gegeben. Also da war die Wohnung voller Mosambikaner. Und wenn die abgereist sind, kamen sie mit einer Flasche Wein und haben sich verabschiedet.

Die Leute in der Nachbarschaft - ich hatte ja zwei Töchter, die eine war fast zwanzig und die andere war 12 -, fragten natürlich immer, ob ich denn keine Angst um meine Töchter hätte. Ich muß ihnen sagen, ich hatte niemals so einen Gedanken. Das war ein richtig schönes und herzliches Verhältnis. Wir hatten viel Spaß. Wir haben sie in den Garten eingeladen, da war dann auch der Garten voller Mosambikaner. Zwei der Mosambikaner versorgten dann auch unseren Garten, wenn wir in Urlaub fuhren. Es war also von Anfang an ein Vertrauensverhältnis.

Übrigens kamen die Mosambikaner von Berlin hierher, weil sie durch die Schichtarbeit gut verdienten. Nach ihrer Ankunft hatten sie in Berlin zuerst einen Deutschkurs gemacht und dann einen Beruf gelernt. Das war die Stammgruppe hier. Die hatten alles so ein bißchen in der Hand, was bei den Offiziellen ja nicht gern gesehen wurden. Denn die haben durchaus gesagt: "Also so geht's nicht." Und der, von dem ich vorhin sprach, war eine ganz starke Persönlichkeit - der hatte so die Fäden in der Hand, wenn es z.B. um Aussprachen ging. Die Mutter von Frau F. war da auch schon dabei. Sie ist mit denen damals zum kaufmännischen Direktor zur Aussprache gegangen. Die Vorbereitungen dafür schrieb ich. Ich ließ mir von den Mosambikanern sagen, was passiert war, und schrieb das alles - in hoffentlich ordentlichem Deutsch - auf. Deswegen hatte ich

einen Einblick, ich möchte sagen, wie bestimmt niemand weiter. Das war so 1987 / 1988. Was habe ich für Briefe geschrieben an Schichtleiter wegen irgendwelcher Sachen, um Umsetzungen gebeten oder gefragt, warum einer der Mosambikaner nur die Lohngruppe so-und-so kriegte, während ein Deutscher, der gerade erst gekommen war, eine höhere Lohngruppe bekam. Durch die Gespräche habe ich schon sehr viel darüber gewußt, wie die behandelt wurden. Das war ja auch in der DDR nicht so wie es hätte sein können. Wenn sie Container nach Hause schickten, bekamen sie niemals eine Quittung. Container kosteten 4.000 Mark, ob er so war oder so.

Familie F.

E.K.: R.'s Eltern, besonders die Mutter, kümmert sich seit Jahren um Ausländer und speziell um Mosambikaner. Das ist eine wunderbare Familie, sie haben fünf Kinder, ...

R.F.: Zwei Jahre, 1988 und 1989, hat Castigo, ein Mosambikaner, bei uns gewohnt. Er war so richtig integriert in die Familie, das war ganz toll. Seit 1980 war er hier gewesen und 1989 ist er wieder zurückgeflogen. Nächsten Dienstag kommt er für drei Monate wieder zu uns, auf Urlaub sozusagen.

E.K.: Zu Besuch, das heißt ja, daß die Familie alles finanzieren muß, auch den Flug.

B.H.: Wie habt ihr Mosambikaner kennengelernt?

R.F.: Meine Mutter machte ja die Ausländerarbeit. Wir lernten mit ihr zusammen Englisch auf der Volkshochschule, und wir wußten, daß es Afrikaner, speziell Mosambikaner in Bautzen gab. Meine Mutter interessierte sich dafür, wie die hier leben. Einen sprach sie einfach mal an, lud ihn zum Kaffee ein und sagte, er sollte noch ein paar Leute mitbringen. Am Sonnabend darauf kam er angerückt mit 10 Freunden. Da gab's erst mal eine übelste Gartenfete bei uns, also es war total toll. Und dann hatten wir öfter Afrikaner bei uns.

Aber bald ging die Lästerei los. "Die Frau ist verheiratet und hat fünf Kinder, und nun rücken dauernd die Neger hier an", bekamen wir zu Ohren. Wir als Kinder kriegten das total zu spüren, vor allem in der Schule. Als das losging, kam ich fast jeden Tag heulend nach Hause. In der Schule kriegte ich dermaßene Schwierigkeiten - wir und speziell ich sind dort betitelt worden, "Negeschlampe" und so. Das hat mich unwahrscheinlich fertig gemacht. In der Klasse stand ich ganz alleine, die ganze Klasse gegen mich. Das war schon zu DDR-Zeiten so gewesen, so in der Zeit zwischen 1987 / 88. Ich begann dann erst einmal, die Ausländer zu hassen wie die Pest.

Während dieser Zeit führte ich viele Gespräche mit meinen Eltern, hatte mich zeitweise total mit ihnen zerstritten wegen der Ausländer. Ich sagte, die machen unsere Familie kaputt - weil Castigo zwei Jahre bei uns gelebt hat. Also das war ganz schlimm. Ich bin dann ein bißchen älter geworden, ein bißchen reifer vielleicht, habe einen Einblick

bekommen in die Sache. Castigo hat bei uns gelebt und meine Eltern haben mit uns Kindern darüber gesprochen, eben wegen der Schwierigkeiten, ob wir ihn aufnehmen bei uns zu Hause. Wir waren alle einverstanden gewesen. Also nicht, daß meine Eltern jetzt über unsere Köpfe hinweg entschieden hätten.

Einmal waren wir mit Castigo in Dresden in so einem großen Imbißraum zum Essen. Da kein Platz mehr war, saß ich mit Castigo allein an einem Tisch und gegenüber von uns war so eine Frau. Die sah ziemlich "assimäßig" (asozial) aus, eine Deutsche. Sie guckte schon die ganze Zeit zu mir und Castigo rüber, dann spuckte sie auf den Fußboden und guckte mich dermaßen abwertend an. Dann kam sie rüber, knallte das Tablett auf den Tisch und rief: "Du dumme Schlampe"! Meine Eltern hatten das gar nicht so mitgekriegt. Mich hat das unwahrscheinlich fertig gemacht. Und ich muß ehrlich sagen, in der Stadt, wenn ich da Ausländer traf, die ich kannte, dann bin ich denen aus dem Weg gegangen. Weil ich nicht wußte, was ich machen sollte. Ich fühlte mich hin- und hergerissen zwischen meinen Freunden - in Anführungsstrichen Freunden, die haben mich ja dann alle sitzen lassen - und meiner Familie.

Meine Mutter bekam ja auch solche Schwierigkeiten. Sie hatte sich in dem Wohnheim umgesehen. Das waren katastrophale Zustände, das Wohnheim und die Ausstattung an sich schon. Die Ausländer hatten dort einen Pförtner und durften bloß bis abends um 10 Uhr Besuch empfangen. Kinder durften überhaupt nicht rein - man muß sich das einmal vorstellen: Dort waren erwachsene Männer und kriegten vorgeschrieben, wielange der Besuch sein darf. Sie wurden praktisch Tag und Nacht bewacht da drinnen. Meine Mutter beschwerte sich dann über die Zustände, zuerst wohl bei dem Betreuer. Sie setzte sich dafür ein, daß dort bessere Verhältnisse einkehrten. Dann ist das bis zur SED-Kreisleitung gegangen. Sie kriegte von denen so eine Art Vorladung. Dort muß sie sehr runtergemacht worden sein: Das ginge sie überhaupt nichts an und sie hätte sich dafür nicht zu interessieren, die Ausländer seien hier, um zu arbeiten! So kam es dort raus: die Ausländer sollten hier arbeiten, in ihr Bett gehen, schlafen, wieder arbeiten, und damit hatte sich der Salat. So als ob sie praktisch keinen Kontakt aufzunehmen hatten. Es dauerte dann sehr sehr lange, bis es geschafft war, aber am Ende war dann kein Pförtner mehr da. Meine Mutter ließ sich von alledem nicht fertig machen, sie ist in dieser Beziehung absolut stark, muß ich sagen.

B.B.: Wenn bekannt war, daß man zu Ausländern, speziell zu Schwarzen, Kontakte hatte, konnte einem das, wie Du sagst, Schwierigkeiten mit Freunden und Bekannten oder in der Nachbarschaft bereiten. Wie vertrug sich das mit der offiziellen politischen Linie des Internationalismus und der Solidarität. Deine Erfahrungen widersprechen ja den politischen Vorgaben, die gemacht worden sind.

R.F.: Das war mir immer unerklärlich gewesen. Wir haben Solidaritätsaktionen gemacht. Ich meine, wir haben alle immer unseren Soli-Beitrag gezahlt mit großem Murren und Mucken, ne. Anfangs versuchte ich auch, mit den Leuten zu diskutieren. Die hatten keine eindeutigen Argumente. Eine Freundin sagte mal, "Rebecca, du mußt das verstehen, ich kann an die Leute nicht ran, an die Mosambikaner." Ich fragte warum.

Sie konnte mir keinen Grund nennen. Es war halt was Ausgefallenes, wenn jemand mit Ausländern verkehrte.

B.H.: Wurde da differenziert zwischen Schwarzen und anderen Ausländern?

R.F.: Ja, doch. Das lag zum allergrößten Teil an der Hautfarbe. Das war halt bloß, weil sie schwarz waren. Bei uns in Bautzen gab es immer einige Probleme, wenn die Ausländer zur Disco gegangen sind. Die haben ja auch eine ein bißchen andere Mentalität, wenn sie die Mädchen oder die Frauen anreden, ob sie etwas mittrinken oder tanzen. Das wurde dann immer gleich total falsch ausgelegt. Über Polen oder Ungarn wurde nichts gesagt. Ich schiebe das auch auf die ungenügende Aufklärung bei unseren Leuten. Es ging ja los mit der Kolonialisierung. Die ganzen europäischen Länder hatten sich ja Afrika zu Untertan gemacht.

In unserer Klasse hieß es auch, die Ausländer verdienen ein Schweinegeld, die kriegen West-Geld und so, und was es für Gerüchte gab.

E.K.: Ach, was habe ich diskutiert deswegen. Das war mit ein Grund dafür, daß unterschwellig schon dieser Haß da war. Die kriegen Westgeld und dürfen nach dem Westen fahren. Manchmal habe ich bis zum Gehtnichtmehr diskutiert. Sicher, einige hatten Westgeld. Da haben sie in Ost-Berlin getauscht: 1:13, um vielleicht der Freundin einmal eine Bluse oder weiß ich was kaufen zu können, weil sie bei den Mädchen ja auch Eindruck machen wollten.

R.F.: Da gab es halt diesen Neid. Es hieß dann: "Wir kriegen nichts und die kriegen alles, haben ein Schweinegeld und brauchen keine Familie zu versorgen." Aber daß halt so und soviel Prozent vom Lohn nach Afrika abgeführt wurde, das wußte niemand. Die Leute haben diskutiert ohne einen Einblick zu haben in die Sache, obwohl sie es sich im Grunde gar nicht erlauben, ein Urteil zu bilden.

E.K.: ... oder weil sie auch schön angezogen waren. Meinetwegen so eine fetzige Jacke, das wurde mir auch während der Randale gesagt: "Guck doch mal wie der angezogen ist, das können wir uns nicht leisten." Dabei hatten sie aber sicher nur das eine Stück.

"1. Mai 1990" und die"Randale" im September 1991

E.K.: Die Mosambikaner machten hier die dreckigsten Arbeiten im Tagebau. Ich kenne mich da ein bißchen aus mit der Entwässerung. Wer da arbeiten muß oder im Gleisbau oder als Bandwärter - die ganze Schicht in so einer Bude sitzen und gucken, ob große Steine mit der Kohle auf dem Band mitlaufen, wenn die gefördert wird. Da kann ja sonst was passieren. Wenn das dann tagelang stillstand, kostete das wieder Millionen. Das war schon auch von Bedeutung. Die härteste und eintönigste Arbeit. Das haben Mosambikaner gemacht - Deutsche natürlich auch, nicht das jemand sagt, Deutsche

nicht - und sie haben selbst danach gefragt, um mehr Geld zu verdienen.

Daß es zu DDR-Zeiten während der Arbeit keine Probleme zwischen Deutschen und Ausländern gab, sagen alle, aber in der Stadt haben die deutschen Kollegen sie dann nicht mehr gekannt. Niemand kam auf die Idee, die Mosambikaner mal einzuladen. So waren sie auf sich angewiesen. Zu DDR-Zeiten konnten sie aber wenigstens noch in Restaurants gehen, auch zur Disco usw. Aber schon am 1.Mai 1990 wurde das Wohnheim der Mosambikaner mit Steinen beworfen. Seit dem 1. Mai 1990 weiß ich, daß Deutsche ausländerfeindlich sind. Schon damals wurden da im Wohnheim die Scheiben eingeworfen. Mit der Wende hat sich das alles schlagartig verändert. Und von dem Zeitpunkt an sind sie nicht mehr in die Gaststätten gegangen. Für sie gab es nur noch - und das sagt jeder Bericht - : Arbeit, Einkauf, Wohnheim, sonst nichts.

Am 1. Mai 1990 begann es damit, daß Mosambikaner auf dem Rummelplatz waren. Ihnen wurde gesagt, daß sie dort nichts zu suchen hätten. Dann wurden sie angegriffen. Einige Mädchen sind daraufhin ins Wohnheim gelaufen und haben gesagt: "Da werden welche von euch angegriffen". Einige andere Mosambikaner sind dann auch noch dorthin. Da fing die Keilerei auf dem Rummelplatz an. Das zog sich dann ein paar Hundert Meter weiter vor dieses Wohnheim und dort haben die das Wohnheim mit Steinen angegriffen und gegrölt.

Die Randale im September 1991 fing am Dienstag an. Am folgenden Sonntag sollte die Abreise einer Gruppe stattfinden. Am Mittwoch wollte ich jemandem einen Brief mitgeben nach Mosambik. Da kam ich mit dem Auto gefahren, und ich wunderte mich, denn der ganze Wohnkomplex war voller Menschen. Sie guckten aus den Fenstern und waren auf den Straßen, wie auf einem Volksfest. Da kamen auch schon so ein paar halbe Glatzen auf mich zu und sagten, "Oma, hau ab!" Ich dachte, sei mal lieber vorsichtig, und bin zurückgefahren auf einen Parkplatz. Ich ging dann sofort zur Polizei. Das war 18 Uhr 25. Ich sagte, da wäre was los vorm Ausländerwohnheim. "Wir wissen schon Bescheid", hieß es, "wir haben unsere Leute, aber das dauert, ehe wir die zusammenkriegen." Dann bin ich wieder hingefahren, und die Polizei aus Hoyerswerda war um 19 Uhr 45 da und der Bundesgrenzschutz aus Bautzen vielleicht gegen 20 Uhr 45 oder später.

Das Erschreckende war die Reaktion der Deutschen. Ich war fast drei Stunden da. Von allen Deutschen, mit denen ich gesprochen habe, waren, glaube ich, vier Männer und eine Frau, die sagten: "Laßt die Ausländer in Ruhe!" Also ein Mann, Jahrgang 35, hatte gesagt, die Polizei solle mit dem Maschinengewehr reingehen, und zu so einem Pimpf, der auch geschrien hat, "Ausländer raus!", meinte er dann: "Gut so, mein Junge." Die haben ja die Polizei auch beschimpft und meinten zu ihr, sie solle rein: "Drei Neger aus dem Fenster und dann sei die Sache erledigt." Auch Frauen waren dabei, wenn ich denen heute begegne,...
Die Wochen nach der Randale bin ich so durch die Stadt gegangen, daß ich weniger über die Stasi nachgedacht habe, sondern mich ständig fragte: Gehört der zu den ausländerfeindlichen, gehört der dazu usw.

Gegendemonstration: "Du weiße Sau"

Dann fand hier doch auch eine Gegendemonstration statt, die von Berlin aus organisiert wurde. Hier vom Balkon aus - die Kinder waren gerade zu Besuch - hat man gesehen, daß da Busse, PKWs, daß das ganze Feld voller Fahrzeuge war. Da habe ich zu meinem Schwiegersohn gesagt: "Komm Franz, wir gehen". Ich wollte ja mit demonstrieren. Wir sind auf dem Fuß-Radweg dann gelaufen, nicht auf der Straße. Nee, also mit denen konnte ich nicht mitgehen, weil die ja auch vermummt waren. Mein Neffe meinte allerdings, daß die sich vermummen mußten, denn wenn die Skinheads sie erkennen sollten, schlagen die sie tot.

Jedenfalls sind wir dann durch so einen Durchgang gegangen, während die Demonstration die Straße lang marschierte. Was ich dann sah, war erschreckend. Auf der Rückseite der Häuser waren so viele Autoscheiben zertrümmert. Das fand ich schon nicht richtig, denn die wissen ja nicht, ob hier nun alle ausländerfeindlich sind. Wir sind dann durch den anderen Tunnel und haben diesen Komplex verlassen. Dann kamen wir zu der Straße, wo die Asylanten untergebracht waren. Und da sagt zu mir so ein Linker, so Anfang bis Mitte zwanzig: "Du weiße Sau". Da habe ich gesagt: "Komm mal her, ich will mit dir sprechen." Aber der ist ja gar nicht gekommen, also konnte ich dem gar nicht erklären, daß ich nicht dazu gehöre. Das hat mir doch schon weh getan.

Dann sind wir in Richtung Asylantenheim gegangen - und die Polizei ... Die Asylanten waren ja schon Wochen weg. Wissen Sie, wo der Bundesgrenzschutz stand? Beim Asylantenheim, wo überhaupt nichts mehr zu schützen war. Da mußte die Demonstration durch den Bundesgrenzschutz durch, und das war wohl die Provokation. Wissen Sie, was das für Auswirkungen hatte, die Demonstration der Linken? Das war erschreckend. Pflastersteine wurden rausgerissen und unheimlich viel Schaden angerichtet. Das war also noch mal so schlimm wie die Randale überhaupt - ganz unschön. Also, die müssen nicht ganz normal sein. Ich habe dann gesagt: "Komm, wir gehen nach Hause."

"Angst?"

B.B.: Wie sieht das mit den Skinheads gegenwärtig aus?

E.K.: Gegenwärtig sieht man wieder kaum welche. Aber ganz genau an meinem Geburtstag, am 10. März, kam meine Schwester und sagte: "Du, ich fahre um 8 Uhr mit dem Bus nach Hause, hier sind ja so viel Skinheads." Den ganzen Winter über hatte ich kaum mal einen gesehen, aber in der Zeit waren sie viel zu sehen.

Probleme hatte ich einmal: Ich hatte einen Afrikaner am Bahnhof angesprochen, weil er von jemandem zweimal, beim Hin- und Zurückgehen dumm angepöbelt wurde, er sei zu lange in der Sonne gewesen. So ein junger Deutscher war das. Da habe ich zu dem gesagt, und du warst als Kind zu lange unter der Höhensonne. Da meinte er zu mir:

“Paß auf, ich schicke Dir die Glatzen auf den Hals.”

Angst hatte ich, nachdem ich bei Kennzeichen D im Fernsehen gesagt hatte, was das für eine Schande ist und daß nicht alle Deutschen so sind, daß es auch Deutsche in Hoyerswerda gibt, die gegen die Ausländerfeindlichkeit und die Randale sind. Und da habe ich die ganze Nacht nicht geschlafen. Gar nicht mal so sehr wegen mir, sondern weil meine Tochter und mein Enkelchen zu Besuch kamen. Da habe ich gedacht, na wenn die sich einfallen lassen sollten, hierherzukommen ...

Eva Engelhardt

Viel Rummel um Völkerfreundschaft und Solidarität

Eva: Erzähl doch mal wie du als Kind in der DDR von Menschen, die in der "Dritten Welt" leben, erfahren hast.

Cornelia:* Also erst mal muß ich sagen, daß der Begriff "Dritte Welt" bei uns verpönt war. Bei uns hieß es Asien, Lateinamerika und Afrika, was zusammengefaßt wurde als "ALA-Länder". Aber macht nichts. Der Jargon ändert sich ja sowieso dauernd.
Nun zu deiner Frage. Bei uns in der Schule gab es eine Erziehung der Kinder zur Solidarität. Sie war ideologisch eingefärbt und verbunden mit dem Anspruch, internationale Solidarität mit den Völkern zu üben, die um ihre Befreiung kämpften und dabei waren, den Weg zum Sozialismus zu beschreiten. Nicht Hunger war das Hauptproblem in unserem Bild des Südens, sondern der Kolonialismus. Als ich 1973 zur Schule kam, kämpften in meiner Vorstellung Schwarze und Asiaten um ihre Befreiung vom Neo-Kolonialismus, sprich Imperialismus, und es war klar, daß man sie dabei unterstützen muß. Ich erinnere mich an einen Pioniernachmittag, an dem man uns von Kuba erzählte: wie ein Kind dort lebt, daß es gerne zur Schule geht und daß es auf Zeitungsrändern schreiben lernt, weil es nicht genügend Hefte gibt. Dafür wurde dann gesammelt. Alle Pioniere bei uns sollten dann Altstoffe und Flaschen sammeln gehen und das Geld für die Solidarität spenden. Ich glaube, daß diese Ideen damals von vielen angenommen wurden.
Ich kann mich auch noch an ein Fest erinnern, das jedes Jahr stattfand, mit ein wenig Kultur, und wo auch die ganz Kleinen schon was gesungen haben. Da gab es ein Lied, das ging so:

> Froh und glücklich will doch spielen
> auf der Erde jedes Kind,
> ob nun seine Eltern Schwarze,
> Gelbe oder Weiße sind.

Das war alles sehr anrührend und ich glaube, die meisten Kinder haben das auch als ihr Herzensbedürfnis gespürt.
Wenn man älter wurde, bekam man mit, daß die Eltern jeden Monat ein paar Mark für die Solidarität zahlen mußten, die von der Gewerkschaft eingesammelt wurden. Das war für viele ziemlich formal und erstarrt, und es gab keine genauen Informationen, wofür das Geld verwendet wurde. Da haben viele Leute das als Formalität und blöden Anspruch der Staatsmacht und sozialistischen Ideologie empfunden, denn es war schwierig, aufrechte Solidarität zu empfinden, wenn die Wege und Mittel nicht durchsichtig waren oder ausgenutzt wurden für politische Propaganda. So haben es viele empfunden, wenn auch nicht alle.

**aus Ostdeutschland, 26 J., arbeitet als Ausländerberaterin in Berlin*

Eva: Welches Bild hast du dir als Kind von den Menschen in der "Dritten Welt" gemacht?

Cornelia: Ich wußte, daß es einen Krieg in Vietnam gab und daß sich alle Kinder feste Hüte flechten mußten gegen Granatensplitter und daß es da Ein-Mann-Bunker gab. An einem Kindernachmittag bei den Pionieren haben wir so einen Hut gebaut, wie ihn die vietnamesischen Kinder haben, einen Kreis geschnitten, gefaltet und aufgesetzt.
Ich kann mich noch erinnern an den 1. Mai 1973, an dem mein Vater, meine Schwester und ich teilnahmen. Aus den Lautsprechern tönte das Lied:
Alle auf die Straßen, rot ist der Mai!
Alle auf die Straßen, Saigon ist frei!
Und da war eigentlich eine ehrliche Stimmung unter den Leuten, die das gehört und sich gefreut haben, daß jetzt Frieden einzieht in Vietnam und daß die Amis raus müssen.
Zum internationalen Kindertag gab es immer Märchen aus anderen Ländern oder Sachen zu basteln, die andere Kinder haben. Es gab auch einen Haufen Kinderbücher in der DDR, Geschichten wie ein Junge in Afrika lebt, wie er aufwächst, was er erlebt. Da wurde beschrieben, was da gegessen wird, wie der Junge zu seiner Mutter steht oder zu seinen Geschwistern und daß er so viele Geschwister hat.
Es gab selten Informationen, wie es speziell in einem Land aussah.
In jeder Pionierorganisation und in jeder Klasse gab es ein Mädchen, die war Agitator und mußte einmal in der Woche oder alle 14 Tage zur Anleitung, die ein Lehrer durchgeführt hat. Dort wurden Zeitungen ausgewertet, alles sehr ideologisch und indoktrinär. Aber es gab auch manchmal internationale Informationen, was für viele interessanter war als nur ewig was über die Situation zu Hause und Parteitag und blabla zu hören. Das hat die Leute ja ziemlich angestunken.

Eva: Aber die Absicht, anderen Menschen zu helfen, hat den Leuten schon eingeleuchtet?

Cornelia: Ja, besonders das Kollektive und die Idee, daß jetzt allen, die da leiden, unsere Solidarität gehört. Aber weil das immer wieder so ein Spruch bei jeder Maidemonstration und in allen Zeitungen war, ist das erstarrt und hat die Leute nicht mehr bewegt. Obwohl sie vielleicht persönlich gefühlt haben, daß sie da eine Verantwortung haben und was unternehmen sollten. Aber es war nicht einfach, etwas zu unternehmen, was jenseits von staatlichen Wegen lief.
Als Studentin - ich habe in Leipzig Völkerkunde studiert - habe ich mal mit anderen versucht, einen Soli-Basar auf dem Leipziger Weihnachtsmarkt zu veranstalten und zum erstenmal mitgekriegt, wie aufwendig das ist, alle Genehmigungen einzuholen. Dann nachzufragen, was eigentlich mit den Spendengeldern passiert, denn die Leute waren nicht spendenwillig, wenn sie nicht wußten, was mit ihrem Geld gemacht wurde. Wir sind also nach Berlin zum Solikomitee gefahren, um Informationen über ein konkretes Projekt zu holen. Wir wollten den Leuten ein konkretes Projekt anbieten, für das sie spenden konnten. Es war ein Programm in Mosambik für Lehrer, die im ganzen

Land herumziehen, überall einige Wochen bleiben und eine Alphabetisierungskampagne beginnen sollten. Die brauchten eine Ausrüstung wie Schreibmaterial, Tafel, Kreide und Bleistifte. Und dafür wollten wir Geld einsammeln.
Ich war damals frustriert von der Stimmung, die im Soli-Komitee herrschte. Es war alles so formell und halb-diplomatisch. Das Gelände war da, wo viele Botschaften waren und es waren alle so hochoffiziell. Als ich mich informieren wollte, haben sie mir einige Broschüren in die Hand gedrückt, die sowieso rumlagen. Als sie die Projekte aufzählten, war ich erstmal erschrocken, wie wenige es eigentlich waren, wo doch das ganze Geld, das von Gewerkschaften oder Organisationen oder auch Privatinitiativen eingesammelt wurde, dafür verwendet wurde. Es gab, glaube ich, nur 16 verschiedene Projekte, darunter auch Afghanistan, wo nicht klar war, was es genau war, und Vietnam, Laos, Kampuchea und einige Länder Afrikas.

Eva: Wie kam das Geld für die Solidaritätsarbeit zusammen?

Cornelia: Offiziell wurde jeden Monat eingesammelt. Entweder du hast eine Soli-Marke gekauft und die in deinen FDGB oder FDJ Ausweis geklebt. Die Marke wurde oft zusammen mit den Mitgliedsbeiträgen der einzelnen Organisationen eingeklebt. Manche haben auch mehr gegeben, die meisten haben aber das Minimum bezahlt. Oder aber es wurde direkt von deinem Lohn einbehalten.
Es gab Gemunkel: na, wer weiß, wofür die die Soligelder verwenden. Vielleicht werden dafür Waffen gekauft. Die Leute wußten eben nicht, für welches Projekt gebe ich mein Geld. Hätte es mehr Informationen gegeben, dann wäre es schon o.k. gewesen, aber so haben die Leute dazu Distanz gehabt. Aber sie wären sich auch blöd vorgekommen, diese ein, zwei Mark pro Monat nicht abzudrücken.

Es gab auch zu DDR-Zeit Privatinitiativen, auch von der Kirche, die versucht haben, irgendwo einen Stand zu machen, um für konkrete Projekte zu sammeln.
Unser Solistand auf dem Weihnachtsmarkt war ein voller Erfolg. Wir haben in der ersten Woche 6000 Mark gesammelt. Außerdem hat es Stimmung gemacht, von unserer Seminargruppe war jeder einen halben Tag dort. Aber als wir den Stand um eine Woche verlängern wollten, bekamen wir keine Erlaubnis dafür. Wahrscheinlich deshalb, weil es nicht in gewohnten Bahnen ablief, also von einer Organsation wie der FDJ, sondern als private Initiative einiger Leute. Manche Leute gaben nichts und einige haben geschimpft: "Die soll'n da lieber arbeiten, die Afrikaner".

"In den Filmen sind die Afrikaner entweder immer gut drauf, genießen das Leben, machen Musik und Labamba. Oder sie leiden und sind völlig apathisch und inaktiv"

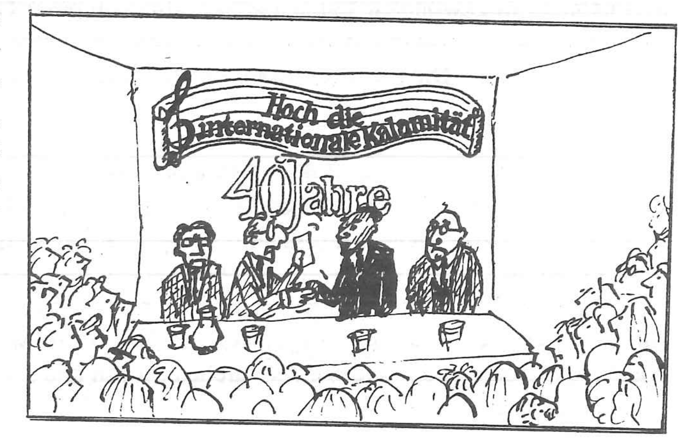
Auch heute ist das noch ein allgemeines Vorurteil, daß die Afrikaner nicht arbeiten, und es ist schwierig, da Gegenargumente zu finden. Ich weiß, daß in allen Ländern Frauen hart arbeiten, um ihre Kinder durchzukriegen und soll mir keiner erzählen, daß die nicht arbeiten.

Eva: Was meinst du, wo die Vorstellung, daß die Afrikaner nicht arbeiten, herkommt?

Cornelia: Zum Beispiel aus den Filmen, die wir gesehen haben, und die nicht nur aus der DDR, sondern auch aus dem Westen kamen. Wenn da Schwarze drin vorkamen, dann waren die entweder ausgelassen fröhlich und immer gut drauf, genossen das Leben und machten Musik und Labamba. Oder die leiden und sind völlig apathisch und inaktiv.
Anders bei den Asiaten. Da sprach die offizielle Berichterstattung vom "Aufbaukampf des Volkes in Vietnam" und verwies darauf, wie die alle schuften, um was aufzubauen. Hier wurde eher das Bild der "fleißigen Ameise" verbreitet. So was gab es in der Aktuellen Kamera oder im Neuen Deutschland oder in der Jungen Welt. Es gab bei uns ja auch "Internationale Brigaden der Freundschaft", junge Leute, die zu Arbeitseinsätzen geschickt wurden. Die mußten ausgebildet sein, sonst hätte ich gerne mal mitgemacht. Aber die mußten wirklich qualifiziert sein, um auch gute Arbeit zu leisten, denn guter Wille allein macht es nicht. Und die mußten natürlich politisch loyal sein.

"Der Namibianer durfte Komparse sein, damit sich die DDR solidarisch und progressiv darstellen kann"

Auf politischer Ebene wurden viele Leute empfangen, Staatspräsidenten aus afrikanischen Ländern. Honecker ist ja auch viel rumgereist.
Ich erinnere mich daran, wie einem Vertreter der SWAPO aus Namibia eine Spende übergeben werden sollte, die an der Uni gesammelt worden war. Wir sollten alle in einen riesengroßen Hörsaal kommen, damit der auch voll war und einen offiziellen Hintergrund abgab, um diese Spende zu übergeben. Auch die Aktuelle Kamera war da. Wir sollten alle unsere FDJ Hemden anziehen und aus jedem Seminar so und so viele Leute entsenden. Es lief alles nach Vorgaben ab. Der Hörsaal war tatsächlich voll, unten saßen die offiziellen Leute, und dann hat der Sprecher der Uni begrüßt: erstmal den Rektor der Uni, dann die anderen anwesenden Professoren, dann die offiziellen Besucher und erst ganz zum Schluß den Vertreter der SWAPO. Das fand ich unmöglich. Dann gab es viel Gelaber über Völkerfreundschaft und Solidarität und dann wurde die Spende von vielleicht 5000 Mark übergeben. Ich fand das alles beschämend. So ein Riesenrummel, viele Reden, aber keine Herzlichkeit dahinter, sondern alle waren total steif. Der Namibianer wurde mißbraucht, er durfte Komparse sein, damit sich die DDR solidarisch und progressiv darstellen kann.



Eva: Wo fand sonst noch Solidaritätsarbeit statt?

Cornelia: Jeder Bürger war ja von Kindheit an in mehreren Organisationen: im Jugend- und Sportbund, bei den Jungen Pionieren, in der FDJ, einfach in der Schulklasse, in der Betriebsgewerkschaft, im Sportverein, im Demokratischen Frauenbund oder in der Volkssolidarität. Da gab es dann von höherer Ebene die Vorgabe: "Jetzt wollen wir mal so und soviel für die Solidarität sammeln". Das wurde an die unteren Ebenen durchgestellt: "Sorgt mal dafür, daß ihr so und soviel zusammenkriegt". Und in den einzelnen Gruppen kam es dann so auf den Tisch: "Wir müssen in unserem Kampfprogramm wieder den Posten Solidarität aufnehmen. Wieviel können wir denn da berappen? Machen wir 'ne Altstoffsammlung?" Das war vor allem unter Kindern üblich, denen hat das Spaß gemacht. Die älteren Schüler haben das nicht gerne gemacht. Die kamen sich wie Bettler vor, wenn die überall das Zeug eingesammelt haben. Die haben dann lieber einen Arbeitseinsatz auf einer LPG gemacht, vielleicht eine Woche Ernteeinsatz, und dann von einem Tag das Geld gespendet für Solidarität.
Das war alles durchorganisiert. Die Gruppe wußte vorher, wieviel Geld sie zu erbringen hatte und überlegte sich einen Weg, wie sie es rankriegte. Sehr beliebt war auch der Kuchenbasar in der Schule. Da hat eine Klasse Kuchen gebacken und den in der Pause das Stück für 20 Pfennig verkauft. Das Geld kam aufs Solikonto. Dann gab es noch den Soli-Basar, wo man wie auf dem Trödelmarkt gebrauchte Dinge verkauft hat.

Eva: Und wofür war nun offiziell die Solidaritätsabgabe?

Cornelia: Für die Völker Afrikas, Asiens und Lateinamerikas, hieß es. Die Leute haben sich vorgestellt, daß dafür Schulmaterialien für die Kinder gekauft werden oder Medikamente. Oder daß dafür Leute von dort hier in der DDR ausgebildet werden. Oder daß dort ein Krankenhaus gebaut wird. Wenn sie gutwillig waren, haben sie sich das vorgestellt. Wenn sie böswillig waren, haben sie gesagt: "Ach, dafür kriegen die eh nur Waffen, damit sie da unten Unruhe stiften". Einige wenige haben selbst das bejaht: "Die brauchen Waffen, um den imperialistischen Feind zu bekämpfen". Aber das war nicht die Mehrzahl der Bevölkerung. Nur im Vietnamkrieg war es anders, weil da die USA offensichtlich der Angreifer war.
Aber es wurde auch so verstanden, daß der Sozialismus versuchte, seine Einflußsphäre auszudehnen und dafür den Süden benutzte und mit Waffen belieferte. Natürlich hat sich nie jemand getraut, das laut auszusprechen, aber stimmungsmäßig war es da.

"Die Sprache war abstrakt, bürokratisch und furchtbar moralisch"

Es hieß: "Wir und die Länder des Südens sind gegen Imperialismus und Ausbeutung und wollen kollektiv etwas dagegen machen". Die ganze Politik der DDR war abstrakt, das sieht man auch an den alten Geschichtsbüchern. Da steht ein Haufen Wahrheiten drin, aber die Sprache, in der das verpackt ist, ist eher abstoßend als die Neugierde beflügelnd. Das war ein sehr erstarrtes System. Die Sprache war abstrakt, bürokratisch

und furchtbar moralisch. Und auch sehr militärisch. Immer ging es um "Stellung beziehen, Positionen erobern, Fronten stärken". Es war keine gefällige Sprache, in der die Solidarität beschrieben wurde. Daneben gab es durchaus die wirkliche gefühlsmäßige Betroffenheit, die gar nicht zu der Sprache paßte.
Aber als DDR Mensch ist man ja mit diesem Doppelten groß geworden. Das gab es ja in allen Bereichen, auch in der Schule und im Lernen. Alles, was du tust und machst, wurde offiziell abgerechnet und abgehandelt. Gute Lernergebnisse waren dazu bestimmt, "der Volkswirtschaft zugute zu kommen". Wenn du wirklich gerne gelernt hast, dann war das deine Privatsache. Du hattest Freude am Sport, aber du sagst, du kämpfst um hohe Ergebnisse bei der Jugendspartakiade. Deinen Gefühlen wurde diese komische Sprache übergestülpt.
Wenn wir etwas sammelten, um damit unten ein wenig zu helfen, dann hieß das: "Wir unterstützen den Aufbau der Grundlagen des Sozialismus in den befreundeten demokratischen Nationen im südlichen Afrika."
In den zwei Jahren, die seitdem vergangen sind, habe ich schon viele Ausdrücke von damals vergessen. Damals konnte ich sowas fließend schreiben bei irgendwelchen Jahresberichten. Jetzt ist das weg, ein Glück.

Eva: Worin bestand das Moralische in den Parolen?

Cornelia: Es wurde Druck ausgeübt: "Du lebst ja schon gut im Sozialismus. Nun engagiere dich und tu mal was für die Armen, für die, denen es nicht so gut geht." Die ganze Ideologie war ja ein System, das aufeinander aufgebaut hat. Wenn du an einer Stelle was gemacht hast, dann wurde das gleich aufs ganze System bezogen, auf die Gesamtideologie. Also wenn du Flaschen gesammelt hast, dann hast du den Kampf der Völker unterstützt. Immer hieß es: "Leiste deinen Beitrag!" Die Völker waren arm, sie hatten Hunger, keine Maschinen, keine Ärzte. Überhaupt kein Thema war allerdings die Rolle der Bürokratie in diesen afrikanischen Staaten oder der Oberschicht, die da auch viel Geld absahnten. In den "auf dem Weg zum Sozialismus befindlichen Staaten" wurde die Rolle der staatstragenden Partei genauso gesehen wie die Rolle der Partei hier und da gab es nichts zu kritisieren.



Eva: Welche Begründungen gab es für die Armut?

Cornelia: Der Kolonialismus hat diese Länder ausgeplündert, was der Neo-Kolonialismus forgesetzt hat mit seiner Schere zwischen billigen Rohstoffexporten und teuren Importen von Lebensmitteln. Darüber gab es in der Schule auch Unterrichtseinheiten.
Es hieß auch, daß sie unten von der Natur aus benachteiligt seien, daß sie nicht diese Geschichte und diese Technologie hatten. Daß die Umwelt keinen Anreiz geboten

hat, sich weiterzuentwickeln und die in den Tag hineinlebten. Es gab schon die bornierte Ansicht, die müßte mal jemand zum Arbeiten anleiten.

Die wirkliche Benachteiligung durch Handelsstrukturen wurde auch gesehen. Aber es hat kaum Bewußtsein darüber gegeben, daß auch hier Leute auf Kosten der Dritten Welt gelebt haben wie im Westen. Nun haben wir ja auch nicht unbedingt die Bananen gehabt oder die Orangen.

"Rotlicht-Bestrahlung"

Ich habe Völkerkunde studiert an der Sektion Afrika-Nahostwissenschaften und ich war ziemlich politisiert. Da ist viel geschrieben worden über afrikanischen Sozialismus und die ökonomische Situation dieser Länder, über die Entwicklung der marxistisch-leninistischen Partei Afrikas und da ist man oft so rangegangen: es muß so sein, weil es nicht anders sein kann. Vieles, wie der Einfluß der Partei auf die Bevölkerung, wurde beschönigt. Kaum wurde kritisch beleuchtet, was der Sozialismus wirklich für diese Länder bedeutet hat, ob er an ihre Bedürfnisse angepaßt war und ob die aufgestellten Pläne sich an der Realität orientierten.
Am Anfang jedes Studienjahres gab es als Einstimmung die "rote Woche". Das waren ausschließlich politische Vorlesungen, an denen man teilnehmen mußte. "Rotlicht-Bestrahlung" nannten manche das. Ich habe einmal ein solches Seminar geschwänzt, wofür mir das Leistungsstipendium, insgesamt 1200 Mark für ein Jahr, gestrichen wurde. Unsere Sektion war besonders starr und unnachgiebig, weil dort Dolmetscher und Leute für den Außenhandel ausgebildet wurden, also wirklich staatstreue Loyalitäten. In den Sektionen Germanistik und Kunst wurde das, glaube ich, viel laxer gehandhabt. Aber bei uns wurde streng darauf geachtet, daß jeder zur Stange hielt und Lippenbekenntnisse ablegte. Bevor man an die Uni kam, wurde gesiebt, und gerade bei unserer Sektion wurde überprüft, ob man auch keine Kontakte zu Westverwandten hat, bevor man anfangen durfte, zu studieren. Dann gab es Eignungsprüfungen, die natürlich auch nicht politikfrei waren.

"Bücher mit Giftschein"

Auch an Informationen kam man nicht einfach heran. Es gab öffentliche Bibliotheken für jedermann, dann gab es Bücher, die du nur mit Erlaubnis der Sektionsleitung einsehen durftest. Da mußtest du einen Vordruck ausfüllen, wo du versichern mußtest, daß du die Bücher nur für wissenschaftliche Zwecke verwenden und nicht mißbrauchen würdest. Diese Bücher hatten einen besonderen Vermerk hinten drauf. Nur Fakten, die der Ideologie genehm waren, durftest du zitieren. Also nicht, daß du Sachen rausholst, um eine Gegenthese auszustellen und diese zu veröffentlichen.
Und dann gab es Bücher, die durfest du nur in einem Extraraum lesen. Die wurden nicht in den öffentlichen Lesesaal gebracht, wo viele saßen, sondern nach oben. Das war wirklich was besonderes. Ich habe mal eine Erlaubnis gehabt, dort hinzugehen.

Zuerst ging es eine breite Treppe hoch, dann war da eine Stahltür, dahinter war ein Seitentreppenaufgang und dann gab es noch eine Wendeltreppe aus Metall, da kam ich mir vor wie bei Umberto Eco. Dann machte ich eine kleine Tür auf und stand vor einer Kontrolle, die Bibliotheks- und Personalausweis sehen wollte. Ich ging dann um mehrere Ecken, holte mein Buch und kam dann in den eigentlichen Leseraum, beide Seiten Fenster, viel Licht, Blick über die Stadt. Alle Leute, die da waren, kuckten hoch: "Aha, da ist eine Neue, die darf hier auch lesen."

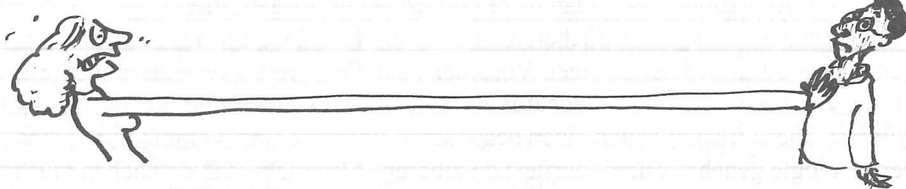
Eva: Was hast du denn da gelesen?

Cornelia: Ich bereitete damals ein Referat über Minderheiten in Burma vor und suchte dafür Informationen.
Über Maoismus gab es ja zu meiner Zeit weder Vorlesungen, noch sonst Informationen. Es wurde so getan, als wüßten alle, worum es ging und könnten damit umgehen, aber im Prinzip wußte man nichts genaues. Es wurde zynisch und höhnisch damit umgegangen.

"Paß auf bei Afrikanern und Arabern. Die haben immer das Messer in der Tasche und das sitzt ihnen sehr locker"

Eva: Wie wurden die Arbeitsmigranten aus der "Dritten Welt" in der DDR gesehen?

Cornelia: Es waren ja nicht die ersten Ausländer, die herkamen. Vorher hatten wir schon mit ausländischen Studenten zu tun, aber es waren wenige. Und eins war klar: die Leute sehen anders aus, sie sind fremd, da muß man erst mal sehen. Obwohl ich selbst den Willen hatte, nicht rassistisch zu sein, ist es mir auch nicht anders gegangen. Schon bevor die vielen Vertragsarbeiter aus Vietnam und Mosambik kamen, gab es die Warnung an alle Frauen: Paß auf bei Afrikanern oder Arabern. Die haben immer das Messer in der Tasche und das sitzt ihnen sehr locker. Es gab Angst vor ihrem Ehrbegriff oder daß man denen auf die Füße treten könnte, wenn man nicht gefällig ist. Es hieß, die haben so einen Ehrbegriff von ihrer Männlichkeit, daß es geführlich ist, nicht darauf einzugehen. Da ist es besser, als Frau überhaupt keinen Kontakt zu haben, sich auf nichts einzulassen. Auf keinen Fall näher ranlassen.



Ich hatte eher mit ausländischen Studenten als mit Vertragsarbeitnehmern zu tun. Die Situation der beiden Gruppen war unterschiedlich, was Wohnen, Lebenserfahrung und Integration anging. Bei uns im Wohnheim wurde dafür gesorgt, daß, wenn's geht, alle Ausländer auf einer Etage zusammenwohnten.

Zu Beginn des Studiums mußten alle einen Zettel unterschreiben, daß sie keinen Kontakt mit Ausländern aufnehmen werden. Mit Studienkollegen durfte wir "fachliche Diskussionen" führen, aber keine persönlichen Beziehungen aufnehmen.
Hätte ich an der Uni ein Verhältnis mit einem Afrikaner angefangen, hätte das sowieso seine Runde gemacht und wäre mit Unwillen von der Sektionsleitung beäugt worden. Wenn jemand zu DDR-Zeiten einen Ausländer oder Farbigen geheiratet hat oder mit ihm zusammen war, dann war das wie ein offener Widerstand. Die müssen schon sehr stark gewesen sein, um das durchzuhalten. Das war nichts so einfach, trotz des Solidaritätsgehabes.

Eva: Widerstand gegen wen?

Cornelia: Es war Widerstand gegen die herrschende Vorsicht seitens der staatlichen Organe, welche rieten, Ausländer abzulehnen, damit keine fremden Einflüsse reinkommen. Und auch gegen die Nachbarn, die es ablehnten, weil es so selten vorkam. Die Leute in der Sektion haben die Formulierung verwendet: "Es wird von Staats wegen nicht gern gesehen".
Wir mußten das Ding gleich am ersten Tag an der Uni unterschreiben, nachdem wir belehrt worden waren, was wir alles zu tun und zu lassen hätten. Da war nichts Feierliches, sondern nur Verpflichtungen und keine Freude kam auf, alle waren deprimiert. Danach sind wir zu viert in die Mensa gegangen, um was zu essen.
Wir waren auch davor gewarnt worden, ein Kind zu bekommen, weil dann die Leistungsfähigkeit sänke. Man konnte schon ein Kind bekommen, es stand einem dann ein Kindergartenplatz und etwas mehr Geld zu, aber es war sehr anstrengend.
Jedenfalls sitzen wir in der Mensa, als eine Studentin einen Kinderwagen reinschob. Wir grinsten uns bereits an. Dann streckte ein farbiges Kind seinen Kopf raus und grabschte mit seinen Händen nach irgendwas und wir mußten alle loslachen. Auch um den Druck von vorher loszuwerden.

Es hieß: die sind alle so scharf auf Frauen, als ob deutsche Männer nicht auch scharf auf Frauen wären. Die sind viel gefährlicher und so triebhaft, hieß es. Mit einem Afrikaner zu schlafen, galt als besondere Kategorie von Erfahrung.

"Der Ausländer soll arm, bescheiden, anspruchslos und rücksichtsvoll sein"

Man hat eigentlich vom Ausländer erwartet, wenn er in die DDR kommt, soll er arm, bescheiden, anspruchslos und rücksichtsvoll sein. Er soll das arme Häschen spielen. Und wenn das Ausländer nicht gemacht haben, wenn sie total kommunikativ waren, selbstbewußt, nicht ganz arm und sich nicht zum Mitleidsobjekt machen ließen, dann hättest du die Leute mal erleben sollen: "Wieso ist der überhaupt hier? Der lebt auf unsere Kosten, der macht sich hier 'nen Fetten, wo er doch in sein armes Land gehört zum Ranknuffen und Aufbauen. Der soll doch zurückkehren!" Meistens waren die Leute schockiert, weil sei so wenig Erfahrung mit Ausländern hatten.
Viele der Vertragsarbeiter, die hierherkamen, haben auch diesen Typus verkörpert. Die

haben sich auch so angepaßt benommen, haben diesen bescheidenen Gestus gehabt, gerade die Vietnamesen. Und wenn die sich dann tatsächlich untergeordnet haben, dann hieß es: "Die Vietnamesen sind asiatisch fleißig, bescheiden, immer lächelnd." So hat sich das Vorurteil dann noch verstärkt.
Auf die Afrikaner gab es eher Neid, wie gut sie sich bewegen, wie gut sie tanzen, wie locker sie Gespräche anfangen können. Es gab Neid, gerade weil die Afrikaner sich nicht so reinpressen ließen, superbescheiden aufzutreten.
Wir Ostdeutschen haben übrigens mit sozialistischen Ausländern einiges gemeinsam, was Wessis nicht verstehen oder teilen können: wie man auftritt, welches Selbstbewußtsein man hat, was man von Institutionen erwartet und wie man mit Ämtern oder Amtsentscheidungen umgeht. Nach zwei Stunden Wartens vor einer Bürotür und in dem sicheren Bewußtsein, daß du einer von vielen Gleichen bist, drehst du eben nicht so auf. Diese Haltung gab es auch bei den Kubanern und Angolanern, die hierher kamen. Sie hatten einen Betreuer, der alles für sie regelte. Da rauszukommen und was selbst in die Hand zu nehmen, ohne darauf zu hören, was die Botschaft sagt, sondern sich selbst organisieren, war sehr schwierig.

Eva: Wurde denn von den Deutschen die Leistung, die die Arbeitsmigranten für die DDR Wirtschaft erbrachten, überhaupt gesehen?

Cornelia: Leider selten. Die wurden ja auch oft dort eingesetzt, wo Deutsche nicht arbeiten wollten, weil die Arbeit nicht sehr attraktiv war. Arbeitskräftemangel bestand in der Textil- und Chemieindustrie oder bei feinmechanischen Arbeiten wie Radios und Rasierapparate zusammenstecken. Dort wurde im Akkord gearbeitet und es gab nicht so viel zu verdienen. Es gab ja auch in der DDR verschiedene Lohngruppen. Die Mosambikaner wurden vorwiegend in Fleischkombinaten eingesetzt, was ich total fies finde. Die waren auch viel im Tagewerk Braunkohle, wo kaum ein Deutscher arbeiten wollte. Dort sind überhaupt viele Leute gelandet, die anderswo kein Auskommen hatten. Viele Junggesellen auch. Insgesamt war es kein Milieu, das durchschnittlich oder typisch für die DDR war, wo die Vertragsarbeitnehmer reinkamen. Vielleicht haben sie da noch eher Solidarität erlebt als beim Otto Normalverbraucher. Aber die schönsten Arbeiten waren das wahrlich nicht, bei denen konnte man auch nicht in jedem Fall technologisch Wichtiges lernen.
Zwar gab es die Bestimmungen in den Arbeitsverträgen, daß sie hier Facharbeiter machen sollten, was in den ersten Jahren auch erfolgt ist. Aber später wurden sie einfach drei Monate angelernt und mußten die Leistungen erbingen wie ein Facharbeiter auch, gleiche Stückzahl und alles. Das konnten sie natürlich nicht gleich und verdienten entsprechend weniger.
Ab 87 kamen noch mal viele Vietamesen für die Textilindustrie. Da sind dann die Leute nicht nur in den Großstädten, sondern auch in kleineren Orten eingesetzt worden, wo die Fabriken waren. Man erwartete, wie gesagt, von den Vietnamesen, daß sie emsig und bescheiden sind und die Nähte hoch- und runterrattern und daß sie superschnell fertig sind. Aber die kamen aus ihrer anderen Situation in der Heimat, hatten Stress im Wohnheim, verstanden die Sprache nicht, mußten erst alles neu lernen und erbrachten nicht sofort die 110% oder 130%, die erwartet wurden. Da waren viele

DDR- Arbeiter, auch Meister und Vorarbeiter enttäuscht, daß die nicht so "verwertbar" waren. Die mußten sich erstmal wieder neu aufeinander einstellen.

Eva: Die beiden Mosambikaner, die wir in Hoyerswerda interviewten, meinten, daß viele DDR-Bürger davon ausgegangen seien, daß die Arbeitsmigranten gar nicht wirklich arbeiteten, sondern nur von den Soli-Beiträgen lebten.

Cornelia: Ja, das kann sein. In den Zeitungen ist ja nichts erschienen, was die Bürger aufgeklärt hätte. Es wurde vielmehr gesagt, die bekommen hier eine Ausbildung, oder die lernen hier den modernen Arbeitsprozeß kennen. Das war vielleicht auch der Fall, aber dennoch haben sie stupide, einseitige Arbeiten gemacht. Daß sie dabei weniger verdient haben als ihre deutschen Kollegen und noch einen Teil in ihre Heimat überweisen mußten, oder daß sie im Akkord arbeiten mußten, wo wenig zu holen war, das haben die Leute nicht gesehen. Außer natürlich die, die mit ihnen zusammengearbeitet haben. Wenn man zusammen arbeitet, lernt man sich gut kennen und schätzen. Andererseits arbeiteten die VietnamesInnen in den Fabriken oft in Gruppen, so daß der Austausch mit Deutschen erschwert wurde.
Arbeitskollegen hätten auf keinen Fall bei solchen Ausschreitungen wie in Hoyerswerda mitgemacht, denke ich. Kann schon sein, daß jetzt nach der Wende die Arbeitskollegen innerlich sagen, wenn jetzt Arbeitsplätze abgebaut werden, dann sollen die lieber gehen, damit ich meine Arbeit behalten kann. Vielleicht wären sie doch nicht so solidarisch gewesen, aber an den Ausschreitungen hätten sie sich, glaube ich, nicht beteiligt.
Was die Bevölkerung geschätzt, aber auch gefürchtet hat, war die cleverness von vielen Vietnamesen. Die haben zu Hause noch genäht. In der DDR gab es wenige Jeans, wenige gute Jeans und v.a. keine Über- oder Untergrößen. Und die Vietnamesen, "so fleißig wie sie sind", haben das erkannt und sich Stoff besorgt. Haben dem Stoffhändler ein kleines Sümmchen rübergeschoben, um Stoff in größeren Mengen einzukaufen - das haben ja die Deutschen auch gemacht - und haben dann Über- und Untergrößen genäht. Oder sie haben andere Klamotten genäht, die sie über persönliche Kontakte verkauft haben. Ich glaube sowieso, daß die meisten Vietnamesen, die hier sind, auf die Marktwirtschaft besser eingestellt sind als DDR-Bürger. Die erkennen viel schneller Lücken, versuchen diese auszunutzen, um Geld zum Leben zu haben. Deshalb haben die Ostdeutschen, die nicht so flexibel sind, Angst vor deren cleverness. Wenn's dann noch heißt, was die Vietnamesen machen, ist ungesetzlich, dann fühlt sich der Deutsche bestätigt und sagt: "Die sind kriminell". Obwohl er die Schwarzware gerne kauft, weil sie billiger ist.



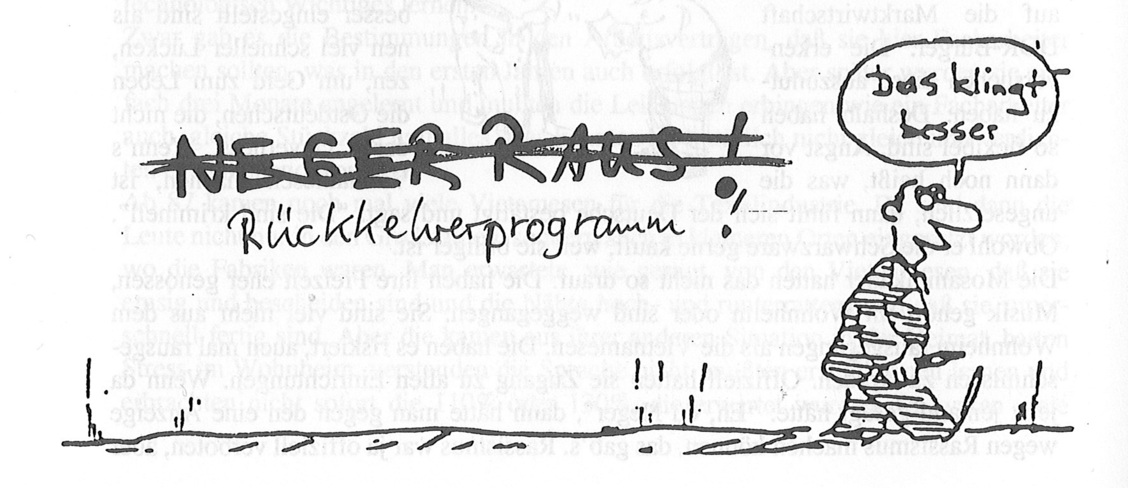
Die Mosambikaner hatten das nicht so drauf. Die haben ihre Freizeit eher genossen, Musik gehört im Wohnheim oder sind weggegangen. Sie sind viel mehr aus dem Wohnheim rausgegangen als die Vietnamesen. Die haben es riskiert, auch mal rausgeschmissen zu werden. Offiziell hatten sie Zugang zu allen Einrichtungen. Wenn da jetzt jemand gesagt hätte: "Eh, du Neger", dann hätte man gegen den eine Anzeige wegen Rassismus machen können, das gab's. Rassismus war ja offiziell verboten, aber

solche Anzeigen sind kaum gemacht worden. Die wurden eher unter der Hand abgelehnt. In der Disco hieß es dann: "Nur für Pärchen", oder so.

"Ausländer als Abtreter, wo man seinen Frust loswerden kann"

Heute wird mehr als damals gesagt: "Die Leute leben auf unsere Kosten". Heute hat jeder Angst um seinen eigenen Arbeitsplatz. Und dann sucht man ein Ventil für den ganzen Frust, den man in sich reinfressen muß, weil man das neue System ja auch noch ganz toll finden soll. Man soll alles schon geschafft haben. Bevor es zu einer depressiven Phase kommt, wird so getan, als ob man alles schon im Griff hätte, 1000 Eisen im Feuer, wo man demnächst arbeitet. Aber unter dieser Decke ist die absolute Angst, keine Arbeit und keine Sicherheit zu haben. Die Freunde zu verlieren, weil es denen besser geht und man da nicht mithalten kann. Die Bekanntenkreise strukturieren sich neu. Plötzlich befinden sich alte Bekannte in völlig unterschiedlichen Lebenssituationen, manche sind arbeitslos, andere werden es in wenigen Monaten, andere wissen überhaupt nicht, wie es weitergehen soll. Es gibt auch Leute, die sich umbringen, wenn sie arbeitslos werden, weil sie denken, jetzt bin ich wertlos, jetzt kann ich mein Leben nicht mehr bestreiten.

Man könnte ja denken, daß die sich jetzt den Kolonisierten aus der "3.Welt" näher fühlen, weil sie jetzt selber vom Westen kolonisiert werden. Aber so ist es nicht, sie benutzen die Ausländer als Abtreter, wo man seinen Frust loswerden kann. Das wird von der Gesellschaft ja auch gebilligt. Die Stimmung, daß Ausländer raus müssen, wird ja auch von der Regierung verstärkt, wenn sie Asyl- und Ausländergesetze verschärft. Inzwischen gibt es richtige Mythen, z.T. von den Medien hervorgebracht, was die eine Seite der anderen unterstellt: für Ausländer aus dem Westen ist es unzumutbar mit öffentlichen Verkehrsmitteln zum Bahnhof Lichtenberg zu fahren. Die warten lieber 5 Stunden bis ein Zug vom Bahnhof Zoo abfährt. Und die Ostberliner, v.a. die Jugendlichen aus Marzahn oder Mitte denken, sie können nicht nach Kreuzberg gehen, weil da hinter jeder Ecke ein Türke lauert, der ihnen das Messer in den Rücken stößt.



Andreas Noack

"Das Aus nach gut einem Jahr"

Fachkräfteprogramm (FKP) Mosambik
Fragen an Gerhard Quincke-Fischer und Klaus Dünnhaupt (AGEF Berlin)*

Zum Hintergrund: Nach Appellen und Aufrufen von über 100 Organisationen beschloß der Bundestag im Juni 1991 einmalig 13 Mio. DM für die Fachkräfteprogramme Vietnam und Mosambik bereitzustellen. Grundidee der im Spätsommer '91 angelaufenen Qualifizierungsprogramme war, den Vertragsarbeitern, die zur Rückkehr in ihr Herkunftsland bereit waren, den beruflichen Neuanfang in ihrer Heimat zu erleichtern. In Deutschland fand das Programm nach Weisung des BMZ ausschließlich in Form von Kursen im Bereich Berufliche Fortbildung und Unternehmensgründung statt (Etat: 2,5 Mio. DM aus den Gesamtmitteln).
Jede/r Teilnehmer/in mußte sich verpflichten, innerhalb eines Jahres nach Kursende das Land zu verlassen, was dem Programm den Ruf als "Luxus-Abschiebeprogramm" einbrachte - im Falle Mosambiks nicht zuletzt deshalb, weil es sträflich unzureichend an der von Krieg und Schattenwirtschaft geprägten ökonomischen Situation im Lande ausgerichtet war.
Entgegen den Forderungen von KKM und anderen NGO's war die Mitarbeit von Kennern der Situation vor Ort ("Experten") nicht erwünscht. Als dann Anfang 1992 im Rahmen einer Erkundungsreise nach Mosambik vielen TeilnehmerInnen bewußt wurde, wie unsinnig eine an "europäischen" Lehrinhalten ausgerichtete Fortbildung für sie war, wurde die Notwendigkeit einer stärker landesbezogenen Ausbildung von den Verantwortlichen zwar eingesehen, konnte aber dann zeitlich nicht mehr umgesetzt werden.
Die Unzufriedenheit der TeilnehmerInnen wuchs rapide, und als bekannt wurde, daß erste rückgekehrte Absolventen in Mosambik arbeitslos blieben und das Programm ihnen "nichts gebracht" hatte, verloren die meisten den Glauben an einen persönlichen Nutzen. Zum 31. 12. 92 wurde das FKP für die Bundesrepublik vom BMZ "abgewikkelt". Offizielle Begründung: zu teuer!
In dem folgenden (leicht gekürzten) Interview sollen zwei an der Durchführung des Programms Beteiligte zu Wort kommen:

* Die AGEF ist eine Arbeitsgemeinschaft der Universität des Saarlandes, Arbeitseinheit Entwicklungspolitische Forschung und Beratung (EFB), Saarbrücken und der Fördergesellschaft für angepaßte Technologien in der Dritten Welt GmbH (FAKT), Stuttgart. AGEF erhielt vom BMZ den Auftrag zur Durchführung des FKP Vietnam und Mosambik. Die beiden Interviewpartner sind Mitarbeiter der gemeinsamen Koordinierungs- und Beratungsstelle in Berlin..

Für wie viele Teilnehmer war das FKP konzipiert - wie viele waren es tatsächlich? Wie hoch war der Anteil der Frauen?

Quincke-Fischer: Zahlenmäßig konzipiert war das FKP nach oben offen, jährlich konnten ca. 250 - 300 neue Teilnehmer in Deutschland aufgenommen werden.
Beworben haben sich insgesamt etwa 450 Mosambikaner und Angolaner und etwa 500 Vietnamesen bis zum Sommer 1992.
Letztendlich haben ca. 120 mosambikanische und angolanische Teilnehmer das FKP durchlaufen - die letzten werden ihre Weiterqualifizierungskurse im März 1993 abschließen. Fünf der Teilnehmer kamen aus Angola. Diejenigen, die erst nach dem zweiten Quartal 1992 eine Weiterqualifizierungsmaßnahme im Rahmen des FKP wünschten, gehen nach der Einstellung der Aktivitäten der AGEF leer aus.

Für alle Frauen, die sich beworben und das Auswahlverfahren durchlaufen hatten, konnte ein Weiterbildungsangebot realisiert werden. Allerdings traf dies nur für zwei Frauen zu - zwei andere entschieden sich aus persönlichen Motiven dafür, nicht am FKP teilzunehmen.

Gab es einen hohen Antrags- / Bewerberbüberhang? Wie gestaltete sich das Auswahlverfahren?

Quincke-Fischer: Insgesamt haben sich für das FKP Mosambik rund 400 (Mosambikaner und einige Angolaner) beworben. Davon haben sich nach einem schriftlichen Test und persönlichen Auswahlgesprächen 142 für die Teilnahme an Weiterqualifizierungsmaßnahmen qualifiziert. Kriterien für die Auswahl waren z.B.: Stand der Deutschkenntnisse, Grundwissen in Rechnen und technischem Verständnis, persönlicher Gesamteindruck. BewerberInnen, die nicht nach Mosambik zurückkehren wollten, wurden dahingehend beraten, lieber nicht am FKP teilzunehmen, da nach den Richtlinien der ZAV (Zentralstelle für Arbeitsvermittlung der Bundesanstalt für Arbeit) die Ausbildungskosten zurückgezahlt werden müssen, wenn die TeilnehmerInnen in Deutschland bleiben.
In einem ersten Auswahlverfahren für Vietnamesen sind 140 geeignete Teilnehmer ausgewählt worden, die dann aber durch die Einstellung des Programms nicht in der von ihnen gewünschten Weise qualifiziert werden konnten.

Welche Vorteile erwarteten die TeilnehmerInnen und die staatlichen Träger von dem Qualifizierungsprogramm?

Dünnhaupt: Hauptgrund für die Teilnahme ist die Verbesserung der beruflichen und damit sozialen Reintegrationschancen für den einzelnen, d.h., einen Job leichter zu finden, ein Geschäft zu gründen. Das wurde von den Teilnehmern sehr individuell begründet und verfolgt.
Darüberhinaus gab und gibt es viele Hoffnungen und Erwartungen. Die Hoffnung auf sichere Finanzhilfen im Heimatland dürfte in vielen Fällen nicht aufgehen.
Eine entwicklungspolitische Hoffnung ist der Einsatz von erworbenen Berufserfahrun-

gen für den Aufbau im Heimatland, ein möglicher Nebeneffekt günstige personelle Voraussetzungen für Investitionen der deutschen Industrie in Mosambik wie in Vietnam.

Welche gravierenden Schwierigkeiten gab es für alle Beteiligten bei der Durchführung des Programms?

Quincke-Fischer: Der politische Entscheidungsprozeß dauerte fast ein Jahr, dann aber mußte das Programm innerhalb von wenigen Wochen anlaufen und durch AGEF ein arbeitsfähiges Instrumentarium erarbeitet werden. Unter dem Druck sich auflösender Arbeitsverträge, die den Verlust der Aufenthaltsberechtigung und der Unterkunft nach sich zogen, blieb für einen beruflichen und persönlichen Orientierungsprozeß bei vielen nur wenig Zeit. Die Bildungsträger mußten teilweise über Nacht (vor allem nach den rechtsradikalen Angriffen auf die KontraktarbeiterInnen in Hoyerswerda) Unterkünfte stellen und den Kursanlauf ohne lange Vorbereitung bewerkstelligen.
Das Instrumentarium, das für die Programmdurchführung als Rahmen vorgegeben wurde, ist für die Kontraktarbeiterproblematik nur sehr bedingt geeignet und hat vieles verkompliziert.
Hauptproblem aber war (und ist), daß bis heute die Folgeprogramme in Mosambik und Vietnam unklar sind oder noch nicht existieren. Uns jedenfalls liegt nichts vor, was man einem Betroffenen in die Hand geben könnte.
AGEF hatte nur ein Mandat für Deutschland, die GTZ das für Mosambik; wer in Vietnam letztendlich tätig wird, ist uns unbekannt.

Wie war die Resonanz auf das Programm bei der mosambikanischen Regierung bzw. den nach Hause zurückgekehrten Absolventen?

Dünnhaupt: Ob dieser Programmansatz trotz der genannten Beschränkungen sinnvoll war, wird sich erst zeigen. Positive Resonanz einzelner Rückkehrer aus Mosambik gibt es, daraus aber etwas zu verallgemeinern, wäre verfrüht.
Offizielle Äußerungen der mosambikanischen Regierung gibt es aus der Vorphase des Programms - diese waren positiv. Die Meinung der mosambikanischen Botschaft zur Einstellung des Programms: Unverständnis und Betroffenheit mit betontem Seitenblick auf aktuelle Vorkommnisse in Deutschland.

Welches waren die Hauptauslöser für das Auslaufen des Programms zum Jahresende 1992?

Dünnhaupt: Die Frage kann aus unserem Blickwinkel schwer beantwortet werden - wir haben es nicht eingestellt. Der BMZ-Vertreter begründete die Entscheidung mit den jetzt in den Heimatländern anlaufenden Reintegrationsprogrammen und den in Deutschland zu hohen Kosten und den dafür nicht vorhandenen Finanzmitteln. Unsere Überlegungen und Vorschläge zur Kostensenkung und Weiterführung des Programmteils Deutschland wurden nicht aufgegriffen.

Berlin, Dezember 1992

gen für den Aufbau der Heimatländer, mit merklicher Selbst-Effekt günstige personelle Voraussetzungen für Investitionen der deutschen Industrie in Mosambik wie in Vietnam.

Welche angewiesenen Schwierigkeiten gab es für die Beteiligten bei der Durchführung des Programms?

Dönnhaupt: Der politische Entscheidungsprozeß dauerte fast ein Jahr; dann aber mußte das Programm innerhalb von wenigen Wochen initiiert und durch AGEF ein arbeitsfähiges Instrumentarium erarbeitet werden. Unter dem Druck stehend, daß der Arbeitsvertrag, also den Verlust der Aufenthaltsberechtigung und der Untergrund nach sich zogen, blieb für einen beruflichen und persönlichen Orientierungsprozeß bei vielen nur wenig Zeit. Die Bildungsträger mußten teilweise über Nacht (vor allem nach den hoch aufkommenden Angriffen auf die Ausländerwohnheim in Hoyerswerda) Unterkünfte stellen und den Kursablauf ohne lange Vorbereitung gewährleisten.
Das Instrumentarium, das für die Programmdurchführung als Rahmen vorgegeben wurde, ist für die Kontraktarbeiterproblematik nur sehr bedingt geeignet und hat vieles verkompliziert.
Hinzu kommt erschwerend, daß bis heute die Folgeprogramme in Mosambik und Vietnam unklar sind oder noch nicht existieren. Uns jedenfalls liegt nichts vor, was man einem Betroffenen in die Hand geben könnte.
AGEF hat nur die Mandat für Deutschland, die GTZ für Mosambik, wer in Vietnam letztendlich zuständig wird, ist offen.

Wie war die Resonanz auf das Programm bei der mosambikanischen Regierung bzw. der nach Hause zurückgekehrten Arbeitnehmer?

Dönnhaupt: Ob dieser Programmansatz trotz der genannten Beschränkungen sinnvoll war, wird sich erst zeigen. Positive Resonanz einzelner Rückkehrer aus Mosambik gibt es, daraus aber etwas zu verallgemeinern, wäre verfrüht.
Offizielle Äußerungen der mosambikanischen Regierung gibt es aus der Vorphase des Programms - diese waren positiv. Die Meinung der mosambikanischen Botschaft zur Einstellung des Programms: Unverständnis und Betroffenheit mit betontem Seitenblick auf aktuelle Vorkommnisse in Deutschland.

Welches waren die Hintergründe für das Auslaufen des Programms zum Jahresende 1992?

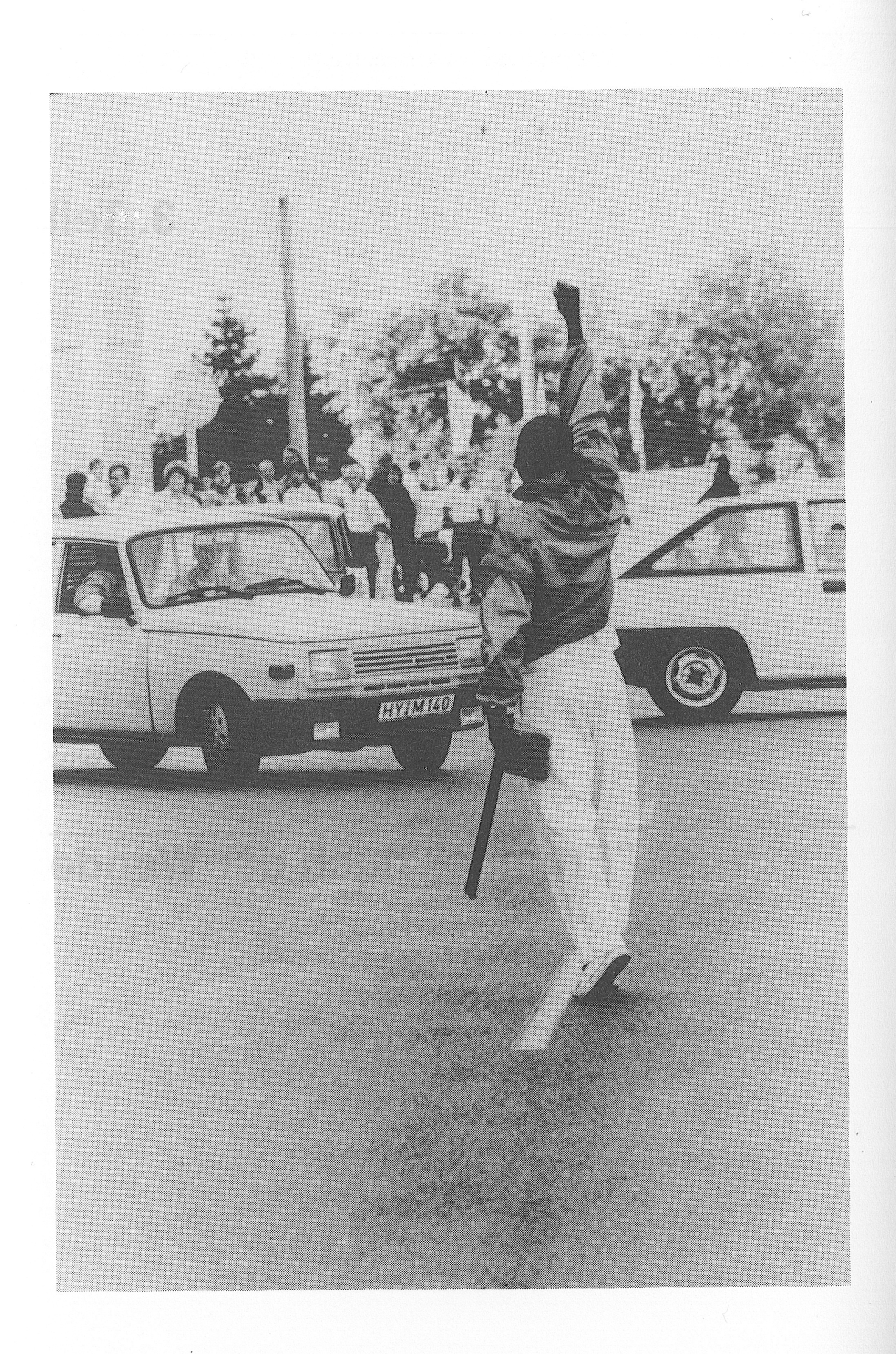
Dönnhaupt: Die Frage kann aus unserem Blickwinkel schwer beantwortet werden - wir haben es nicht eingestellt. Der BMZ-Vertreter begründete die Entscheidung mit den jetzt in den Heimatländern anlaufenden Reintegrationsprogrammen und den in Deutschland zu hohen Kosten und den dafür nicht vorhandenen Haushaltsmitteln. Unsere Überlegungen und Vorschläge zur Kostensenkung und Weiterführung des Programmteils Deutschland wurden nicht aufgegriffen.

Berlin, Dezember 1992

3. Teil

Analysen:

"Fremde" nach der Wende


HY-M 140

Die Kolonisierten lernen

Als Koloniserte baut man stets auf Sand.
Als die Sonne unterging
Bauten sie auf nichts mehr.
Sie mußten lernen.

Sie unterrichteten die anderen,
Die Vertrauten und die Feinde
über ihre Geschichte.
Sie hatten gelernt.

Sie trugen es nicht zu dick
Und nicht zu dünn auf.
Es ging um ihre Vergangenheit.
Ihr Elend hatte Geschichte.
Ihre Not hatte Verursacher.
Sie sollten es lehren.

Der Schmerz der Wunden
In der kalten Welt
Ist schlimmer als der Tod.
Sie stehen immer wieder auf,
um zu erkennen,
das Leid der Toten.
Sie müssen es lehren.

Wahid Wahdatehagh

Die unsichtbare Kolonisierung

I.
Mit glühendem Eisen, wie die Eingeborenen
In der Sklaverei, werden die Kolonisierten
Nicht mehr gezeichnet.
Warum?
Weil sie als Fremde
Stigmatiisert werden.
Der primitive Geist, ausgehend von
Sich selbst, glaubt dank der
Eigenen Haut- und Haarfarbe überlegen zu sein.

II.
An eiserne Ketten werden die Kolonisierten
Heute nicht mehr gefesselt,
Nicht in Deutschland.
Warum?
Weil man sie nicht mehr braucht. Die einen
Sind schon zu alt, die anderen werden ersetzt
Durch Maschinen. Wie Maschinen hätte man
Sie gerne behandelt und schrottreif erklärt
Und aus dem Verkehr gezogen.

III.
Nicht mehr werden die Kolonisierten mißhandelt,
Gefoltert bis zum Tode,
Nicht mehr in Deutschland.
Warum?
Weil die Gewalt der Verhältnisse sie ausschließt,
Sie zum Selbstmord treibt.
Die Morde der Faschisten scheinen nur
Eine Ausnahme zu sein.
Scheinen nur.

IV.
Nicht mehr werden die Kolonisierten gezwungen
Zwangsarbeit zu leisten.
Nicht in Konzentrationslagern und
Nicht mehr in Ghettos.
Warum?
Weil sie in der Hoffnung ertrinken,
Ermüdende, zerstörende Arbeit in den Bergwerken,
Am Fließband zu leisten,
Um eines Tages in Frieden
In das Traumland zu ziehen,
Wo sie sich weder fremd fühlen,
Noch als Fremde erkannt werden.

Wahid Wahdatehagh

Antirassistische Initiative e.V., Berlin

Der Mord an Amadeu Antonio vor Gericht

Nach mehr als eineinhalb Jahren wurde am 1. Juli in Frankfurt/Oder der Prozeß wegen des Mordes an Amadeu Antonio eröffnet.

Amadeu Antonio kam 1987 aus Angola in die DDR. Dort lebte und arbeitete er in Eberswalde, einer Kleinstadt 60 Kilometer nordöstlich von Berlin.

In der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 wurde Amadeu Antonio und drei weitere Vertragsarbeiter aus Angola und Mosambik vor einer Discothek in Eberswalde von Neonazis und Heavy Metals überfallen. Während sich seine Freunde, zum Teil schwer verletzt, retten konnten, entkam Amadeu den rassistischen Schlägern nicht.

Er blieb bewußtlos und zunächst ohne Hilfe auf der Straße liegen und wurde später ins Krankenhaus eingeliefert. Dort starb er am 6. Dezember 1990, ohne das Bewußtsein noch einmal wiedererlangt zu haben.

Nach der Ermordung von Amadeu Antonio hörten die rassistischen Angriffe, Pöbeleien und Bedrohungen in Eberswalde nicht auf. Alle schwarzen Menschen dort, deren Freundinnen, Ehefrauen und Kinder, leben in einer ständigen Bedrohungssituation. Und immer wieder hören wir den Satz: "Im Augenblick ist eigentlich alles ganz ruhig, aber natürlich gehen wir abends nicht mehr auf die Straße, schon gar nicht in eine Kneipe oder Discothek."

Im Sommer letzen Jahres mußte Amadeu Antonios Lebensgefährtin mit dem gemeinsamen Kind, das einen Monat nach Amadeus Tod geboren wurde, zeitweise aus Eberswalde fliehen. Über einen Mitarbeiter der Initiative Schwarzer Deutscher lernten wir sie und ihren Sohn kennen. Seitdem bereiten wir, gemeinsam mit ihr und anderen engagierten Leuten den Prozeß wegen des Mordes an Amadeu Antonio vor. Dabei ging es uns zunächst darum, dazu beizutragen, daß der rassistische Angriff vom November 1990 nicht in Vergessenheit gerät, daß die Täter zur Verantwortung gezogen werden und nicht zuletzt wollten und wollen wir, daß die Rolle der Polizei in dieser Nacht aufgedeckt wird. Schon direkt nach dem brutalen Angriff gab es einige Anhaltspunkte dafür, daß die Polizei am Tatort

war, dem rassistischen Mob zuschaute und viel zu spät, nachdem die Opfer bereits geflohen waren oder schwerverletzt auf der Straße lagen, eingriff.

Engagierte JournalistInnen recherchierten im Sommer letzten Jahres in Eberswalde und sorgten so für etwas Wirbel und Nervösität in den Eberswalder Amtsstuben. Einige empörte Honoratioren, um den guten Ruf ihres hübschen Städtchens besorgt, ließen verlauten, daß die rassistische Stimmung in Eberswalde überhaupt erst durch die Presse angeheizt würde. Einer der Ehrenmänner hoffte sogar, daß es sich ja bei Amadeus Tod um einen Unfall handeln könnte. Wie es im Juli 1992, nach sieben Prozeßtagen, um die dumpfe Zuversicht dieses Herren bestellt ist, konnte die Redaktion leider nicht in Erfahrung bringen.

Der Prozeß

Zum bisherigen Prozeßverlauf ist aus unserer Sicht folgendes zu sagen: Aus einer Gruppe von ca. 50 - 70 Leuten aus der rechtsextremen Szene, die in der Nacht vom 24. auf den 25. November 1990 zur Disco "Hüttengasthof" zogen, um, wie einige ZeugInnen ganz offen bekunden, "Neger aufzuklatschen", wurden sechs Männer angeklagt.

Verhandelt wird gemeinschaftliche, gefährliche Körperverletzung mit Todesfolge, Landfriedensbruch und Sachbeschädigung.

Einer der Angeklagten ist flüchtig. Gegen ihn wurde Haftbefehl erlassen. Die anderen Angeklagten wurden am ersten und zweiten Prozeßtag gehört. Weder sie noch die meisten ZeugInnen machen ein Geheimnis aus ihren rassistischen Vorstellungen und aus ihrer Bereitschaft, deshalb auch mal zuzuschlagen. ZeugInnen, die nicht der rechtsextremen Szene zugerechnet werden müssen, sind rar. Von Verhandlungstag zu Verhandlungstag wird klarer, daß die meisten von den Zeugen genausogut oder -schlecht auf der Anklagebank sitzen könnten. In der Nacht dabei waren alle, die einen aus Neugier, die anderen weil gerade kein Bus fuhr. Der eine oder andere hat auch mal ein bißchen geschubst, geschlagen oder getreten, aber eher so im Vorbeigehen. Da werden Racheakte konstruiert, weil man angeblich von den Vertragsarbeitern bedroht und zusammengeschlagen wurde, da gibt es Gedächtnislücken, kurzsichtige Faschos, die leider in dieser Nacht aus Eitelkeit ihre Brille nicht trugen, einige hatten mit einem Tränengasangriff von einem kleinen, dicken, alten Mann zu kämpfen, da werden Aussagen widerrufen, dann doch bestätigt und etwas abgewandelt, es geht um Gerüchte, daß die einen die anderen be- oder entlasten, je nach

Bedarf. Je länger der Prozeß andauert, je mehr Faschos aussagen bzw. im Gerichtssaal sitzen, desto besser die Stimmung unter den Angeklagten darüber, wie schön die ZeugInnen mauern und sich widersprechen. Die Hoffnung von VerteidigerInnen und Angeklagten steigt, daß zumindestens einigen von ihnen keine direkte Tatbeteiligung nachzuweisen sein wird.

Daß Amadeu Antonio an den Folgen dieses rassistischen Angriffs starb, ist den meisten ZeugInnen und Angeklagten egal, schließlich hat man heutzutage andere Probleme.

Der Richter

Alles in allem ein schlecht inszeniertes, zähes Verwirrspiel. Spielleiter ist der um Väterlichkeit und Pädagogik bemühte Richter Kamp. Daß er in diesem Verfahren erwachsene Menschen um die 20 jahre vor sich hat, scheint er nicht zu realisieren. Will ein Zeuge nicht so recht mit der Sprache rausrücken, muß er mal eben 10 Minuten in Begleitung zweier Polizisten in den angrenzenden Raum zum "Nachdenken". Das erinnert sehr an den Lehrer, der seinen unartigen Schüler zum Schämen in die Ecke stellt. Einer seiner Lieblingssprüche, selbstverständlich mit erhobenem Zeigefinger: "Herr Zeuge, glauben Sie bloß nicht, Sie könnten hier das Gericht vernaschen! So, nun mal raus mit der Sprache!" Draußen auf dem Flur klopfen sich die Faschos vor Vergnügen auf die Schenkel. Der Richter ist für sie ein gelungener Witz.

Der Herr Vorsitzende tut sich (nicht nur) sprachlich etwas schwer: Nachdem er nun hören mußte, daß der Begriff "Neger" diskriminierend und beleidigend sein könnte, mag er das zwar nicht so recht glauben, bemüht sich aber trotzdem um Alternativen. Am besten gefällt ihm "Schwarzafrikanischer (Mit)Bürger". Was er wohl sagen würde, wenn er selbst als weißeuropäischer Mitbürger bezeichnet würde? Zwei Prozeßtage lang waren die Opfer des rassistischen Angriffs, unabhängig von ihrer Herkunft, plätzlich alle Angolaner. Des öfteren, da muß er sich nicht zu sehr bemühen, bleibt er dann doch bei den "Negern" und fügt hinzu, daß er gerade die Sprache der ZeugInnen verwendet. Amadeu Antonios Namen muß er auch nach sieben Prozeßtagen noch ab und an nachlesen. Kein Wunder, er nennt die Opfer kaum beim Namen. Stattdessen greift er die Idee einer Zeugin, die "die Neger mal eben durchnummeriert" auf und spricht vom ersten, zweiten, dritten "Schwarzafrikaner". Seine Ignoranz wird auch an anderer Stelle deutlich: Den beiden schwarzen Zeugen, die in

der Nacht mit Amadeu zusammen waren, verweigert er, obwohl ziemlich schnell klar wird, daß ihre deutschen Sprachkenntnisse nicht für eine genaue Aussage ausreichen, die Dolmetscher. Nach dem Motto: "Sprechen Sie denn deutsch?" "Ja, ein bißchen." Der Richter: "Na sehen Sie, das geht doch schon ganz gut!" Da helfen keine Anträge der Nebenklage und kein Protest der Ausländerbeauftragten des Landes Brandenburg. Vorher gibt er dem Vertreter der Nebenklage noch zu verstehen, daß er nicht so genau weiß, welche Sprache in Angola eigentlich gesprochen wird.

Die ZeugInnen

Trotz seines etwas eingeschränkten Weltbildes versucht der Richter Kamp der rassistischen Motivation dessen, was da verhandelt wird, auf die Spur zu kommen. Zwei Kategorien fallen ihm ein, um ZeugInnen und Angeklagte politisch zuzuordnen: entweder einer ist Skin oder Heavy Metal. Erst nachdem sich einige Zeugen nicht so recht einordnen konnten, fügt er ein drittes Kriterium hinzu: der Fascho. Bravo! - Letztlich ist das alles eine Frage der Haarlänge!

Ganz so einfach ist das allerdings nicht. Einige der Zeugen machen zwar schon äußerlich klar, wo sie politisch stehen: Springerstiefel, Bomberjacke mit dem Hakenkreuz auf den Ärmel genäht, Militärhose und ja, ja Herr Richter, auch der Haarschnitt stimmt. Aber da ist auch der nette Junge von nebenan. Der sitzt sowohl auf der Anklagebank als auch unter den ZeugInnen. Ordentlich gescheitelt, Hemd, Krawatte, Wolljäckchen, gibt der Herr Zeuge - er hat sich gut vorbereitet und ein paar Notizen mitgebracht - seine politische Überzeugung zum Besten: "Damals war ich Nationalist, heute bin ich Arbeiter." Nein, "ausländerfeindlich" ist er nicht, eher ein "Inländerfreund". Die "Scheinasylanten" müßten zwar vertrieben werden, aber doch nicht mit Gewalt, sondern eher mit politischen Mitteln. Und die "Ausländer", die hier seit den 60er Jahren "unsere Wirschaft ankurbeln, können ruhig auch hier bleiben", sagt er, der Heiko S..

Rechtsextreme Organisationszusammenhänge in Eberswalde!

Den Rassismus der Angeklagten und ZeugInnen außer Betracht zu lassen, wäre in diesem Verfahren völlig unmöglich. Da muß Richter Kamp sich nicht so sehr bemühen. Denn wie bereits erwähnt: Alle bekunden mehr oder weniger offen ihr rassistisches Weltbild. Ein wenig schwieriger

wird es da schon mit den rechtsextremen Organisationszusammenhängen. Bisher ist zwar nicht davon auszugehen, daß es in Eberswalde festgefügte Faschoorganisationen gibt, dennoch treten im Prozeß immer wieder einzelne Zeugen auf, die organisiert sind. Der Richter ist hartnäckig darum bemüht, sämtliche Versuche des Vertreters der Nebenklage, die rechtsextremen Organisationszusammenhänge offenzulegen, abzuwürgen. Dem Herrn Vorsitzenden ist nicht so recht klar, was das überhaupt mit dem zu tun haben könnte, was er da verhandelt.

Damit es alle noch mal mitbekommen, sagt er klar und deutlich, worum es geht bzw. nicht geht. Das klingt dann in etwa so: "Ob sich irgendeine Gruppe irgendwo in der Bundesrepublik rechtsradikal organisiert, hat nichts mit dem Verfahren zu tun. Hier soll allein die konkrete Tat aufgedeckt werden. Die politischen Verhältnisse in der Bundesrepublik sollen hier nicht ergründet werden."

Trotdem, der Vertreter des Nebenklägers, Rechtsanwalt Ronald Reimann ist ein wenig unbequem mit seinen Fragen. Er gibt sich mit dem penetranten "kann schon sein, vielleicht, weiß nicht so genau" der ZeugInnen nicht so schnell zufrieden, bohrt nach, fragt nach dem "Deutsch-Nationalen Bund", der in Eberswalde von Tristan Dewitz gegründelt werden sollte. Immer wieder wird der Richter und der/die eine oder andere VerteidigerIn der Angeklagten darüber etwas ungehalten. Man will doch schließlich hier schnell zu einem Ende kommen. Einer der Herren Verteidiger beginnt demonstrativ, aber nicht wirklich, zu gähnen, sobald der Vertreter der Nebenklage sein Fragerecht wahrnimmt. Ansonsten ist der junge Mann damit beschäftigt, den Richter anzugrinsen und seine Fishermans Friend auf den Unterlagen auszukippen und zu sortieren.

Die Polizei - Freund und Helfer des rassistischen Mobs?

Einen herausragenden Stellenwert innerhalb des Prozesses nimmt das skandalöse Verhalten der Polizei in dieser Nacht ein. Unsere bisherigen Vermutungen bezüglich der Untätigkeit der Polizei werden im Verlauf des Verfahrens nur bestätigt. Mittlerweile ist klar, daß die Polizei einen Teil der Jugendlichen bereits auf dem Weg in die Disko "Rockbahnhof" - einem Treffpunkt von Rechtsextremen im Stadtteil Finow - beobachtete und gegen Mitternacht Kenntnis davon erhielt, daß die DiskobesucherInnen gesammelt zum "Hüttengasthof" - einer zur damaligen Zeit vorwiegend von Schwarzen besuchten Diskothek und Gaststätte, in der sich an diesem

Abend auch Amadeu und seine FreundInnen aufhielten - ziehen wollten. Die Polizei selber war es auch, die den Wirt des "Hüttengasthofs" telefonisch alarmierte und diesem nahelegte, die Gaststätte zu schließen und die gefährdeten BesucherInnen nach Hause zu schicken. Bereits 30 Minuten bevor der gewalttätige Mob den "Hüttengasthof" erreichte, hatten 20 Polizisten, aufgeteilt in zwei Gruppen, in einer Seitenstraße unweit des späteren Tatorts Stellung bezogen. Eine Gruppe von drei Zivilbeamten war zur gleichen Zeit an der Chemischen Fabrik, d.h. Amadeu Antonio wurde vor den Augen der drei Zivilpolizisten, derart zusammengeschlagen und -getreten, daß er elf Tage später an den Folgen dieses Überfalls starb. Die Zivilbeamten griffen weder ein, noch benachrichtigten sie beizeiten die Polizisten am nahegelegenen "Hüttengasthof". Auch hielten sie es anscheinend nicht für nötig, von den später noch Herumstehenden die Personalien festzustellen. Vom Gericht nach dem Grund für ihr Nichteingreifen befragt, erklärte ein Beamter, sie hätten den ausdrücklichen Befehl gehabt, nicht einzugreifen, egal was geschehe. Ein anderer "entschuldigte" sich damit, daß sie zu dritt gegen 50 nichts hätten ausrichten können und verweigerte schließlich jede weitere Aussage, um sich nicht selbst zu belasten. Auch die in der Nähe des "Hüttengasthofs" postierten 20 Polizisten griffen nicht ein, als dort ein weiterer Schwarzer von der Menge zusammengeschlagen wurde. Sie erschienen erst am Ort des Geschehens, als schon alles vorbei war - angeblich, weil alles so schnell ging und weil man, wie der Einsatzleiter vor Gericht aussagte, nicht mit einer solchen Eskalation gerechnet habe. Stellt sich die Frage, warum die Herren Beamten in Zivil und Uniform an diesem Abend im Einsatz waren und es für nötig hielten, den "Hüttengasthof" zu alarmieren, wenn sie doch mit so einer Eskalation gar nicht gerechnet hatten ... Nicht nur Amadeus Lebensgefährtin fragt, ob Amadeu noch leben würde, wenn die Polizei ihre verdammte Aufgabe wahrgenommen hätte. Aber in Eberswalde, wie in anderen Städten auch, ist mittlerweile bekannt, daß die Polizei bei rassistisch motivierten Angriffen nachsichtig ist, zu spät oder gar nicht kommt oder eben wie in der Novembernacht da ist und zuschaut, wie ein Mensch erschlagen wird. Bezeichnend ist die Äußerung eines Zivilpolizisten vor der chemischen Fabrik zu einer Bekannten von Amadeu: "Für einen Neger tu' ich nichts!"

Gegen die drei Zivilbeamten wurde mittlerweile ein Ermittlungsverfahren eingeleitet. Ob auch gegen die uniformierten Polizisten wegen ihrer dreisten Untätigkeit ermittelt werden wird, muß sich noch herausstellen.

Das heißt noch lange nicht, daß sie alle auch tatsächlich zur Verantwortung gezogen werden. Es wäre nicht das erste Mal, daß Ermittlungsverfahren gegen PolizistInnen im Sande verlaufen.

Darüberhinaus laufen auch gegen eine Reihe von ZeugInnen Ermittlungsverfahren bzw. werden wohl noch eingeleitet. Deshalb ist mit weiteren Prozessen wegen des Mordes an Amadeu Antonio zu rechnen.

Nachtrag:

Im Prozeß wegen Mordes an Amadeu Antonio sind inzwischen die Urteile gesprochen worden. Eine Verurteilung erging wegen Körperverletzung mit Todesfolge, für drei Täter bedeutet das vier Jahre Jugendhaft, für einen weiteren Täter dreieinhalb Jahre und der fünfte Täter bekam zwei Jahre auf Bewährung, ausschließlich wegen schweren Landfriedensbruch.

Obwohl während des Prozesses die rassistische Einstellung der Täter immer wieder deutlich wurde, erfolgte nur eine Verurteilung wegen Körperverletzung und nicht wegen Mordes.

Berlin, im November 1992

Claudia Hüttig

Gedanken zu einer Umfrage

Ein Beispiel aus der Praxis der Ausländerarbeit
in den fünf neuen Bundesländern:
Das Multikulturelle Zentrum e.V. in Zittau.

Die Arbeit vieler Ausländerinitiativen in Ostdeutschland ist häufig mit großen Schwierigkeiten verbunden. Sie müssen sich auf den Balanceakt einlassen, ihr Eintreten für Multikulturalität in einer Art und Weise durchzuführen, die die gesteckten Ziele fest und entschlossen verfolgt, zugleich aber die Besonderheiten des jeweiligen sozialen Umfeldes vor Ort berücksichtigt. Vernachlässigen sie den letzten Gesichtspunkt, könnte sich die Arbeit als kontraproduktiv erweisen und soziale Spannungen zwischen Migranten und Einheimischen verschärfen. Man wird multikulturelles Zusammenleben nicht gegen die deutsche Bevölkerung durchsetzen können, nur mit ihr.

Um sich einen genaueren Einblick in die sozialen Voraussetzungen ihrer Arbeit zu verschaffen, hat das Multikulturelle Zentrum e.V. in Zittau eine schriftliche Befragung von Bürgern der Stadt durchgeführt. Selbstverständlich ist diese Befragung und deren Auswertung nicht an Maßstäben und Gütekriterien der sozialwissenschaftlichen Umfrageforschung zu messen. Da auf den Aufruf, sich zum Zusammenleben mit Ausländern zu äußern, nur jene reagierten, die sich angesprochen fühlten und ihren Willen zur Äußerung schriftlich umsetzten, darf die folgende Zusammenfassung der Antworten nicht als repräsentatives Stimmungsbild der Zittauer Bevölkerung gelesen werden. Man täte denjenigen Zittauern Unrecht, die sich, aus welchen Gründen auch immer, nicht geäußert haben, wollte man ihnen unterstellen, daß sie mehrheitlich die unten beschriebenen Meinungen verträten. Es wäre fatal, solche falschen Schlüsse zu ziehen; es wäre von Nachteil für ein verbessertes Zusammenleben von Ausländern und Deutschen, weil man die Zittauer auf diese Weise zu einer Abwehrhaltung zwingen würde, die Abgrenzungen verstärkt anstatt sie zu lockern - so die Sorge der Mitarbeiterin des Multikulturellen Zentrums e.V., Claudia Hüttig, die die folgenden Gedanken zur Umfrage formuliert hat.

Die Redaktion

Zittau - die Stadt im Dreiländereck Polen, CSFR, Bundesrepublik Deutschland - ist von verschiedensten Ereignissen der beiden vergangenen Jahre geprägt.

Im Herbst 1990 kamen sowjetische Juden nach Zittau, im Februar 1991 die ersten Asylbewerber - wie für jede Stadt in den neuen Bundesländern, so war dies auch für Zittau eine ungewohnte Situation.

Es kam zu einzelnen Übergriffen auf Wohnheime. Am gravierendsten - weil politisch am brisantesten - war der Überfall auf das Wohnheim, das Kinder aus Tschernobyl beherbergte. Der Prozeß folgte im Herbst 1991.

In den Sommermonaten versuchten viele Flüchtlinge über die grüne Grenze in unser Land zu kommen - ein Bild des Elends mitten unter uns. Die Not der Welt liegt plötzlich vor unserer Haustür, und da hatten wir uns doch gerade gefreut, endlich zur Wohlstandsgesellschaft Bundesrepublik Deutschland zu gehören.

Wie leben die Zittauer mit ausländischen Bürgern in ihrer Stadt? Mit einer Umfrage wollten wir gern die Bevölkerung in die Vorbereitungen zur "Woche des ausländischen Mitbürgers" einbeziehen. Dafür, daß Umfragen dieser Art für uns ungewohnt sind, erreichten uns mit 260 Zusendungen recht viele Antworten, z.T. mit Briefen und anderen Zusatzbemerkungen versehen. Die Resonanz war erfreulich und ernüchternd zugleich. Sowohl Solidarisierung, Betroffenheit und Hilflosigkeit als auch Bereitschaft zur Gewalt gegen Ausländer kamen zum Ausdruck.

Zunächst fragten wir, wie hoch die Zahl der in Zittau lebenden Ausländer und Asylbewerber eingeschätzt wird. Tatsächlich leben in Zittau, einer Stadt mit 33.000 Einwohnern, 401 Ausländer, davon ca. 160 Asylbewerber (Stand: Juli 1991). Ein großer Teil der Antworten dagegen brachte Vorstellungen in unrealen Größenordnungen (über 1000 Ausländer) zum Ausdruck und ähnlich viele meinten: "Egal, wie viele es sind - es sind zu viele".

Warum verlassen Menschen ihr Heimatland? - so lautete die zweite Frage. Die meist vertretene Meinung war die, daß viele Menschen mit Illusionen nach Deutschland kämen und hier nur auf Kosten der Deutschen besser leben wollten. Jeder sollte doch in seinem Land bleiben und dort etwas aufbauen. Viele räumten aber auch ein, daß politische Gründe in Verbindung mit massiver Armut als Ursachen anzusehen sind, die Menschen aus ihrer Heimat wegtreiben und daß sie ein Recht haben, menschenwürdig zu leben.

Weiterhin wollten wir wissen, ob sich die Zittauer durch Ausländer bedroht fühlen. Etwa 70 Personen verneinten dies. Warum die anderen, so fragten wir weiter, sich bedroht fühlen. Massive Ängste wurden deutlich: Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, Kriminalität - für uns alle beängstigende Tendenzen - wurden mit Ausländern in Zusammenhang gebracht. Von Einzelnen wurde selbst die Übertragung von Krankheiten den Ausländern angelastet. Groß ist die Angst vor einer Vermischung der "Rassen" und Kulturen. Man hat Angst, eine Minderheit im eigenen Volk zu werden.

Auf die Frage, ob wir auf Ausländer in Deutschland verzichten könnten, antwortete der größte Teil mit ja.

Die nächste Frage befaßte sich mit unserer Kultur, wobei jeder vermutlich unter Kultur etwas anderes verstehen wird. Wie beschreibt jeder seine eigene Identität? Die Hälfte der Zuschriften machte deutlich, daß eher eine Überfremdung unserer Kultur befürchtet wird, während 65 unter ihnen meinten, daß wir eigentlich kulturell bereichert werden. "Ein gesunder Prozentsatz macht das Leben bunter", war auch zu lesen.

Wie groß ist unsere Toleranzbereitschaft?
Daß Ausländer nicht so gut deutsch sprechen können und auch ihre eigenen Lebensgewohnheiten haben, akzeptierte ein großer Teil. Dabei wurde aber auch eingeschränkt, daß wir Deutschen nicht belästigt werden dürfen und Ausländer sich eigentlich der deutschen Lebensweise - was immer darunter zu verstehen ist - anpassen müßten. Das Betteln ist den meisten unangenehm; dahinter stehen sicher auch eigene Erfahrungen.

Darüber, ob sie ihre Religion ausüben können sollen, gingen die Meinungen auseinander, aber vielen war es auch einfach egal. Daß sie sich an unsere Gesetze halten müssen, wurde jedoch einhellig gefordert.

Zum Schluß fragten wir, wie nach Meinung der Leser das Flüchtlingsproblem gelöst werden könnte. Dazu boten wir einige Varianten zur Auswahl an.
Ein großer Teil sprach sich dafür aus, die Fluchtursachen zu bekämpfen, indem den Herkunftsländern Unterstützung gewährt wird. Die Hilfe müsse aber konkret werden als Hilfe zur Selbsthilfe. Die Reichtümer der Welt sollten gerecht verteilt werden. Deutschland müsse sich auch endlich dazu

bekennen, daß es ein Einwanderungsland ist. Ausländer sollten bei der Integration besser unterstützt werden, z.B. durch Deutschunterricht.

Aber auch andere Töne wurden angeschlagen: Ausländer sollen in ihren Ländern bleiben, wir haben die DDR auch nicht verlassen!

Sehr schnell wurden bei der Suche nach einer Lösung wieder die eigenen Ängste in den Vordergrund gerückt und man beschränkte sich auf den Schauplatz Deutschland. Manche meinten, das Geld solle lieber den Hilfebedürftigen in Deutschland - alten Menschen, Obdachlosen, Wohnungssuchenden, Arbeitslosen - zugute kommen. Ausländern, die noch Arbeit haben, solle man die Arbeit wegnehmen, war sogar zu hören. Andererseits müßten wir ihnen das Arbeiten erst einmal richtig beibringen. Auf jeden Fall sollten sie unterbezahlt beschäftigt werden.

Es wurde angezweifelt, ob es überhaupt noch Fluchtursachen auf der Welt gäbe. Die Asylverfahren müßten beschleunigt und verschärft werden, meinte ein Großteil. Man solle Ausländern das Leben schwer machen, damit andere nicht nachkommen, war in immerhin 51 Zuschriften zu lesen. Andere schämten sich für eine solche Einstellung. Schließlich forderten 94, die Grenzen dicht zu machen. (Vielleicht ist dabei vergessen worden, daß das auch unsere Reisefreiheit beschränkt?)

Nun zu einigen Einzelmeinungen:
Einer forderte einen Volksentscheid zur Flüchtlingspolitik, ein anderer härteres Durchgreifen der Regierung, weil sonst die entsprechenden Parteien gewählt würden, die diese Forderung vertreten. Wieder ein anderer wünschte sich eine “Säuberungsaktion” durch die Rechten. Die Angst vor einer gewalttätigen Eskalation der Ausländerfeindlichkeit wurde allerdings sehr stark signalisiert.

Hinweis für Anfänger

Wenn Du einen "Ausländer" triffst,

renne nicht schreiend aus dem Zimmer, das ist unhöflich.

Wenn Du Dich zurückziehen mußt, tue es langsam und diskret

Bilde Dir nicht ein, daß sie Dich nett findet.

Erwarte nicht, daß sie auch so aufgeregt ist, einen Deutschen kennenzulernen wie Du eine "Ausländerin". Wahrscheinlich wuchs sie mit ihnen auf.

Erwähne nicht sofort Deine ausländischen Freunde oder ausländischen Kollegen, um zu beweisen daß Du "ausländerfreundlich" bist.

Sag ihm nicht, daß es rassistisch sei, Deutsche vorzuziehen als Freunde und daß alle Menschen gleich sind.

Sag ihr nicht, daß deutsche Linke auch diskriminiert werden und daß es nur um Klassenkampf geht. Das ist altbekannte Verwirrung und sollte als solche behandelt werden.

Vermeide folgende Fragen: Woher kommst Du? Warum bist Du hier in Deustchland? Wo hast Du Deutsch gelernt? Wie lange lebst Du in Deutschland? Gefällt es Dir in Deutschland? Willst Du für immer in Deutschland bleiben?

Bilde Dir nicht ein, daß er es kaum erwarten kann, über Rassismus mit Dir zu sprechen.

Erwarte auch nicht, daß sie darüber nicht sprechen wird.

Verharmlose nicht seine Erfahrung, indem Du über Rassismus woanders philosophierst.

Sag ihr nicht, daß Du Dich schämst, ein Deutscher zu sein, das wirkt blöd.

Erwarte nicht, daß er ausflippt vor Entzückung, wenn Du das Wort multikulturell erwähnst.

Weitere Beratung
in allen Multi-Kulti-Mode-Fachgeschäften

aus: Visa, herausgegeben von Immigrantenpolitisches Forum e.V., Oranienstr. 159, 1000 Berlin 61


WIR SIND DOCH KEINE AUSLÄNDER!
WIR SIND DEUTSCHE!
F. Leinkke

Wolfgang Brück

Ausländerfeindlichkeit in den fünf neuen Bundesländern

Multikulturalität als demokratische Mitbestimmung, Mitgestaltung und Gleichstellung von Menschen verschiedenster Herkunft und Kulturen ist in der Bundesrepublik kein durchgängig existenter sozialer Sachverhalt. Realität dagegen ist hier eine Fremdenabwehr.

Für die fünf neuen Bundesländer ist die Feststellung voranzustellen, daß die Ex-DDR-Gesellschaft in puncto multikulturelle Gesellschaft das Niveau von Analphabeten aufweist.

Die DDR war ein großes Lager im Sinne Stalins, mit Mauern und Wachtürmen umgeben, damit abgeschlossen für eine Begegnung mit anderen Völkern und Kulturen. "Weltoffenheit" war zwar ein viel gebrauchtes Parolewort des Herrschaftsregimes, allerdings fehlte die notwendige soziale Praxis.

Intra muros entwickelte sich kein Sozialkontext für ein konstruktives Miteinander von verschiedenen ethnischen Gruppen und Kulturen. Toleranz gegenüber anderen Meinungen, Weltanschauungen, Positionen, Lebensweisen und Kulturen war in der DDR nicht einmal im Keimsstadium vorhanden. Offiziell bekannte sich das System zu Völkerfreundschaft, internationaler Solidarität und proletarischem Internationalismus, insgesamt hohle politische Propaganda; partiell sind jedoch auch Leistungen zu verbuchen.

Das soziale Bedingungsgefüge im Ostdeutschland der Post-Wende ist durch alte und neue Problemstaus mit sozialem Zündstoff angereichert. Die neue Bundesrepublik erweist sich in der Grobanalyse als eine Dreiklassengesellschaft bestehend aus Altbundesdeutschen (den Besserwessis), den Ossis (eine Wortmarke mit pejorativem Einschlag) und den Ausländern. Damit ist oberflächlich eine Rangordnung abgesteckt, die sich jedoch drastisch im sozialen Umgang widerspiegelt. Das irrational erscheinende Anwachsen von Ausländerfeindlichkeit in den ostdeutschen Bundesländern steht durchaus im Zusammenhang mit sozialer Versicherung, einer problematischen Wirschaftslage und der Zunahme von Arbeitslosigkeit.

Sozialpsychologische Momente, aufgeputschte Massenhysterie, nationalistische Vorurteile, die Wiederbelebung des Rassismus, das Vorhandensein eines Jugendmobs, vor allem aber der Aufwind für rechstradikale Tendenzen bewirken eine gravierende Ausländerfeindlichkeit, die eine Schande für ein Kulturvolk ist.

Offensichtlich spielt im Vergleich zur Altbundesrepublik auch die Phasenverschiebung eine Rolle. Insgesamt sind die sozialen Spannungen in Ostdeutschland dermaßen groß, daß sie sich eruptiv in Gewalt entladen.

Ausländerfeindlichkeit in Meinungsumfragen

Bei aller Vorsicht bezogen auf den Aussagewert von Meinungsumfragen in instabilen Gesellschaften - auch unter Berücksichtigung, daß Meinungsforschung das "dünne Brett" der Soziologie ist - sollen doch rasante Entwicklungen benannt werden, die gewissermaßen auch die Alltagserfahrung bestätigen.

In Meinungsumfragen des Leipziger Jugendforschungsinstituts verdeutlicht sich der Wachstumstrend ausländerfeindlicher Haltungen:

- Im Oktober 1989 erklärten 14 Prozent der Schüler, daß die vielen Ausländer in der DDR störend wirken.
- Ende November/Anfang Dezember 1989 erklärten das 23 Prozent der Schüler.
- Das gewalttätige Vorgehen gegen Ausländer rechtfertigten im Februar 1990 24 Prozent der Schüler und 26 Prozent der Lehrlinge.

Es kam über Mosambikaner zu überzogenen persönlichen Stellungnahmen: "Das Viehzeug gehört ausgerottet".

Man bedenke, es sind Aussagen von Jugendlichen, erzogen und gebildet unter sozialistischen Bedingungen.

- Inzwischen empfinden 40 Prozent der ostdeutschen Jugend Ausländer als lästig. (Studie von Hajo Funke).
- Nach Befragungsbefunden der katholischen Universität Eichstätt (Bayern) haben 30 Prozent der ostdeutschen Jugendlichen "nationalstaatliche Orientierungen" (im Westen 15 Prozent).

Wenn Nationalismus unter den zentralen Werten hoch rangiert, dann ist das ein Anzeichen für Werteverschleiß und Wertedefizite. Es geht um Verluste an Humanwerten im zwischenmenschlichen Bezug. Das veranschaulicht sich besonders im Sozialumgang mit Ausländern.

Der ostdeutschen Jugend rutschen prosoziale Werte als Orientierungsgrundlage weg. Wertesubstitution vollzieht sich z. Z. bezogen auf prosoziale Werte nur geringfügig.

Ausländerfeindlichkeit in der DDR und nach der Wende

Wie der Rechtsradikalismus ist auch die Ausländerfeindlichkeit ein genuines DDR-Produkt. Bereits Jahre vor der Wende gab es immer punktuell Vorkommnisse, die sich gegen Ausländer richteten. Es war jedoch nicht erlaubt, dieses Problemfeld soziologisch zu durchforsten.

Die mit Gewalt angereicherte Ausländerfeindlichkeit der alten DDR wurde durch den wirtschaftlichen Niedergang in den achtziger Jahren erheblich angeheitzt. Das war auch nicht aus der Welt zu schaffen durch ein von der Volkskammer (im Februar 1989) unerwartet verabschiedetes Kommunalwahlrecht für AusländerInnen. Etwa 180 000 bis 200 000 Menschen, also ungefähr 1 Prozent der DDR-Gesamtbevölkerung, waren Nicht-Deutsche (60 000 aus Vietnam, 16 000 aus Mosambik, 9 000 aus Kuba, 2 000 aus Polen, 1 000 aus Angola, 960 aus China, dazu ausländische Studierende und ca. 43 000 ständig in der DDR lebende Nicht-Deutsche (nach taz vom 16.1.1990).

Die DDR-spezifische Ausländerfeindlichkeit äußerte sich als eine sichtbare Erscheinungsform der Sozialunterdrückung. Die inhuman pragmatische Einstufung und Taxierung von bestimmten Ausländergruppen zeigt sich in Gettoisierung, der wirtschftlichen Minderstellung, Versagung von Menschenrechten, der Disziplinierung, der Verhaltensanleitung bis in die Intimbereiche.

Die sozialistische Gesellschaft behandelte bestimmte Ausländer unter der Würde geltender Humanitätsgrundsätze. Derartige Behandlungen hatten eine Art Aufforderungscharakter für Übergriffe gegen den schutzlosen Personenkreis. Gefährliche Volksleidenschaften entzündeten sich immer wieder an Vorurteilen und unhaltbaren Rufbildern.

Bereits in der DDR-spezifischen Ausländerfeindlichkeit kam auch der Rassismus wieder zum Durchbruch. Er blieb aber ständig außerhalb bewußt rassistischer Begründungen und Rechtfertigungen (besonders bei Jugendlichen). Nicht nur die rechtsradikale Jugendszene, sondern weite Kreise der DDR-Bevölkerung transportierten ausländerfeindliche Vorurteile. Die rechte/Skin-Jugendszene brachte diese Vorurteile auf den Punkt.

Reduziert äußerte sie folgende Klischees:
- Ausländer machen deutsche Frauen an,
- sie haben aus Zentralafrika AIDS eingeschleppt
- sie bringen Krankheiten in unser Land,
- sie spielen sich wie Herren auf, obwohl sie in ihren Herkunftsländern arme Schweine sind,
- sie leben auf Kosten der Gesellschaft,
- sie erbringen keine Leistungen,
- sie genießen nur Vorteile, sind finanziell besser gestellt als der Durchschnitt in der DDR,
- sie haben Zugang zu den lukrativen Währungen,
- sie beteiligen sich am kriminellen Zwischenhandel mit bestimmten attraktiven Produkten,
- sie haben größere Freizügigkeitsrechte als der normale DDR-Bürger.



Hinter diesen Vorurteilen steckt nicht nur eine gewisse nationalistische Überheblichkeit und Rassismus, teilweise unreflektiert, sondern auch Sozialneid und diffuse soziale Bedrohung. Verallgemeinert handelt es sich um

- Formen gravierender wirtschaftlich-existentieller Bedrohung; unzureichend aufgezeigte Lösungen für sich verdichtende soziale Spannungszustände.

- das Vorhandensein von Personengruppen, die relativ schutzlos sind und äußerlich Merkmale der Fremdheit aufweisen,

- eine geschürte, aber auch spontan vorhandene soziale Blindheit, die Problemkonzentrate konstruktiv im Wesenskern anzugehen,

- der ausländische Mitbürger, dem Bürgerrechte faktisch versagt sind, wird zum Feind, auf den Aggressionen gerichtet werden.

Die Vereinigung schließlich, liefert eine noch größere Problemdichte an Fremdenhaß und Gewaltbereitschaft in Ostdeutschland. Scheinbar versachlicht, aber bereits von systematischen rassistischen Ideologiemustern

durchsetzt, werden folgende Stereotype in die Debatte gebracht:

- Ausländer nehmen uns Arbeit, Ausbildungsplätze, Wohnungen und Sozialleistungen.
- Wir haben genug eigene Probleme, warum schaffen wir uns zusätzlich Probleme durch Ausländer?
- Ausländer genügen nicht den deutschen Ordnungs- und Leistungsmaßstäben.
- Wir Deutschen müssen unter uns bleiben.
- Alle Nichtdeutschen sind irgenwie minderwertig.
- Das Nationale wird vom Fremden beherrscht. ("Wir sind keine türkische Provinz")
- Durch das Zusammensein mit Ausländerkindern werden unsere Kinder nicht nur sozial verdorben, sondern sie sprechen auch immer schlechter deutsch.
- Ausländer ziehen durch ihr auffälliges Verhalten den Haß auf sich (z.B. Hütchenspieler, das Betteln der Sinti und Roma).
- Wie die Ausländer leben, das ist asozial oder zumindest kriminelle Gefährdung.
- Ausländer sind Träger einer intensiven Kriminalität, sie sind besonders gewalttätig.

Übergreifende Kennzeichnungen der Ausländerfeindlichkeit

Ausländerfeindlichkeit - das ist ein Komplex zugespitzter sozialer Probleme der Interdependenz zwischen "Einheimischen" und "Fremden", ausgetragen um ein Anrecht auf würdige soziale Existenz und Lebensqualität im Kontext strittig gemachter Lebensräume und immer vermittelt über gesellschaftssystemgebundene Herrschafts- und Machtverhältnisse.

Die Größenordnung der Ausländerfeindlichkeit - ihre Verbreitung und Intensität betreffend - nimmt insbesondere in den fünf neuen Bundesländern ein Ausmaß an, das nicht nur die Würde aller Kulturnationen verletzt, sondern auch ein bezeichnendes Licht auf die staatliche Autorität in ihrem Unvermögen wirft, Schutz und soziale Sicherheit zu gewährleisten. Im Umgang mit ausländischen Mitbürgern erscheint der Konfliktbezug mit destruktiver Lösung als dominant. Es hat den Anschein, daß die Integrationsfähigkeit der Gesellschaft dem anstehenden Problemdruck nicht gewachsen ist. Die soziale Frage - als Interessenausgleich von Armut und Reichtum, als Anspruch auf Wiedergutmachung von alt- und neokoloniali-

stischen Strukturierungen - fokussiert sich auch in der Ausländerproblematik. Ausländerfeindlichkeit ist keine Fehlfunktion in der Beziehung zum anderen, die lediglich vom Individuum ausgeht (basierend auf Mißtrauen, Abneigung, Angst usw.), sondern sie ist ein gesamtgesellschaftlicher Sachverhalt; bezogen auf ihre Verbreitung und Wirkungsintensität ein Ausdruck schwerwiegender Unstimmigkeiten im Gesellschaftsorganismus. Über die Ausländerfeindlichkeit vollziehen gesellschaftliche Interessengruppen ihre Auseinandersetzung mit der bestehenden Sozialordnung. Subjektiv erscheint Ausländerfeindlichkeit als Reaktion auf eine fiktive oder reale existentielle Bedrohung. Die Ausländerfeindlichkeit in den fünf neuen Bundesländern ist auch politisch vorprogrammiert. Dazu nur wenige Bemerkungen:

- eine tradierte Ausländerfeindlichkeit ist als deutsche Erbkrankheit zu diagnostizieren, besonders in historischen Epochen, wenn die deutschen ihr Profil zeigen.
- Der Trend zur geschlossenen Nationalgesellschaft ist allerdings nicht auf Deutschland beschränkt. Er zeigt offensichtlich Ansteckungswirkung.
- Schon zu DDR-Zeiten gab es keine Informationen über die Befindlichkeit der wenigen Ausländer in der ost-deutschen Diaspora. Man zwang sie, im gesellschaftlichen Schatten und in sozialen Nischen zu leben.
- Die DDR-spezifische politische Sozialisation von Kindern und Jugendlichen war unterschwellig mit nationalistischen Vorurteilsprägungen überfrachtet. Diese Prozesse wirken auch gegenwärtig, sogar verstärkt, weil man die Sozialisationsinstanzen nicht austauschen kann.
- Inzwischen ist auch ein Betrachtungsmuster alltagssoziologischer Art von West auf Ost durchgestellt: Die soziale Minderwertigkeit der Ostdeutschen aus der Sicht des "Besserwessis". Die erfahrene Behandlung als sozial minderwertig wird an Rechtlosere weitergegeben. Damit kommen Ausländer verstärkt in Opferpositionen.

Zur Anatomie der Ausländerfeindlichkeit

Die Anatomie der Ausländerfeindlichkeit legt verschiedene Schichten frei:

1. Ethnozentrismus,
2. unreflektierte Deutschtümelei, Nationalismus und Chauvinismus,
3. Rassismus und
4. Sozialdarwinistische Gesellschaftszustände.

Zwischen den einzelnen Schichten gibt es nahtlose Übergänge. Eine solche Differenzierung enthält auch die Chance, ein Problembewußtsein zu entwickeln und Ansätze zur konstruktiven Aufarbeitung zu erkunden.

1. Der Ethnozentrismus ist offensichtlich ein universelles Problem. Die Erfahrungen mit der eigenen Sozialumwelt und -kultur werden zum Maßstab für die Bewertung anderer Kulturen. Die eigene Kultur gilt als überlegen, besser, als etwas Herausragendes. Somit erscheint der Ethnozentrismus als Begleitumstand national-kultureller Identität. Mittels ethnozentrischer Argumente grenzt man sich "vom Fremden" ab, das auch mangels entsprechender Kenntnis und Begegnung auf Distanz gehalten wird. Bezogen auf die alte DDR ist "das Schmoren im eigenen Saft" kennzeichnend. Die wirtschaflichen Erfolge der Altbundesrepublik führen dazu, daß man sich im Spiegel "als größten Deutschen" wiedererkennt.

2. Die Gefahr der Deutschtümelei und des Nationalismus liegt im vereinigten Deutschland. "Hurra, das alte Reich kommt wieder" oder "Nur ein Deutscher ist ein Deutscher". Das sind Losungen, die uns allerorts unangenehm entgegendröhnen. Im nationalistischen Taumel haben die Deutschen in ihrer Geschichte häufig den Boden unter den Füßen verloren.

Der Nationalismus ist auch die traditionelle Heimat der Rechten. Die Ausformung des deutschen Nationalismus ist dadurch belastet, daß er immer in Erbpacht durch reaktionäre Ideologien genommen wurde. Als Integrationsideologie stellt der Nationalismus die besonderen Interessen unter einen Generalnenner, verliert die Fähigkeit zur Differenzierung und schafft vereinfachte Feindbilder. Häufig reduziert er sich auf banale Standardargumente. Obwohl die nationalistische Argumentation hohl bleibt, ist sie wirksam. Sie ist populistisch und schürt Emotionen. Die Menschenjagden auf Nicht-Deutsche sind nicht schlechthin ein Ausdruck von "nationalistischer Besoffenheit" (ein Ausdruck von Klaus Geiger, Kassel), sondern sie zeigen die Umsetzung von ideologischen Einstellungen in soziales Handeln. Der ausgeprägte Nationalismus ist der Gegenpol zur pluralistischen Demokratie. Nationalismus ist eine ideologische Gegenmacht, die in der Gesellschaft gewissermaßen von unten kommt. Häufig bedienen sich Personengruppen, die überhaupt keine Einsichten in die Kompliziertheiten der deutschen Geschichte haben, nationalistischer Argumentationsketten. Nationalistische Ideologeme vergiften die Sozialbeziehungen zum ausländischen Mitbürger.

3. Die Alltagserscheinungen des Rassismus äußern sich als Hausherrenstandpunkte, angemaßte Weisungskompetenzen, Überlegenheitsgefühle. Selbst ein Personenkreis, der den Rassismus äußerlich ablehnt, hat entsprechende Denk- und Einstellungsmuster parat: "Hier geht's zu wie in einer Judenschule", "Hier sieht's aus wie bei den Hottentotten", "Das ist eine polnische bzw. russische Wirtschaft". Derartige Wortketten könnte man fortsetzen.

Im Kern ist Rassismus Herrschaftsideologie, die in bestimmten sozialen Situationen zu einer wirksamen Massenideologie umgeschlagen wird. Rassismus ist Sozialunterdrückung als angemaßte restriktive Herrschaft über Menschen, gerechtfertigt durch Willkür. Ausländerfeindlichkeit einschließlich der Vorformen beruht unbewußt und bewußt auf Rassismus. Die Grundlage ist die Sicherstellung von Unterschieden. Diese Unterschiede werden in einer antihuman-pragmatischen Art und Weise gewertet und als Rechtfertigungsmuster im sozialen Krieg des Alltagslebens genutzt. Rassismus erscheint als Selbstrechtfertigung durch Beschuldigung anderer. Er ist auch so etwas wie die Austreibung der Angst vor dem Anderen, dem Fremden. Volksleidenschaften in Intensitätsgraden bilden die Grundlage des Rassismus. Memmi betont:

"Um Leben zu können, muß man sich behaupten. Kann man dies durch Identifikation nicht erreichen, muß man es durch seine Unterschiede tun" *(S.53).*

Im Rassismus wird gesellschaftliche Ungleichheit und Polarisierung durch eine biologistische Argumentation überlagert.

4. "Sozialdarwinistische Gesellschaftszustände" (eine vorläufige Prägung) produzieren spontan und systematisch Problemgehalte in außerordentlicher Zuspitzung. Das ist vor allem typisch für Gesellschaften mit einer gewissen Instabilität.

Die Theorie und Praxis des verwirkten DDR-Sozialismus war zutiefst antidemokratisch. Die Aufteilung der Gesellschaft in Nomenklatura, ihren Handlangern und dem Volk war verbunden im Konzept der Überwachungs- und Disziplinierungsgeellschaft. Die Entmündigung des Volkes war eine soziale Gegebenheit. Anpassung war als Verhaltensmuster gefragt. Das alte Herrschaftssystem ist demontiert und durch eine "Zwischengesellschaft" ersetzt. Diese Zwischengesellschaft zeigt auf eine besondere Art ein soziales Spannungsfeld zwischen dem verbrauchten Gesellschaftssystem und den Erfordernissen einer pluralistischen Demokra-

tie. Die Zwischengesellschaft auf dem Wege zur Angleichung vollzieht sich über soziale Prozesse, die auch ihre destruktive Seite haben, wobei zahlreiche Fehlentwicklungen ebenfalls bereits eingebracht sind. Massenhaft existiert in Ostdeutschland ein Nährboden für sozialdarwinistische Verhaltensweisen. Die Aufspaltung der Gesellschaft in divergierende Interessengruppen (ein notwendiger Prozess in der Aufhebung der Zwangsgesellschaft) bis hin zu Vereinzelungserscheinungen signalisiert mangelnde Konsensfähigkeit und -bereitschaft. Die verliehene Demokratie hat noch keine Massenbasis. Die Länder im Osten Deutschlands bleiben vorerst Regionen des sozialen Problemstaus. Das verdeutlicht sich in einer facettenreichen Symptomatik, die von Zunahme der Gewalt, des politischen Radikalismus, ausschreitender Ausländerfeindlichkeit bis hin zu einer Kriminalitätsexplosion reicht.

Die Problem- und Konfliktentwicklungen bewirken, daß z.Z. die zwischenmenschliche Kultur im Abbau und in der Verkümmerung begriffen ist. Dabei ist sich jeder selbst der nächste. Man verzeichnet einen Verlust an sozialer Sicherheit und elementarer Humanität. Egozentrismus mit rücksichtslosen Eigenheiten und die soziale Gleichgültigkeit gegenüber Mitmenschen objektivieren sich sichtbar. Dazu kommt eine "Ideologie der Abrechnung" als zersetzendes mentales Element. Diese "Ideologie der Abrechnung" verfehlt jedoch ihre eigentlichen Zielgruppen. Die soziale Destruktivität in Ostdeutschland ist einerseits ein Nachhall der alten Gesellschaft, andererseits schaukelt sie sich hoch an den gegenwärtigen Bedingungen sozialer Ungleichheit. Ein "sozialdarwinistischer Lebenskontext" ist gesellschaftliche Realität. Die soziale Desorganisation ist noch nicht zum Stillstand gebracht worden.

Die Wiederentdeckung des Lebenskampfes, dem man sich zu stellen hat, ist eine völlig neuartige Erfahrung für Ex-DDR-Bürger aus der Mangel- und Hospitalisierungsgesellschaft. Diese zugespitzten Prozesse sozialer Ungleichheit gehen zu Lasten und auf Kosten von Ausländern.

Das Problem der Ausländerfeindlichkeit darf nicht auf Situationsbilder und eine verkürzte Perspektive reduziert werden. Es geht um die Aufdekkung vielfältiger Zusammenhänge einschließlich einer geschichtlichen Aufarbeitung. Auch sog. Großkampagnen sind kein Königsweg zur Aufhebung der Ausländerfeindlichkeit.

Literaturverzeichnis

Brück, W.: Jugend als soziales Problem, in Friedrich, W./Griese, H. (Hrsg.) Jugend und Jugendforschung in der DDR, Oplanden 1991, S. 199ff.

Brück,W.: Skinheads vor und nach der Wende in der DDR, in: Gessenharter,W./Förchling, H. (Hrsg.): Minderheiten - Störpotential oder Chance für ein friedliche Gesellschaft, Baden-Baden 1991, S. 163 ff.

Farin, K./Seidel-Pielen, E.: Krieg in den Städten, Berlin 1991

Geiger, K.: Nationalistische und postnationalistische Diskurse im Verteilungskampf in der Bundesrepublik Deutschland, Vortrag, Hamburg 1990

Memmi, A.: Rassismus, Frankfurt/Main 1987

TAZ-Interview mit Jürgen Schröder vom 16.1.1990

Vivelo, F.R.: Handbuch der Kulturanthropologie, München 1988

Rechtsanwalt Dr. Zieger

Die rechtliche Situation der Ausländer in der ehemaligen DDR nach der Wende

Vortrag gehalten auf der Vietnamkonferenz
am 12. März 1992 in Berlin

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie Ihnen sicher bekannt ist, habe ich ein Gutachten zur aufenthaltsrechtlichen Situation ehemaliger Vertragsarbeitnehmerinnen und Vertragsarbeitnehmer erstellt, was keineswegs Anspruch auf Unfehlbarkeit, Vollständigkeit und vollständige Richtigkeit erhebt.



Gerold Paulus

Das Hauptproblem der rechtlichen Position, die hier diskutiert werden soll, ist meines Erachtens die bestehende Behördenpraxis.

Die Behörden haben, soweit ich informiert bin, überall die ehemaligen DDR- Aufenthaltsrechte vietnamesischer VertragsarbeitnehmerInnen lediglich in Aufenthaltsbewilligungen des neuen Ausländergesetzes umgewandelt. Eine Ausnahme bilden die, die bis zum 1.1.1991 bereits 8 Jahre in Deutschland gelebt haben. Sie erhielten eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder sogar eine Aufenthaltsberechtigung.

Es gilt in diesem Zusammenhang zwei Fragen zu beantworten:

1. Ist die Behördenpraxis, die vietnamesischen Vertragsarbeitnehmerinnen und Vertragsarbeitnehmern nur eine Aufenthaltsbewilligung zugesteht, rechtmäßig?
2. Ist diese Behördenpraxis nicht rechtmäßig oder zumindest zweifelhaft - was können wir dagegen tun?

1. Dreh- und Angelpunkt der ganzen Auseinandersetzung ist der Einigungsvertrag, der uns die Schwierigkeiten mit auf den Weg gegeben hat. Im Einigungsvertrag heißt es an versteckter Stelle etwa wie folgt: Ab ersten Januar gilt im ganzen Bundesgebiet das neue Ausländergesetz - und - die im Beitrittsgebiet bestehenden aufenthaltsrechtlichen Positionen werden in die entsprechenden Aufenthaltsgenehmigungen § 5 AuslG überführt. Der letztere ist der entscheidende Satz. Der juristische Teufel steckt im kleinen Detail.

Was ist das "entsprechende Aufenthaltsrecht"? Darüber streiten sich die Gelehrten, darüber streiten sich die Behörden und die Betroffenen.

Wir müssen zunächst prüfen:

Was war eigentlich die aufenthaltsrechtliche Position der vietnamesischen Arbeiter und Arbeiterinnen in der DDR und darüber hinaus bis zum Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes am 1.1.1991?

Die Vertragsarbeitnehmerinnen und Vertragsarbeitnehmer hatten regelmäßig eine Aufenthaltsgenehmigung für einen länger befristeteten Aufenthalt nach § 2b Ausländeraufenthaltsverordnung der DDR.

Dies bedeutete, sie hatten einen Anspruch auf die im Regierungsabkommen und im Arbeitsvertrag genannte Arbeit innerhalb einer bereits vorgesehenen Frist.

Als auch in der DDR noch vor dem Beitritt 1990 die Pflicht, eine Arbeitserlaubnis zu haben, eingeführt wurde, hatten sie selbstverständlich auch das Recht auf Erteilung dieser Arbeitserlaubnis.

Durch die Veränderungsverordnung vom 13. 6. 1990 wurden ihnen darüber hinaus weitere Rechte gegeben. Diese Veränderungsverordnung brachte den VertragsarbeitnehmerInnen Vorteile und Nachteile.

Die Nachteile sind bekannt: Die erleichterte Kündigungsmöglichkeit der Betriebe gegenüber ausländischen VertragsarbeitnehmerInnen.

Für die Übergangszeit gab es Abfindungsangebote.

Für diejenigen, die für die ursprünglich vorgesehene Zeit hierbleiben wollten, gab es neue zusätzliche Rechte:

1. Recht auf weiteren Aufenthalt bis zum Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Vertragsdauer, auch wenn das Arbeitsverhältnis beendet war.
2. Recht auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis auch für eine andere als die bisher ausgeübte Tätigkeit.
3. Das Recht auf Leistungen des Arbeitsamtes wie Arbeitsvermittlung, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe.
4. Das Recht auf Erteilung einer Gewerbeerlaubnis für eine selbständige unternehmerische Tätigkeit, meistens Reisegewerbe.

Diese Bestimmungen der Veränderungsverordnung entsprachen auch der Neufassung des Regierungsabkommens, das Vietnam am 13.5.1990 unterschrieb. Darüberhinaus sah das Regierungsabkommen vor, daß vietnamesiche Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer ganz aus dem Geltungsbereich des Abkommens entlassen werden.

Die Einführung des neuen Arbeitserlaubnisrechts, Arbeitsförderungsgesetzes und der Arbeitserlaubnisforderung nach dem 1.1.1991, entsprechend der neuen Rechtslage des Bundesrechts, hat hieran nichts geändert, denn diese Veränderungsverordnung gilt nach ausdrücklicher Regelung im Einigungsvertrag weiter fort.

Nun kommen wir zu der Frage: Welches ist die entsprechende Aufenthaltsgenehmigung nach dem neuen Recht?

Der § 5 AuslG. bietet mehrere Möglichkeiten an:

- eine normale Aufenthaltserlaubnis nach § 15 AuslG
- vielleicht sogar eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis § 24 AuslG
- eine Aufenthaltsberechtigung nach § 26 AuslG
- eine Aufenthaltsbewilligung nach § 28 AuslG
- oder eine Aufenthaltsbefugnis nach § 30 AuslG

Für die ehemaligen VertragsarbeitnehmerInnen kommt ernsthaft der Aufenthaltsstatus einer Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsbewilligung in Frage.

Laut § 15 des AuslG wird eine Aufenthaltserlaubnis dann erteilt, wenn

der Aufenthalt ohne Bindung an einen bestimmten Zweck erlaubt wird.

§ 28 AuslG beinhaltet genau das Gegenteil - eine Aufenthaltsbewilligung erhält derjenige Ausländer, der für einen bestimmten klar abgrenzbaren Zweck die Aufenthaltsgenehmigung bekommen hat. Der Aufenthalt ist zweckgebunden, z.B. Auszubildende, Studenten, Menschen, die hier eine Krankheit ausheilen wollen usw..

Welche dieser beiden Aufenthaltsgenehmigungen ist nun die richtige - Aufenthaltsbewilligung oder Aufenthaltsgenehmigung?

Der Gesetzgeber hat dies nicht geregelt, sondern er sagt nur, die "entsprechende Genehmigung" ist zu erteilen.

Geregelt hat das der Verordnungsgeber, nämlich der Bundesinnenminister in Benehmen mit dem Bundesrat.

In § 11 Abs. 3 der Arbeitsaufenthaltsverordnung (AAV) steht sinngemäß, daß allen Vertragsarbeitnehmern lediglich eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen ist. Nur diejenigen, die länger als 8 Jahre ab 1.1.1991 hier sind, erhalten entweder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder vielleicht sogar eine Aufenthaltsberechtigung.

Genauso wie es in der Aufenthaltsverordnung geregelt ist, steht es auch in den Anwendungshinweisen des Ausländergesetzes, welche das Bundesinnenministerium herausgegeben hat - Anwendungshinweis § 94 AuslG.

Jetzt ist erstens zu klären, sind diese Vorgaben bindend?

Was die Anwendungshinweise betrifft, so handelt es sich lediglich um unverbindliche Meinungsäußerungen des Bundesinnenministeriums.

Das Bundesinnenministerium gibt hier eine Interpretationshilfe, die allerdings die nachgeordneten Behörden ein Stück weit bindet - aber nicht die Gerichte und auch nicht die Betroffenen.

Schwieriger wird es mit dem § 11 Abs. 3 der Ausländerverordnung, denn eine Rechtsverordnung ist Recht und muß im Prinzip angewandt werden.

Sie darf und braucht nur dann nicht angewandt werden, wenn sie ihrerseits unwirksam ist.

Eine Rechtsverordnung darf dann von der Exekutive erlassen werden, wenn es dafür eine gesetzliche Ermächtigung gibt.

In diesem Fall ist eine gesetzliche Ermächtigung im § 10 Abs. 2 AuslG enthalten. Dort heißt es:
"Der Innenminister bestimmt mit Zustimmung des Bundesrates die Voraussetzungen und Begrenzungen für Aufenthaltsgenehmigungen zur Ausübung einer unselbsständigen Erwerbstätigkeit. Soweit es für die Wahrung der Interessen der Bundesrepublik und der von ihr eingegangenen Verpflichtungen erforderlich ist, sind Beschränkungen auf bestimmte Berufe und bestimmte Gruppen von Ausländern und auch der Ausschluß der Erteilung einer unbefristeten Aufenthaltserlaubnis zulässig."

In diesem Rahmen erlaubt das Gesetz dem Bundesinnenminister mit Zustimmung des Bundesrats, Rechtsverordnungen zu erlassen.
Der Bundesinnenminister beruft sich auf eben diese Rechtsgrundlage für diese Verordnung, für die Entscheidung, vietnamesischen VertragsarbeiterInnen lediglich eine Aufenthaltsbewilligung zu erteilen.

Der § 10 Abs. 2 AuslG regelt aber den Normalfall, nicht die Übergangszeit.
Er ist eine Bestimmung, die die Rechtslage derjenigen regelt, die ab Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes zum Zweck der Erwerbstätigkeit in die Bundesrepublik einreisen wollen.
Das ist aber nicht die Situation der ehemaligen VertragsarbeitnehmerInnen - sie sind schon da, haben gearbeitet und wollen weiterhin hier arbeiten. Der Einigungsvertrag sieht gerade nicht vor, daß das Bundesinnenministerium hier durch eine Rechtsverordnung irgendetwas einschränkend rechtlich ändert oder reguliert.
Wenn diese Ausgangsposition richtig ist, dann bietet der § 10 Abs.2 AuslG keine ausreichend gesetzliche Grundlage dafür, daß im § 10 Abs. 3 AAV ehemaligen Vertragsarbeitnehmern nur eine Aufenthaltsbewilligung zuerkannt wird. Dann hat hier das Bundesinnenministerium seine Kompetenz überschritten. Es gilt dann weiterhin das einfache Gesetz, das Vorrang hat vor jeder Rechtsverordnung und dort heißt es eben schlicht und ergreifend - die "entsprechende Aufenthaltsgenehmigung" ist zu erteilen.

Nachdem diese Hürde geschafft ist, stellt sich nun die entscheidende Frage, welches ist denn nun wirklich der "entsprechende" Aufenthaltstitel? Die Frage scheint mir dann relativ leicht beantwortbar zu sein.

Vergleichen wir die Rechtsposition der vietnamesischen VertragsarbeitnehmerInnen mit den Fällen, wo sonst eine Aufenthaltsbewilligung erteilt wird, dann zeigt sich, daß die Positionen nicht vergleichbar sind - jedenfalls nicht vergleichbar seit Inkrafttreten der Veränderungsverordnung.

Durch die Veränderungsverordnung wurde die Koppelung des Aufenthaltsrechts an ein bestimmtes Arbeitsrecht aufgehoben.

D.h.:

- Arbeitgeber konnten kündigen
- der Arbeitnehmer konnte einen Antrag auf Befreiung stellen, wenn er eine neue Arbeit nachweisen konnte
- er konnte eine andere Arbeit ausüben
- er konnte eine unselbständige Erwerbstätigkeit ausüben, d.h. er konnte sich sogar als Unternehmer, Kleinunternehmer niederlassen.
- seine Aktivitäten werden nur noch durch wirtschaftliche und nicht durch rechtliche Faktoren begrenzt.

Diese Aufenthaltsposition ist seit Mitte 1990 nicht mehr an einen bestimmten Zweck oder eine bestimmte Grundlage im Regierungsabkommen gekoppelt gewesen

Deshalb ist allein die Aufenthaltserlaubnis die richtige Aufenthaltsposition.

Ob eine befristete oder unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung erteilt wird, ist dann eine andere Frage.

Die Aufenthaltserlaubnis wird regelmäßig befristet und nur unter bestimmten Vorraussetzungen, z.B. 5 Jahre Aufenthalt, unbefristet erteilt. Nach 8 Jahren kommt dann evtl. die Aufenthaltsberechtigung in Betracht.

Meines Erachtens haben ehemalige VertragsarbeitnehmerInnen also entweder sogar Anspruch auf eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis oder Aufenthaltsberechtigung, mindestens jedoch auf die Erteilung einer normalen Aufenthaltserlaubnis nach § 15 AuslG.

Nun zu den rechtlichen Kosequenzen der unterschiedlichen Aufenthaltstitel, denn diese sind bedeutsam.

Die Aufenthaltsbewilligung darf nach Beendigung des Zwecks regelmäßig nicht verlängert werden. Der Ausländer ist gezwungen auszureisen und

darf erst ein Jahr nach der Ausreise wieder einen Antrag auf eine Einreisegenehmigung oder ähnliches stellen.

Eine Ausnahme besteht nur, wenn der Ausländer einen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsgenehmigung hat, z.B. wenn er deutschverheiratet ist oder wenn die Erteilung eines verlängerten Aufenthaltes ausdrücklich im Interesse der Bundesrepublik liegt.

D.h. also nur in den seltensten Fällen kann aus einer Aufenthaltsbewilligung ein Daueraufenthalt werden. Des weiteren hat der Ausländer nach § 2 Abs. 1 Nr. 6 der Arbeitserlaubnisordnung keinen Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis jeder Art, selbst wenn er schon 6 Jahre mit einer Aufenthaltsbewilligung hier gelebt hat.

Die Aufenthaltserlaubnis dagegen ist nicht an einen bestimmten Zweck gebunden. Der Ausländer hat zwar hier auch nicht immer die Sicherheit, seinen Aufenthalt verlängert zu bekommen, die Behörde hat einen weiten Ermessensspielraum. Sie muß die Dauer des Aufenthalts, den Grad der Integration, die Gefahr für Leben und Gesundheit, aber auch die Möglichkeiten der wirtschaftlichen Betätigung bei erzwungener Rückkehr ins Heimatland und ähnliches berücksichtigen.

Die Aufenthaltserlaubnis bietet also eine begründete Chance auf einen Daueraufenthalt unter bestimmten Voraussetzungen.

Außerdem hat hier jeder Ausländer Anspruch auf eine Arbeitserlaubnis jeder Art nach 6 Jahren Aufenthalt, § 2 Abs. 1 Nr. 6 AEVO.

Ich denke also, es lohnt sich, für eine Aufenthaltserlaubnis für ehemalige VertragsarbeitnehmerInnen einzutreten.

Welche Möglichkeiten gibt es da?

Die Behörden haben durch Stempeleindruck oder durch Aufkleber in den Paß den betroffenen Ausländern eine Aufenthaltsbewilligung erteilt, ohne damit eine Rechtsmittelbelehrung verbunden zu haben.

Dies bedeutet laut § 58 Abs. 2 der Verwaltungsgerichtsordnung, daß betroffene Ausländer **innerhalb eines Jahres Widerspruch** erheben können.

Über den Widerspruch entscheidet die nächsthöhere Behörde - in Berlin die Senatsverwaltung für Inneres.

Ist dann die Widerspruchsentscheidung auch negativ, kann Klage beim Verwaltungsgericht oder solange es das im Beitrittsgebiet noch nicht gibt,

beim Kreisgericht erhoben werden.

Dieser Rechtsmittelweg sollte solange gegangen und erprobt werden, solange noch nicht durch eine höchstrichterliche Entscheidung das Gegenteil klargestellt wird. In einen Präzidenzverfahren wird dann das Bundesverwaltungsgericht entscheiden, ob die rechtliche Konstruktion, die ich eben vorgeführt habe, haltbar ist oder nicht.

Die Verfahren dauern in der Regel sehr lange.

Wenn die bisherige Aufenthaltsbewilligung abläuft, ist ein Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung zu stellen. In diesem Antrag ist klarzustellen, daß man eine Aufenthaltserlaubnis oder eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis haben möchte und nur hilfsweise eine Verlängerung der Aufenthaltsbewilligung.

Die Behörde wird in der Regel nur die Aufenthaltsbewilligung als solche verlängern, wenn überhaupt die ursprüngliche Vertragsdauer dafür spricht. Dagegen ist dann erneut Widerspruch einzulegen.

Schwierig wird es in den Fällen werden, in denen die ursprüngliche Vertragsdauer abläuft, wenn das Widerspruchsverfahren zwar eingeleitet, aber noch keine richterliche Entscheidung getroffen worden ist und die Behörde den Verlängerungsantrag mit dem Hinweis auf die Aufenthaltsbewilligung ablehnt. Dabei ist folgendes zu beachten: **Vom Zeitpunkt der Antragsstellung bis zur Behördenentscheidung ist der Aufenthalt auch über den Stichtag hinaus erlaubt.** Das ergibt sich direkt aus dem § 69 Abs. 3 AuslG.

Dort heißt es sinngemäß: Hält sich jemand länger als 6 Monate in der BRD auf und stellt er einen Antrag auf Verlängerung der Aufenthaltsgenehmigung, gilt sein Aufenthalt als erlaubt bis die Behörde anders entscheidet.

Die Behörde ist dann verpflichtet, dies auch im Paß durch eine Bescheinigung zu dokumentieren. In Berlin wird die ausländerbehördliche Erfassung durch einen Stempel dokumentiert.

Der Betroffene darf dann auch weiterhin arbeiten.

Hat die Behörde allerdings negativ entschieden, endet der erlaubte Aufenthalt, obwohl noch keine richterliche Entscheidung vorliegt.

Die Rechtsordnung der Bundesrepublik besagt zwar, daß immer dann, wenn eine Widerspruch oder Klage erhoben wurde, dies aufschiebende Wirkung hat, d.h. daß Behörden nicht gegenteilige Entscheidungen durchsetzen können. Das gilt aber nicht für das Ausländerrecht.

Die Regelung im § 72 AuslG besagt, daß die Behörde ihre Entscheidung gleich durchsetzen kann.

Dagegen kann man sich nur mit einem Eilantrag an das Verwaltungsgericht oder die Kammer für Verwaltungssachen im Kreisgericht schützen. Das geht aus der Verwaltungsgerichtsordnung, § 80 Abs. 5, hervor.

Für dieses ganze komplizierte Verfahren ist es unbedingt erforderlich, daß Beratungsstellen gemeinsam mit Rechtsanwälten Formulare entwickeln. Ebenfalls ist für die erforderliche Eilentscheidung an das Bundesverwaltungsgericht eine anwaltliche Einzelvertretung notwendig.

Es ist Aufgabe der Betroffenen und ihrer Vertretungen, in jeder Stadt Anwälte zu finden und zu motivieren sich in dieses Recht einzuarbeiten, denn eine Vertetung vor Ort ist unbedingt erforderlich.

Zum Schluß einige wenige erste Erfahrungen mit diesen Rechtsmitteln.

Wir haben bisher von zwei verschiedenen Reaktionen gehört.

Die eine war: Der Widerspruch ist unzulässig, denn die Umwandlung des Aufenthaltsrechts in die Aufenthaltsbewilligung ist gar kein Verwaltungsakt und deshalb kann auch kein Widerspruchsverfahren eingeleitet werden.

Die Antwort auf diesen Bescheid muß dann sinngemäß so lauten:

Ich weise Sie darauf hin, daß dies sehr wohl ein Verwaltungsakt ist und fordere Sie auf, gemäß dem Gesetz förmlich über den Widerspruch zu entscheiden mit einer Rechtsmittelbelehrung.

Man kann und sollte auch darauf hinweisen, daß dann, wenn die Behörde nicht innerhalb von 3 Monaten entschiden hat, das Recht besteht, eine Untätigkeitsklage gegen die Behörde beim Verwaltungsgericht zu erheben, § 75 VwGO.

Die zweite Reaktion der Behörde war: Der Widerspruch ist unzulässig, denn der betroffene Ausländer ist nicht beschwert, denn er hat ja eine Aufenthaltsgenehmigung. D.h dem betroffenen Ausländer ist durch die erteilte Aufenthaltsbewilligung kein Nachteil entstanden.

Dies ist ein heimtückisches Argument. Der Betroffene, der eine Klage erheben oder einen Widerspruch einlegen will, muß geltend machen, daß er in seiner Rechtsstellung verletzt ist, daß ihm durch die Behördenentscheidung Nachteile entstehen.

Da der Unterschied zwischen einer Aufenthaltsbewilligung und einer

Aufenthaltserlaubnis, wie schon ausgeführt, so deutlich ist, ist das oben genannte Argument ein unzulässiges Argument.

Auch hier muß auf einer förmlichen Widerspruchsentscheidung bestanden und notfalls (Untätigkeits-)Klage erhoben werden.



Comic zum rapiden Attraktivitätsverlust der Rückkehrer nach Aufzehren ihrerErsparnisse in Mosambik

Elke Ahrens / Sigrid Müller

"Ohne Perspektive"

Zur Situation der Rückkehrer aus der Ex-DDR in Mosambik

Obwohl die Regierungsabkommen zwischen der ehemaligen DDR und Mosambik bzw. Angola auch nach dem 3.10.1989 als gültig anerkannt worden sind, verloren Tausende mosambikanischer Fremdarbeiter ihre Arbeit und wurden mit Hilfe finanzieller Anreize so schnell wie möglich nach Mosambik zurückgeschickt. Viele der Betroffenen erhielten - teils aus Unkenntnis ihrer Rechte, - teils aus bewußter Nichteinhaltung der Verträge seitens der Betriebe , weder die ihnen zustehenden Ausgleichszahlungen in Höhe von 70% des bisherigen Nettodurchschnittslohns durch den Betrieb für die Dauer von mindestens drei Monaten noch die einmalige Entschädigung durch den Betrieb vor der Ausreise in Höhe von 3000,- DM.

Erst auf massiven öffentlichen Druck hin betrieben die Ausländerbehörden eine qualitativ bessere Informationspolitik; aber da war auch schon der größte Teil der ehemals 16.000 in der Ex-DDR beschäftigten Mosambikaner ausgereist. Diese wurden in Mosambik mit einer Situation konfrontiert, auf die sie nicht im geringsten vorbereitet waren. Wurden die ersten der bis heute über 14.000 zurückgekehrten Mosambikaner noch freudig auf dem Flughafen in Maputo empfangen, so schlug späteren Rückkehrern teilweise offener Haß entgegen. Das hat mehrere Ursachen:

Die Situation der "Regressados" ist äußerst prekär. Zum einen erhielten sie keine Unterstützung von ihrer eigenen Regierung, verloren im Gegenteil beim Zwangsumtausch des ihnen zustehenden Geldes in Meticais (60% des erarbeiteten Lohnes wurde auf einem Sonderkonto einbehalten) noch 35% (von den oben genannten 60%) durch Abzug sogenannter Verwaltungskosten, erhielten des weiteren einen schlechten Umtauschkurs und mußten darüberhinaus oft monatelang auf die Abwicklung ihrer Formalitäten warten.

Auf der anderen Seite sind die Rückkehrer im Gegensatz zu den im Lande lebenden Mosambikanern und Rückkehrern aus anderen Staaten zu-

nächst einmal wohlhabender, besser gekleidet und erwecken Neid und Aufsehen mit ihren Kühlschränken, Video- und Hifi-Geräten. Bestehen noch Verbindungen zu ihren Familien, so erheben diese häufig Anspruch auf Geld und Güter.

Spannungen bestehen aber nicht nur innerhalb der Familien, sie gehen weit darüber hinaus. Die wirtschaftliche Lage in Mosambik hat sich nicht verbessert in den letzten Jahren. War vor dem Vertragsabschluß mit der Weltbank und dem IWF die Mehrheit der Bevölkerung relativ "gleich arm", zumindest homogener, so stellt sich die jetzige Situation wesentlich differenzierter dar. Große Teile der Bevölkerung verarmen immer mehr, einige wenige schaffen es mit kleineren Wirtschaftsaktivitäten, ihre Lage zu verbessern und erwecken so den Eindruck einer neu entstehenden Mittelschicht. Einhergegangen mit den wirtschaftlichen Veränderungen und der zur scheinbaren Normalität gewordenen Kriegssituation ist ein hoher Anstieg von Kriminalität und Lynchjustiz - dies vor allem in der Hauptstadt Maputo. Polizei und Staat erweisen sich als vollkommen machtlos; oftmals werden auch Verstrickungen zwischen Polizei und kriminellen Banden vermutet.

In diese katastrophalen Verhältnisse zurückgekehrt, finden sich die "Ma-Germans" größtenteils nicht zurecht. Ihre persönliche Lage hat sich enorm verschlechtert gegenüber ihrer - gewiß nicht optimalen - früheren Situation in der DDR. Da die meisten keine Arbeit und/oder Wohnung finden, stehen sie trotz ihrer "Mitbringsel" ohne Perspektive da. Von der heimischen Bevölkerung werden sie abgelehnt, als "trouble-maker", zu fixiert, zu wenig flexibel empfunden, als Sündenbock für die entsetzliche herrschende Kriminalität benutzt. Sicherlich gibt es auch einige, die aufgrund dieser schwierigen Bedingungen in die Kriminalität abrutschen.

So ist es kein Wunder, daß sie teilweise die Zeiten in der DDR verklären, manchmal sogar den dort erlebten Rassismus leugnen und am liebsten sofort wieder in das Ausland zurückkehren möchten. In Gesprächen mit den Betroffenen fällt auf, daß sie sich nicht identifizieren können mit ihrem Heimatland, daß sie sich nicht fähig fühlen, Eigeninitiative zu ergreifen und daß sie sehr hohe Erwartungen an Hilfe von außerhalb stellen.

Die Integration der Rückkehrer wird eine äußerst schwierige Aufgabe der nächsten Jahre sein. Damit die isolierte Position der Rückkehrer aus der Ex-DDR nicht noch verstärkt wird, ist zu überdenken, ob eine gesonderte Förderung dieser Gruppe das Problem nicht nur erhöht, ob nicht auch bessere Modelle zur Integration von Rückkehrern aus allen Ländern entwickelt werden können.

Grundsätzlich müßten jedoch sowohl die mosambikanische Regierung wie auch verantwortliche Stellen in der BRD mehr Verantwortung übernehmen. Die Rückkehrer fühlen sich zurecht als "Gastarbeiter" in der Ex-DDR ausgenutzt, von der vereinigten BRD abgeschoben und von der eigenen Regierung im Stich gelassen. Zu fordern sind zumindest:

- eine Erfassung der Rückkehrer und ihrer jeweiligen Qualifikation
- eine Bedarfserhebung für Mosambik
- umfassende Informationsmöglichkeiten für die Rückkehrer über ihre Rechte und Möglichkeiten
- ein auf die realen Verhältnisse in Mosambik abgestimmtes Fachkräfteprogramm *(s. Kapitel zum Fachkräfteprogramm)*
- eine qualifizierte Unternehmensberatung
- sowie Kreditvergabe und Förderprogramme zur Existenzgrün dung.

Andernfalls wird ein Großteil der nach Mosambik zurückgekehrten Menschen für die Entwicklung des Landes verlorengehen, wird im Gegenteil die Welle von Kriminalität und Lynchjustiz sich ausdehnen und das ohnehin von Krieg, Hunger und Abhängigkeiten gebeutelte Mosambik mit einem weiteren Problem belastet.

WENN ICH GEWUßT HÄTTE, DAß ALLES SO SCHLECHT IST ...

Der folgende Brief erreichte den KKM von Acaçio Sitoi, einem mosambikanischen Arbeiter und Musiker, der an den Kulturwochen in Dortmund und Bielefeld teilnahm. Er ist am 17.11.90 aus der Ex-DDR nach Mosambik zurückgekehrt. Seine Situationsbeschreibung steht stellvertretend für viele andere zurückgekehrte Mosambikaner/innen. Übersetzt haben ihn Adamo Matsinhe und Rainer Tump

Liebe Freundinnen und Freunde vom Dritte Welt Haus in Bielefeld und vom Koordinierungskreis Mosambik,

Gesundheitlich geht es mir gut, es gibt nichts zu klagen. Ich möchte gerne wissen, wie es Euch geht. Herr Rainer, wie läuft die Arbeit? Ich habe Heimweh nach Euch.

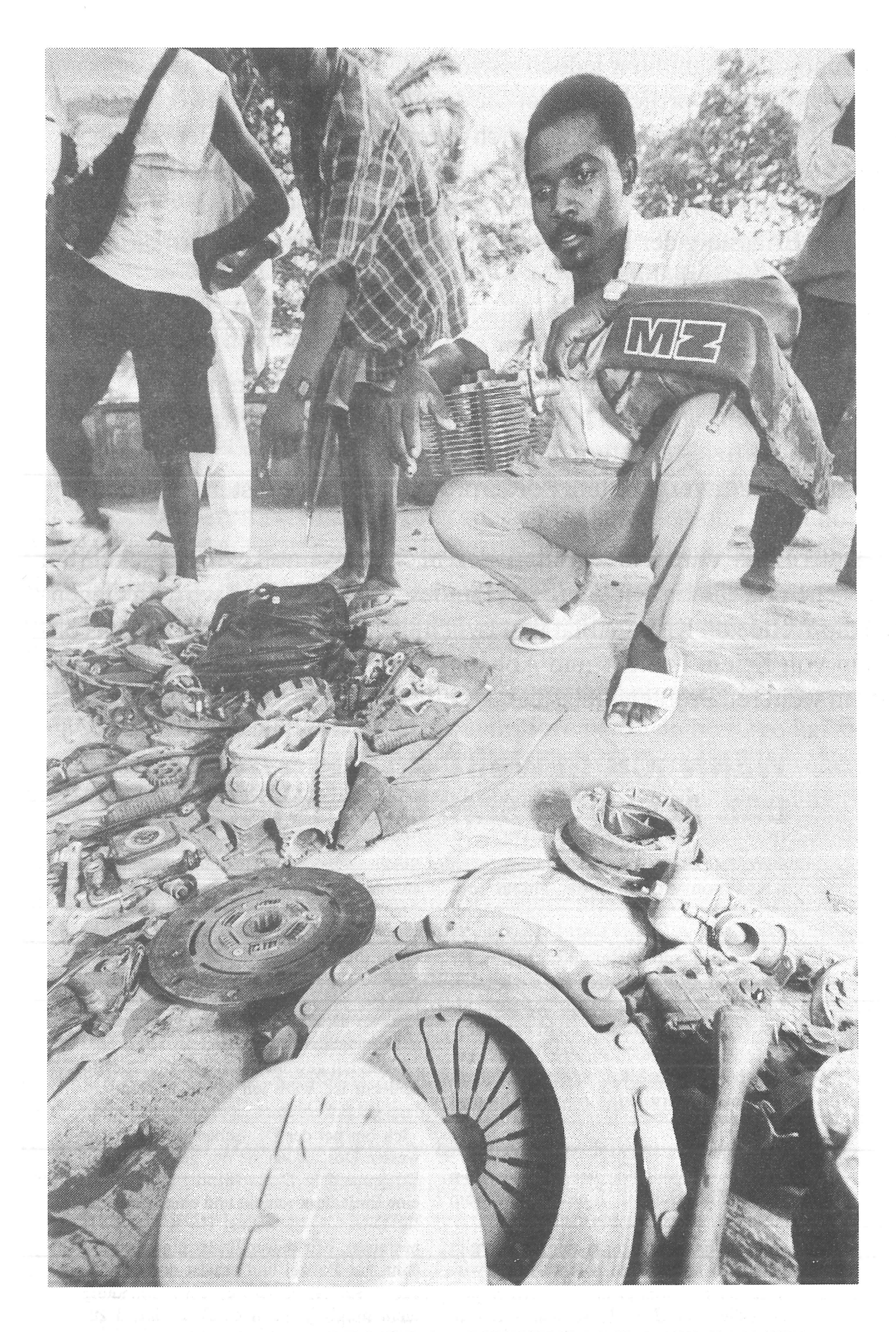
Hier in Mosambik läuft alles ganz schlecht. Ich habe keine Arbeit, alles ist sehr teuer. Es gibt viele Diebe hier. Diese Leute gehen immer mit Pistolen umher. Sie klingeln an den Haustüren. Wenn man aufmacht, nehmen sie alles mit, was du in der Wohnung hast. Wenn Du nicht mitmachst, bringen sie dich um. So ergeht es allen, die aus Deutschland zurückgekehrt sind. Wir werden oft auch auf der Straße von solchen Leuten angegriffen. Die meinen, wir hätten viel Geld und viele Sachen aus Deutschland mitgebracht.

Wenn ich gewußt hätte, daß alles hier so schlecht ist, wäre ich gleich in Deutschland geblieben. Jetzt ärgere ich mich sehr.

Ich bin bei der Deutschen Botschaft gewesen. Dort haben sie mir gesagt: "Wenn Du jemand in Deutschland hast, der Dir eine Einladung schickt und eine Erklärung für Dich abgibt, kannst Du in die BRD ausreisen. Mit dieser Erklärung gehst Du dann zur Polizei und erhälst dort ein Visum". Sie sagen, daß es ohne Einladung nicht möglich sei, nach Deutschland zurückzugehen.

So, das Papier ist langsam alle und ich mache Schluß mit meinem kleinen Brief.

Ich grüße Euch alle ganz herzlich
Euer Freund Acaçio



Heimkehrer aus der DDR verkaufen MZ-Ersatzteuile auf dem Markt (Maputo)
Mosambik - Januar 1992 **R.Liebmann**

Wahid Wahdatehagh

Nationalismus oder globale Orientierung?

Der folgende Beitrag gliedert sich in drei Abschnitte. Im ersten Abschnitt gehe ich auf die Organisationsstruktur der "Neuen Rechte" ein. Im zweiten Abschnitt werde ich mich mit den Argumenten eines heute in Deutschland arbeitenden rechtsradikalen Juristen auseinandersetzen. Und im letzten Abschnitt versuche ich skizzenhaft Lösungsperspektiven jenseits des katastrophisch-nationalen Denkens zu entwickeln.

I. Die braune Katastrophe.

Die deutsche Einheit hat die Hoffnungen auf das Allheilmittel der Deutschen Mark für viele Menschen zunichte gemacht und eine neue sozioökonomische, ideologische und politische Krisenbedingung hervorgerufen.

Der Dauerminderwertigkeitskomplex des deutschen Durchschnittsbürgers führt im Jahre 1992 zum Rechtsradikalismus, als einen festen Bestandteil der Bundesrepublik. Der Nationalismus wird wieder zum Primat der Politik. Die selbstdestruktiven Rechtsextremisten werden im Namen der Demokratie von namhaften Politikern gedeckt und fühlen sich sogar von der Verwendung ihres eigenen Kampfbegriffes "Faschist" denunziert. In der Tradition der Nationalsozialisten präsentieren sie sich dennoch als nationalrevolutionäre Organisationen. Manche verschleiern sich in namentlich demokratischen Organisationen und Parteien, verfolgen aber ein gemeinsamens Ziel: Propaganda gegen Gewerkschaften und gegen Immigranten. Den Rassismus haben sie sich besonders groß auf die Fahnen geschrieben.

Rechtsextremistisch-neofaschistische Gruppen versuchen in der besten Tradition von Nationalrevolutionären die verletzte nationale Identität der Deutschen zu kurieren und die nationalsozialistische "Blut- und Boden" Ideologie mit aktuellem Umweltschutzdenken zu mischen, als ob die ökonationale Identität eine Antwort auf die interdependenten Probleme der Einen -Welt-Gesellschaft im Übergang zum 21.Jahrhundert sein könnte.

Es scheint, als ob die Demokratisierung der deutschen Gesellschaft in der Nachkriegszeit durch Maßnahmen der amerikanischen "Reeducation"

nicht gegriffen hat. Auch die sozialistische Einheitspartei hat offensichtlich keine tiefe Spuren im Bewußtsein des Deutschen hinterlassen und produzierte lediglich eine "Zwangsideologie".

Im folgenden möchte ich kurz auf die potentiell faschistischen Organisationen eingehen. Die "Neue Rechte" unterscheidet sich in ihren Kampfformen von den traditionellen Nazigruppen. Die Republikaner bestehen z.B. auf ihr demokratisches Image, worauf die DVU/NPD eher verzichten können. Erinnern wir uns zurück an die "Aktion Widerstand", die ihre primitiven Agressionen nicht nur gegen sogenannte Ausländer richtete, sondern "Brandt an die Wand" wünschte. Schon im Jahre 1972 gründete der "nationalrevolutionäre" Henning Eichberg die Aktion Neue Rechte (ANR). Er übernahm erfolgreich Argumentationslinien der Linken und propagierte einen "europäischen Sozialismus". Nationalstaatliche Mechanismen unter der deutschen Hegemonie sollen auf die europäische Ebene angehoben werden. Eichberg rief eine neue "Nation Europa" aus. Die ANR spaltete sich seit 1974 in vielen Splittergruppen. Dank der linken Beliebigkeit und Orientierungslosigkeit wurde im Jahre 1987 ein Beitrag von Herrn Eichberg in dem linken Heft "Niemandsland" veröffentlicht. Er schrieb: "Die Verbarrikadierung gegen die nationale Frage ist zugleich die Verschanzung gegen die neuen sozialen Bewegungen." Weiter fragte er nach den historischen Subjekten: "Woher kommen wir? Wohin gehen wir? Wer sind wir eigentlich? Es ist die Frage nach der kollektiven Identität, hier speziell nach der nationalen Identität."[1] Der Beitrag von Herrn Eichberg wurde kommentarlos neben den Beiträgen von Herrn Peter Glotz, Klaus Hartung und Oskar Negt veröffentlicht. Kann dies als ein Barometer des politischen Klimas angesehen werden? Eine deutsche Stimmungslage im Jahre 1987 vor der Maueröffnung?

Die Nationalrevolutionäre versuchen den linken "Antiimperialismus" nachzuahmen. Die "nationale Identität" ist nach Eichberg ein Selbstbestimmungsrecht eines jeden Volkes und greift auf die Homogenitätslehre von Carl Schmitt, der Kronjurist von Hitler zurück. In diesem Sinne sei der Nationalismus ein "Gegenprinzip" zum Imperialismus und daher "potentiell revolutionär". Nicht die Welt-Gesellschaft wird als das Ganze betrachtet, sondern die Fiktion des rassisch-nationalen Volkes.

Ein weiteres Beispiel ist der Bochumer Politologe B.Wilms, der von der "Vergesellschaftung durch nationale Identität" spricht. Eine Sinnfindung sei lediglich in Bezug auf das eigene Volk, auf das eigene Vaterland, auf den eigenen Staat möglich. Wilms argumentiert biologistisch und geht von

einem Überlebenskampf der Menschen aus. In dem natürlichen Ausleseprozeß der Gesellschaft dürfe nicht interveniert werden. Biologistisch argumentierten auch die Professoren des Thule Seminars im Heidelberger Manifest vom 17. Juni 1981: "Völker sind (biologisch und kybernetisch) lebende Systeme höherer Ordnung mit voneinander verschiedenen Systemeigenschaften, die genetisch und durch Tradition weitergegeben werden."[2]

Die Deutsche Volksunion (DVU) entstand im Januar 1971. Diese Partei wird von G.Frey, der seit 1958 den größten rechtsradikalen Pressekonzern in der Bundesrepublik aufgebaut hat, unterstützt. Die sich inhaltlich sehr ähnelnden Blätter von Frey, Deutsche National-Zeitung, der Deutsche Anzeiger und die Deutsche Wochenzeitung haben eine Druckauflage von mehr als 160.000 Exemplaren. Wir können also an diesem Beispiel eines großen Verlegers beobachten, daß nicht allein die Organisationsstruktur der Neofaschisten von Bedeutung ist, sondern die Kontinuität des nazistischen Gedankenguts in den neuen Organisationen, die immer wieder unter einem anderen Namen auftauchen.

Ein auffallendes Merkmal dieser Organisationen ist, daß Einzelpersonen in verschiedenen Organisationen gleichzeitig auftauchen.

Die Nationalistische Front (NF) wurde im November 1985 gegründet. Diese Organisation tritt für einen "antiimperialistischen Dritten Weg" für Deutschland ein. Sie sprechen sich gegen den Kapitalismus und gegen den Kommunismus aus. Die NF gibt eine Zeitung namens "Klartext" heraus und beruft sich auf den Strasser-Flügel der NSDAP des Dritten Reiches.

Die Freiheitliche Deutsche Arbeiterpartei (FAP) wurde im Januar 1986 gegründet. Diese Organisation fordert eine Remigration nach Volksabstimmung, Einwanderungsstop, Ausweisung der arbeitslosen Ausländer.

Die deutsche Jugendinitiative wurde 1986 in Westberlin gegründet. Die DJI gilt als die Jugendorganisation der FAP und der NF. Die DJI versucht besonders die Skinheads und die Hooligans anzusprechen.

Die Republikaner gelten zwar als eine "demokratische" Organisation, beschmücken sich aber schon seit ihrer Gründung im November 1983 mit rassistischen Argumenten. Der heutige Demokrat Schönhuber schreibt: "Endlich kam der Einberufungsbefehl. Darauf stand als als Zielort Berlin-Lichterfelde, der Name der Truppe: Leibstandarte SS Adolf Hitler. Ich konnte es kaum fassen. Das war für mich die Elite der Elite. Das Tragen des Ärmelstreifens Leibstandarte SS Adolf Hitler war der sichtbare Ausweis, daß man zur Garde gehört, ein Prätorianer geworden ist."[3]

In den neuen Ländern werden die organisierten Faschisten auf über 20.000 Personen geschätzt. Das Potential der Militanten liegt bei 15.000.

Michael Kühnen entwarf im Januar 1990 sogar einen "Arbeitsplan Ost". Am 20.10.1990 führten Michael Kühnen, Gottfried Küssel und Christian Worch einen Aufmarsch von rund 500 Neofaschisten. Auch die Schlägertruppen vom Bodensee und aus Norddeutschland waren dabei. Das Potential für die neofaschistische Bewegung war aber auch schon Mitte der achtziger Jahre in der ehemaligen DDR zu beobachten. Die herrschende Meinung der sozialistischen Partei ging jedoch davon aus, daß der Faschismus ein Phänomen der spätkapitalistischen Gesellschaft sei und insofern im Sozialismus nicht vorkommen könne. Mit dieser verblendeten Ideologie wurde die Weiterentwicklung der faschistischen Bewegung total verdrängt."1987 kam es zu Festnahmen und Verurteilungen in diesem Spektrum - allerdings wiederum nur wegen Körperverletzung und Rowdytum"[4] Michael Kühnen schlug im Jahre 1990 den Aufbau von Kaderorganisationen und die Registrierung der Deutschen Alternative (DA) als legale Partei vor. Während die nationale Alternative (NA) in Ostberlin im Januar 1990 gegründet wurde, meldeten zwei Monate später die Rechtsradikalen in Westberlin die Deutsche Alternative (DA) an. In Berlin wurde dann ein "Berliner Block" gegründet, der als Dachverband wirken soll.

II. Die Lebensfremdheit des Herrn Ritter.

In den Zeitungen lesen wir täglich über den Zuzug von Einwanderern in den industrialisierten Norden. Es wird zwischen politischen und Wirtschaftsflüchtlingen unterschieden, als ob nicht dasselbe politische und ökonomische System mit dazubeiträgt, daß Migrationen entstehen. Wir lesen Schlagzeilen wie: "Die Armen erobern unseren Norden". "Ausländer raus" ist dann die konsequente Politik, die daraus folgt und dies in der ominösen "Festung Europa". Menschen werden in Flüchtlingsunterkünften in Deutschland getötet, verbrannt. Mal ist es die Polizei die gewalttätig gegen Flüchtlinge vorgeht, mal neofaschistische Gruppen. Und die CDU meint den Notstand ausrufen zu müssen und liefert damit den neofaschistischen Organisationen Munition, weiter Gewalt gegen Menschen auszuüben, als ob die hilflosen Flüchtlinge die Ursache aller sozialökonomischen Schwierigkeiten Deutschlands seien.

Manfred Ritter, ein Landesanwalt bei der Landesanwaltschaft Ansbach behauptet z.B., daß die Bewohner der Staaten des Südens "voll Sehnsucht in die reichen Industrieländer blicken, in denen Milch und Honig zu fließen scheinen"[5] Er schreibt: "Wehe dem Industrieland, das seine Pforten diesen Einwanderungsströmen öffnet. Es würde in kürzester Zeit so mit Menschen überschwemmt, daß es selbst zum Hungerland würde."[6] Eine neue Völkerwanderung würde alles zerstören. Die europäischen Völker seien aufgrund ihrer Abstammung miteinander verwandt. Auch aufgrund ihrer gemeinsamen Kultur und Religion wären sie dazu berufen gewesen zum gemeinsamen Nutzen zusammenzuarbeiten, als ob das Land der Christen nicht in Palästina liegen würde. Herr Ritter plädiert, daß die Europäische Gemeinschaft nicht auf nicht christliche Staaten erweitert werden darf. Die ureigensten Jagdgründe dürften nicht streitig gemacht werden.

Und aufgrund der wachsenden Weltbevölkerung könne die Devise nur lauten: radikale Abschirmung Europas und der übrigen Industrieländer vor einer Einwanderung aus diesen Ländern. Moderne Biologisten, die sogar einen Anspruch auf demokratische Gesinnung erheben, sprechen von einer "biologischen Verdrängung des Wirtsvolkes"[7] und vom Untergang der ursprünglichen Bewohner. Eine Einwanderung würde also den Lebensstandard der deutschen Bevölkerung senken und die Republik destabilisieren. Der sozialdarwinistische Blick dieses heute von der Presse und von einigen Politikern übernommenen Ansatzes wird im folgenden Satz besonders deutlich:"Die Natur bietet uns täglich das Schauspiel eines Kampfes ums Überleben bei allen Lebewesen. Eine Religion, die dieses Naturgesetz verleugnet, verleugnet auch die von Gott so gewollte Schöpfung."[8] Die Natur wolle ein Gleichgewicht herstellen, und da eine Einwanderung den Europäer in Armut stürze, müsse der Europäer um das Gleichgewicht zu erhalten, endlich die "Festung Europa" stabilisieren. Jede Idee von "One World" und Sozialismus würde somit die menschliche Natur völlig ignorieren. Eine Vermischung der Völker würde tödliche Folgen haben. "Nicht integrierbare Ausländer", "uferlose Einwanderungsströme" würden die überbevölkerten Gebiete der Schicksalsgemeinschaft Europa bedrohen. Und da Europa nicht das Sozialamt und das Krankenhaus der ganzen Welt sei, müsse das "Super-Asylrecht", das Deutschland zum Einwanderungsland für alle Armuts- und Katastrophenflüchtlinge dieser Erde mache, die letzlich doch alle Schwindler seien, abgeschafft werden und ein einheitliches, restriktives EG-Recht müsse geschaffen werden. Kriege seien auch in der Zukunft unvermeidbar, die Erde werde ein irdisches Jammertal blei-

ben. Um aber das "Todesurteil"[9] über die deutsche Bevölkerung nicht auszusprechen, müsse Europa dicht gemacht werden.

Daher plädiert Herr Ritter, daß der Selbsterhaltungstrieb befriedigt und das "Boot Europa" nicht mehr überladen werden dürfe.

III. Eine globale Orientierung ist unabdingbar.

Die Ursache der Migrationen nach Europa ist nur im Zusammenhang von den ungerechten Verhältnissen Europas mit den Staaten des Südens und des Ostens zu verstehen. Migrationen sind eine Folge des klassischen militärisch-politischen und des neuen ökonomischen Kolonialismus, der die Menschen ausbeutet und die Natur zerstört. Altvater konstatiert:"Die Migrationswellen in die Zentren des Reichtums sind daher normale Reaktionen, weil jenseits der Zentren die positionellen Güter gar nicht verfügbar sind und dennoch die Folgen ihrer Produktion und Konsumtion spürbar sind: als die sich selbst darstellende überlegene Zivilisation, als sozialer und ökonomischer Zwang der Anpassung an Gegebenheiten des Weltmarkts und als Beeiträchtigung der Umwelt. Die Migration ist der Ausdruck der eklatanten Ungleichverteilung von Zugangsmöglichkeiten zu den Waren, die aus der ausbeutbaren Mine unserer Erde geholt werden."[10] Solange auf der internationalen Ebene das Herrschaftssystem der Anarchie fest etabliert ist, kann nur das sozialdarwinistische Gesetz des Stärkeren "in seinen Spielarten von Mafia-Herrschaft über die Weltmacht-Oligarchie bis hin zum mulinationalen Manchester-Kapitalismus"[11] zur Geltung kommen. Wir brauchen eine ökologisch nachhaltige Wirtschaft, die große ökologische und ökonomische Vorteile verschafft. "Dies erfordert grundlegende strukturelle Veränderungen der sozioökonomischen und institutionellen Ordnung und ist eine wichtige weltweite Herausforderung."[12] Eine ökologisch orientierte Wirtschaft kann auch neue Arbeitsplätze schaffen und tiefgreifende Änderungen für die Industrie und für die Welt mit sich bringen. Die erforderlichen Werkzeuge und ein relevanter Teil des nötigen Wissens sind schon vorhanden, um den Übergang zur Welteinheit in aller Vielfalt zu bewältigen. Die Menschheit "muß jetzt noch die Vision und den politischen Willen aufbringen, um die Maßnahmen, die den Planeten retten können, zu verwirklichen."[13] Europa darf in Zukunft nicht der allein bestimmende Faktor der ökonomischen Entwicklung bleiben. Und aus diesem Grunde müssen die weltweiten Probleme der Ernährungssicherung,

der ungleichen Handelsbeziehungen, des übermäßigen Energieverbrauchs der Staaten des Nordens von globalen und supranationalen Institutionen, die die Staaten des Südens gleichberechtigt einbeziehen, kontrolliert werden. Wenn jedes Land unabhängig von seiner ökonomischen Macht ein gleichwertiges Stimmrecht hat, können auch Fragen der weltweiten Migration im Rahmen einer Kompetenzerweiterung des UNHCR reguliert werden.

Die Völkerfreundschaft darf nicht aufhören, wenn es ums Teilen geht, wenn es um Wohnungen, Arbeitsplätze und Sozialleistungen geht. Wir müssen auch den Begriff der Entwicklung neu definieren, um den verblendeten, aber gefährlichen Aberglauben der Höherwertigkeit einer Rasse oder einer Kultur zu überwinden.

Laszlo schreibt: "Nach der Definition von Entwicklung als Prozeß zur Verwirklichung von sozialen Idealen gibt es keine "entwickelte" Gesellschaft auf dieser Erde."[14] Die Werte des Nordens haben sich in den Waffengeschäften, in der Ellbogenwirtschaft und in den Konsumwerten gezeigt. Alte Werte, die christlich verbrämt werden können Probleme des atomaren Zeitalters nicht mehr verstehen. Der Nationalismus erweist sich schon gegenwertig als eine innere kognitive Barriere, die infolge einer globalen unsicheren Machtbalance selbstmörderisch werden kann. Eine globale Orientierung, ein Solidaritätsgefühl mit den weltweiten Problemen muß die nationale Identität erweitern. Wir brauchen eine "Ethik der Solidarität."[15] Tatsächlich besteht nun die Gefahr, daß Europa sich wieder noch stärker als in der Kolonialgeschichte gegen die Mehrheit der Weltgesellschaft stellt.

"Sie müssen jetzt als internationale Polizeigewalt gegen die Hungerrevolten, Verzweifelungsausbrüche, Rachefeldzüge und Terroranschläge des Milliardenheeres der Verlierer vorgehen, damit aber auch gegen jene keineswegs menschenfreundlcihen Mächte und Figuren, die im globalen Verteilungskampf um die schrumpfende Wertmasse um eigener Vorteile willen als Rächer der Enterbten auftreten."[16] Diese Gefahren wird es geben, solange eine globale Institution, ein Weltgerichtshof nicht existiert, der im Interesse der Mehrheit der Weltgesellschaft handelt und entscheidet. Der Westen kann nicht ewig seine ökonomischen Kosten und Giftmüll in die devisenarmen Länder externalisieren. Dies hat einen Bumerangeffekt und zerstört fruchtbare ökonomische Räume in den Regionen des Südens und löst Klima- und Naturkatastrophen aus, die Völkerwanderungen erzwingen.

Die Frage bleibt, ob Kurz recht behält, wenn er schreibt, daß "noch vor dem Ende des 20.Jahrhunderts (die Welt) in ein dunkles Zeitalter von Chaos und Zerfall gesellschaftlicher Strukturen eintritt, wie es noch niemals in der Weltgeschichte dagewesen ist."[17] Der moderne Mensch ist leider nur ein isolierter Zuschauer des möglichen Weltkollapses.

Wir brauchen eine Weltethik, die dem orientierungslosen Bürger eine globale Identität und ein Bewußtsein für die eigene Verantwortung vermittelt. Gleichwertigkeit der Geschlechter und der Rassen und die Realisierung des Religionsfriedens sind wichtige Ziele für die Verwirklichung des Weltfriedens und des friedlichen Zusammenlebens verschiedener Kulturen. Dies erfordert eine Veränderung der traditionellen Wertesysteme. Sabet schreibt: "Die heutige Weltunordnung ist Spiegelbild der Wertunordnung in unseren Köpfen."[18] Statt einem blinden Nationalismus oder eines künstlichen Europäertums brauchen wir eine Vision, die einem weltweiten sozialökologischen Fortschritt zum Durchbruch verhilft, um auch die Ursachen der Migration nach Europa zu beheben. In der Tat können unterschiedliche Wertesysteme koexistieren. "Eigentlich handelt es sich gar nicht um eine Koexistenz widersprüchlicher Wertesysteme, sondern um die gleichen Werte, die nur unterschiedlich ausgelegt werden. Letzten Endes gibt es einen Faktor, der bei aller Vielfalt der Interpretationen die Koexistenz - im Rahmen einer Gesellschaft der Ungewißheit - ermöglicht: die Fähigkeit zum Dialog, zur Kommunikation."[19]

Wir brauchen ein gemeinsames Wertesystem, das einen Rahmen für die globale und technologische Weltgesellschaft setzt. Benötigt wird "eine fortschreitende kollektive Bewußtheit der alten und der neuen Probleme dieser Welt, welche Erwartungen weckt und zum Nachforschen anregt. Die geistige und ethische Dimension wird nicht mehr verächtlich oder gleichzeitig abgetan, sondern als Notwendigkeit begriffen, die zu einer neuen Menschlichkeit hinführen soll".[20] Die globale Gesellschaft braucht eine Grundlage gemeinsamer und harmonischer Werte, die das Handeln der Politik und der Ökonomie, der Gesellschaft und des Einzelnen prägen. Unterschiede müssen dabei erhalten bleiben und ein Pluralismus akzeptiert werden. Wir brauchen eine globale Identität, die sich einerseits aus dem kulturellen Hintergrund und andererseits aus dem Verständnis der Schaffung einer universellen Kultur, die zur Erhaltung von Mensch und Natur beiträgt, zusammensetzt. Diese Identität kann zum Erstarken eines neuen Gemeinwesens führen, das den Weg für den Aufbau einer Welt, in der gleichwertige Menschen und Kulturen miteinander leben, anbahnt:

"Im Reich der Natur spielt der Kampf ums Dasein die herrschende Rolle - das Ergebnis davon ist das Überleben des Gewandteren. Das Gesetz des Überlebens des Gewandteren ist der Ursprung aller Schwierigkeiten. Es ist die Ursache von Krieg, Streit, Haß und Feindseligkeit unter den menschlichen Wesen ... Solange daher die Forderungen der Naturwelt die Hauptrolle unter den Menschenkindern spielen, sind Erfolg und Wohlergehen unmöglich". Abdu'l-Baha

---

Anmerkungen:

1) Eichberg, Henning: Männerphantasien und Schmerzarbeit, Zur deutschen Identitätsfrage, in: Dreßen, W. (Hrsg.), Niemandsland, Heft 2, Berlin 1987, S115 f
2) Dudek, Peter/Joschke, Hans-Gerd: Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik, Band 2, Opladen 1984, Dokument 124
3) Hirsch/Sarkowicz: Schönhuber: Der Politiker und seine Kreise, "Biedermann und Brandstifter", Frankfurt am Main 1989, S.9
4) ID-Archiv im ISSG (Hg.): Ein Handbuch des antifaschistischen Autorenkollektivs Berlin, Drahtzieher im braunen Netz, Der Wiederaufbau der NSDAP, Berlin 1992, S.95
5) Ritter, Manfred: Sturm auf Europa, Bergisch Gladbach 1990, S.7
6) ebenda, S.8
7) ebenda, S. 34
8) ebenda S. 47
9) ebenda, S. 122
10) Altvater, Elmar: Die Zukunft des Marktes, Münster 1991, S. 67
11) Sabet, Hafez: Die Schuld des Nordens, Der 50-Billionen Coup, Bad König 1991, S. 91
12) Hauff, Volker (Hrsg.): Unsere gemeinsame Zukunft, Der Brundland-Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung, Greven 1987, S. 203 f
13) Siehe: Worldwatch Institute Report: Zur Lage der Welt 1992, Frankfurt am Main 1992, S.226
14) Laszlo, Ervin: Die inneren Grenzen der Menschheit, Rosenheim 1988, S.113
15) Jonas, Hans: Das Prinzip Verantwortung, Frankfurt am Main 1984, S.89
16) Kurz, Robert: Kollaps der Modernisierung, Frankfurt am Main 1991, S.231
17) ebenda, S.257
18) Sabet, Hafez, a.a.O., S.110.
19) King, Alexander/Schneider, Bertrand: Die erste globale Revolution, Bericht zur Lage der Welt, Frankfurt am Main 1992, S.200
20) ebenda, S.200



"Skinheads" assassinam moçambicano na Alemanha

Um jovem moçambicano morreu ontem na Alemanha em consequência de uma agressão levada a cabo por um grupo de "Skinheads", vulgo cabeças-rapadas, seguidores de ideologia neo-nazi e orientados por princípios racistas — noticiou ontem a Rádio Moçambique.

Trata-se de Jorge Gumundai que viajava num eléctrico. A composição foi invadida por um grupo de "skinheads" que agrediu o jovem moçambicano e o atirou para fora do eléctrico em andamento e a grande velocidade.

O malogrado Gumundai deixa viúva uma alemã, com quem na circunstância regressava de uma discoteca. Muito embora a fonte da Rádio Moçambique não tenha precisado o local exacto da ocorrência, acredita-se que a mesma tenha se registado numa das cidades da antiga RDA.

Antirassismusaufruf mit kritischer Anmerkung in der mosambikanischen Monatszeitschrift TEMPO - 21/04/91

Albert Memmi

Versuch einer kommentierten Definition des Rassismus[1]

Um einer entsprechenden Bitte nachzukommen, habe ich im folgenden Text eine kommentierte Definition des Rassismus versucht.

Die Definition, die am Anfang steht, ist eigentlich erst das Endresultat der daran anschließenden Analyse und des Kommentars. Ich habe sie zur Vorabinformation vorangestellt, aber auch in Anlehnung an eine Darstellungsweise, wie sie z.B. in der Mathematik üblich ist. Es wäre ebensogut möglich, die drei Abschnitte in der Reihenfolge III-II-I zu lesen. Für den Leser am einfachsten wäre es wohl, zunächst einen kurzen Blick auf die Definition und die Analyse zu werfen und während der Lektüre des Kommentars gegebenenfalls zurückzublättern.

I. Definition

Der Rassismus ist die verallgemeinerte und verabsolutierte Wertung tatsächlicher oder fiktiver Unterschiede zum Nutzen des Anklägers

und zum Schaden seines Opfers, mit der seine Privilegien oder seine Aggressionen gerechtfertigt werden sollen.

II. Analyse der rassistischen Einstellung

Eine Analyse der rassistischen Einstellung bringt vier wesentliche Elemente zum Vorschein:

1. Nachdrückliche Betonung von tatsächlichen oder fiktiven Unterschieden zwischen dem Rassisten und seinem Opfer.

2. Wertung dieser Unterschiede zum Nutzen des Rassisten und zum Schaden seines Opfers.

3. Verabsolutierung dieser Unterschiede, indem diese verallgemeinert und für endgültig erklärt werden.

4. Legitimierung einer - tatsächlichen oder möglichen - Aggression oder eines - tatsächlichen oder möglichen - Privilegs.[2]

III. Kommentar

Der Begriff "Rassismus" ist einem derart allgemeinen Mechanismus offensichtlich nicht angemessen. Er ist zu eng, während z.B. der Begriff des Antisemitismus zu weit ist. Genau genommen bedeutet er eine Theorie des biologischen Unterschieds. Nach den Ideologien des Sklavenhandels und der Kolonisation haben die Nationalsozialisten mit dieser Theorie eine politische, moralische und kulturelle Hierarchie menschlicher Gemeinschaften gemäß ihrer biologischen Unterschiede zu begründen versucht.

Ein allgemeiner Mechanismus

Tatsächlich stützt sich die rassistische Anklage bald auf einen biologischen und bald auf einen kulturellen Unterschied. Einmal geht sie von der Biologie, dann wieder von der Kultur aus, um daran anschließend allgemeine Rückschlüsse auf die Gesamtheit der Persönlichkeit, des Lebens und der Gruppe des Beschuldigten zu ziehen. Manchmal ist das biologische Merkmal nur undeutlich geprägt, oder es fehlt ganz. Kurz, wir stehen einem Mechanismus gegenüber, der unendlich mannigfaltiger, komplexer und unglücklicherweise auch wesentlich stärker verbreitet ist, als der Begriff Rassismus im engen Wortsinne vermuten ließe. Es ist zu überlegen, ob man ihn nicht besser durch ein anderes Wort oder eine andere Wendung ersetzt, die sowohl die Vielfalt als auch die Verwandschaft der einzelnen Formen des Rassismus zum Ausdruck bringt.[3] Ich schlage hierfür die Bezeichnung Ethnophobie[4] vor, wobei der Rassismus lediglich eine ihrer Spielarten darstellen würde.

Das Bestehen auf einem Unterschied

Der Rassismus tritt zunächst als das Hervorheben eines Unterschieds zwischen dem Ankläger und seinem Opfer in Erscheinung. Aber das Aufzeigen einer Verschiedenheit zwischen zwei Individuen oder Gruppen ist

für sich allein genommen noch keine rassistische Einstellung. Schließlich entspricht dies einer der Methoden, wie sie regelmäßig in den Wissenschaften vom Menschen angewandt werden. Erst im Kontext des Rassismus nimmt diese Betonung des Unterschieds eine besondere Bedeutung an: Indem er auf dem Unterschied besteht, bewirkt oder verstärkt der Rassist bewußt den Ausschluß, die Ausgrenzung des Opfers aus der Gemeinschaft oder der gesamten Menschheit.

Der Rassismus des Kolonisators will beweisen, daß es unmöglich ist, den Kolonisierten in eine umfassende Gemeinschaft aufzunehmen, weil dieser sich biologisch oder kulturell zu sehr unterscheide, weil er technisch oder politisch unfähig sei usw.. Der antisemitische Rassismus, der den Juden als ein radikal fremdes und befremdendes Wesen darstellt, bemüht sich auf diese Weise, die Isolierung, die Ghettoisierung des Juden zu erklären. Die Benutzung des Unterschieds ist für die rassistische Argumentation unentbehrlich: Aber es ist nicht der Unterschied, der stets den Rassismus nach sich zieht, es ist vielmehr der Rassismus, der sich den Unterschied zunutze macht.

Der Unterschied ist Tatsache oder Fiktion

Der Beweis: Wenn es keinen Unterschied gibt, wird er vom Rassisten erfunden; gibt es ihn hingegen, dann wird er von ihm zu seinem Vorteil interpretiert. Der Rassist besteht nur auf solchen Unterschieden, die er für seine Argumentation verwenden kann. Kurz, der Unterschied kann Tatsache oder Fiktion, für sich allein wichtig oder ebensogut unbedeutend sein.

Dennoch scheint mir hier ein wichtiger Hinweis angebracht. Im Gegensatz zur verbreiteten Meinung des schwärmerischen Antirassisten bin ich nicht der Überzeugung, daß die vom Rassisten vorgebrachten Unterschiede grundsätzlich fiktiv, ein reines Wahngebilde oder eine böswillige Lüge sind. Der Rassist kann sich durchaus auf ein tatsächliches Merkmal biologischer, psychologischer, kultureller oder sozialer Natur stützen: die Hautfarbe bei den Schwarzen oder die kulturellen Traditionen der Juden.[5]

Zweifellos kann der Rassist einen Unterschied erfinden, wenn er ihn für seine Beweisführung benötigt, doch beschränkt sich die rassistische Argumentation weder auf diese mehr oder weniger phantastischen unterschiedlichen Merkmale noch auf eine schlichte Feststellung von manchmal tatsächlich existierenden Unterschieden; es kommt grundsätzlich eine Inter-

pretation dieser Unterschiede, eine Wertung hinzu.[6]

Kurz, der Unterschied wird zum Nachteil des Angeklagten und zugunsten des Anklägers gewertet.

Der Unterschied wird gewertet

Die Wertung des Unterschieds ist ganz sicher eines der Kernelemente der rassistischen Einstellung. Diese Wertung enthält implizit oder explizit eine zweifache Stoßrichtung: Sie zielt darauf ab, die Unterlegenheit des Opfers und die Überlegenheit des Rassisten zu beweisen. Mehr noch, sie beweist das eine durch das andere, die Unterlegenheit der schwarzen Rasse bedeutet automatisch die Überlegenheit der weißen Rasse. Die Minderwertigkeit des Kolonisierten beweist schlagend die Höherwertigkeit des Kolonisators. Kurzum, die Wertung ist zugleich negativ und positiv; sie bekräftigt gleichzeitig die Negativität des Opfers und die Positivität des Anklägers. Daraus folgt:

1. Jeder Unterschied, der das Opfer von seinem Beschuldiger trennt, eignet sich dazu, das erstere zu verdächtigen und zu verurteilen, weil die Beweisführung des Rassisten mit dieser negativen Wertung beginnt und jeder - tatsächliche oder fiktive - Unterschied durch eine einfache Änderung des Vorzeichens zu einem Verdienst des Anklägers, zu einer Wertung zu seinen Gunsten gemacht werden kann. In einer rassistischen Welt ist der Unterschied etwas Schlechtes (wohlgemerkt jener, der das Opfer im Vergleich zum Ankläger, der als Bezugspunkt gesetzt wird, charakterisiert: Es ist nicht die weiße Hautfarbe, die den Weißen vom Schwarzen unterscheidet, es ist die schwarze Hautfarbe, die den Schwarzen so verhängnisvoll zu etwas anderem als einem Weißen macht).

2. Der Rassist wird alle Anstrengungen unternehmen, um die Distanz zwischen den Vorzeichen zu vergrößern, d.h. den Unterschied zu maximieren. D.h., je kleiner er sein Opfer macht, desto größer wirkt er selbst, je höher er den Unterschied zum Nachteil seines Opfers wertet, desto höher wertet er ihn zu seinen eigenen Gunsten.[7]

Das ist auch der Grund, warum ein schlichter - biologischer oder kultureller - Unterschied eine Fülle von Bedeutungen nach sich zieht: Die biologischen Merkmale des Juden werden unter anderem als häßlich angesehen. Einen Schritt weiter, und ihr wird eine eigene Psychologie angedichtet, eine gewisse Bösartigkeit etc., dann ein metaphysisches Wesen usw. usw.. Wir gelangen von der Biologie zur Moral, von der Moral zur Politik und

von dieser zur Metaphysik.

Beginnend mit dieser Wertung erkennt man deutlich die Logik der Folgerungen: Es kann nicht anders sein, als daß dieser schädliche und entehrende Unterschied, der das Opfer zu Boden drückt und seinen Ankläger erhöht, absolut wird. Wenn der Ankläger seine Überlegenheit endgültig untermauern will, muß auch der Unterschied zu einem endgültigen werden.

Der Unterschied wird verallgemeinert

Der rassistische Argumentation ist demnach durch ihr Bemühen um eine Verallgemeinerung, eine Verabsolutierung gekennzeichnet: Mit der Zeit wird die gesamte Persönlichkeit des Opfers derart charakterisiert; es sind alle Mitglieder seiner gesellschaftlichen Gruppe, die unter der Anklage zusammenbrechen.

1. Unter diesem Blickwinkel betrachtet wird der Erfolg des biologischen Rassismus besser verständlich: Er läßt sich besonders gut auf Paßform bringen. Der verhängnisvolle Unterschied findet eine Art Substrat: Er ist in das Fleisch und Blut, in das Erbgut des Opfers eingeschrieben. Er verwandelt sich in Schicksal, in ein erbliches Verhängnis. Von nun an und für alle Zeiten ist das innerste Wesen des Opfers davon befallen, und damit sind es auch alle Manifestationen dieses Wesens: Der Körper, die Seele, sein Verhalten. In aller Regel verbindet sich ein biologischer mit einem psychologischen und einem kulturellen Rassismus (es handelt sich eigentlich mehr um einen "Ethnismus" als um einen Rassismus).

2. Wenn der Unterschied so tief in das innerste Wesen des Opfers reicht, dann muß er sich auf alle Menschen, die am selben Wesen teilhaben, erstrecken.[8] Deshalb kann man hier nicht nur von einer Verallgemeinerung sprechen: Individuelles und kollektives Merkmal stehen in einer Art dialektischem Verhältnis zueinander. Jeder wirkliche oder erfundene Mangel des Angeklagten wird auf eine ganze, ihm verwandte Gruppe von Menschen ausgedehnt, aber unterschwellig wird der Angeklagte aufgrund eines kollektiven Makels verurteilt. Der Antisemit geht von der unterstellten Geldgier dieses oder jenes Juden aus, um zu dem Schluß zu gelangen, daß alle Juden habgierig seien, oder er befindet, man könne keinem einzigen Juden trauen, weil sie alle habgierig seien. Derselbe Mechanismus greift im Hinblick auf die notorische Faulheit des Kolonisierten oder die Gewalttätigkeit des Schwarzen.

Aber auf welcher Ebene er auch in Erscheinung tritt, immer findet man im Rassismus jenes kollektive Element, das sich anscheinend besonders gut zur Verabsolutierung eignet: kein Jude, kein Kolonisierter und kein Schwarzer wird diesem sozialen Determinismus entrinnen können.

Der Unterschied ist endgültig

Es wird verständlich, daß derselbe Mechanismus auch für die Zeit, auf die Vergangenheit und die Zukunft, ausgedehnt wird: Der Jude war schon immer habgierig, der Schwarze von jeher unterlegen. Daraus folgt, daß sie dies immer sein werden, ohne Hoffnung auf eine Änderung oder Rettung. Verabsolutierung, gesellschaftliche und zeitliche Verallgemeinerung laufen auf dasselbe hinaus. Am Ende wird das Wesenhafte zunächst des Unterschieds und dann des Opfers absolut gesetzt, sie wird typisiert, so daß so etwas wie der absolute Kolonierte oder der absolute Jude entsteht. Es sind wohlgemerkt negative Typen, endgültig und absolut negativ. Es ist bekannt, wie der Jude schließlich im Mittelalter zu einer der Inkarnation des Teufels und Jahrhunderte später wiederum zum absoluten und antithetischen Feind der Nationalsozialisten wurde; der Schwarze wurde zu einer der minderwertigen Kategorien der menschlichen Art. Kurz, im Extremfall tendiert der Rassismus zum Mythos.

An dieser Stelle löst sich die Konstruktion von der Wirklichkeit, von der sie kurze Zeit genährt hat, um ihrer eigenen Logik zu folgen. Auf diesem Weg von der einfachen Beschuldigung zum Mythos findet in verschiedenen Etappen die Entwertung des Opfers statt. Im Grunde geht es um eine fortschreitende Entmenschlichung. Der Rassist charakterisiert sein Opfer durch eine Reihe überraschender Merkmale, es sei unbegreiflich, undurchsichtig, mysteriös, befremdlich, beunruhigend usw.. Mit der Zeit macht er aus ihm so etwas wie ein Tier, eine Sache oder noch einfacher ein Symbol.

Am Ende dieses fortwährenden Bemühens, das Opfer von jeder menschlichen Gemeinschaft auszuschließen, ist dieses endgültig in sein Geschick des Unglücks, der Verhöhnung und der Schuld verstrickt, während gleichzeitig der Ankläger endgültig sicher sein kann, seine Rolle als legitimer Vertreter des Rechtes zu behalten.

Die Rechtfertigung des Anklägers

Während der Rassismus zum Mythos tendiert, kann man am Mythos den Rassisten erkennen.

Die Beweggründe für das rassistische Vorgehen finden sich im Rassisten selbst. Jede noch so oberflächliche Analyse fördert sie mühelos zutage, ob es sich nun um eine individuelle oder eine kollektive Aggression handelt.

Auf die mittlerweile klassischen Analysen, die das Phänomen des Sündenbocks oder die Vorstellung vom Fremden, der die Nationalseele verderbe, untersuchen, gehe ich nicht mehr ein. Es ist bekannt, daß menschliche Gemeinschaften, um sich von verschiedenen Schuldgefühlen zu befreien, diese auf ein Objekt - ein Tier, einen Menschen oder eine Gruppe - projizieren, das sie beschuldigen und an ihrer Statt bestrafen. Auch auf den Rassismusvorwand bei individuell verübter Aggression komme ich nicht zurück. Die wirtschaftliche Konkurrenz, die zwischen Intellektuellen und Künstlern bestehende Rivalität um Anerkennung und Ansehen, auch sie können den Rassismus beschwören, d.h. eine a priori geltend gemachte Rechtfertigung sämtlicher Schwierigkeiten des Anklägers sowie seines Verhaltens gegenüber seinem Widersacher. Weniger krass ausgeprägt gibt es sogar eine spezifisch individuelle Motivation für den Rassismus, die noch kaum erforscht wurde.[9] Ein gewisses Gefühl der Beklemmung gegenüber dem anderen, die daraus entstehende Angst und die Aggression als spontanes Mittel, diese Angst zu unterdrücken, all das findet man bei den Kindern und wahrscheinlich auch bei den Erwachsenen. Der Andersartige, der Fremde wird möglicherweise als Störfaktor empfunden, als ein Ärgernis, so daß man versuchen muß, ihn verschwinden zu lassen...Die Reaktion ist unwillkürlich, fast instinktiv, aber ihre Wurzeln reichen sicherlich tiefer, als man sich gestehen möchte. Und es ist besser, sie ernsthaft zu erforschen, als sie mit einem optimistischen Moralismus zu umgehen. In allen diesen Fällen bleibt der Mechanismus derselbe: Eine zutreffende oder falsche Charaktierisierung des Opfers soll dazu dienen, die Einstellung und das Verhalten des Anklägers ihm gegenüber zu erklären und zu rechtfertigen.

Die Legitimierung des Unrechts

Welcher Art sind die Einstellung und die Verhaltensweise, die derart vom Ankläger selbst gerechtfertigt werden müssen? Warum hält er es für nötig, zu seiner Rechtfertigung eine Klage vorzubringen? Weil er sich seinem Opfer gegenüber schuldig fühlt. Weil er davon überzeugt ist, daß seine Einstellung und sein Verhalten gegenüber dem Opfer zutiefst ungerecht und arglistig sind. Denn hier müssen wir die Argumentation des Rassismus umkehren: Er bestraft sein Opfer nicht, weil es seine Bestrafung verdient, sondern erklärt es für schuldig, weil es bereits bestraft ist, oder bestenfalls weil er sich gerade anschickt, es zu bestrafen.

Der Beweis: Tatsächlich ist die Strafe fast immer schon vorher verhängt worden. Das Opfer des Rassismus lebt bereits in Schmach und Unterdrükkung. Der Rassismus richtet seine Anklage nie gegen die Mächtigen, sondern stets gegen die Besiegten. Der Jude ist von vornherein ausgeschlossen, der Kolonisierte von vornherein kolonisiert. Um diese Strafe, dieses Elend zu rechtfertigen, werden überhaupt erst Gründe angeführt, die es dann erlauben, den Numerus clausus der kolonialen Ausbeutung zu erklären und zu legitimieren.

Dem ist hinzuzufügen, daß dieses Unrecht, das elende Leben des Opfers, in vielen Fällen vom Ankläger nicht einmal bewußt gewollt ist. Der Rassismus ist das objektive Gegenstück zur objektiven Situation des Opfers. In seinen Worten könnte es heißen, wenn die Frau leidet, dann deshalb, weil sie zu leiden verdient, wenn der Schwarze Sklave ist, dann deshalb, weil er verdammt ist. Der einzelne kann durch diese kollektive Argumentation verführt werden, die zum Wertesystem seines Milieus gehört und ihm die Last einer möglichen Verantwortung abnimmt. Es gibt keinen Skandal mehr, da alle Welt das Geschehen duldet und billigt.

Rassismus und Unterdrückung

Das ist auch der Grund, warum der Rassismus fast jeder Form der Unterdrückung auf dem Fuße folgt: Der Rassismus ist eine der besten Rechtfertigungen, eines der besten Symbole der Unterdrückung. Ich habe ihn in der kolonialen Situation ebenso wiedergefunden wie im Antisemitismus und in der Unterdrückung der Schwarzen; er existiert in mehr oder weniger verhüllter Form gegenüber dem Proletarier wie überhaupt gegen-

über allen Gruppen, die in Knechtschaft leben müssen.

Dabei darf nicht vergessen werden, daß der Rassismus der Nuancierung fähig ist, daß er sich je nach gesellschaftlichem und historischem Kontext und je nach der Form der Unterdrückung unterschiedlich äußert. Der gemeinsame Nenner entbindet uns nicht von der Aufgabe, in jedem Einzelfall nach den besonderen Bedingungen des Kontexts zu fragen. Im Gegenteil, ich habe es immer wieder gezeigt, die in ihrer Argumentation vergleichsweise eintönige und banale Anschuldigung des Rassismus verdeckt etwas Wesentlicheres: eben diesen besonderen Kontext, diese spezielle Form der Unterdrückung als eigentliche Ursache für den rassistischen Vorwand. Der Schwarze wird als unfähig von Geburt dargestelt, damit er in wirtschaftlicher Sklaverei gehalten werden kann, der Proletarier als politisch und gesellschaftlich unreif, damit die Herrschaft der besitzenden Klassen unangefochten bleibt. Und wenn man jeden speziellen Rassismus beenden will, dann muß man wohl oder übel auch die Kolonisation oder die gesellschaftliche und politische Struktur unserer Gesellschaft bekämpfen.

Nach diesen Ausführungen bleibt nur noch ein grundlegender Mechanismus aufzudecken, der allen rassistischen Reaktionen gemeinsam ist: Es geht um die Notwendigkeit, das Unrecht eines Unterdrückers gegenüber dem Unterdrückten zu rechtfertigen; eine Aggression, die seit langem andauert oder gerade vorbereitet wird. Und ist nicht das Privileg eine anhaltende Aggression, unter der ein Mensch oder eine Gruppe leiden muß, die von einem Herrscher oder einer herrschenden Gruppe unterdrückt wird? Wie läßt sich ein solcher Zustand des Unfriedens, der obendrein höchst einträglich ist, anders entschuldigen als durch die Belastung des Opfers? Jenseits seiner Verkleidungen ist der Rassismus eine Selbst-Absolution des Rassisten.

Anmerkungen

1) Artikel für La Nef, 19/20 1964, S.41-47; Teilabdr. in: Maucorps, Memmi und Held, Les Francais et le racisme,Paris 1965, vollst. Abdr. in A.Memmi, L'Home domine, Paris 1968 und 1973
2) Noch weiter zusammengefaßt besteht der Rassismus aus drei wesentlichen Elementen:
   1. dem Bestehen auf einem Unterschied
   2. dessen Benutzung als Mythos und
   3. der Bequemlichkeit dieser Benutzung
3) Vielleicht durch ein Begriffspaar, z.B. "Aggression - Rechtfertigung", das den allgemeinen Mechanismus recht gut erfaßt, den ich beschreiben möchte.
4) Oder noch besser "Heterophobie" (Nachtrag 1982).
5) Gelegentlich sogar auf einen tatsächlichen Mangel. Aber der Rassist, weit davon entfernt, in einem solchen Mangel das Ergebnis der Unterdrückung zu sehen, die er selbst gegenüber seinem Opfer ausübt, oder wenigstens das Produkt objektiver Verhältnisse, denen sich dieses nicht entziehen kann, wirft ihm diesen Mangel sogar noch vor, als handelte es sich um einen Charakterfehler oder einen Makel. So ist z.B. die mangelnde technische Schulung des Kolonisierten das Ergebnis der Kolonisation, und das häufige Fehlen oder Zuspätkommen von Lohnarbeiterinnen in der Fabrik das Ergebnis ihrer starken häuslichen Belastung.
6) Manche Kritiker sind mit diesem Begriff der Wertung nicht einverstanden, den ich in seinem strengen Sinne verwende: die Beimessung eines - negativen oder positiven - Wertes.
7) So habe ich z.B. im "Porträt des Kolonisierten" den Begriff "Nerokomplex" gebraucht, der ebenfalls diese komplementäre und widersprüchliche Bewegung einer Wippschaukel enthält.
8) Vgl. "Porträt des Kolonisierten", a.a.O, S.85
9) Die individuellen Beweggründe ändern dennoch nichts an der notwendigen Vermittlung des sozialen Faktors, den ich bei jeder rassistischen Argumentation für wesentlich halte. Die individuelle Motivation wird erst dann zum Rassismus im eigentlichen Sinne, wenn sie von der Kultur und den Ideologien der Gruppe ihrer Prägung erhalten hat. In den herrschenden Klischees sucht und findet sie Erklärungen für die eigene mißliche Lage, und aus diesen bildet sich der Rassismus . Der einzelne Rassist findet in seiner Umgebung, in der schulischen Erziehung, in seiner Kultur den Rassismus als eine mögliche Denk- und Geisteshaltung vor, die er übernimmt, sobald sich ein Bedürfnis danach bemerkbar macht. Kurz, die soziale Vermittlung geschieht auf zwei Ebenen, auf der des Opfers, das einer schuldigen und mit Makeln behafteten Gruppe angehört, und auf der des Beschuldigers als des Vertreters einer normalen und gesunden Gruppe.

Bernd Bröskamp

Epilog: Notizen zu Rostock
(Zitatcollage)

Kein Ende der Gewalt. Ihre eruptiven Ausbrüche nehmen zyklischen Charakter an. Die Woche vom 5. bis zum 11.9.1992 "brachte die schwersten fremdenfeindlichen Krawalle seit dem Ende des Dritten Reiches" (Der Spiegel Nr. 38/1992, S. 28). Diesmal fing es knapp zwei Wochen zuvor in Rostock an.

Wer am Abend des 24. Augusts 1992 vor dem Fernsehschirm die Live-Bilder aus Rostock-Lichtenhagen ins Wohnzimmer geliefert bekam, wurde - abgesehen von dem Grauen, das einen dabei überkommen konnte - Zeuge eines ebenso skandalösen wie unfaßbaren Vorganges. In allen Teilen der Bundesrepublik, aber auch im Ausland via Kabel und Satellit, konnte man zeitgleich mit den Ereignissen verfolgen, wie überwiegend jugendliche Gewalttäter unter dem Beifall der Anwohner das Lichtenhagener Asylbewerberheim stürmten und in Brand setzten. Ausgerechnet diejenigen aber, die direkt vor Ort für den Polizeieinsatz verantwortlich waren und die die Ordnungskräfte kurz zuvor abziehen ließen, bemerkten den Ernst der Lage nicht rechtzeitig: nämlich daß hier wie in den Wochen darauf Verbrechen bis hin zu Mordversuchen begangen wurden.

Eine tiefergehende, einordnende Analyse der Pogrome von Rostock und der dann erneut einsetzenden Gewaltspirale hätte bis Redaktionsschluß nur unvollkommen ausfallen können. Stattdessen haben wir auf den folgenden Seiten *Notizen zu Rostock* in Form von Zitaten zusammengetragen, die sich direkt und indirekt auf die Thematik beziehen. Wir überlassen es den LeserInnen, sich ihre Urteile zu bilden.

Schlagzeilen

"Anschlag auf die Republik"
Die Zeit Nr. 36 v. 28.8.92

"Wut auf den Staat. Asylnotstand - Fremdenhaß - Elend im Osten"
Der Spiegel Nr. 36 v. 31.8.92

"Jetzt hilft kein Wegsehen mehr"
Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

Ausländische Blätter (25. - 29.8.1992)

"Kristallnacht 1992"
Dagblat, Norwegen

"Die `Asylanten', Ziel der Gewalt in der Ostseestadt, waren vor allem Zigeuner: Und wie könnten wir vergessen, daß die Vernichtungslager der Nationalsozialisten nicht nur für Juden, sondern auch für Zigeuner bestimmt waren? Doch man braucht nicht Deutscher zu sein, um Rassist und Nazi zu sein. ... Kein Land ist ausgenommen, auch das unsere nicht. Alle sind wir Deutsche."
Corriere della Sella, Mailand

"Fast idealtypisch ist in Ostdeutschland zur Zeit zu beobachten, wie der Sündenbock-Mechanismus funktioniert. Denn der Ausländeranteil beträgt in der ehemaligen DDR weniger als ein Prozent. Ausländer spielen als potentielle Konkurrenten auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt praktisch keine Rolle. Damit richtet sich die Aggression weitgehend gegen ein unsichtbares Phantom, das seit dem Zeitpunkt der deutschen Einheit fast nur noch in der Gestalt von Flüchtlingsheimen eine Adresse und ein Gesicht hat. Verschiedene Stimmen warnten schon lange vor einem Bürgerkrieg in Deutschland, der jetzt gegen die Flüchtlinge in Gang ist, sich aber eines Tages auch gegen die Westdeutschen richten könnte."
Berner Zeitung

"Die Abenteurer nutzten das relativ nachgiebige Regime der Demokratie. Zu kommunistischer Zeit wohnten an dem gleichen Ort in Lichtenhagen Kubaner, Angolander und Menschen aus Mosambik. Niemand hätte es gewagt, die Ausländer anzugreifen. Jetzt glauben sie, es sei schon erlaubt"
Gazeta Wyborcza, Polen

Juristisches

"Wer Beifall klatscht, wenn Molotowcocktails und Steine in Asylantenheime geworfen werden, macht sich selbst strafbar. Das würde ich gerne vor Ort durch die Strafverfolgungsbehörden verdeutlicht sehen."
Alexander von Stahl, Generalbundesanwalt

Fragen

"Was sollen wir machen - Ausländerfreundlichkeit in die Köpfe der Menschen prügeln?"
Herrman Lutz, Bundesvorsitzender der Polizei-Gewerkschaft

"Und wann begreift man endlich, daß der Rechtsextremismus nicht dadurch bekämpft werden kann, daß man ihm seine derzeitigen Opfer wegnimmt - dann wären halt andere Gruppen dran. Es hilft nur eine andere Politik, die bei der Frage ansetzen muß: `Wie werden Menschen in dieser hochindustrialisierten, durchkapitalisierten Gesellschaft behandelt?' Die

Frage nach den Ursachen wird tabuisiert."
Wilhelm Heitmeyer, Sozialwissenschaftler. Die Zeit Nr. 43 v. 16.10.92

Diagnosen

"Jahrelang konnten wir annehmen, daß die Demokratie in Deutschland zwar nicht gesichert, aber auch nicht - voraussehbar - ernsthaft gefährdet ist. Das ist jetzt anders."
Gesine Schwan, Politikwissenschaftlerin. Die Zeit Nr. 41 v. 2.10.92

"Bei den Wahlen in Baden-Württemberg beispielsweise ist beobachtet worden, daß durchaus gut situierte Eigenheimbesitzer stark nach rechts neigen. Hier bricht sich ein Wohlstandschauvinismus Bahn. Es löst sich langsam eine Grundprämisse des Sozialstaats auf: die Solidarität mit den Schwächeren."
Jürgen Trittin, Minister für Bundesangelegenheiten in Niedersachsen. Zit. n. Der Spiegel Nr. 37 v. 7.9.92

"Es herrschte die Illusion, Fremdenfeindlichkeit wäre ein Problem von Randgruppen, von sozial Schwachen. Aber wenn Asylbewerberheime in gutbürgerliche Siedlungen hineingestellt werden und dort vielleicht den Verkaufswert der Grundstücke mindern, keimt dort die Fremdenfeindlichkeit genauso auf."
Wilhelm Heitmeyer, Sozialwissenschaftler. Die Zeit Nr. 43 v. 16.10.92

Prognose

"Die Themen der neunziger Jahre werden Rechtsextrismus, Ausländerfeindlichkeit, Nationalismus und Rückkehr in die Innerlichkeit sein."
Ernst Uhlau, Chef der Hamburger Verfassungsschutzbehörde. Zit. n. Der Spiegel Nr. 38 v. 14.9.92

Ausländer

"Hier werde ich wie ein Hund erschlagen, dort (in der Heimat) sterbe ich wenigstens als Patriot."
Albanischer Asylbewerber in Lübbenau. Zit. n. Der Spiegel Nr. 38 v. 14.9.92

"Für rund sechs Millionen in Deutschland lebende Ausländer ist spätestens jetzt klar, daß ihr Leib und Leben in diesem Land nicht mehr gesichert sind."
Bahman Nirumand, Journalist und Schriftsteller. Zit. n. Der Spiegel Nr.36 v. 31.8.92

Gegen-*Sätze*

"Die Leute können doch nicht von einem auf den anderen Tag Demokratie lernen."
Erwin Eppler, SPD-Abgeordneter in der Rostocker Bürgerschaft

"Was muß ich denn lernen, um zu wissen, daß man andere Mitbürger nicht anzündet?"
Gregor Gysi, PDS-Vorsitzender

Jugendliche in Rostock

"Es kann doch nicht sein, daß ich einfach einen Molli werfen kann und die Polizei nichts macht. Das ist doch Scheiße, daß das zugelassen wird."

"Hast Du mich in `Panorama' gesehen? - Nein, ich war aber in den `Tagesthemen'."

"Das hier ist besser als Krimi, ey."

"Mit Mitleid ist nichts, dafür stehen wir zu sehr unter Druck."

"Zwischen Schild und Bullenschwein, paßt immer noch ein Pflasterstein." (Spruch)

Eltern

"Das sind keine Nazis. Das sind unsere Kinder."

Ein Bürger aus Rostock-Lichtenhagen. Die Zeit Nr. 36 v. 28.8.92

"Akzeptierende Jugendarbeit"

"Angesichts der vielen jungen Leute kommt mir der Gedanke, ob nicht die Jugendpflege, die ja auch durch den Umbruch da drüben leidend geworden ist, neu aufgebaut werden muß."

Helmut Kohl, Bundeskanzler. Zit. n. Der Spiegel Nr. 36 v. 31.8.92

"Mitten unter den seelenlosen Betonburgen von Hoyerswerda haben sich unter Führung der rechtsextremen Partei `Deutsche Alternative' die Neonazis ihren Treffpunkt eingerichtet. Mit Genehmigung der Stadt können sie die Räume im `Club WK 10' unkontrolliert für ihre politische Arbeit nutzen. Doch damit nicht genug. Auch die Sozialarbeiter stehen auf der Seite der Neonazis. Der Sozialarbeiter hinter der Theke hat früher selbst gegen Ausländer randaliert und steht zu seiner Vergangenheit."

Thomas Leif zum Thema: Rechte Helfer zur unpolitischen Frustbearbeitung. Mit *Bundesgeldern* werden *Projekte* gefördert, *die rechtsradikalen Jugendlichen mit rechtsradikalen Sozialarbeitern beikommen sollen.* Der Tagesspiegel, 29.9.92

Soziales

"Jeden, der hier mit den Leuten von Lichtenhagen gesprochen hat, schockieren, wie bodenlos die Hoffnungslosigkeit ist, wie abgrundtief das Mißtrauen gegenüber den Politikern, wie oft in diesem Kontext die Stichworte Diäten oder Lügen fallen."

Reporter der Süddeutschen Zeitung. Zit. n. Der Spiegel Nr 36 v. 31.8.92

Polizisten

"Wir Polizisten müssen jetzt für einen weitverbreiteten Haß auf den Staat den Kopf hinhalten."

Volker Horl, Polizeisprecher. Zit. n. Der Spiegel Nr.36 v. 31.8.92

"Hundert Mann und kein Befehl. Wie fühlten sich junge Rostocker Bereitschaftspolizisten, die auf einer Brücke standen und zusahen, wie das Asylantenheim brannte?: `Verladen, nun sind wir Ossis wieder die Idioten.' Dabei seien es doch Wessis gewesen, `hoch graduiert', die die Einsatzleitung hatten. `Auf solche Aufbauhilfe können wir verzichten.'"

Kuno Kruse, Michael Schwelien, Die Zeit Nr. 37, 4.9.91

Innenminister Kupfer - nehmen Sie ihren Hut! Ministerpräsident Seite - danken Sie ab! Sie haben versagt!"

Arbeitsgemeinschaft kritischer Polizisten, zit. n. Der Spiegel Nr 36, 31.8.1992

"Deutschland den Deutschen"?

"Der Regierungsentwurf von 1912 legte sich jedoch in preußischer Tradition einseitig darauf fest, daß nur die Staatsangehörigkeit der Eltern ausschlaggebend sein soll (jus sanguinis - Recht durch Blut): `Durch die Geburt, auch wenn sie im Ausland erfolgt, erwirbt das eheliche Kind eines Deutschen die Staatsangehörigkeit des Vaters, das uneheliche Kind einer Deutschen die Staatsangehörigkeit der Mutter.' Die Regelung gilt im Grunde noch heute. Man hat lediglich 1974 aus der grundgesetzlich festgelegten Gleichberechtigung der Frau die Folge gezogen und festgelegt, daß das Kind durch die Geburt die Staatsangehörigkeit eines Elternteils bekommt."

Lutz Hoffman, Die unvollendete Republik. Köln, PapyRossa-Verlag 1992, S. 98 f.

"Immerhin sollen bereits ein Viertel aller Deutschen die Parole `Ausländer raus!' für berechtigt halten, und die Hälfte der Bevölkerung befürwortet angeblich die an sich doch idiotische Formel: `Deutschland den Deutschen'. - Man stelle sich nur einmal vor, diese Formel fände überall in der Welt Anwendung. Dann könnten die Deutschen in Deutschland bald alle auswandern, weil der Zustrom von Deutschen aus anderen Ländern, nicht nur aus Rußland und Rumänien, sondern auch aus den USA, Australien und Kanada für die Einheimischen keinen Platz mehr ließe."

Fernsehkritik v. Michael Stone, Der Tagesspiegel v. 18.10.92

Politische Verantwortung

"Alle hatten offenbar die Vietnamesen im Plattenbau, ehemalige *Gastarbeiter* in der DDR, vergessen."

"Für die Vietnamesen war ich nicht zuständig."

Winfried Rusch, Abteilungsleiter der Zentralen Anlaufstelle für Asylbewerber - ZAst - im Innenministerium von Mecklenburg-Vorpommern. Zit. n. Der Spiegel Nr. 36, 31.8.92

"Ihren Kernauftrag, den Schutz der *Asylbewerber* in Rostock-Lichtenhagen zu gewährleisten und Straftäter festzustellen und festzunehmen, hat die Polizei erfüllt. Diese Feststellung findet ihre Rechtfertigung in der Tatsache, daß keinem der Asylbewerber auch nur ein Haar gekrümmt worden ist und die Polizei über 390 Chaoten und Randalierer festgenommen hat."

Der Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, Kupfer, im ARD-Wochenspiegel v. 30.8.1992

"Mecklenburg-Vorpommern möchte sich Deutschland und der Welt von seiner schönen Seite präsentieren."

Berndt Seite, Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern. Schlußwort seiner Rede in der Landtagsdebatte über Rostock

"Die Fremden sind vertrieben. Der Minister bleibt. Das Asylrecht wankt."

Kuno Kruse, Michael Schwelien , Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

"Aber warum hat nicht die geballte politische Prominenz dieses Landes den Beifallklatschenden klargemacht, daß keine noch so schmerzliche Notlage es erlaubt, die Jagd auf Minderheiten zu eröffnen? ... Hat es nicht schon aus unwichtigeren Anlässen Sondersitzungen des Bundestages gegeben? Die Krawalle von Rostock

lohnten offenbar den Aufwand nicht."

Gunter Hofmann, Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

"Solange es in Deutschland auch nur einen Fremden gibt, der um sein Leben fürchten mußt, werden wir bereit sein müssen, auf die Straße zu gehen."

Daniel Cohn-Bendit
Dezernent für Multikulturelle Angelegenheiten in Frankfurt

Asyl

"Das Problem, um das es geht, lautet in der Tat gar nicht: Asyl. Es wird vielmehr im ersten Satz des Grundgesetzes angesprochen: `Die Würde des Menschen ist unantastbar.'"

Gunter Hofmann, Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

"Die Asyldebatte sollte im Machtkampf den Konservativen dienen - hat ihnen aber nur geschadet und allein den Rechtsextremen genutzt."

Robert Leicht, Die Zeit Nr 36 v. 28.8.92

"In dieser im wahrsten Sinn aufgeheizten Atmosphähre die Debatte um Asyl und Ausländerzuzug weiterhin zu instrumentalisieren, ist nicht nur leichtfertig - es ist unanständig. Reden kann und muß man über das Thema, jedoch nicht jetzt und nicht so."

Matthias Zschaler, Der Tagesspiegel v. 14.9.92

"Jetzt, im unglücklichsten Moment, den man sich vorstellen kann, setzt auch die SPD noch einen falschen Akzent" (ebd.)

"Nach der heutigen juristischen Definition eines politischen Flüchtlings könnten Juden, die nach 1933 bis zum Beginn des Kriegsausbruchs, also in der Zeit vor des systematischen Massenvernichtung aus Deutschland flohen, trotz der verfassungsrechtlichen Garantie des Asylrechts kein Asyl in der Bundesrepublik erhalten."

Dieter Oberndörfer, Die offene Republik. Freiburg: Herder Spektrum, 1991.

Produzenten populärer Kultur

"Die Zeiten werden härter
wir können keinem traun
Erst gestern haben so Zombies
schon wieder total brutal draufgehaun
Total blind im Rassenwahn
zünden sie nachts Häuser an
Aber wir klär'n hier in unsrer Stadt
daß kein Skin was zu sagen hat

Und wir hau'n mit den Tatzen
den Skins auf die Glatzen
das Einzige was die verstehn
Also Faschos verpißt Euch
keiner vermißt euch
Wir woll'n euch nur noch von hinten sehn

Doch am liebsten bleiben die Fäuste kalt
denn Panther stehn nicht auf Gewalt
Wir sind die Panther - Panik-Panther"

Udo Lindenberg,
Panik-Panther

"Deutschland mag vereint sein. ... Ich bin zerrissen."

"P.S. Immer wieder wird gefragt, was kostet denn die Einheit? Die Einheit kostet 23 Pfennig."

Rio Reiser
König von Deutschland

Wirtschaft

"Tourismusbranche in Rostock fürchtet Einbußen"

taz v. 1.9.92

"Die Gewaltexzesse der Rechten, wachsende Fremdenfeindlichkeit und wiederaufflammender Antisemitismus könnten nicht nur das Ansehen Deutschlands in der Welt ruinieren, sondern auch der Wirtschaft des Landes schweren Schaden zufügen. Wo immer derzeit Industrie- und Treuhand-Vertreter, Politiker und Diplomaten im Ausland für den Standort Deutschland und seine Waren werben, werden sie zuerst auf die Situation in ihrer Heimat angesprochen. ... Die Welle der Gewalttaten schrecken Investoren ab, ..."

Arne Daniels. Die Zeit Nr. 43 v. 16.10.92

Sonstiges

"Eklig die `Rechten', aber auch eklig, wie `Linke' ihren Ekel mitteilten. Deren Nein, obwohl anfangs auch mein Impuls, ist dem, das ich ablehne, zu nah und gehört mit abgelehnt. Die plumpen Neins und Niewieders, jenes Denkgefängnis, das Handeln nur im Kontext von Gegnerschaft zuläßt - sie bestätigen lediglich seitenverkehrt, was sie frontal abzulehnen vorgeben. Die pure Gegenüberstellung verhindert jeden Versuch, das Abzulehnende einzubinden anstatt zu monsterisieren. In symmetrischer Eskalation werden alte Trümpfe wie immer neue ausgespielt. Aber die Meinung A nicht zu haben, heißt nicht, die Meinung Nicht-A haben zu müssen."

Bodo Morshäuser, Hauptsache Deutsch. Frankf./M., Suhrkamp, 1992, S. 14

(Am Rande der Demonstration gegen die Pogrome in Rostock:)

"Ein alter Mann zupft einem Autonomen am Ärmel: 'Sie werden doch nicht auch Krawall machen und unser schönes Rostock wieder in schlechtes Licht rücken.' Nein, es bleibt ruhig. Von den Rechten keine Spur. Nur zwei Sechzehnjährige hatten sich zu weit vorgewagt. Jetzt sitzen sie im Gras und schlottern. Umringt und bestaunt. Erkennungsdienstliche Behandlung mit der Pocketkamera. Die Bomberjacke wird konfisziert. Leibesvisitation. Halt, was muß man da finden? Ein Hitlerbild. Eklig. Strafe muß sein: Aufessen. Auf der Stelle. Dann Entlassung."

Kuno Kruse, Michael Schwelien, Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

Instrumentalisierung ?

"Es läßt sich nicht leugnen, daß die Bedingungen im *einzigen* zentralen Aufnahmelager für ganz Mecklenburg-Vorpommern auch den Anwohnern eine Menge Unannehmlichkeiten aufbürdeten. Ob das unterschwellig so gewollt war, kann man inzwischen durchaus fragen."

Gunter Hofmann, Die Zeit Nr. 37 v. 4.9.92

"Bundesinnenminister Seiters (CDU) forderte im ZDF erneut eine rasche Lösung des Asylproblems."

Der Tagesspiegel, 26.8.92

Formeln

"Fremdenhaß ist nicht akzeptabel."

Helmut Kohl, Bundeskanzler

"Gewalt, gegen wen auch immer, ist eine Schande für unser Land."

Wolfgang Schäuble, Fraktionsvorsitzender der CDUv.CSU

Generelle Kritik

"Diejenigen, die den Rassismus verurteilen, müßten mit der gleichen Schärfe die *Bedingungen* verurteilen, die den Rassismus fördern oder verursachen, die Kriminalität, die Gewalt, die Vereinzelung, das Zerbrechen der Solidarbeziehungen, eben all das, was Angst hervorruft, den Rückzug auf sich selbst, und auch, das versteht sich von selbst, die Bedingungen, die diese Verhaltensweisen aus Verzweiflung begünstigen, wie die Wohnungsbau- und Beschäftigungspolitik. ....

Den Akzent auf das *Nationale* im Gegensatz zum *Fremden* zu legen, heißt, den Willen zu bekräftigen, die Umverteilung (von Unterstützungsleistungen, Beihilfen, Versicherungen, der Sozialfürsorge und zweifellos auch der Arbeit) in die Hand zu bekommen, die recht eigentlich dem Staat obliegt, und auf dem Gebiet den *Einheimischen* absoluten Vorrang einzuräumen. So kann man den Erfolg der 'nationalistischen' Botschaft bei den 'armen Weißen' verstehen, die nichts haben, außer ihrer rechtlich garantierten Zugehörigkeit zu einem Staat, der sie im Stich läßt.

Schwerer zu verstehen ist aber, warum sich die Parteien der Linken gegen eine ganze Tradition des Internationalismus und Universalismus haben dazu hinreißen lassen, die Dichotomie einheimisch/fremd oder eingeboren/eingewandert zu übernehmen und daraus das zentrale Sicht- und Einteilungsprinzip zu machen, auf Kosten vor allem des Gegensatzes zwischen Reichen und Armen, welch Letztere ebenso gut Einheimische wie Fremde umfassen ..."

Pierre Bourdieu, Die gesunde Wut eines Soziologen, in: ders.: Die verborgenen Mechanismen der Macht. Berlin, VSA-Verlag 1992, S. 169-171.

Zu einzelnen Autoren

Bernd Bröskamp, geb. 1954 in West-Berlin, Dr. phil., Studium der Sportwissenschaften, Amerikanistik, Erziehungswissenschaften und Philosophie in Marburg und Berlin. Promoviert mit einer Arbeit zum Thema der körperlichen Dimensionen von Fremdheit und Ethnizität. Arbeitsschwerpunkte: Migrations- und Ethnizitätsforschung, sozialwissenschaftliche Körpertheorie, Sportsoziologie

Ahmed Farah, geb. 1953 in Mogadishu, seit 1976 in der BRD, Diplom in Soziologie in Bielefeld zum Thema: "Sedentarisierung von Nomaden" (erschienen im Breitenbach Verlag 1991), Mitarbeiter des Koordinierungskreises Mosambik

Eva Engelhardt, geb. 1952 in Darmstadt, Diplom-Soziologin, 4 Jahre Aufenthalt n Sambia, 2 Jahre in Somalia als Koordinatorin für Frauenprojekte. 3 Kinder. Freiberuflich tätig in Berlin. Arbeitsschwerpunkte: Frauenförderung, Bevölkerungspolitik, Ökologie, interkulturelle Kommunikation.

Wolfgang Brück, geb. 1936, Professor für Rechts- und Kriminalsoziologie, z.Z. Lehrbeauftragter in Dresden; 1972 Dissertation an der Universität Halle "Die Entwicklung der Freiheitsstrafe in Deutschland"; 1985 Dissertation an der Universität Leipzig "Soziale und kriminelle Gefährdung Jugendlicher". 15 Jahre Mitarbeit am Zentralinstitut für Jugendforschung in Leipzig

Wahid Wahdatehagh, geb. 1957 in Ludwigsburg, Diplom-Soziologe, Arbeitsschwerpunkte: Neue Weltwirtschaftsordnung, Rassismus Mitarbeiter des Bildungs- und Aktions-Zentrums 3. Welt in Berlin

Albert Memmi, geb. 1920
Der Text von Albert Memmi wurde mit Erlaubnis vom Athenäum Verlag GmbH, Frankfurt/a.M. abgedruckt.
Es handelt sich um einen Auszug aus seinem Buch "Rassismus", erschienen 1987, Frankfurt /M.

Rassismus und Migration in Europa: Beiträge des Hamburger Kongesses, Argument 1992

From Resistance to Rebellion: Texte zur Rassismus-Diskussion, J. Boume, A. Sivanandan, L. Fehete, Schwarze Risse 1992

Roots of racism I / Pattern of racism II / How racism came to Britain III / The fight against racism IV: Institute of Race Relation 1982

Melber, H., Der Weißheit letzter Schluß: Rassismus und Kolonialer Blick, Brandes & Apsel 1992

Melber, H., Rassismus und Ethnozentrismus als Phänomene kolonialistischer Betrachtungsweise. In: Klaus Geiger (Hrsg.): Rassismus und Auländerfeindlichkeit in Deutschland. Beiträge zu ihrer Erforschung. Kassel 1985, 5-80

Mergner, Gottfried, Der enge Zusammenhang von Aggression und Mitleid. In: Ich habe nichts gegen Ausländer ... Fremde in unserer Gesellschaft. Evangelische Akademie Bad Boll, Protokolldienst 16, 1987, 19-41

SchmittEgner, Peter, Wertgesetz und Rassismus. Zur begrifflichen Genesis kolonialer und faschistischer Bewußtseinsformen. In: Gesellschaft. Beiträge zur Marxistischen Theorie 1976, 8/9

Geiss, I., Geschichte des Rassismus, Suhrkamp 1988

Antrata, O. u.a., Theorien über Rassismus, Argument 1989

Uni Bielefeld (Hg.) Das Eigene und das Fremde: Neuer Rassismus in der Alten Welt?

Kalpaka, N. Rätnezel (Hg.) Die Schwierigkeit nicht rassistisch zu sein, Mundo, 1990

Davis, A., Rassismus & Sexismus, Elefanten Press 1982

Bernhard, N., Tarzan und die Herrenrasse: Rassismus in der Literatur, Lenos, 1986

Renschler, R. u.a., Das Gift der frühen Jahre; Rassismus in der Jugend-Literatur, Lenos, 1981

MATERIALIEN & MEDIEN ■

Bücher (Auswahl)

Angola, Mosambik und Zimbabwe im Visier Südafrikas
Joachim Becker, Köln 1988,
329 Seiten, ...DM 9,80
Schön wäre es...
Texte von Jugendlichen aus Mosambik und der Schweiz; Erklärung von Bern; Zürich 1988,
56 Seiten, ...DM 8,50
Julieta und die Stille des Todes
Mosambik: Vom Krieg gegen die Kinder. Beate Müller-Blattau, Hamburg 1989, 131 Seiten,
....DM 9,80
Die Fledermaus und der Himmel
Geschichten und Märchen aus Mosambik; Elisa Fuchs, Zürich 1988, ...DM 3,50
Mosambik - Revolution im Kreuzfeuer
Das Buch enthält ausführliche Hintergrund-Informationen zur Kolonialgeschichte Mosambiks, dem Befreiungskampf der Frelimo, den Errungenschaften des unabhängigen Landes und dem blutigen Krieg der von Südafrika bezahlten und gesteuerten Terrororganisation Renamo; Joseph Hanlon, Bonn 1988, 354 Seiten,
....DM 29,80

Broschüren

Mosambik - Sozialismus und Solidarität
Perspektiven der Solidaritätsarbeit mit dem 'neuen' Mosambik, EMS/ KKM 1990, 30 Seiten,
....DM 4,00
Mosambik-Mosaik
Momentaufnahmen einer Reise, Bernhard Venjakob, KKM 1989, 72 Seiten, ...DM 5,00
(Über)leben in Mosambik -
Im Schatten des Renamo-Terrors, ASA-Soli-Fonds/WFD, Berlin 1989, 64 Seiten, ... DM 4,00
Mosambik - Broschüre aus Anlaß der BAP-Tournee 1988;
Kampagne "Apartheid tötet auch in Mosambik", 1988, 36 Seiten,
....gratis*
Partnerschaft Konkret -
Deutsche Schulen berichten über ihre Erfahrungen mit Schulpartnerschaften; KKM 1988, 25 S.
....DM 2,00
Menschenrechtsbericht Mosambik 1975-1989
amnesty international - Magran Koordinationsgruppe, Gelsenkirchen 1990, 59 Seiten,
....DM 3,00
Flüchtlinge in Mosambik -
Bericht der US-Regierung (deutsche Zusammenfassung); Robert Gersony, 1988, 27 Seiten,
....DM 3,00
Thema heute: Mosambik
WDR-Manuskript von Bernd Girrbach, 1989, 31 Seiten, ... DM 3,00
Aktion Konto kündigen
(Faltblatt) ....gratis*
Größere Mengen werden gegen Erstattung der Druckkosten abgegeben.

Mosambik-Rundbrief

Zeitschrift des KKM, erscheint 4 mal im Jahr mit Nachrichten und Hintergrundinformation zu Mosambik sowie einem aktuellen Schwerpunktthema;
Jahresabo .... 20,00 DM
Einzelheft .... 4,00 DM
Zur Zeit lieferbare Einzelhefte:
19 V. Parteikongeß der Frelimo
20 Mosambikaner/innen in der DDR
21 Wirtschaft im Ausnahmezustand
22 Waffenstillstand in Mosambik?
23 Flüchtlinge
24 Leben auf dem Land
25 Ökologie
26 Wirtschaftsreformen
27 Private Hilfe - Fortsetzung des Krieges?

Filme (Auswahl)

"Ist der Teufel wirklich ein Kind?"
Über die Auswirkungen des Terrors in Mosambik auf die Kinder, 90 Minuten, Wien 1990, 16 mm, Verleih über: Verleih der Filmemacher, Zentnerstr. 11, 8000 München 40, Leihgeb. . 180,00 DM
In Österreich: Filmladen, Mariahilferstr.58, A-1070 Wien
"Der zerschossene Traum von Marracuene"
VHS-Videofilm über den Tagesablauf einer mos. Kleinstadt im Krieg. 40 Minuten, Verleih über den KKM; Leihgeb. DM 5,00
Mosambik - Kein Thema mehr?
VHS-Videofilm über die aktuelle Lage in Mosambik und konkrete Hilfe durch das "Modell Schulpartnerschaft", 20 Minuten, Verleih über den KKM,
Leihgebühr......................DM 5,00
Safari - Die Reise
Spielfilm über die Erfahrungen zweier österreichischer JournalistInnen in Mosambik
Verleih: Filmladen, Mariahilferstr.58, A-1070 Wien, Österreich
Verbrannte Erde
Südafrika und die Frontstaaten. Dokumentarfilm über die südafrikanische Destabilisierung der Nachbarländer. Verleih: CON-Film, Benquestr. 29, 2800 Bremen
"Dies ist unsere Stunde - Die Frauen von Maputo",
VHS-Dokumentarfilm über Entwicklung und Probleme von Frauen-Genossenschaften in den Stadtrandbereichen von Maputo, 1990, 40 Minuten, Verleih über den KKM Leihgebühr ....DM 5,00

Unterrichtsmaterial

Diaserie Mosambik
Hg. KKM, 50 Dias einschl. Begleittext, Hintergrundinformation und Vorschläge zur Vertiefung im Unterricht, Februar 1989,
Verleih ....DM 10,00
Oberstufenmappe Mosambik
Hg. KKM, ...DM 10,00
21 Materialien für den Einsatz in den Klassen 11 - 13, gute Grundlageninformationen mit Quellenmaterial, April '89, 187 S. - neu überarbeitet
Unterrichtsreihe Mosambik
für die Schulklassen 5 - 7 der Sekundarstufe I, Hg. KKM,
5 Unterrichtsstunden (24 Seiten) mit Arbeitsmaterialien, Mai 1989,
....DM 2,00

Ausstellungen

Fotos des mosambikanischen Fotografen **Ricardo Rangel**, zusammengestellt von und Bezug über: terre des hommes, Postf. 4126, Osnabrück, Tel.: 0541 - 7 10 10
"Alltag einer Kooperativenbäuerin in Mosambik"
12 Tafeln a 60 x 80 cm mit Hängevorrichtung, Verleih über: Weltfriedensdienst, Hedemannstr. 14, 1000 Berlin 61, Tel.: 030-2510516

Diverses

Poster: BAP auf Solidaritäts-Tournee in Mosambik....DM 3,00
Mankeu-Kunstdruck
ca. 60 x 45 cm..................DM 5,00
Malangatana-Grußkarten
5 verschiedene Motive mit Umschlägen.....................DM 5,00
Malangatana T-Shirt
"A luta continua" L/XL DM 20,00
Cashewnüsse
100 Gramm.......................DM 2,50

Sofern keine andere Adresse angegeben ist, können alle Artikel beim **KoordinierungsKreis Mosambik e.V., Klasingstr. 17, 4800 Bielefeld 1, Tel.: 0521 - 124 742** bestellt werden. Alle Preise verstehen sich inkl. Mehrwertsteuer. Verpackung und Porto werden extra berechnet. Der Versand erfolgt gegen Rechnung, bei kleineren Bestellungen auch gegen Vorauszahlung in Briefmarken.

Informationszentrum Afrika (IZA) Bremen

Das Informationszentrum Afrika wurde 1987 mit dem Ziel gegründet, das allgemeine Interesse an Afrika zu fördern, Bewußtsein und Kenntnisse über die neueren politischen, wirtschaftlichen und sozialen Entwicklungen in Afrika zu vertiefen und über das Verhältnis der Industrieländern zu den Staaten Afrikas sowie über die Situation von AfrikanerInnen in Deutschland aufzuklären. Diesen Zielen widmet sich das IZA durch ein breitgestreutes Angebot an Seminaren, Vortragsveranstaltungen, Theater-, Film- und Konzertabenden, Ausstellungen, Lesungen und Diskussionsrunden. Veranstaltungen werden mehrmals im Monat angeboten, oft in Zusammenarbeit mit anderen Gruppen aus Bremen und dem norddeutschen Raum. Ca. 2000 Interessierte nehmen jährlich das Programmangebot wahr. Einige thematische Schwerpunkte der letzten Zeit waren z.B. die Probleme afrikanischer Flüchtlinge, Frauen in Afrika, Militärdiktatur und Bürgerkrieg in Liberia, Ökologie, deutsche Entwicklungspolitik, Demokratisierung, Sklaverei. Mehrfach wurden bereits Afrikanische Filmtage in Bremen organisiert. Die Transatlantik-Ausstellung "Begegnung zwischen Afrika und Brasilien" im Bremer Übersee-Museum mit ihrem Begleitprogramm sowie die dreitägige Tagung "Ökologische Zerstörung in Afrika und Alternative Strategien" mit internationalen ReferentInnen bilden weitere Schwerpunkte in 1991.

Das IZA ist als gemeinnütziger Verein anerkannt und finanziert sich im wesentlichen aus Mitgliedsbeiträgen und unregelmäßigen Zuwendungen verschiedener Bildungsträger. Das IZA ist eine der Trägerorganisationen des Bremer Informationszentrums für Menschenrechte und Entwicklung (BIZ).

Die IZA-Arbeit wird jeden Monat auf einem *Jour-Fixe* von allen interessierten Mitgliedern diskutiert und koordiniert. Die Mitglieder erhalten regelmäßig das Programm sowie die vier- bis sechsmal jährlich erscheinende Zeitschrift *iza-ellefant* zugesandt. Sie haben auch die Möglichkeit, an den zweimal jährlich stattfindenden IZA-Wochenendseminaren teilzunehmen.

Weitere Aktivitäten im Rahmen von IZA sind z.B. die *Arbeitsgruppe Asyl*, die sich der konkreten Probleme afrikanischer Flüchtlinge in Bremen annimmt, sowie die Herausgabe der *Afrika-Hefte*, einer wissenschaftlichen Veröffentlichungsreihe. Vier Hefte sind bisher erschienen: Gabriele Zdunnek: Frauenarbeit im informellen Sektor in Ibadan (Nigeria); Sara Berry: Afrikanische Entwicklungsperspektiven - Ein kritischer Essay; Barbro-Isabel Bruhns: Zur Situation Behinderter in Zimbabwe; Moema Parente Augel: Transatlantik - Begegnung zwischen Afrika und Brasilien. In Zusammenarbeit mit der Liberia Working Group erschien außerdem: Human Rights Violations in Liberia, 1980-1990 - Eine Dokumentation.

Afrika - Hefte

AH 2 **Sara Berry: Afrikanische Entwicklungsperspektiven**- Ein kritischer Essay. (Übersetzung aus dem Amerikanischen). Bremen 1991. ISBN 3-927429-01-5. 43 Seiten. DM 10.00.

Obwohl bereits 1981 von der Boston University veröffentlicht, hat die Studie von Sara Berry nichts von ihrer Aktualität verloren. Sie skizziert in knappen Strichen Positionen und Schwächen der neoklassischen, orthodox-marxistischen, neokeynesianischen und dependenztheoretischen Richtungen in der Afrikaforschung und weist ihnen Defizite nach, die sie z.T. gemeinsam kennzeichnen. Sara Berry plädiert für eine stärkere Beachtung der Analysen "spezifischer Fälle", die auch für die Theorie mehr hervorbringen können als eine Anwendung generalisierender Konzepte, die leicht in die Irre führen, wie sie an etlichen Beispielen zeigt.

AH 3 **Beate Martin: Von oben nach unten wächst gar nichts.** Ländliche Entwicklung durch Selbsthilfe und Selbsthilfeförderung dargestellt am Beispiel einer senegalesischen Bauernorganisation. Bremen 1992. ISBN 3-927429-02-3. Ca. 100 Seiten.

AH 4 **Barbro-Isabel Bruhns: Zur Situation Behinderter in Zimbabwe. Zwischen Institutionen und Integration.** Bremen 1989. ISBN 3-927429-03-1. 71 Seiten. DM 10.00.

Nur 2 % der als behindert geltenden Bevölkerung Zimbabwes profitieren von institutionellen Rehabilitationsmaßnahmen, die eines von vielen Erbstücken der Kolonialzeit sind. Wie sieht diese institutionaliserte Arbeit mit Behinderten aus und was geschieht mit den restlichen 98 %, die zum größten Teil auf dem Lande in noch mehr oder weniger traditionellen Gesellschaftsformen leben? Mit diesen Fragen beschäftigt sich die vorliegende Studie vor dem Hintergrund der tradtionellen afrikanischen Gesellschaftsformen und der Kolonialgeschichte des relativ jungen Staates.

AH 5 **Moema Parente Augel: Transatlantik - Begegnung zwischen Afrika und Brasilien.** Bremen 1991. ISBN 3-927429-04-X. 80 Seiten. DM 8.00.

Das Buch beschreibt die Geschichte des transatlantischen Dreieckshandels und geht der Frage nach, wie es möglich war, daß die von Afrika nach Brasilien verschleppten Sklaven trotz ihrer unmenschlichen Lebensbedingungen und der Trennung von ihrer Heimat viele Elemente ihrer Ursprungskultur aufrechterhalten konnten. Es thematisiert Massendiskriminierung und die wirtschaftliche und soziale Situation von Menschen unterschiedlicher Herkunft und Hauffarbe und verdeutlicht anschaulich deren sozio-kulturelle Gemeinsamkeiten. Das reich bebilderte Heft wurde als Begleitbroschüre zur gleichnamigen Bielefelder Ausstellung konzipiert, ist aber auch unabhängig davon gut lesbar.

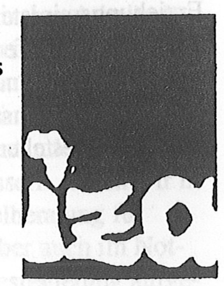
AH 6 **Karl Peltzer: Traditionelle Heilkunde bei Ashanti und Shona.** Bremen 1992. ISBN 3-927429-05-8. Ca. 120 Seiten.

Bremer Afrika-Studien

Band 1 **Bruhns/Kappel (Hrsg.): "Ökologische Zerstörung in Afrika und alternative Strategien"** Zur gleichlautenden Tagung des IZA vom 07. bis 09. März 1991.

Band 2 **Dirk Hansohm: Small Industries Development in Africa. Lessons from Sudan.** Bremen 1992. VI + 263 Seiten.

Außerdem erhältlich: Liberia Working Group. Leben wo der Pfeffer wächst. Bremen 1989. ISBN 3-926771-09-7. 151 Seiten. DM 15.00



Zu beziehen über: Informationszentrum Afrika (IZA)
Postfach 10 45 41 28 Bremen 1Tel.: 0421 / 74917

DER KOORDINIERUNGSKREIS MOSAMBIK e.V.

Der KoordinierungsKreis Mosambik e.V.(KKM) wurde 1977 als gemeinnütziger Verein von verschiedenen lokalen Solidaritätsgruppen und Einzelpersonen gegründet. Ziel war es, die Unterstützung, die für die FRELIMO seit 1970/71 während des Befreiungskampfes gegen den Kolonialismus geleistet worden war, für den Aufbau eines unabhängigen Mosambiks fortzusetzen. Die Leitung und Geschäftsführung des Vereins bestanden zunächst aus ehrenamtlichen Mitgliedern, die jährlich neu gewählt wurden. Ursprünglich meinten wir, unsere Unterstützungsarbeit könne in der Auswahl und Entsendung von aus Mosambik angeforderten Fachkräften bestehen. Aber diese Funktion haben wir nach einiger Zeit an den Weltfriedensdienst in Berlin abgegeben, der organisatorisch und administrativ besser dazu geeignet war. Heute besteht der Schwerpunkt unserer Arbeit in entwicklungspolitischer Informations- und Öffentlichkeitsarbeit in West- und Ostdeutschland. Der KKM kann sich dabei auf die ehrenamtliche Mitarbeit von etwa 400 MitarbeiterInnen (einschließlich des jährlich neu gewählten Vorstands) stützen, sowie auf die Arbeit von vier hauptamtlichen MitarbeiterInnen.

Struktur

- Der Koordinierungskreis Mosambik hat eine hauptamtlich besetzte Geschäftsstelle in 4800 Bielefeld 1
  Klasingstr. 17
  Tel.: 0521/12 47 42
  Fax: 0521/ 64 975

- eine zusätzlich eingerichtete Nebenstelle im Beratungszentrum für ausländische MitbürgerInnen in 0-1035 Berlin
  Neue Bahnhofstr. 19
  Tel.: 030/589 11 42
  Fax : 030/588 11 42
  wo z. Zt. ein Mitarbeiter ausschließlich Beratungs- und Unterstützungsarbeit für die mosambikanischen ArbeiterInnen aus der ehemaligen DDR leistet

- sowie eine hauptamtliche Mitarbeiterin in Maputo,Mosambik, die dort auf der Grundlage eines Vertrages mit dem Erziehungsministerium Mosambiks und der deutschen Entwicklungshilfeorganisation Dienste in Übersee ab Januar 1992 zusammen mit einem mosambikanischen Counterpart Informations- und Koordinationsaufgaben erfüllt, besonders im Blick auf die Pflege der bestehenden Schulpartnerschaften.

Ziele und Arbeitsschwerpunkte

1. Entwicklungspolitische Informations- und Bildungsarbeit in der Bundesrepublik Deuschland über

- Presse- und Informationsarbeit zu Mosambik
- die Herausgabe von Publikationen, Broschüren und einen vierteljährlich erscheinenden Mosambik Rundbrief mit einer Auflage von 1100 Exemplaren
  - die Durchführung von Seminaren
  - die Erstellung von didaktischen Materialien über Mosambik für Schule und Unterricht, die Erstellung von Diaserien und Filmen über Mosambik, den Verleih von Medien
  - die Bereitstellung von ReferentInnen

2. Der Aufbau und die Betreuung von Schulpartnerschaften zwischen deutschen und mosambikanischen Schulen; dazu gehört vorrangig die politische Bildungsarbeit über Mosambik in deutschen Schulen, aber auch die Organisation von materieller Hilfe für die Partnerschulen in Mosambik, wie auch die Organisation gegenseitiger Besuche. Heute gibt es etwa 25 deutsche Schulen, die eine Partnerschule in Mosambik haben. Regional konzentrieren sich die Schulpartnerschaften auf den unterentwickelten Norden Mosambiks: auf die Provinzen von Cabo Delgado und Téte; es gibt aber auch wichtige Projekte im Zentrum (Manica) und im Süden (Maputo).

3. Die Bekanntmachung von mosambikanischer Kunst und Kultur in der Bundesrepublik über Kulturveranstaltungen mit populären mosambikanischen Musik-, Gesangs- und Tanzgruppen oder über Ausstellungen der Werke mosambikanischer Maler und Bildhauer oder die Übersetzung von Werken mosambikanischer Dichter und Schriftsteller.

4. Die materielle Unterstützung von entwicklungspolitischen Projekten in Mosambik, die hauptsächlich im Bereich des Erziehungswesens (Rehabilitierung zerstörter Schulen, Aufbau neuer Schulen), der Organisation sauberen Trinkwassers oder Schulgartenbau-Projekten zu finden sind.

5. Die Beratung von und Unterstützung der Interessen mosambikanischer ArbeiterInnen im Gebiet der ehemaligen DDR. Dieser Arbeit wendeten wir uns verstärkt seit Anfang 1990 zu. Über Pressearbeit, Resolutionen, Gespräche mit Parteien, Politikern und Beamten in verschiedenen Ministerien versuchten wir darauf hinzuwirken, daß die Rechte der Mosambikaner, die ihnen der Einigungsvertrag zugestanden hatte, auch in der Tat beachtet wurde. Um die Arbeit strukturell zu verbessern, haben wir in Ost-Berlin das oben erwähnte Büro eröffnet, das individuelle Einzelberatung für betroffene MosambikanerInnen und Rechtsberatung anbietet, das aber auch im Notfall mit Betrieben in Ostdeutschland verhandelt. Das von der Bundesregierung aufge-

legte Fachkräfteprogramm für die noch nicht abgeschobenen MosambikanerInnen ist partiell ein Resultat unserer Öffentlichkeitsarbeit, selbst wenn wir an seiner Gestaltung nicht direkt mitwirken können. Wir bieten daher zusätzliche Publikationen, Informationen und Seminare zur Vorbereitung mosambikanischer Rückkehrer an. Wir unterstützen auch die entstandene Selbstorganisation der mosambikanischen ArbeiterInnen in der DDR.

6. Politische Lobby-Arbeit: diese findet sowohl auf nationaler wie auf europäischer Ebene statt. Z.B. hat der KKM nach einer nationalen Kampagne zum Thema "Apartheid tötet auch in Mosambik - Beendet den Krieg Südafrikas gegen seine Nachbarstaaten" eine europäische Konferenz 1988 in Bonn zu diesem Thema veranstaltet, an der über 400 Teilnehmer aus 18 europäischen Ländern sowie aus den USA und Kanada teilnahmen. Die europäische Mosambik-Solidarität wird nun im Rahmen der Ecasaama (European campaign against Southafrican aggression against Mozambique and Angola) weitergeführt. Im Mai 1992 wurde eine neue europäische Kampagne für Schuldenstreichung und eine bessere Sozial- und Entwicklungspolitik gestartet.

MOSAMBIK RUNDBRIEF

Der Koordinierungskreis Mosambik gibt 4x jährlich eine Zeitschrift, den Mosambik Rundbrief heraus. Neben der aktuellen Berichterstattung aus Mosambik und der Solidaritätsbewegung beleuchtet der Rundbrief unterschiedliche Schwerpunkte:

Frauen in Mosambik - Kirche - Schulpartnerschaften - Kinder im Krieg - Gesundheitswesen - Entwicklungspolitik - Fiedens-verhandlungen - MosambikanerInnen in der Ex-DDR - Ökologie u.a.

Ein kostenloses Probeexemplar schicken wir gerne zu.

terre des hommes
Unterstützung für Mosambik

terre des hommes heißt frei übersetzt "Erde der Menschlichkeit". 1967 gegründet, unterstützt terre des hommes Deutschland heute Projekte in mehr als 20 Ländern der Erde. Ein Schwerpunkt der Arbeit ist das Südliche Afrika.

terre des hommes schickt keine "weißen Experten", sondern unterstützt einheimische Gruppen und Institutionen, die Kindern und Jugendlichen in ihrem sozialen Umfeld helfen.

terre des hommes ist konfessionell und politisch unabhängig. Über 90 Prozent des Etats von etwa 15 Millionen Mark kommen aus privaten Spenden.

terre des hommes versteht sich als Bürgerinitiative. 175 Arbeitsgruppen gibt es derzeit in der Bundesrepublik. Die Informationsarbeit hat satzungsgemäß einen hohen Stellenwert bei terre des hommes.

So verabschiedete die Mitgliederversammlung von terre des hommes im Mai 1987 eine Resolution zum Südlichen Afrika, in der es heißt:

"... militärische und wirtschaftliche Destabilisierung seitens Südafrika sind Verursacher einer Situation, die Tod und Elend über die mosambikanische Zivilbevölkerung bringt. Die Entwicklungsversuche der unabhängigen Staaten des Südlichen Afrikas werden durch die Gewaltpolitik des weißen Minderheitsregimes erheblich beeinträchtigt...

Es wäre daher blind zu glauben, materielle Hilfe allein könnte die Situation verändern. Eine grundlegende Veränderung der politischen Situation in Südafrika ist die Grundvoraussetzung für menschenwürdige Lebensbedingungen.

Die Mitgliederversammlung von terre des hommes fühlt sich verpflichtet und appelliert an andere Hilfswerke, sowohl die materielle Hilfe für die Frontstaaten des Südlichen Afrika zu vergrößern als auch gleichzeitig in der Öffentlichkeit auf eine Beendigung der Unterstützung von Apartheid in jeder Form hinzuwirken. Ein Mittel hierfür ist die Auferlegung bindender und allgemeiner Sanktionen gegen das Apartheidregime."

Seit 1987 fördert terre des hommes die mosambikanischen Projektpartner direkt. Als Kinderhilfswerk konzentriert sich terre des hommes auf die Verbesserung der Existenzgrundlage junger Mosambikaner und der Möglichkeit ihrer Entwicklung.

Im Distrikt Manhiça zum Beispiel unterstützt terre des hommes die Bewohner des Dorfes Munguine, das aufgrund des Flüchtlingsstroms aus den Kriegszonen schnell angewachsen ist. Um Munguine herum gibt es fruchtbares Land, das auf die einzelnen Familien verteilt wird. Die Neuankömmlinge brauchen Saatgut und Hacken, um sich möglichst schnell wieder auf Eigenversorgung umzustellen.

Die über tausend Kinder und Jugendlichen am Ort haben zwar ausgebildete



Foto: Ursula Şemin-Panzer

Lehrer, aber zu wenig Arbeitsmittel und kein Schulgebäude, um den Unterricht auch bei Regen und Kälte durchzuführen. Ein Gesundheitsposten soll verbessert werden. Das Entwicklungskomitee des Dorfes entscheidet über gemeinsame Vorhaben und über die Verwendung des Entwicklungsfonds.

Lina Magaia ist als Projektkoordinatorin die Vermittlerin zwischen Bauern und staatlichen Stellen. Sie muß dafür sorgen, daß das Saatgut eingekauft wird, daß die Pflüge rechtzeitig kommen, daß Stoffe als Tauschmittel für Überschüsse der Bauern vorhanden sind.

Wie überall im Land gibt es auch in Manhiça Kinder, die ihre Familie verloren haben und Hilfe brauchen. Die Frauenorganisation bemüht sich um die Kinder, schafft neue familiäre Zusammenhänge für sie – denn dies ist der Unterbringung in Heimen vorzuziehen. terre des hommes unterstützt die Unterkunft und Selbstversorgung dieser Kinder und Pflegemütter.

Neben den mehr als 200.000 zählenden jungen Kriegswaisen sind tausende Kinder und Jugendliche von den Terrorgruppen der RENAMO verschleppt, militärisch abgerichtet, als Lastenschlepper ausgebeutet und sexuell mißhandelt worden. Viele sind zum Morden gezwungen worden, tausende durch erlebte Greueltaten traumatisiert. Nach ihrer Befreiung brauchen sie Unterstützung, um in ihrer Umwelt wieder zurecht zu kommen. Es gibt kaum Experten, aber in Mosambik vertraut man auf gemeinschaftliche Anstrengungen, mit den Kriegsauswirkungen umgehen zu können. Überall werden Lehrer, in Zusammenarbeit mit den Familien, für die besonderen Probleme traumatisierter Kinder und Jugendlicher sensibilisiert, wird mit ihnen beraten, was für die mosambikanische Realität machbar ist. Man will dabei von anderen Erfahrungen lernen, wird sie aber nicht einfach kopieren. terre des hommes unterstützt diese Anstrengungen.

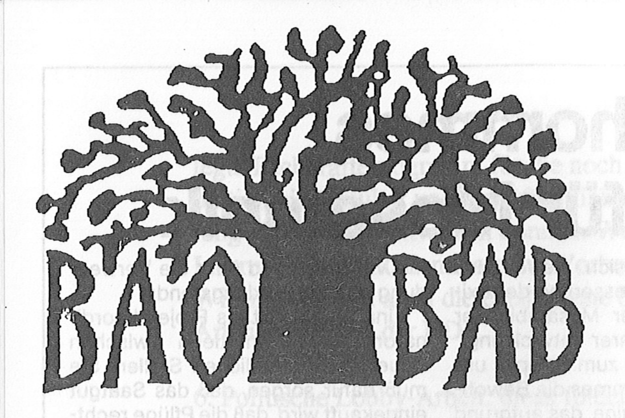
Weil die RENAMO sehr viel Schulen zerstört hat, können 300.000 Kinder nicht mehr zum Unterricht gehen. Das Erziehungsministerium hat ein Notprogramm zum Wiederaufbau von Schulen erarbeitet, terre des hommes unterstützt Teile des Programms.

Insgesamt betrug die Förderung von Projekten in Mosambik 1991 750.000 DM. Für 1992 sind DM 760.000 DM vorgesehen.



terre des hommes

Postfach 4126 · 4500 Osnabrück
Spendenkonto: 700 (BLZ 265 10111)
bei der Bank für Gemeinwirtschaft Osnabrück. Stichwort: Mosambik



INFOLADEN EINE WELT e.V.

Winsstraße 53
0- 1055 Berlin
Tel. 030/4269451

Der BAOBAB INFOLADEN ist ein eingetragener Verein, der um basisdemokratische Strukturen bemüht ist und offen sein will für alle, die sich nach ihren Möglichkeiten beteiligen wollen.

Der BAOBAB INFOLADEN ...

... am 16. Februar 1990 Ladenbesetzung, Vereinsgründung am 09.März 1990, Start mit zwei Arbeitskreisen und vielen Sympathisanten (insgesamt 32 Vereinsmitglieder), Teilnahme an Aktionen gegen Apartheid und für EINE gerechte WELT, Bestätigung als Verein im Juni 1990 ...

UNSER ANLIEGEN

Eine gerechte Welt!

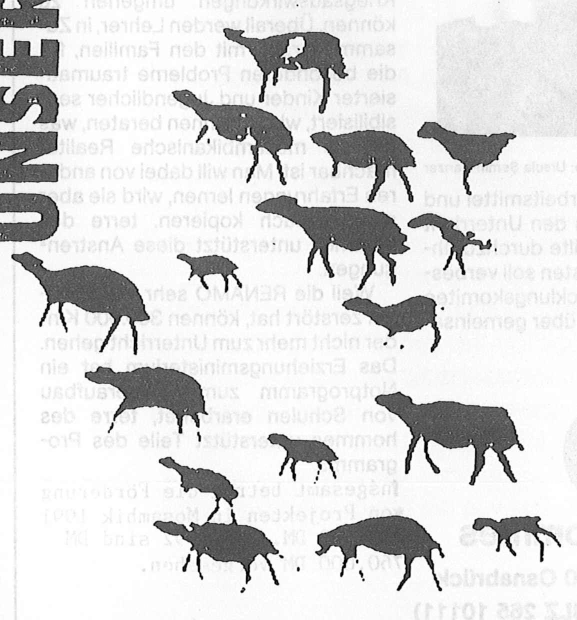
Dazu müssen wir:

aufklären über wirtschaftliche und politische Machtinteressen als Ursache für die zunehmende Verelendung und Unterdrückung eines Großteils der Weltbevölkerung;

die Wachstums- und Entwicklungsideologie der reichen Länder in Frage stellen;

den Nord-Süd-Konflikt als globales Problem für die Ökologie und als Resultat ungerechter Welthandelsbeziehungen reflektieren;

der zunehmenden Ausländerfeindlichkeit entgegenwirken und nach ihren Ursachen und Hintergründen fragen.



Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht !

UNSERE ANGEBOTE

Info-Café mit:

Begegnungsstätte für Aus- und InländerInnen, Informationen zur Situation in den Ländern der "Dritten Welt", zu entwicklungspolitischen Fragestellungen...

Antirassistisches Telefon:
Entgegennahme von Meldungen zu rassistischen und faschistischen Überfällen und Diskriminierungen.

Rechtsberatung:
14-tägig dienstags
(vorwiegend für AusländerInnen)

thematische Arbeitskreise zu:
Lateinamerika, der Türkei, dem südlichen Afrika und dem alternativen Handel

Informationsveranstaltungen,
Seminare,
Sprachkurse

Wir benötigen finanzielle und materielle Unterstützung:
Unsere Kontonummer: 4113 520 297
Kreditinstitut: Berliner Sparkasse
Bankleitzahl: 100 500 00

"Produkte auf der Grundlage eines gerechteren Handels zwischen Nord und Süd"

Kurzbiografien

Momed Letifo

Mein Leben in Deutschland
Durch ein Regierungsabkommen zwischen der ehemaligen DDR und Mosambik bin ich 1987 als Arbeitskraft nach Deutschland gekommen. Für mich ist es ein großes Glück, daß ich eine Ausbildung als Schweißer machen konnte, und ich fühle mich auch wohl in diesem Beruf. Ich bin von Mosambik nach Deutschland gekommen, weil ich eine Ausbildung machen wollte und auch, um andere Leute kennenzulernen. Ich habe hier viele Freunde gewonnen, die mich sehr gut verstehen, deshalb möchte ich auch hier in Deutschland bleiben. Hier habe ich auch eine Arbeit, die mir gefällt, und ich werde in meinem Beruf als Schweißer in meinem Betrieb in Weimar gebraucht.

In Mosambik ist zur Zeit Bürgerkrieg. Ich habe keine Eltern mehr, und meine Geschwister sind sehr arm, deshalb hoffe ich, wenn ich in Deutschland arbeite, dann kann ich meine Geschwister ein bißchen unterstützen. In meiner Freizeit mache ich viele Sachen (z. B. Diskjockey in einer Afro-Disco und spiele in einer Fußballmannschaft). Die Leute aus Weimar, die mich kennen, sagen, daß ich nicht weggehen soll. Wenn ich in meine Heimat zurück muß, dann muß ich mein Leben wieder ganz von vorn anfangen. In Deutschland habe ich Arbeit, die mir gefällt und die gebraucht wird. Meine vielen Freunde in Deutschland will ich auch nicht verlieren. Es wird für mich sehr schwer, wenn ich jetzt in meine Heimat zurückgehen muß, weil ich hier ein ganz anderes Leben gelernt habe.

Mauricio Chaincomo

Ich bin Vertragsarbeitnehmer aus Mosambik gewesen, vom 18.9.1983 bis 20.9.1987. Während der Zeit erlernte ich den Beruf eines Betriebsschlossers im Stammbetrieb des VEB BKK Senftenberg. Dann bin ich nach Hause geflogen und am 8.5.1988 habe ich meine Tätigkeit wieder aufgenommen bis zur betrieblichen Kündigung am 30.11.1990 im Zweigbetrieb Tagebau Seese-Ost als Anlagenmaschinist. Da ich aus dem Regierungsabkommen befreit wurde, mußte ich auf Abfindung verzichten.

Dann habe ich in Berlin bei der Jüdischen Gemeinde Adass Jisroel angefangen am 28.4.1990. Durch mein gutes Auftreten hier wurde am 1.5.1990 ein unbefristeter Arbeitsvertrag mit mir abgeschlossen. Ich beziehe keine Sozialhilfe und bin auch nicht vorbestraft. Warum ich nicht nach Hause zurückkehren will, sind folgende Gründe: Eine kommunistische Regierung ist noch an der Macht, Bürgerkrieg etc. Ich möchte hier arbeiten und leben.

Der Innenminister
des Landes
Mecklenburg-Vorpommern

Der Innenminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern,
Postfach 644, O-2750 Schwerin

O-2750 Schwerin
Arsenal am Pfaffenteich
(Eingang Wismarsche Straße 133)
☎ Schwerin : 574-0
Telefax : 574-2443/2437
Telex : 32377

An die
Innenminister/Senatoren
der Länder

An den
Bundesminister des Innern

Ihr Zeichen/vom	Mein Zeichen/vom	Telefon	Datum
	II 300	574 2147	. Okt. 1992

Betr.: Aufenthaltsrechtliche Behandlung der Ausländer, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert wurden (Vietnam, Angola, Mosambik)

Anlage:

Das Kabinett des Landes Mecklenburg-Vorpommern hat in seiner Sitzung am 07. Oktober 1992 folgenden Beschluß gefaßt:

Mecklenburg-Vorpommern tritt dafür ein, daß der Aufenthalt der Werkvertragsarbeitnehmer, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in die frühere DDR eingereist sind, entsprechend der geltenden Rechtslage fristgemäß beendet wird.
Eine nachträgliche Änderung der Rechtslage mit dem Ziel eines allgemeinen Bleiberechts für diese Personengruppe wird abgelehnt.

Die bestehenden gesetzlichen Regelungen zum Aufenthaltsrecht in Ausnahmefällen sollen beibehalten werden.

In Mecklenburg-Vorpommern wird deshalb kein genereller Abschiebestopp für Arbeitnehmer aus Regierungsabkommen verfügt.

In der Anlage übersende ich die tragenden Gründe dieses Beschlusses.

Im Auftrag

Nockemann

N o c k e m a n n

Anlage 1

Grundlage für den Aufenthalt ausländischer Arbeitnehmer in der früheren DDR war im wesentlichen § 2 b der "Anordnung über den Aufenthalt von Ausländern in der Deutschen Demokratischen Republik" vom 28. Juni 1979 (Gbl. der DDR I Nr. 17 S. 154). Danach erhielt dieser Personenkreis eine Aufenthaltsgenehmigung.

Eine Aufenthaltsgenehmigung entsprechend der o.g. Ausländeranordnung berechtigte die betreffenden Ausländer zu einem länger befristeten Aufenthalt zum Zweck der Berufsausübung, Berufsausbildung oder des Studiums. In der Regel wurde die Aufenthaltsdauer innerhalb der Regierungsabkommen auf 4 bis 5 Jahre festgelegt.

Die Tatsache der Zweckgebundenheit und der zeitlichen Befristung der Aufenthaltsgenehmigung war den ausländischen Bürgern bereits bei der Einreise bekannt. Ein Vertrauenstatbestand hinsichtlich eines Bleiberechts wurde auch nach DDR-Recht nicht geschaffen.

Auch wenn in besonderen Einzelfällen die Aufenthaltsdauer über diesen Zeitraum hinaus verlängert werden konnte, wußten die betreffenden Personen, daß entsprechend der damaligen Gesetzeslage eine spätere Ausreise außer Frage stand und ein Daueraufenthalt nicht möglich war. Diese Tatsache findet Berücksichtigung in der "Anordnung über die Veränderung von Arbeitsrechtsverhältnissen mit ausländischen Bürgern, die auf der Grundlage von Regierungsabkommen in der DDR beschäftigt und qualifiziert werden" vom 13. Juni 1990 (Gbl. der DDR I Nr. 35 S. 398), die gemäß Einigungsvertrag Anlage II Kap. VIII Sachgebiet E Abschnitt III Nr. 2 im Beitrittsgebiet in Kraft bleibt.

In dieser Anordnung ist dem o.g. Personenkreis gemäß § 6 Abs. 1 lediglich das Recht eingeräumt, bis zum Ablauf der ursprünglich vorgesehenen Vertragsdauer im Beitrittsgebiet zu verbleiben. Danach sind die Personen gemäß § 42 Abs. 1 AuslG ausreisepflichtig.

Über die Möglichkeit eines über die Vertragsdauer hinausgehenden Aufenthaltes kann nur nach Maßgabe des seit dem 1.1.1991 für die gesamte Bundesrepublik Deutschland geltenden Ausländergesetzes entschieden werden.

Entsprechend Einigungsvertrag wurden die Aufenthaltsrechte, die nicht von § 94 AuslG erfaßt werden, in Aufenthaltsgenehmigungen nach § 5 AuslG überführt.
Danach gelten die auf der Grundlage des früheren Ausländerrechts der Beitrittsländer erteilten Aufenthaltsgenehmigungen seit dem 1. Januar 1991 als Aufenthaltsbewilligungen nach § 28 AuslG fort.

Gemäß § 11 Abs. 3 Satz 2 der Arbeitsaufenthalteverordnung vom 18. Dezember 1990 (BGBL. 1990 S. 294) kann die Aufenthaltsbewilligung jedoch nur bis zu der in der zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehenen Beschäftigungsdauer, also nur für den Zeitraum der ursprünglich erteilten Aufenthaltsgenehmigung nach ehemaligem DDR-Recht, verlängert werden. Dies gilt auch insoweit, als den Ausländern die Ausübung einer anderen als in der zwischenstaatlichen Vereinbarung vorgesehenen Beschäftigung erlaubt wird.

Das bedeutet, daß für die betreffenden Personen kein rechtlicher Anspruch auf die Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis besteht, zumal auch für andere Ausländer, die eine Aufenthaltsbewilligung besitzen, eine Aufenthaltsverfestigung von Gesetz ausgeschlossen wird.

Eine Ausnahmeregelung wurde für die Ausländer geschaffen, die sich am 1. Januar 1991 seit mehr als 8 Jahren ununterbrochen im Beitrittsgebiet aufgehalten haben.
Diesem Personenkreis kann auf der Grundlage des § 11 Abs. 3 Satz 3 der Aufenthaltsverordnung eine Aufenthaltserlaubnis bzw. -berechtigung nach Maßgabe des AuslG erteilt werden.

Für eine Änderung der geltenden Rechtslage werden weder rechtliche noch politische oder humanitäre Gründe gesehen.

a) Ein Vergleich mit den von der Bundesrepublik Deutschland in den 60er und 70er Jahren angeworbenen Gastarbeitern ist unzulässig.
Hier handelt es sich um zwei verschiedene historische Zeiträume und unterschiedliche Zielsetzungen.
Die o.g. Regierungsabkommen waren Bestandteil der Entwicklungshilfe der DDR.
Vordringliches Anliegen dieses Abkommens war übereinstimmend die Unterstützung Vietnams bei der Ausbildung von Facharbeitern und Meistern in Industrie und Handwerk.

Jedem Vietnamesen wurde eine Ausbildungsmöglichkeit angeboten. Unabhängig von der Ausbildungszeit wurde die Vertragsdauer in der Regel auf 5 Jahre festgelegt. Darüber hinausgehende Verlängerungen stellten die Ausnahme dar.

Daß durch vietnamesische Arbeitskräfte nebenbei Arbeitsmarktlücken der DDR abgedeckt wurden, berechtigt nicht zu einer nachträglichen Umbewertung dieses Abkommens als Anwerbung von Gastarbeitern.

Ein Vergleich mit der Gruppe der in die Bundesrepublik Deutschland eingereisten Gastarbeiter ist auch deshalb fragwürdig, weil es in der Bundesrepublik Deutschland seit 1973 einen allgemeinen Anwerbestopp für ausländische Arbeitnehmer gibt.

• • •

Selbstverständlich werden auch in Mecklenburg-Vorpommern vor der Ausreiseverfügung in jedem Einzelfall Abschiebungshindernisse geprüft und entsprechend berücksichtigt.

d) Die Auffassung, daß die zur Ausreise verpflichteten Vietnamesen "ins Asyl getrieben werden", ist irrelevant. Dies müßte dann auch bei jedem anderen Ausländer, der im Anschluß an einen befristeten Aufenthalt die Bundesrepublik Deutschland zu verlassen hat, angenommen werden.

e) Es stellt sich ferner die Frage, wie ein allgemeines Bleiberecht angesichts der besonders in den neuen Bundesländern kritischen Lage auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt der hiesigen Bevölkerung plausibel gemacht werden soll. Die Akzeptanz der Ausländer- und Asylpolitik ist bei weiten Teilen der Bevölkerung schon jetzt überstrapaziert.

f) Ein Daueraufenthaltsrecht für die noch in der Bundesrepublik Deutschland aufhältigen Werkvertragsarbeitnehmer würde mit Sicherheit dazu führen, daß auch den noch in den Heimatländern aufhältigen Familienangehörigen ein Nachzug gestattet werden müßte. Dadurch würde sich die Zahl der Ausländer, für die ein Dauerbleiberecht verfügt würde, weiter erhöhen.

Im übrigen wird sich die Frage stellen, wie unter Berücksichtigung der Gleichbehandlung über ein erneutes Aufenthaltsrecht derjenigen entschieden werden sollte, die auf der Grundlage des geltenden Rechts fristgemäß in ihr Heimatland zurückgekehrt sind.

...

h) Eine Verpflichtung zur "moralischen Wiedergutmachung" auf Grund in der DDR erfolgter ungerechtfertigter Behandlung oder begangenen Unrechts ist nicht nachvollziehbar.

Gesicherte hiesige Erkenntnisse bestätigen nicht, daß diese Personen bewußt von der übrigen Bevölkerung abgeschottet wurden.

Die Vietnamesen waren in vergleichsweise gut ausgestatteten Wohnheimen untergebracht. Die Ausländer konnten sich ohne Einschränkungen bewegen und Kontakte zur Bevölkerung knüpfen, wofür es durchaus Beispiele gibt.

Die Vietnamesen waren als Auszubildende oder Arbeitnehmer in das Betriebsleben integriert.

Die Entlohnung erfolgte - wie bei Deutschen - entsprechend der Arbeitsleistung. Auf Grund des vielfach besonderen Fleißes zählten die Vietnamesen nicht selten zu den bestbezahlten Arbeitern.
Es handelte sich keinesfalls um "billige Arbeitskräfte".

Die Vietnamesen erhielten neben den üblichen noch besondere Zuwendungen aus den Sozialfonds der Betriebe.

Die Werkvertragsarbeitnehmer erfuhren die besondere Unterstützung und Förderung sowie den besonderen Schutz des Staates.

Es ist unzutreffend, daß Vietnamesinnen während der Vertragszeit zum Schwangerschaftsabbruch veranlaßt oder gar gezwungen worden sind.

Vielmehr war auf Wunsch der vietnamesischen Seite Vertragsbestandteil, daß im Falle einer Schwangerschaft eine Rückkehr ins Heimatland erfolgen sollte.

Daneben wurde schwangeren Vietnamesinnen von Seiten der DDR angeboten, wegen der besseren medizinischen Bedingungen hier zu entbinden und erst Wochen danach mit dem Kind auszureisen.

Wie allen Frauen in der ehemaligen DDR stand auch den Vietnamesinnen die Möglichkeit eines Schwangerschaftsabbruches offen.

Dazu haben sich einige Vietnamesinnen entschlossen, um bis Vertragsende hierbleiben zu können.

(Ende der Anlage)

Resolution an die Bundesregierung

WIR FORDERN BLEIBERECHT FÜR EHEMALIGE VERTRAGSARBEITNEHMER!

Wir mosambikanischen Arbeitnehmerinnen und -nehmer sind auf Grund eines Regierungsabkommens in die ehemalige DDR geholt worden. In den Betrieben fragte man nur nach unserer Arbeitskraft. Man dachte nicht darüber nach, daß wir auch Menschen sind. In der Wendezeit wurden die zu DDR-Zeiten geltenden Regeln außer Kraft gesetzt. Dank einiger engagierter Politiker wurde der Vertrag mit Mosambik geändert: Diese Änderungen fanden ihren Niederschlag in der Veränderungsverordnung vom 13.6.1990. Es gab Abfindungsangebote für diejenigen, die in ihre Heimat zurückkehren wollten. Für diejenigen, die hier bleiben wollten, gab es neue zusätzliche Rechte:

1. Recht auf weiteren Aufenthalt bis zur ursprünglichen Vertragsdauer, auch wenn das Arbeitsverhältnis beendet war;
2. Recht auf Erteilung einer Arbeitserlaubnis auch für eine andere als die bisher ausgeübte Tätigkeit;
3. Recht auf Leistungen des Arbeitsamtes wie Arbeitsvermittlung, Arbeitslosengeld, Arbeitslosenhilfe;
4. Recht auf Erteilung einer Gewerbeerlaubnis für eine selbständige unternehmerische Tätigkeit, meistens Reisegewerbe.

Trotz dieser uns zugestandenen Rechte, verließen von den ehemals 18 000 Mosambikanern viele das Land, da sie oft überhaupt nicht oder nur mangelhaft über dieselben informiert wurden. So sind heute nur noch ca. 800 hier. Darunter sind nicht wenige, die ihre Arbeitskraft bis zu 13 Jahren für deutsche Belange eingesetzt haben.

Mit Inkrafttreten des neuen Ausländergesetzes erhielten wir den Aufenthaltstatus der Bewilligung. Er macht eine Arbeitsaufnahme fast unmöglich und zwingt uns, nach der ursprünglichen Vertragsdauer nach Mosambik zurückzukehren.

Durch den sechzehnjährigen Bürgerkrieg in Mosambik haben viele ihre Familien verloren, und einige wissen noch nicht einmal, wo sich ihre Familien zur Zeit aufhalten. Das Land ist zerstört. Die Wirtschaft liegt am Boden. Für die Rückkehrer gibt es keine Perspektiven.

Daher fordern wir von der Bundesregierung für diejenigen, die auf Dauer hierbleiben wollen:
Bleiberecht für die wenigen noch hier verbliebenen ehemaligen VertragsarbeitnehmerInnen und die Umwandlung der Aufenthaltsbewilligung in eine Aufenthaltserlaubnis.

Initiativ Gruppe Mosambik (IGMO)
Neue Bahnhofstraße 19
O-1035 Berlin

Stellungnahme zum aufenthaltsrechtlichen Status von (mosambikanischen) KontraktarbeitnehmerInnen in Deutschland

Der KoordinierungsKreis Mosambik e.V. initiierte bereits im September 1990 eine Resolution, in der ein unbefristeter Aufenthaltsstatus für alle KontraktarbeitnehmerInnen gefordert wurde. Damals wie heute sprechen gewichtige Gründe dafür, allen noch Verbliebenen KontraktarbeitnehmerInnen einen gesicherten Aufenthaltsstatus und eine uneingeschränkte Arbeitserlaubnis zu gewähren:

* Arbeits- bzw. Ausbildungsverhältnisse wurden auf der Grundlage der jeweiligen Regierungsabkommen für die Dauer von vier bzw. fünf Jahren abgeschlossen. Diese Befristung hatte für die Betroffenen bis 1990 jedoch kaum Bedeutung, da eine Verlängerung für weitere vier oder fünf Jahre jederzeit durch einfache Willenserklärung begründet werden konnte. Gleiches galt für eine zweite Verlängerung. Spätestens den ab 1984 Einreisenden war diese Praxis bekannt. Sie konnten also bereits bei Ausreise von einem Daueraufenthalt in der DDR ausgehen. Eine zwangsweise Beendigung des Aufenthaltes würde dem durch die ständige Praxis geschaffenen Vertrauen in einen Daueraufenthalt entgegenstehen. Zudem würde sie eindeutig der vielfach geäußerten Zusicherung entgegenstehen, die Vereinigung Deutschlands werde nicht auf Kosten der AusländerInnen gehen.

* Bis zum Jahre 1984 kam die Mehrzahl der VertragsarbeintnehmerInnen in den Genuß einer beruflichen Ausbildung. Später Eingereiste konnten nur in Ausnahmefällen eine solche Ausbildung absolvieren. Für die große Mehrheit galt, daß ihre Anwerbung allein dem Ziel der Arbeitskräfteanwerbung diente. Die rechtliche Gleichstellung mit den sog. GastarbeiterInnen in den alten Bundesländern ist hier eindeutig geboten. Alle anderen Interpretationen (vor allem die Begründung des Kabinetts Mecklenburg-Vorpommerns zum Beschluß vom 7.10.92) beruhen auf einer Überbewertung des Vertragstextes und berücksichtigen nicht die über Jahre hinweg geübte Praxis.

* .... Das Leben jeder Rückkehrerin und jedes Rückkehrers ist akut gefährdet aufgrund der ökonomischen Lage, der andauernden Hungersnot in Mosambik und aufgrund der allgegenwärtigen Gewalt, die sich besonders gegen die entfremdeten und entwurzelten Heimkehrer richtet.
Der Auffassung des Kabinetts von Mecklenburg-Vorpommern, die wirtschaftlichen Schwierigkeiten in den Heimatländern seien "kein Hinderungsgrund für eine Aufenthaltsbeendigung" muß entschieden widersprochen werden.

Mit größtem Befremden nehmen wir die von der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns vorgenommene "Geschichtskittung" in Bezug auf die Ausländerpolitik der Ex-DDR zur Kenntnis.
Die weitgehende Abschottung von der DDR-Bevölkerung ist ein historischer Fakt. Die Behauptung, Vietnamesinnen seien bei Schwangerschaft nicht zur Abtreibung genötigt worden, kann von uns nicht nachgeprüft werden. Nachweisbar ist für uns jedoch, daß aufgrund des Drucks offizieller DDR-Stellen zahlreiche Mosambikanerinnen zum Schwangerschaftsabbruch genötigt wurden. Für diese Frauen und viele andere, die Opfer staatlicher Repression waren, muß dieser beschämende Versuch des Kabinetts Mecklenburg-Vorpommerns, die Ausländerpolitik der DDR zu rechtfertigen und schönzufärben, wie ein Schlag ins Gesicht wirken. Eine öffentliche Entschuldigung, etwa in vietnamesischen, mosambikanischen und angolanischen Tageszeitungen, erscheint hier angebracht.

Sowohl die DDR-Ausländerpolitik als auch die Art und Weise, wie 16.000 MosambikanerInnen nach der Wende von Deutschland "verabschiedet" wurden, fordert eine moralische Wiedergutmachung. Dafür ist es zwar spät - aber noch nicht zu spät.
Die jetzt von PolikerInnen in die Diskussion gebrachten Anschuldigungen von "Schmarotzertum" und "Illegalem Aufenthalt" sind in dieser Situation sicher nicht angebracht. Spätestens seit den schrecklichen Auswirkungen der Asylrechtsdiskussion kann niemand mehr sagen, er habe nicht gewußt, welche Auswirkungen sein Tun und Reden haben würde.

Der KoordinierungsKreis Mosambik fordert die Mitglieder des Bundesratsausschusses "Arbeit und Sozialpolitik", den Bundesrat und alle Beteiligten auf, den weiteren Aufenthalt und die Arbeitserlaubnis für alle vertriebenen KontraktarbeitnehmerInnen durch gesetzliche Maßnahmen rechtlich eindeutig abzusichern. Die gegenwärtige Rechtsunsicherheit muß unverzüglich beendet werden. Ein erster Schritt ist ein genereller Abschiebestopp. Bielefeld 1. Dezember 1992

Nicht täglich - aber gründlich



blätter des iz3w

Themenschwerpunkte der letzten Hefte:

Nr. 182: Nahost-Friedensverhandlungen
Nr. 183: Nationalismus II
Nr. 184: Mittelamerika
Nr. 185: Verstädterung
Nr. 186: Israel in den 90er Jahren

8 mal im Jahr für DM 48,-
Einzelheft DM 6,-

Bezug:
Informationszentrum Dritte Welt, Postfach 5328, 7800 Freiburg

❑ Bitte schickt mir Eure Materialliste

Ich bestelle die **blätter des iz3w** (acht Ausgaben/Jahr)

❑ Im Abonnement
❑ als unverb. Probeabo von drei Ausgaben für DM/ sfr. 10,-
❑ in bar
❑ per Scheck

Name

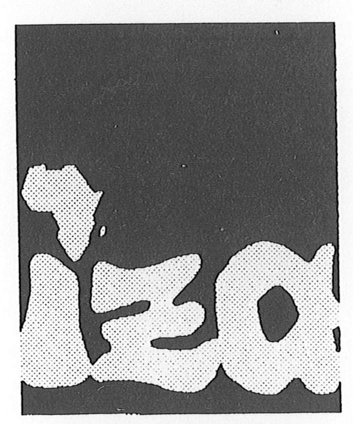
Straße/Hausnummer

Postleitzahl/Wohnort

Datum/Unterschrift

Ich weiß, daß ich diese Bestellung innerhalb einer Woche widerrufen kann.

Datum/Unterschrift



INFORMATIONSZENTRUM
AFRIKA E.V.
SCHILDSTRASSE 28
2800 BREMEN 1
TELEFON 0421 / 74917





Vom Zugpferd zum Sündenbock: ehemaliger DDR-Vertragsarbeiter mit seiner Mutter in Mosambik

"Die Auffassung, daß die zur Ausreise Verpflichteten ... ins Asyl getrieben werden, ist irrelevant."

"Die Akzeptanz der Ausländer- und Asylpolitik ist bei weiten Teilen der Bevölkerung schon jetzt überstrapaziert."

Zitate aus einem Beschluß der Regierung Mecklenburg-Vorpommerns vom 7.10.92 zur Abschiebung nahezu aller sog. Vertragsarbeiter der Ex-DDR nach Vietnam, Mosambik, Angola und Kuba

Dieses Buch zeigt die Geschichte der VertragsarbeiterInnen der Ex-DDR auf und ergreift Partei für die Durchsetzung der erworbenen Ansprüche der Betroffenen.

